

# Europa-Reader

**Ökonomische und politische Krise in Europa -  
Chancen für ein demokratisches  
und soziales Europa**

Herausgegeben von:



**IG Metall Bezirk  
Berlin-Brandenburg-Sachsen**

*Forum*  
**N** *eue* **P** *olitik der* **A** *rbeit*

## **Impressum**

Herausgeber:

IG Metall

Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen

Alte Jakobstr 149

10969 Berlin

Verantwortlich:

Olivier Höbel

Forum Neue Politik der Arbeit e.V.

Vorstand

Bochumer Str. 23

10555 Berlin

Verantwortlich:

Dieter Scholz (Vorsitzender)

Pia Paust-Lassen (Geschäftsführerin)

Redaktion:

Tobias Lassen

Stand:

März 2014

Dieser Reader und weitere Materialien der Jahrestagung 2013 sowie der Jahrestagung 2014 sind zu finden unter: [www.fnpa.eu](http://www.fnpa.eu)

## Inhalt

*Olivier Höbel*

**Vorwort: Internationale Arbeitsteilung erfordert den Kampf  
um ein soziales und demokratisches Europa**

6

### Beiträge von der FNPA-Jahrestagung 2013

*Prof. Dr. Frieder Otto Wolf*

**Zur politischen Entwicklung in Europa: Brüche zwischen den EU-Ländern,  
Trends der Renationalisierung und der Entdemokratisierung**

10

*Dr. Steffen Lehndorff*

**Gewerkschaften in der europäischen Krise:  
Der schwierige Weg zur Solidarität im eigenen Interesse**

29

*Dr. Eric Seils*

**Einschnitte in die Systeme der sozialen Sicherheit:  
Hat die EU-Fiskalintegration einen Effekt auf Abbau und Privatisierung des Sozialstaates?**

38

*Ricard Bellara i Kirchhoff*

**Eine gewerkschaftliche Perspektive für Europa**

45

## Positionspapiere der Gewerkschaften

*IndustriAll Europe (Beschluss vom 2. April 2014)*

**Manifest für mehr und bessere Arbeitsplätze in der europäischen Industrie** 52

*DGB-Bundesvorstand (Beschluss vom 5. November 2013)*

**Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht, demokratisch  
Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa** 92

*EGB-Aufruf zu den Wahlen des Europäischen Parlaments (Oktober 2013)*

**Sichere Arbeit, Gerechtigkeit und Demokratie für Europa** 107

*Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Juni 2013)*

**Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion  
endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!** 112

*DGB-Bundesvorstand (Zusammenfassung des Beschlusses vom 4. Dezember 2012)*

**Ein Marshallplan für Europa: Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes  
für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa** 117

*IG Metall Vorstand (vom 09. Oktober 2012)*

**Kurswechsel für ein solidarisches Europa** 127

*Bezirksvorstand ver.di, Bezirk Berlin (Positionspapier vom März 2012)*

**Für ein solidarisches Europa, für ein Europa der ArbeitnehmerInnen** 138

*Initiative »Europa neu begründen« (26. März 2012)*

**Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen!  
Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!** 146

*EGB-Entscheidung (angenommen im Juni 2012)*

**Ein Sozialpakt für Europa** 150

*DGB-Jugend et. al*

**Jugend macht Ansagen! Stop talking - act now!  
Young People demand! Stop talking - act now!  
La Jeunesse prend la Parole! Stop talking - act now!** 155

## Debattentexte zu Europa aus dem Magazin „Gegenblende“

*Dr. Michael Fichter (Gegenblende-Artikel vom 01. Oktober 2013)*

**Globale Rahmenvereinbarungen als Baustein  
einer internationalen Gewerkschaftsstrategie** 164

*Dr. Dierk Hirschel (Gegenblende-Artikel vom 19. September 2012)*

**Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage** 169

*Judith Vorbach, Bettina Csoka (Gegenblende-Artikel vom 25. August 2013)*

**Europäische Solidarität für eine faire Verteilung in Europa** 174

*Tomasz Koniecz (Gegenblende-Artikel vom 13. November 2013)*

**Neoliberaler Extremismus: Wie die neoliberale Hegemonie  
die Formierung der europäischen Neuen Rechten befördert** 180

*Robert Misik (Gegenblende-Artikel vom 16. Mai 2013)*

**Das ideologische Mantra "Wettbewerbsfähigkeit"  
Warum Merkels Pakt zur Zerstörung Europas verhindert werden muss** 188

*Dr. Thorsten Schulten (Gegenblende-Artikel vom 12. Mai 2013)*

**Die Troika und der Flächentarifvertrag  
Wie durch europäischen Druck nationale Tarifvertragssysteme zerstört werden** 195

*Bernadette Ségol (Gegenblende-Artikel vom 6. März 2012)*

**Die Euro-Krise und die Reaktion der europäischen Gewerkschaften** 202

*Robert Misik (Gegenblende-Artikel vom 22. Januar 2013)*

**Wie Europa aus der Krise kommt** 207

*Vasco Pedrina (Gegenblende-Artikel vom 9. Juni 2013)*

**Gewerkschaftliche Strategien für ein anderes Europa** 212

### Anhang:

*IG Metall Vorstand (April 2014)*

**Themenheft: Das soziale Europa... damit unser Europa eine Zukunft bekommt** 219

## **Vorwort:**

# **Internationale Arbeitsteilung erfordert den Kampf um ein soziales und demokratisches Europa**

Die Internationalisierung der Ökonomie, der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Arbeits- und Sozialbeziehungen ist heute oft nicht mehr kompatibel mit den über Jahrzehnten bestimmenden nationalstaatlichen Gesetzen und Regelungen. Gerade auch im Bereich der Arbeitspolitik wird deutlich, dass nationalstaatliche Gesetzgebung und Rechtsräume Gefahr laufen, von der Internationalisierung der Ökonomie und der Herausbildung eines weltweiten Produktions- und Dienstleistungssystems ins Abseits gestellt zu werden. Es existieren die unterschiedlichsten Rechtsräume und Gesetzgebungen, was dazu führt, dass international agierendes Kapital diese nationalstaatlichen Unterschiede und Widersprüche im Sinne niedriger Lohnkosten und Sozialstandards ausnutzt. Der Kampf um Investitionen in einzelnen Ländern führt dabei zu einem sozialen Dumpingwettbewerb, der ausschließlich zu Lasten des Faktors Arbeit geht. Wir alle kennen konkrete Beispiele dieser Art aus eigener Praxis und diversen kritischen Medienberichten. Zu dieser Tatsache gehört die Anmerkung, dass das weltweit vorherrschende Denken des Wirtschaftsliberalismus, mit seinem Dogma der „unsichtbaren Hand des Marktes“, die durch das freie Spiel der ökonomischen Kräfte angeblich automatisch zum Wohl aller führen soll, für die prekäre Lage des Faktors Arbeit - der „Weltarbeit“ - zentral mit verantwortlich ist. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes führt eben nicht zum Wohl aller, ganz im Gegenteil – die Versprechen des Wirtschaftsliberalismus sind in seiner Geschichte zu keiner Zeit erfüllt worden.

Wir leben vermutlich in einer Zeit der Herausbildung einer neuen Qualität internationaler Ökonomie, gesellschaftlicher Arbeitsteilung und Arbeitsbeziehungen und wir erleben im Verhältnis dazu die Grenzen nationalstaatlichen Handelns insbesondere auch im Bereich der Regulierung von Arbeit und ihres sozialstaatlichen Schutzes.

Für uns als Gewerkschafter in der Bundesrepublik Deutschland ist das eine sehr schwierige und unbequeme Erkenntnis.

150 Jahre Kampf und Auseinandersetzungen um eine soziale Demokratie um einen sozialen -

sozialeren - (National-)Staat. Diese Geschichte kann man - können die Gewerkschaften - nicht einfach aufgeben ohne ihre politische Identität zu verlieren. Wir müssen aber heute aus den oben genannten Gründen und im vollen Bewusstsein unserer Geschichte den nächsten Schritt gehen - und das kann für uns nur heißen Europa als soziale Demokratie zu denken und aufzubauen und uns im Bewusstsein unserer Geschichte als zentrale Akteure dieses Prozesses begreifen – auch ganz im Sinne des Mottos „global denken und lokal handeln“.

Der Kampf um ein soziales, um ein sozialstaatliches Europa - und nicht vorrangig eines marktradikalen Wettbewerbs- und Währungsraumes – steht generell auf der geschichtlichen Agenda. Ganz unabhängig von krisenhaften jüngeren Entwicklungen, wie der Finanz- und Wirtschaftskrise und ihren wirtschaftsliberalen - neoliberalen – Ursachen.

Mit der Forderung nach einem gemeinschaftlichen sozialen Europa stehen wir natürlich vor einer Vielzahl von Fragen, Problemen und Aufgaben, die zu ihrer Bewältigung einen langen Weg und einen langen Atem erfordern werden. Wir müssen diesen Weg aber gehen, auch wenn er sicher ein Weg für mehrere Generationen sein wird.

Für diesen Weg brauchen wir Gefährten und Bündnispartner. Wir suchen die Diskussion mit der kritischen Wissenschaft, der kritischen Intelligenz in unserem Land, die wir mit ihren Analysen, Kontroversen und Vorschlägen im Hinblick auf unsere eigenen Fragen und Debatten insbesondere auch für das Europathema brauchen.

Der DGB-Bezirk Berlin-Brandenburg hat vor über 10 Jahren zum Zweck der Vernetzung von kritischer Wissenschaft und Gewerkschaften in der Region das „Forum Neue Politik der Arbeit“ ins Leben gerufen, das sich den Veränderungen in der Arbeitswelt insbesondere auch unter neoliberaler Hegemonie widmet. Der IG Metall Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen unterstützt die Arbeit des Forums. Dabei ist die europäische Dimension des Themas Arbeit in den letzten Jahren unter dem Stichwort „Europa als Regulationsraum der Arbeit“ zunehmend in den Vordergrund gerückt – und damit natürlich auch Debatten um das Thema Europakrise.

Einen Teil von aktuellen Beiträgen aus der Diskussion des Forums zum Thema Europa liegt mit der hier erarbeiteten Dokumentation vor. Außerdem beinhaltet sie wichtige gewerkschaftliche Beschlüsse und Aufrufe für ein soziales Europa und europapolitische Artikel des DGB

Debattenmagazins „Gegenblende“, die uns die Redaktion zur Verfügung gestellt hat. Dafür ein herzliches Dankeschön. All diese Dokumente und Artikel geben einen guten Überblick über die europapolitische Debatte in den Gewerkschaften.

Sie verstehen sich alle als Unterstützung für das erfolgreiche politische Ringen um ein soziales Europa und setzen sich kritisch mit den aktuellen Krisenprozessen und ihren Gefahren auseinander. Sie bieten damit wichtige Anregungen für unsere gewerkschaftlichen Debatten und unsere Politik. Diesem Zweck dient auch das aktuelle Themenheft der IG Metall „Das soziale Europa“, das im Anhang dem Reader ebenfalls beigelegt ist.

Für die Erstellung des Readers und die notwendigen Recherchen danke ich insbesondere dem Kollegen Tobias Lassen und allen anderen Kolleginnen und Kollegen des Forums Neue Politik der Arbeit, die an der Erarbeitung beteiligt waren. Jetzt liegt es an uns, die hier zusammengestellten Positionen und Informationen für unsere Arbeit zu nutzen.

### **Olivier Höbel**

Bezirksleiter, IGM Bezirk Berlin-Brandenburg-Sachsen  
Berlin, März 2014

## Beiträge von der FNPA-Jahrestagung 2013



### Autoren:

#### **Prof. Dr. Frieder Otto Wolf**

stellv. Vorsitzender des Forum Neue Politik der Arbeit e.V.  
Honorarprofessor für Philosophie an der Freien Universität Berlin.

#### **Dr. Steffen Lehdorff**

Mitarbeiter der Forschungsabteilung Arbeitszeit und Arbeitsorganisation  
am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen.

#### **Dr. Eric Seils**

Wissenschaftler am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI)  
der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf im Referat Vergleichende Sozialpolitik.

#### **Ricard Bellara i Kirchhoff**

Gewerkschaftssekretär für Internationale Politik beim  
CCOO de Catalunya, Barcelona; Spanischer Gewerkschaftsbund.

Weitere Beiträge von der FNPA-Jahrestagung sind zu finden unter: [www.fnpa.eu](http://www.fnpa.eu)

Prof. Dr. Frieder Otto Wolf

Vortrag vom 01.02.2013, FNPA-Jahrestagung 2013



## Zur politischen Entwicklung in Europa:

### Brüche zwischen den EU-Ländern, Trends der Renationalisierung und der Entdemokratisierung

Für die gegenwärtige Entwicklung in Europa, wie sie sich in der Dimension der Politik verdichtet und zuspitzt, muss leider und kann auch wirklich der so genannte „Fall Griechenland“ als ein lehrreiches Exempel herangezogen werden.

#### Was lehrt uns dieses Exempel?

*Erstens*, dass die große neoliberale Illusion in ihrem Kern nicht funktioniert, Kapitalakkumulation ohne produktive Grundlage betreiben zu können. Der große Euro Raum, wie er ohne eine entsprechende Wirtschaftspolitik (und sogar ohne eine entsprechende Wechselkurspolitik) eingerichtet worden war, stellte zwar in seiner Deregulierungsdynamik eine große Verheißung für das

international operierende Finanzkapital dar, die rasch erreichten Grenzen seines Funktionierens als Akkumulationsmaschine konnten aber nur dadurch zumindest flexibilisiert und zeitweise zurückgeschoben werden, dass zunächst die privaten Konsumenten, die Unternehmen und in der Konsequenz die Banken eine enorme Schuldenblase aufbauten, welche dann durch eine gigantische, weit über alle bisher ins Auge gefassten Dimensionen hinausgehende Staatsverschuldung praktisch alternativlos aufgefangen werden musste.

Dieser gigantischen Schuldenblase stehen auf der anderen Seite ebenso gigantische Guthaben in den Händen einer transnational operierenden Kapitaloligarchie gegenüber, welche durch entsprechende Maßnahmen der staatlichen Politik gleichsam bei Laune gehalten werden muss. Allein darin liegt die – sehr beschränkte – Rationalität der gegenwärtigen, ansonsten

#### Griechenland als Exempel

- Die neoliberale Illusion: Kapitalakkumulation ohne produktive Grundlage
- Der große Euroraum als Verheißung für das Finanzkapital
- Der Weg in die Verschuldung
- Kontraproduktive Austerität
- Der politische Grund und der politische Sinn
- Retten wir die Griechen vor ihren Rettern!

foe@fnpa.de

2

kontraproduktiven Austeritätspolitik, wie sie die führenden Staaten der Europäischen Union (und darunter besonders Deutschland) im am deregulierten Binnenmarkt niederkonkurrenzierten europäischen Süden gegenwärtig brachial durchsetzen.<sup>1</sup>

Diese Austeritätspolitik – die erst in allerjüngster Zeit, in Reaktion auf den schwachen Widerstand der neuen französischen Regierung, durch symbolische Gesten in Richtung auf Förderung von Beschäftigung (vor allem von Jugendlichen) und (vor allem regionaler) Wirtschaftsentwicklung gleichsam „begrünt“ wird – hat einen eminent politischen Grund: Es geht in ihr tatsächlich, wie uns immer wieder versichert wird, um das „Vertrauen“, aber eben nicht um das demokratische Vertrauen der Völker Europas, sondern um das der Finanzmarktakteure und der von ihnen vertretenen transnational operierenden Kapitaloligarchien.

Es ist zwar nicht mit letzter Sicherheit vorhersehbar, dass es misslingen muss, die große Finanzblase, wie sie in den letzten Jahrzehnten aufgebaut worden ist, ohne ein katastrophales Platzen wieder auf eine im Verhältnis zur realen Kapitalakkumulation zu handhabende Größe zu reduzieren, aber zumindest partielle Zusammenbrüche von Finanzmärkten, durch die dann Forderungen der Gläubiger entsprechend reduziert würden, erscheinen als ganz unvermeidbar.

Es kann eigentlich, realitätstüchtig gedacht, nur noch darum gehen, welche Gruppen von Anlegern dabei die sprichwörtlichen Letzten sein werden, die dann „die Hunde beißen“. Und damit sind wir bereits bei dem heute doch schon erkennbaren politischen Sinn der gesamten Operation: Es geht in ihr nur noch darum, möglichst gute Ausgangspunkte für einen unter Umständen sehr lang gezogenen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise einer Überakkumulation vor allem von fikтивem Kapital zu besetzen, die – allen neoliberalen Leugnungsgesten zum Trotz – auch den politischen EntscheidungsträgerInnen längst als unumgänglich erscheint.

Eben wegen dieses politischen Grundes, sowie des davon verdeckten politischen Sinnes, ist es heute geboten, nicht die akuten Probleme und Widersprüche der Kapitalakkumulation in den

---

<sup>1</sup> Es wäre eine völlige Verkennung dieses Politikprozesses, darin etwa eine Reaktion auf die „ökologischen Grenzen des Wachstums“ sehen zu wollen: Ohne eine tief greifende Bereinigung im Verhältnis von realem und fikтивem Kapital ist nach der jahrzehntelangen Verlagerung der Kapitalakkumulation aus dem realen in den fiktiven Bereich keine ökologische Sanierung der menschlichen Produktion mehr vorstellbar – was allerdings die Vorstellung, dies könnte selber noch unter der Herrschaft der kapitalistischen Akkumulation erreicht werden, noch einmal schwieriger macht.

südeuropäischen Ländern vorrangig in den Blick zu nehmen, sondern die Tendenzen zu wachsenden strukturellen Problemen und Widersprüche gerade in den führenden kapitalistischen Ländern, also Deutschland und in Nordeuropa. Darauf verweist prägnant die Losung „Retten wir das griechische Volk vor seinen Rettern!“, unter der eine Gruppe von französischen Intellektuellen zur Solidarität mit den von deren gegenwärtigen Taktiken und Strategien des Krisenmanagement akut betroffenen Völkern Südeuropas aufgerufen hat.<sup>2</sup>

## Die neue Politik in Europa

*Zweitens*, dass wir uns darüber klar werden müssen, dass in Europa zumindest erste Umriss einer *neuen Politik* erkennbar werden, mit der führende PolitikerInnen auf die strukturelle Krisenkonstellation zu reagieren begonnen haben, ohne dabei das grundlegende neoliberale Paradigma eines Regierens im Interesse von weitgehend finanzierten Kapitaloligarchien zu verlassen.

Das letztlich bestimmende Interesse, an dem sich diese Politik orientiert, bleibt immer noch die möglichst ungehemmte Akkumulation von Kapital, auch und gerade in seinen imaginären Formen an den Finanzmärkten. Nur der Gesichtspunkt der ordnenden Hand des Staates, die zur Konstitution dauerhaft rational funktionierender Märkte doch wieder unverzichtbar sein soll, rückt – wie bereits bei dem deutschen Zwillingbruder des angelsächsischen Neoliberalismus, dem so genannten Ordo-Liberalismus – angesichts der Krisen stärker in den Vordergrund.

Es ist anzunehmen, dass das kurzfristige, oft geradezu kurzatmige Krisenmanagement der europäischen Regierungen im Ministerrat der EU (bzw. in dem der Eurozone) nicht nur in den Institutionen der EU (konzeptionell der Europäischen Kommission, operativ in der Europäischen Zentralbank) in einen strategischen Zusammenhang eingebettet wird, sondern dass auch zumindest die führenden Staaten der EU eine strategische Hintergrund-Agenda verfolgen.

### Die neue Politik in Europa

- Krisenprozesse und Krisenmanagement
- Vom Deregulierungswahn zur radikal-liberalen Regulierung
- Von der Verfassungsdebatte zur ‚Unionsmethode‘
- Was wird aus dem deutsch-französischen „Integrationsmotor“?
- Was bedeutet Camerons negative EU-Strategie?

foe@konfu.de

3

---

<sup>2</sup> Vgl. <<http://www.editions-lignes.com/Retten-wir-das-griechische-Volk.html>>.

Dabei geht es zum einen um eine Neubestimmung der Kräfteverhältnisse zwischen den Mitgliedstaaten der EU, zum anderen aber darum, günstige Ausgangspunkte für eine Zeit „nach der Krise“ zu gewinnen – wenn nämlich ein neuer Schub der Expansion und Akkumulation von Kapital möglich werden sollte.<sup>3</sup>

Diese neue Politik lässt sich in drei Stichworten beschreiben:

- An die Stelle des schlichten Deregulierungsprogramms des angelsächsischen Neoliberalismus – in der veröffentlichten Meinung konnte man in dieser Hinsicht schon von einem Deregulierungswahn sprechen – tritt zunehmend eine radikalliberale Regulierung, die im Namen der geordneten Konstitution der entsprechenden Märkte auch nicht davor zurückschreckt, Banker zu kritisieren und Banken an institutionelle Regeln und an entsprechende Aufsicht zu binden.
- An die Stelle des Versuchs, die neoliberale Ausrichtung der EU in einem Verfassungsprozess und schließlich durch ein Verfassungsdokument festzuschreiben, tritt zunehmend die von Angela Merkel propagierte „Unionsmethode“, in der die führenden Staaten der EU ihre politische Führungsrolle dadurch ins Spiel bringen, dass sie die beträchtlichen Möglichkeiten, welche sie innerhalb der EU haben, noch dadurch verstärken, dass sie ad hoc außerhalb der EU Institutionen bi- multinationale Vereinbarungen treffen und dadurch etwa gigantische finanzielle Potenziale und Hebelwirkungen aufbauen.<sup>4</sup>
- Ein Netz von vor allem bilateralen Verabredungen Deutschlands mit anderen führenden Mitgliedstaaten, unterfüttert von politischen Konsensbildungen innerhalb der Eurozone, stabilisiert dieses Politikmodell und sorgt vor allem dafür, dass es keine „Ausreißer“ einzelner wichtiger Regierungen aus dem herrschenden wirtschafts- und

---

<sup>3</sup> Auch wenn sehr Vieles dafür spricht, dass die gegenwärtige Konstellation struktureller Krisen mehr als ein Jahrzehnt brauchen könnte, um in den angesprochenen Dimensionen Bereinigungsprozesse so weit vorantreiben zu können, dass ein derartiger neuer Schub – auch durch eine Expansion der kapitalistischen Produktionsweise in neue Bereiche des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses – durchgesetzt werden könnte, wäre das doch ganz unrealistisch, wieder einmal von der Annahme auszugehen, dass eine Wiederherstellung der Akkumulationsbedingungen und –voraussetzungen des Kapitals in Zukunft ausgeschlossen werden kann.

<sup>4</sup> Die darin liegende relative Politisierung der EU ist so lange aus der Sicht der herrschenden unbedenklich, wie die ideologische und politische Hegemonie des neoliberalen Einheitsdenkens faktisch ungebrochen bleibt – so dass der Kampf gegen diese Hegemonie an noch weitergehende strategische Bedeutung gewinnt.

gesellschaftspolitischen Grundkonsens gibt – weder nach der Seite eines inhaltlichen Ausbrechens aus dem Primat der Austerität (Hollande), noch nach der Seite verstärkter nationaler Alleingänge (Cameron) – und dass keine politisch relevanten Koalitionen von Mitgliedstaaten zustande kommen, welche diesem Grundkonsens entgegenreten könnten. Angesichts der veränderten ökonomischen Gewichtsverteilung unter den Mitgliedstaaten der EU kommt dabei weder den deutsch-französischen Beziehungen weiterhin die Rolle eines Integrationsmotors zu, noch kann davon ausgegangen werden, dass Großbritannien weiterhin die Funktion einer Veto-Macht übernehmen kann, welche institutionell erforderliche Integrationsschritte verhindern könnte.<sup>5</sup>

## Zur gegenwärtigen Lage in der EU

Um die Perspektiven dieser neuen Politik der herrschenden Kräfte, wie sie sich abzeichnen beginnen, verlässlicher einzuschätzen, ist es erforderlich, die Lage der EU nach 30 Jahren neoliberaler Institutionenentwicklung zusammenfassend zu betrachten:

Ein sehr weitgehend – wenn auch nicht vollständig – deregulierter Binnenmarkt der EU hat die ökonomischen und damit auch politischen Kräfteverhältnisse unter den Mitgliedstaaten und zwischen den mit Ihnen verbundenen Kapitalfraktionen und Kapitaloligarchien

nachhaltig verändert: Vor allem ist es offenbar zu einer Polarisierung zwischen den Starken und den Schwachen gekommen, die in den meisten Mitgliedstaaten nicht mehr durch rein oder primär nationalstaatliche Strategien rückholbar sind. Dies ist durch die vom angelsächsischen Neoliberalismus inspirierte Schaffung einer „neutralen“ Einheitswährung, des Euro, soweit verstärkt worden, das inzwischen etwa auch die in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten

### Die Lage der EU nach 30 Jahren neoliberaler Institutionenentwicklung

- Deregulierter Binnenmarkt
- ‚neutraler‘ Euro
- Bing-bang-Erweiterung
- > „Weltmarktöffnung“ als „Globalisierungsverstärker“
- > „Renationalisierung“ als „Verministerratlichung“

foe@mafia.de

4

---

<sup>5</sup> Ob diese De-Potenzierung dann faktisch dazu führt, dass sich innerhalb der *englischen* Eliten diejenigen Fraktionen durchsetzen, die einen EU Austritt befürworten, ist schwer abzusehen: Angesichts der *britischen* Interessenlage ist es unwahrscheinlich – und würde insbesondere die schottischen Bestrebungen stärken, eine eigenständige EU-Mitgliedschaft zu erlangen –, aber es ist faktisch nicht gänzlich als Möglichkeit auszuschließen. In einem derartigen Szenario würde sich jedenfalls die Bedeutung Großbritanniens für die EU weiter reduzieren.

verbliebene Bankenaufsicht weit gehend, wenn auch nicht vollständig, „europäisiert“ werden muss. Durch die in eben diesem Zusammenhang zu sehende „Big-bang-Erweiterung“ der EU ist dann letztlich nicht – wie von vielen erwartet – die politische Handlungsfähigkeit der EU-Institutionen verdünnt und aufgeweicht worden, sondern es hat eine informelle, aber wirksame Hierarchisierung unter den Mitgliedstaaten stattgefunden, durch die in zum Teil außer-institutionellen Formen (vgl. die „Unionsmethode“) erhebliche Handlungsmöglichkeiten – etwa in Bezug auf die Finanzmärkte – hinzugewonnen worden sind. In ungebrochener Kontinuität zur bisherigen neoliberalen Politik der EU seit der Einheitlichen Europäischen Akte (1987) wirkt dabei die immer weiter vorangetriebene Weltmarktöffnung des Binnenmarktes weiterhin als ein „Globalisierungsverstärker“ (Streeck), während die expansive Kompetenzausweitung der europäischen Kommission unter Jacques Delors schon längst durch eine „Verministerratlichung“ der EU Politik abgelöst worden ist, welche nur aufgrund der Propagandaintressen der beteiligten Regierungen der Mitgliedstaaten und zum Teil auch aufgrund eines nationalstaatsfixierten Kategorienfehlers in großen Teilen der politischen Wissenschaft unter dem Titel einer „Renationalisierung“ verkauft wird.

Diese gegenwärtige Lage der EU im Hinblick auf ihre politische Handlungsfähigkeit lässt sich dahingehend charakterisieren, dass die führenden Mitgliedstaaten, insbesondere Deutschland, grundsätzlich handlungsfähig sind, wann immer zentrale Interessen der für sie maßgeblichen Kapitaloligarchien berührt sind: Diese Handlungsfähigkeit bezieht die EU und ihre Institutionen und Akteure beständig mit ein, gewinnt ihre Kraft aber auch immer wieder daraus, dass sie extra-institutionelle Ressourcen eigenen nationalstaatlichen Handelns alleine oder in wechselnden Verbänden mobilisiert. Ohne die eigene politische Aktivität vor allem Deutschlands ist dagegen die politische Handlungsfähigkeit der EU gegenwärtig stark eingeschränkt.

## Herausforderungen durch Krisenprozesse

Diese Art von Handlungsfähigkeit, wie sie die EU in ihrem Krisenmanagement seit dem offenen Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise immer wieder bewiesen hat, ist nun darauf zu prüfen, wie weit sie dazu geeignet ist bzw. real möglich dahin weiterentwickelt werden kann, den Herausforderungen der gegenwärtigen Konstellation von Krisen wirksam zu begegnen.

Dies gilt zunächst für die globale Krisenkonstellation, in der sich strukturelle und längerfristige ökologische Krisen der Menschheit, im menschheitlichen Maßstab um sich greifende Herrschaftskrisen und akute ökonomische Krisen überlagern und tendenziell verstärken:

- mit dem Übergang zum „Anthropozän“ ist die Menschheit als solche zu einem in geologischer, planetarer Dimension wirksamen Faktor geworden: in der Klimakrise, der Krise des immer noch zunehmenden Rückgangs der Biodiversität oder in der immer noch voranschreitenden krisenhaften Verknappung von Böden, Wäldern und marinen Ressourcen entwickeln sich bisher ungebrochen ökologische Krisenprozesse, welche zwar bestimmte Menschengruppen unmittelbar betreffen und bedrohen, sich aber zusammengenommen zu einer ökologischen Krise der Menschheit entwickeln;
- zumindestens drei den größten Teil der Menschheit beherrschende Herrschaftsstrukturen durchleben gegenwärtig tief sitzende Strukturkrisen: Das gilt – ablesbar an kriegerischen Konflikten und neuen Formen des Staatsversagens – für die imperiale Struktur des gegenwärtigen Weltstaatensystems –, für die von im Umbruch befindlichen männerzentrierten Herrschaftsstrukturen bestimmten Geschlechterverhältnisse – deren Krise indirekt an demographischen Entwicklungen ablesbar ist – und nicht zuletzt für die seit dem Übergang zur neoliberalen Politik ungelöst gebliebenen Strukturprobleme der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise, welche sich bisher nur indirekt durch das Platzen von Spekulationsblasen, sowie in der gegenwärtigen Finanz- und Schuldenkrise bemerkbar gemacht haben;

### Herausforderungen durch Krisenprozesse

- Globale Krisen
  - Ökologische Krisen der Menschheit im „Anthropozän“
  - Herrschaftskrisen innerhalb der Menschheit: Kapitalherrschaft, imperiale Struktur des Weltsystems, Modernisierung/Emanzipation in den Geschlechterverhältnissen
  - Akute ökonomische Krisen: Finanzkrise und Schuldenkrise
- EU-Krisen
  - Krise der Staatsverschuldung
  - Polarisierung und Fragmentierung zwischen den Mitgliedstaaten
  - Der ‚Geburtsfehler‘ des Euro
  - Die institutionelle Selbstblockade der EU

foe@sozial.de

5

- in den gegenwärtigen akuten ökonomischen Krisen überlagern sich, was zumeist übersehen wird, Effekte der ökologischen Krisen – z.B. im Konzept des „peak everything“ – mit den Auswirkungen der eben genannten Herrschaftskrisen, wobei sicherlich der Krise der kapitalistischen Produktionsweise, welche mangels einer realitätstüchtigen Alternative gegenwärtig nicht als solche zum Ausdruck kommt, ein besonders hohes Gewicht zukommt.

Es gilt aber auch für die Krisenprozesse der EU als solcher:

- für die Probleme einer politischen Handlungsspielräume generell durch Abhängigkeit vom „Vertrauen der Märkte“ einschränkende Staatsverschuldung, welche sich vor allem aus der „Bankenrettung“ ergeben hat, durch die die akute Krise der weltweiten Finanzmärkte bewältigt worden ist, aber durchaus auch aus der starken Expansion der Konsumentenkredite, die in den Boomjahren die abnehmenden Reallöhne und damit auch die Lohnquote teilweise kompensiert hatten – und wie sie jetzt ganz einseitig gegenüber den Verlierern der Polarisierung der Wettbewerbsfähigkeit am Binnenmarkt geltend gemacht wird: sowohl als Kreditverweigerung bzw. als Zinsaufschlag von Seiten der Finanzmärkte, als auch als politischer Druck in Richtung einer ruinösen Austeritätspolitik innerhalb der EU;
- für die diesen Handlungsproblemen zu Grunde liegenden Strukturprobleme einer stark gewachsenen Polarisierung, zum Teil sogar Marginalisierung und Fragmentierung, innerhalb der Mitgliedstaaten der EU – und die ökonomischen und politischen Brüche und Verwerfungen, zu denen diese inzwischen vor allem an einer neuen europäischen Peripherie geführt haben;
- für den zentralen, der Euphorie der ersten Phase des Neoliberalismus geschuldeten, „Geburtsfehler“ der Gemeinschaftswährung des Euro, d.h. den Verzicht auf eine entsprechend verbindliche und umsetzungsstarke gemeinschaftliche Wirtschafts- und Währungspolitik zumindest der Eurozone – und die entsprechende Hilflosigkeit der Regierungen der Euro-Staaten angesichts von Spekulationswellen und impliziten Erpressungsversuchen von Seiten der globalen Finanzmärkte;

- für die noch nicht vollständig verarbeitete Lektion des letzten Versuchs eines Verfassungsprozesses der EU, in dem institutionelle Garantien zugleich die neoliberale Orientierung und die Handlungsfähigkeit der EU auf Dauer hatten sicherstellen sollen – die neue Politik, welche seitdem erarbeitet worden ist, ist – aufgrund ihrer ebenso taktischen wie strategischen Kombination institutioneller wie extra-institutioneller Verfahren – immer noch prekär und grundsätzlich instabil, so dass sie wieder neu erarbeitet und durchgesetzt werden muss.

## Differenzierung nach Ländergruppen

Innerhalb der EU hat sich im Hinblick auf Betroffenheit von diesen Krisenprozessen und auch unter dem Gesichtspunkt der Handlungsfähigkeit im Krisenmanagement eine Differenzierung nach Ländergruppen weiter gebildet, stabilisiert und zum Teil verschärft. Für diese Ländergruppen ergeben sich unterschiedliche politische Perspektiven:

### Differenzierung nach Ländergruppen

- Die PIIGS: Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien als abhängige Peripherie
- Die Länder der alten Kerngruppe im Prozess der Differenzierung: Deutschland, Frankreich, Benelux
- Die skandinavischen Restwohlfahrtsstaaten
- Fragmentierung der osteuropäischen Beitrittsländer
- Eurozone und Neo-EFTA?

how@mafia.de

6

- die sog. Gruppe der PIIGS – also Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien – ist, wie von den Namensgebern wenig galant angedeutet, in einer Rolle als abhängige Peripherie ohne Aufholchancen abgedrängt worden;
- die alte Kerngruppe der EU (jetzt ohne Italien) – also Deutschland, Frankreich und die Beneluxstaaten – hat sich soweit differenziert und hierarchisiert, dass Deutschland als Führungsmacht aus dieser Gruppe heraustreten und ergänzend in Einzelfragen auch andere Bündnisse (etwa mit der Gruppe der skandinavischen Länder oder mit Polen) eingehen kann;
- - die skandinavischen Rest-Wohlfahrtsstaaten sind – trotz gewachsener Einbindung in den Binnenmarkt und zunehmend differierenden ökonomischen Interessen – immer noch dazu in der Lage, ihre eigenen ökonomischen und sozialpolitischen Modelle zu verteidigen;

- die ost- und mitteleuropäischen Staaten – einschließlich der noch ausstehenden Beitrittsstaaten auf dem Balkan – bilden weniger denn je eine ökonomische oder sozialpolitische Einheit, sondern entwickeln als Peripherie - Staaten konkurrenzierende Beziehungen zu den Staaten des EU-Zentrums insbesondere zu Deutschland;
- die Staaten der Eurozone unterwerfen sich zunehmend, wenn auch gezwungenermaßen den Zwängen einer radikalliberalen Regulierung und gewinnen die Fähigkeit, gemeinsam unter der Führung der zentralen Länder und Institutionen die funktionalen erforderlichen Regulierungen und Interventionsmöglichkeiten durchzusetzen;
- ob sich die Staaten der EU außerhalb der Eurozone – zusammen mit denen des „Europäischen Wirtschaftsraumes“ außerhalb der EU – faktisch zu einer an die EU angelagerte und von ihr institutionell abhängige Neo-EFTA entwickeln werden, ist gegenwärtig – insbesondere solange der künftige institutionelle Weg Großbritanniens noch nicht feststeht – noch nicht verlässlich abzusehen. Es ist jedoch wahrscheinlich, dass es für die Gesamtfunktion der EU als Wirtschaftsblock auf dem Weltmarkt ebenso wie als ein weiterhin nach innen wirksamer „Weltmarktverstärker“ keinen großen Unterschied ausmachen wird, welche institutionellen Lösungen für diesen Sekundärraum der EU letztlich gefunden werden bzw. sich durchsetzen lassen.

### Was wird aus der Nachbarschaftspolitik der EU?

Es sollte nicht aus dem Auge verloren werden, dass die EU sich nicht nur auf einem abstrakten, gleichsam ortlosen Weltmarkt bewegt. Auch die z. T. geographisch nahe liegenden Räume in der Nachbarschaft der EU haben für die Entwicklungsmöglichkeiten der EU eine große Bedeutung.

Dabei wird wieder einmal deutlich, wie stark – trotz aller antizipierten und zum Teil auch real gewordener Gegentendenzen – die weltweite Hegemonie der USA immer noch die EU in ihren konkreten Handlungsmöglichkeiten prägt: Dies wird deutlich

#### Was wird aus der Nachbarschaftspolitik der EU?

- Russland und die „GUS-Staaten“
- Mittelmeerraum
- Arktischer Raum

daran erkennbar, wie stark und offenbar unaufhaltsam – nach dem faktischen Scheitern der Verhandlungen über weitere globale Freihandelsabkommen – das sich auf die transatlantische Nachbarschaft berufende Freihandelsabkommen der EU mit den USA Gestalt annimmt, während auf der anderen Seite Nachbarschaftspolitik der EU in Bezug auf den Mittelmeerraum wohl als gescheitert gelten muss, in Bezug auf Russland und weitere ehemalige „GUS- Staaten“ gleichsam von der EU auf Deutschland übertragen worden zu sein scheint und im Hinblick auf den arktischen Raum stagniert. In dieser Dimension der Nachbarschaftspolitik im weitesten Sinne hat die EU jedenfalls keine zusätzliche Handlungsfähigkeit gewinnen können.

### **Globale Perspektiven: Eine deutsche EU vs. alte imperiale Traditionen?**

Vergleichbare geographische Strukturen existieren auch im globalen Maßstab, haben aber mit dem relativen Bedeutungsverlust der ehemaligen Kolonialstaaten innerhalb der EU auch als Thema der EU-Politik an Bedeutung verloren: Auch in den in der Gruppe der AKP Staaten zusammengefassten ehemaligen Kolonien von Mitgliedstaaten der EU sind oft inzwischen die USA

politisch und China ökonomisch wichtiger als das ehemalige „Mutterland“ und trotz aller Kooperation der entsprechenden Botschaften in diesen Ländern bleiben deren Beziehungen primär auf einzelne Mitgliedsstaaten ausgerichtet. Die multilateralen Beziehungen zu den „*emergent countries*“ (einschl. Indien und Brasilien) im Rahmen der G 20 entwickeln sich ebenfalls primär in den Händen der einzelnen Mitgliedstaaten der EU – und damit nach deren individueller politischer und ökonomischer Machtstellung. Sofern es sinnvoll ist, die Beziehungen zu China als dem wichtigsten Herausforderer der USA gesondert zu behandeln, ist jedenfalls auch hier festzustellen, dass hier keine signifikante Integration auf der Ebene der EU stattfindet, welche gleichsam für die handelspolitischen Grundlagenvereinbarungen zuständig bleibt, sondern die dynamischen industrie- und technologiepolitischen Kooperationen in den Händen der Mitgliedstaaten bleiben. Nicht nur die alten „Großmächte“ – Großbritannien und Frankreich – entziehen sich auf dieser Ebene jeder wirksamen Einbindung durch die EU; auch Deutschland hat

**Globale Perspektiven:  
Eine deutsche EU vs. alte imperiale  
Traditionen?**

- AKP-Staaten im Globalisierungsprozess
- Multilaterale Beziehungen zu den „Emergent Countries“ (inkl. Indien und Brasilien)
- China als Problem der Weltpolitik
- Was wird aus dem marginalisierten „Rest“?

frei@marfu.de 8

hier offenbar keinen Bedarf an einer europäischen Einbettung oder gar „Europäisierung“ seiner eigenständigen Politik, sondern betreibt eine vernetzte Einfluss-Politik, die sich vor allem dadurch von traditionellen Formen imperialer Politik unterscheidet, dass es in ihr nicht mehr vorrangig um exklusive „Einflusszonen“, sondern nur um räumlich erstreckten „Einfluss“ geht, der damit kompatibel bleibt, dass auch andere politische und ökonomische Mächte über einen derartigen „Einfluss“ verfügen. Anscheinend gibt es dagegen eine starke Tendenz, welche dahin geht, die marginalisierten „Restbereiche“ der weltweiten Ökonomie, um die es kaum eine Konkurrenz zwischen Nationalstaaten oder Kapitalgruppen gibt, eher gemeinschaftlichen Institutionen – auf der Ebene der UNO oder auch auf der Ebene der Entwicklungspolitik der EU – zuzuweisen, welche vor allem die Aufgabe zu bewältigen haben, den destruktiven Auswirkungen ihrer weit gehenden Weltmarktabkoppelung entgegenzuwirken.

### Die bornierte Perspektive der herrschenden Eliten

Insgesamt ist die Wahrnehmung dieser Aufgaben – durchaus im doppelten Sinne, also sowohl theoretisch, als auch praktisch immer noch durch die mehrfach bornierten Perspektiven der herrschenden Eliten beschränkt, die auch in Krisenzeiten nur punktuell dazu in der Lage sind, aus den Routinemustern ihrer Herrschaftspraktiken hervorzutreten.<sup>6</sup>

#### Die bornierte Perspektive der herrschenden Eliten

- Herrschaft des Finanzkapitals
- Institutionelle Beschränkung der parlamentarischen Eliten: der Zeithorizont der Wahlperioden
- Etablierte und alternative Medien zwischen Infotainment und ‚schmaler‘ Expertise

how@maffu.de

9

Die erste dieser Bornierungen liegt schlichtweg in der strukturellen Gleichgültigkeit des Finanzkapitals gegenüber der konkreten (ökologischen, sozialen, kulturellen, politischen) Materialität der zu behandelnden Probleme: Für das Finanzkapital – das sich zwar auf diese Weise indirekt auf wirklich alles bezieht, was geschieht, nicht nur auf die Prozesse der Kapitalakkumulation – ist etwa nur sichtbar, nachdem es zumindest in Geld als Kosten oder als Verdienstmöglichkeiten abgeschätzt werden kann - was zumindest im Hinblick auf die

<sup>6</sup> Dies führt aber keineswegs automatisch dazu, dass sie ihre Hegemonie – oder gar ihre Herrschaft – verlieren: Vielmehr können sie diese zumindest so lange reproduzieren, wie keine politischen Kräfte entstehen und sich im entsprechenden Maßstab organisieren, die dazu in der Lage sind, ihnen theoretisch wie praktisch als eine realitätstüchtige Alternative entgegenzutreten.

Wahrnehmung qualitativer Problementwicklungen eine sehr beträchtliche Beschränkung darstellt. Dies wird noch erheblich verstärkt dadurch, dass die im engeren Sinne politischen Eliten – in der seit 1945 weitgehend „parlamentarisierten“ Welt – in ihrem Zeithorizont durch Wahlperioden und überhaupt durch die Kurzfristigkeit der politisch-öffentlichen Aktualität stark eingeschränkt und die Völker der Welt (und Europas) soweit entpolitisiert (geblieben) sind, dass sie nur in Ausnahmefällen in die großen Fragen der Politik eingreifen können. Für die EU spezifisch ist in diesem Zusammenhang der Umstand, dass die politische Reproduktionsperspektive aller Führungsebenen der EU-Politik – insbesondere auch der Europäischen Kommission und des Europäischen Parlaments – immer noch fast ausschließlich im Rahmen ihrer Herkunftsmitgliedstaaten liegt, also national borniert ist. Zugleich wird es den Staatsvölkern der Mitgliedstaaten durch die institutionellen Arrangements der EU-Politik zumindest stark erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht, europäische politische Fragen und Probleme als solche zu erkennen und zu behandeln. Auch wenn in den allermeisten Mitgliedstaaten durchaus ein Bewusstsein davon vorliegt, dass die EU durch die vergangenen europäischen Integrationsprozesse so etwas wie eine europäische Schicksalsgemeinschaft geschaffen hat, kann sich bisher kein Bewusstsein von der europäischen Dimension politischer Probleme und den bestehenden Aktivierungsmöglichkeiten, um auf entsprechende Lösungen Einfluss zu nehmen, unter denen im Maastrichter Vertrag nur formell zu Unionsbürgern erklärten BürgerInnen der Mitgliedstaaten entwickeln.

Aufgrund der durch neue Kommunikationstechnologien bewirkten tiefgreifenden Veränderungen in den Strukturen der medialen Öffentlichkeit hat sich bisher keineswegs der seit ihren Anfängen im Zeichen liberaler Bürgerlichkeit vollzogene Strukturwandel relativiert, durch den die Massenmedien zu einer Instanz der ideologischen Ausrichtung der von ihnen hergestellten Öffentlichkeiten geworden sind. Demgemäß bewegen sich auch die technisch neu aufgestellten etablierten und alternativen Medien in einem konfliktreichen Spannungsfeld zwischen ideologischer Kontrolle und Aufklärung, aus dem die Probleme von Zensur und Korruption keineswegs verschwunden sind und in dem sich auch in relativ liberalen Gesellschaften nur ein sehr begrenztes Aufklärungspotenzial auf dem schmalen Grat entfalten kann, der zwischen bloßem Infotainment und einer „schmalen“, um die Offenlegung der zu Grunde liegenden

Interessen verkürzten Expertise immer noch liegt. Dass hier die EU – trotz aller partiellen Versuche – bisher noch nicht zum Ort einer Politik der bewussten Gestaltung der öffentlichen Nutzung der neuen medialen Möglichkeiten geworden ist, stellt ein strukturell gewichtiges Defizit dar, das ich aus dem Zusammenwirken der Bornierungen von Eliten und „Massen“ erklären lässt.

### Die herrschende Logik des ‚Too little, too late!‘

Aufgrund dieser zusammenwirkenden Bornierungen haben auch massive Krisenerscheinungen bisher nicht dazu geführt, dass innerhalb der EU die globale herrschende Logik des „too little, too late!“ durchbrochen werden konnte, wie es die Klimapolitik, die Regulation der Finanzmärkte und das Management der Schulden global kennzeichnet. Allein schon die Tatsache, dass es innerhalb der EU institutionelle Mechanismen und Kommunikationsprozesse gibt, welche zumindest eine kommunikative Behandlung dieser Art von Problemen über den Austausch auf diplomatischen Kanälen hinaus ermöglichen und zum Teil auch erzwingen, führt bereits dazu, dass die EU im internationalen Vergleich zumeist *bella figura* macht. Das ist aber überhaupt kein Grund dafür, sich darauf auszuruhen und etwa nicht daran zu arbeiten auch innerhalb der EU verbindliche Politiken in Bezug auf diese Probleme aufzubauen und die interne Tätigkeit der Mitgliedstaaten ebenso wie deren Auftreten in globalen Arenen entsprechend zu koordinieren.

#### Die herrschende Logik des „Too little, too late!“

- Klimapolitik
- Finanzregulation
- Schuldenmanagement

foe@vodafone.de

10

#### Die Frage „Mehr oder weniger Europa?“ ist eine Abwandlung der TINA-Politik

- Welches Europa?
- Welche institutionelle Logik?
- Welche Entwicklungsrichtung?

foe@vodafone.de

11

## Reale Alternativen zur falschen Frage „Mehr oder weniger Europa?“

Eine zentrale Blockierung der gegenwärtigen Europa-Debatte – jedenfalls in Deutschland – stellt die medial immer wieder gestellte Frage dar, ob „mehr oder weniger Europa“ anzustreben sei. Genau betrachtet, steckt darin nämlich eine Abwandlung der neoliberalen, von Margaret Thatcher polarisierten TINA-Politik, dass es nämlich keine Alternative gebe: Denn diese Frage

klammert die entscheidende Problemstellung aus, nämlich die Frage nach dem Inhalt, um den es unter dem Stichwort „Europa“ oder des jeweiligen Mitgliedstaates wirklich geht. Von welchem Europa wird dabei geredet, welche institutionelle Logik soll ihm gelten, welche Entwicklungsrichtung soll es einschlagen? Oder auch: Wie sind die entsprechenden Fragen für den jeweiligen Mitgliedstaat zu formulieren und wie können sie beantwortet werden?

Wenn wir uns von dieser Blockierung lösen, der letztlich immer noch die nationalistische Perspektive auf Politik als „Selbstbehauptung einer Nation“ (als „natürliches“ politisches Subjekt) zugrunde liegt, dann werden die großen politischen Fragen als solche sichtbar, vor denen die Völker Europas, als ‚Mengen der Vielen‘ von EinwohnerInnen und BürgerInnen der Mitgliedstaaten ebenso wie die UnionsbürgerInnen heute wirklich stehen:

- Wie weit kann es gelingen, für die EU als integriertes Gebilde insgesamt eine Orientierung auf die Lösung ihrer ökologischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und politischen Probleme durchzusetzen, welche auf ihre inneren Potenziale setzt, um sie wirklich zu lösen, anstatt sie durch außerhalb der EU errungene hegemoniale Vorteile kompensieren zu wollen?
- Wie weit ist es möglich, den von der Dynamik der Kapitalakkumulation ausgehenden Wachstumszwang wirtschaftspolitisch zu relativieren?
- Wie weit kann durch einen konsequenten Aus- und Umbau des Öffentlichen sozialer oder kultureller Polarisierung entgegengewirkt und die Lebensqualität aller mit egalisierender Tendenz nachhaltig verbessert werden?

### Reale Alternativen

- Binnenorientierung statt hegemonialer Ambitionen
- Relativierung des Wachstumszwanges
- Ausbau des Öffentlichen
- Einleitung eines konvergenten sozialökologischen Umbaus
- Realkonvergenz als Integrationsbasis
- Diversitätsentwicklung und Solidarität

foe@posteo.de

12

- Wie weit kann im europäischen Maßstab die Einleitung eines konvergenten sozialökologischen Umbaus wirksam und möglichst konfliktarm eingeleitet werden?
- Wie weit ist es möglich, innerhalb der EU die reale Konvergenz zwischen Mitgliedstaaten und Regionen zu einem wirksamen Politikziel zu machen und darin eine verlässliche Basis für eine weitere europäische Integration zu finden?
- Wie lassen sich eine Entwicklung und Kultivierung kultureller Diversität in Europa mit der verbindlichen Durchsetzung der nötigen Solidarität verbinden?

### Warum fällt es so schwer, in der EU eine alternative Politik durchzusetzen?

Diese Fragen verweisen als erstes auf eine ganz grundsätzliche Frage, nämlich auf die, warum es so schwer fällt, in der EU eine alternative Politik durchzusetzen bzw. mit den Begriffen der etablierten internationalen herrschenden Politikwissenschaft formuliert, warum in einem politischen Mehrebenensystem ein Pfadwechsel derart schwierig ist.

Warum fällt es so schwer, in der EU eine alternative Politik durchzusetzen?

- Wer soll das alles ändern?
- Politische und gesellschaftliche Subjekte
- Nationale und transnationale Aktivierung
- Die Frage der europäischen Solidarität
- Eigeninteressen

fron@nrd.de

13

Diese Frage ist zunächst durch eine Untersuchung der in der Vergangenheit abgelaufenen und zukünftig möglichen langfristigen Prozesse der Konstitution und des Ausbaus handlungsfähiger politischer Subjekte zu klären, welche daran interessiert und dazu in der Lage sind, derartig tief greifende Veränderungen anzustreben – und damit auch die Frage, welcher Hintergrund an gesellschaftlicher Aktivierungs- und Handlungsfähigkeit vorauszusetzen ist, damit derartige politische Subjekte auch durchsetzungsfähig werden können. Hier ist zunächst festzuhalten, dass politische Parteien und Parteiensysteme – so tiefgreifend sie sich auch seit dem Ende des kalten Krieges in vielen Ländern verändert haben – insgesamt in Europa als eine Gruppe betrachtet eine etwa 100 jährige Konstitutions- und Entwicklungsgeschichte durchlaufen haben, welche sich nicht in wenigen Jahren erneut durchlaufen oder radikal verändern lässt. Und dass diese Entwicklungsprozesse bisher fast ausnahmslos im nationalstaatlichen Rahmen – d.h. im Kontext sich herausbildender oder bestehender Nationalstaaten – stattgefunden haben und etwa die

Bildung europäischer politischer Parteien bisher nicht wirklich über eine juristische Fiktion mit realen Wirkungen auf die Verteilung von Haushaltsmitteln hinausgekommen ist.<sup>7</sup>

Aber auch die Herausbildung einer europäischen Zivilgesellschaft – mit den beiden Abteilungen, zum einen der stark institutionalisierten und damit staatsnahen Form der Zivilgesellschaft, um deren Einbeziehung es dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU geht, und zum anderen der bewegungsnahen Netzwerke und Initiativen, die sich in Bewegungsbündnissen wie Blockupy! oder in den Tagungen der europäischen Sozialforen als organisierte aktive Teilnahmestrukturen finden lassen – ist bisher allzu schwach ausgeprägt, um eine plausible Antwort auf die einfache, aber grundlegende Frage zu ermöglichen, „wer denn das alles ändern soll“. Das Spektrum der grenzübergreifenden, europäisch wirksamen Organisationsstrukturen von Gewerkschaften reicht hier von Positionen schwacher Handlungsfähigkeit (und geradezu Subalternität) bis zu weitreichender Streik- und damit Durchsetzungsfähigkeit (wie sie etwa die Hafentarbeitergewerkschaften demonstriert haben).

Auch in diesem Zusammenhang ist die platte Gegenüberstellung von mitgliedstaatlicher, tendenziell „nationaler“ Aktivierungsfähigkeit und europäischer Handlungsfähigkeit nicht nur vereinfachend, sondern einfach falsch: Wie etwa die entgegengesetzten Beispiele der Gewerkschaft der Wanderarbeiter und der bereits angeführten Hafentarbeitergewerkschaften durchaus sinnfällig zeigen, kann vielmehr eine wirksame europäische Handlungsfähigkeit überhaupt nur dadurch aufgebaut werden, dass auf lokaler und mitgliedstaatlicher Ebene Ressourcen der Streik- und Verhandlungsfähigkeit mobilisiert werden. Die schwierige Schlüsselfrage, welche dabei zu lösen ist, ist die Frage nach den Voraussetzungen für eine Bereitschaft zu einer praktizierten europäischen Solidarität – die zwar für die europäischen HafentarbeiterInnen angesichts EU-weiter Deregulierungsprojekte unmittelbar sinnfällig bzw. durch gewerkschaftliche Aufklärung leicht vermittelbar war, die aber etwa zwischen den europäischen Standorten eines Automobilkonzerns nur durch erhebliche gewerkschaftliche Anstrengungen und unter Nutzung der Form der europäischen Betriebsräte in handlungsrelevanten Ansätzen aufgebaut werden kann und in weiten Bereichen der

---

<sup>7</sup> Als erste Schritte in Richtung auf eine EU-weite Parteienfinanzierung.

lohnabhängigen Beschäftigung – etwa zwischen durchschnittlichen griechischen und durchschnittlichen deutschen LohnarbeiterInnen – bisher noch nicht wirksam zu Stande gebracht werden konnte. Das Beispiel der gewerkschaftlichen Solidarisierung, dass auch in Bezug auf den EU- Raum in seinen gegenwärtigen Potenzialen immer noch unzureichend untersucht ist, ist insofern für die Fragestellung nach der Herausbildung politischer Subjektivität überhaupt und konkreter politischer Subjekte besonders lehrreich: Dadurch wird nämlich die falsche Vorstellung aufgebrochen, dass es bei einem praktisch relevanten Aufbau von Solidarisierungsprozessen nicht um die eigenen Interessen der Betroffenen ginge, sondern um so etwas wie eine altruistische Zuwendung zu den Interessen anderer Dinge.

Angesichts der komplexen Krisenkonstellation, wie sie global und EU-weit seit 2007 erfahrbar geworden ist, hat eine politische Solidarisierung immer auch mit „Aufklärung“ zu tun – indem sie nämlich darüber aufklärt, dass es in der radikal demokratischen Politisierung von europäischen Politik- und Administrationsprozessen von unten immer auch um Rahmenbedingungen und Voraussetzungen des eigenen politischen Handelns und um die Durchsetzungsbedingungen eigener Interessen geht. Diese Art einer radikalen politischen Aufklärung ist aber heute in der europäischen Dimension immer noch „das Einfache, was so schwer zu machen ist“. Zum Glück ist hier nicht nur eine sehr viel genauere und tiefer greifende Analyse nötig; auch einfache praktische Initiativen, wie sie von unten und von Netzwerken ergriffen werden können, haben hier immer noch ein beachtliches Veränderungspotenzial angesichts der Prekarität der Strukturen, auf die sich die neue Phase der neoliberalen Politik in Europa stützen muss. Praktische Imagination und starke Handlungsmotive können hier immer noch geradezu Berge versetzen. Dies gilt es, dafür zu nutzen, tatsächliche Alternativen auf den Ebenen der europäischen Politik auf den Weg zu bringen – und zwar auch ohne dass zuvor bereits die dafür auf Dauer erforderlichen Organisationsstrukturen existieren.

## Literatur

Dellheim, Judith, u.a.: *Den Krisen entkommen*, Berlin 2012

Scholz, Dieter, u.a., hg.: *Europa sind wir!*, Münster 2009

Stützle, Ingo: *Austerität als politisches Projekt: Von der monetären Integration Europas zur Eurokrise* Münster 2013

Wolf, Frieder Otto: Politische Parteien und die Demokratisierung transnationaler politischer Räume. Arbeitsthesen zur Problematik der „europäischen Parteien“, in: MIP, 1998, H. 8, 52-59

Ders.: Wie funktioniert europäische Politik und wie kann sie verändert werden?, in: Scholz, Dieter u.a. 2009, 17-39

Ders.: A return to the future? Europe in the present Moment of crisis, in: Pinheiro, Teresa / Cieszyńska, Beata u. Franco, José Eduardo, hg. *Ideas for Europe*, Frankfurt a. M. u.a. 2012, 663-691

**Dr. Steffen Lehndorff**

Vortrag vom 01.02.2013, FNPA-Jahrestagung 2013

Forum  
**N** *eu* **P** *olitik* der **A** *rbeit*

## **Gewerkschaften in der europäischen Krise:**

### **Der schwierige Weg zur Solidarität im eigenen Interesse<sup>1</sup>**

In den Idealen und der Rhetorik von Gewerkschaften spielt internationale Solidarität eine gewichtige Rolle. Ihre Praxis jedoch bewegt sich zu allererst innerhalb der Nationalstaaten, in denen sie im 20. Jahrhundert ihre bedeutendsten Erfolge erreichen konnten. Ausgerechnet diese nationalen Errungenschaften werden jetzt mit Hilfe der EU und ihrer Institutionen unterminiert (Wickham 2012). Seit 2010 wird im Namen Europas in den Krisenländern das radikalste Sozialabbau-Programm der EU-Geschichte durchgesetzt. Einstweilen können die Gewerkschaften und die Masse ihrer Mitglieder in Deutschland und der kleiner werdenden Gruppe der übrigen sogen. "Kernländer" der Eurozone, aber auch und vor allem in Nordeuropa noch den Eindruck haben, in einer anderen Welt zu leben. Die nationalen gewerkschaftspolitischen Konfliktfelder driften auseinander. Doch die krisenverschärfende Krisenbekämpfungspolitik in der EU konfrontiert herkömmliche Modelle von Gewerkschaftspolitik mehr und mehr mit ihren nationalstaatlichen Grenzen.

#### **1 Von der Großen Rezession zur Großen Aggression**

Während in der ersten Etappe der gegenwärtigen Krise, der „Großen Rezession“ von 2008/2009, die meisten europäischen Regierungen aktive Maßnahmen der Krisenbekämpfung ergriffen, gingen die Regierungen in der zweiten Phase, der sich zuspitzenden Krise des Eurosystems seit 2010, zu einer Politik über, die diese Krise zusätzlich vertiefte. Maßgeblich auf Betreiben der deutschen Bundesregierung, ausgearbeitet von der EU-Kommission, in Koordination mit dem IWF im Rahmen der Troika, wurde ein autoritärer Interventionismus etabliert, der massive Kürzungen der Staatsausgaben und die weitere Deregulierung der Produkt- und Arbeitsmärkte ins Zentrum

---

1 Das Folgende ist eine stark gekürzte Fassung meines Aufsatzes „Verschiedene Welten? Gewerkschaften in der europäischen Krise“, der in Heft 301/2013 Das Argument erschienen ist. Auf Quellenangaben wird hier deshalb weitgehend verzichtet.

einer neuen wirtschaftspolitischen Steuerung rückt (Bieling 2012; Leschke et al. 2012). Ihr liegt ein Konzept zugrunde, das die gesamte Bandbreite des bekannten Standardprogramms neoliberal inspirierter „Strukturreformen“ umfasst und nicht das Geringste mit dem dramatischen wirtschafts- und strukturpolitischen Reformbedarf insbesondere in den Peripherie-Ländern zu tun hat (vgl. dazu die Länderanalysen in Bosch et al. 2009 und Lehndorff 2012).

Diese „beschäftigungsfreundlichen Arbeitsmarktreformen“ (European Commission 2012) werden vor allem die in den Ländern der Euro-„Peripherie“ umgesetzt, am weitestgehenden in Griechenland und Spanien (Überblicke bei Clauwaert/Schömann 2012; Hermann et al. 2012). So hat die griechische Regierung, den Troika-Vorgaben folgend, den generellen Vorrang von Haustarifverträgen vor Flächentarifverträgen durchgesetzt. In Unternehmen ohne gewerkschaftliche Interessenvertretung können Haustarifverträge auch mit „anderen Arbeitnehmergruppen“ abgeschlossen werden. Darüber hinaus wurden alle Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen ausgesetzt. Des Weiteren wurde im Jahre 2012 der auf einem nationalen Tarifvertrag beruhende gesetzliche Mindestlohn um 22% (für unter 25jährige um 31%) gekürzt. Damit hat die Regierung die bis dahin praktizierte Aushandlung des Mindestlohns zwischen den zentralen Tarifvertragsparteien ausgehebelt und eine der wenigen Säulen, auf denen bislang gewerkschaftlicher Einfluss auf generelle Mindeststandards ausgeübt werden konnte, beseitigt.

Die Demontage des Tarifvertrags- und Interessenvertretungssystems in Spanien beinhaltet ebenfalls den generellen Vorrang von Haustarif- vor Flächentarifverträgen. Darüber hinaus wird Arbeitgebern die Möglichkeit gegeben, nach zwei Verlust-Quartalen einseitig die Mindeststandards der Flächentarifverträge zu unterschreiten („opt out“). Bei Nicht-Einigung über die Anwendung oder Änderung von Tarifverträgen wird eine Zwangsschlichtung durch das Arbeitsministerium unter Einbeziehung einer trilateralen Kommission eingeführt. Kündigungen schließlich können nun auch ohne Konsultation mit der Arbeitnehmer-Interessenvertretung vorgenommen werden. Diese Kombination von Lockerung des Kündigungsschutzes und Entmachtung des Betriebsrats beraubt die Gewerkschaften einer wesentlichen Einflussmöglichkeit.

Die Gewerkschaften beider Länder verlieren nicht allein fundamentale institutionelle Machtressourcen, sondern auch ihre größten traditionellen politischen Bündnispartner. Die meisten sozialdemokratischen Parteien haben sich 2010 ff. so sehr in der Umsetzung der Troika-Diktate verstrickt, dass sie sich selber bis auf weiteres ins politische Aus manövriert haben (ohne dass — außer in Griechenland — weiter links stehende Parteien dadurch stärker geworden wären). Damit sind die Gewerkschaften mehr und mehr auf die Entwicklung ihrer eigenen Potentiale angewiesen: ihrer organisatorischen Kraft, ihrer Streikfähigkeit, ihrer politischen Mobilisierungs- und Bündnisfähigkeit. Bis zu einem gewissen Grad gelingt ihnen das auch: Von den 118 Generalstreiks, die zwischen 1980 und 2011 in Westeuropa durchgeführt wurden, fanden allein 24 in den Jahren 2010 und 2011 statt (Hamann et al. 2012). Doch anders als häufig zuvor rennen die Gewerkschaften jetzt zunehmend gegen eine Wand. Spätestens seit 2012 haben diese Generalstreiks selbst bei breiter Beteiligung und starken Sympathien in der Öffentlichkeit teilweise auch den Charakter eines ohnmächtigen Protests.

So befinden sich die Gewerkschaften in für sie ungewohnter Gesellschaft. Die Massenproteste in Spanien, Griechenland und anderen Krisenländern waren im Kern — zumindest zunächst — gewerkschaftsfern. Die Jugend, die in Spanien und Griechenland am stärksten von der Krise betroffen ist, hat unter allen Arbeitnehmergruppen die schwächsten Verbindungen zu gewerkschaftlichen Organisationen. Die Gewerkschaften fanden sich, wie Hyman (2007, 206) es bereits vor der Krise vermutet hatte, als "Außenseiter auf einem Feld wieder, das ihnen bis vor kurzem die lohnende und beruhigende Rolle des Insiders geboten hatte" — sie müssen sich um die "oft unbequeme Kooperation mit anderen sozialen Bewegungen [bemühen], die in den meisten Ländern nie ein solches öffentliches Ansehen wie die Gewerkschaften hatten."

In eine derart ungewohnte Rolle kann man nur allmählich hineinwachsen. Dies geschieht z.B. in dem Maße, wie Gewerkschaftsmitglieder sich als Individuen in Stadtteilbewegungen engagieren und dort ebenso wenig als Repräsentanten einer Organisation auftreten (können) wie Mitglieder irgendeiner anderen gesellschaftlichen Organisation oder Partei (Fernández Steinko 2011). Ungewohnt ist es ebenfalls, sich in Bereichen wie dem Bildungs- und dem Gesundheitswesen zu engagieren, die bislang nicht zu den Bastionen gewerkschaftlichen Einflusses gehörten.

Dort aber entwickeln sich angesichts der katastrophalen Kürzungsmaßnahmen größere Proteste, die nicht allein in klassischen Streikaktionen bestehen, sondern als Teil breiterer sozialer Bewegungen organisiert werden. Doch angesichts eines verbreiteten Gefühls, Beschäftigte des öffentlichen Sektors seien privilegiert, gilt es auch hier, Gräben zu überwinden (Muñoz de Bustillo/Antón 2012). Die Mitglieder der Gewerkschaften in Deutschland mögen noch den Eindruck haben, sie lebten in einer anderen Welt. Doch der Schein trügt.

## 2 Der schlafende Riese?

Aus griechischer oder spanischer Sicht vermitteln die deutschen Gewerkschaften ein Bild der Stärke. Dies liegt nur bedingt an ihrer Größe. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad in Deutschland ist im Jahrzehnt vor der Krise um rund zehn Prozentpunkte auf 19% gesunken — stärker als in fast allen übrigen westeuropäischen Ländern. Erst in den letzten Jahren ist es den Industriegewerkschaften gelungen, den Mitgliederrückgang zu bremsen oder zu stoppen. Der Eindruck der Stärke beruht vielmehr auf der Rolle der Gewerkschaften im deutschen Institutionensystem, das ihnen einen politischen Einfluss zu ermöglichen scheint, der weit über ihre organisatorische Macht hinausreicht. Doch diese institutionellen Einflussmöglichkeiten sind seit den 1900er Jahren in erheblichem Maße reduziert worden.

Dies lässt sich besonders eindrucksvoll an der Lohnentwicklung beobachten. Bereits seit den 1950er Jahren gingen die (west)deutschen Industriegewerkschaften in ihren Lohnforderungen nie vom Produktivitätsfortschritt der Industrie, sondern von dem in der Gesamtwirtschaft aus, um fortschreitende Lohnspreizung zwischen den Branchen zu vermeiden. Im Zuge des „pattern bargaining“ wurden also in anderen Wirtschaftszweigen Lohnsteigerungen oberhalb der Rate des branchenspezifischen Produktivitätsfortschritts angestrebt. Damit dies funktionierte, mussten zusätzliche Umverteilungsmechanismen von Branchen mit hoher in solche mit geringerer Steigerung der Arbeitsproduktivität wirken, wobei vor allem für den öffentlichen Dienst das Steuersystem eine Schlüsselrolle spielte. Diese Umverteilungs-Architektur funktionierte bis in die 1990er Jahre hinein — seitdem wurde sie Schritt für Schritt demontiert.

Dieser Prozess hatte viele Facetten: Abnehmende Tarifbindung, zahlreiche lokale Abweichungen von Flächentarifverträgen unter dem Druck von Outsourcing und Verlagerungen, weitgehende Aufgabe der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen, Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, erhebliche Reduzierung der Steuereinnahmen durch Entlastung von höheren Einkommen und Kapitaleinkünften, Deregulierung von Leiharbeit, Förderung von Minijobs, Schwächung der Arbeitslosenversicherung, Druck auf Arbeitslose zum Akzeptieren von Arbeitsangeboten zu schlechten Bedingungen, de-facto Einführung eines Kombilohns für Niedrigverdiener — viele der Institutionen, die einst ein für kapitalistische Verhältnisse beeindruckendes Maß an sozialem Ausgleich und Umverteilung ermöglichten, wurden ernsthaft beschädigt, teilweise zerstört. Deutschland hat im Ergebnis heute einen der größten Niedriglohnsektoren aller Euro-Länder und ist das einzige EU-Land, in dem während der wirtschaftlichen Wachstumsphase 2004 bis 2008 die *durchschnittlichen* Löhne nicht anstiegen, sondern sanken. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik, die dem alles beherrschenden politischen und medialen Gegenwind der „Standortdebatte“ ausgesetzt war, hat daran zweifellos ihren Anteil gehabt. Aber wenn von 2000 bis 2012 der Zuwachs der durchschnittlichen realen Tariflöhne pro Arbeitnehmer/in um 5,5 Prozentpunkte unter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität lag, doch die durchschnittlichen *Effektivlöhne* pro Arbeitnehmer/in um *weitere* 9,3 Prozentpunkte zurückgefallen waren, dann signalisiert dies, dass der Löwenanteil der negativen Lohnentwicklung auf den Abbau von Arbeitsmarktinstitutionen zurückzuführen ist.

Insbesondere im Zusammenhang mit der „Agenda 2010“ wurden die deutschen Gewerkschaften eines bedeutenden Teils ihrer institutionellen Machtressourcen beraubt. Wichtige Elemente aus dem EU-Katalog „beschäftigungsfördernder Reformen“ sind in diesen Jahren gegen den zum Teil eindrucksvollen, aber doch politisch machtlosen Protest der Gewerkschaften durchgesetzt worden.

Europapolitisch betrachtet hatte diese Machtverschiebung eine bemerkenswerte Konsequenz. Vor der Gründung der Eurozone wurde zuweilen die Befürchtung geäußert, dass innerhalb der Währungsunion Arbeitsplätze in einem Land durch Lohndumping in anderen Ländern gefährdet werden könnten, da die Lohnpolitik die einzig verbliebene makroökonomische Stellschraube zur Beeinflussung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit werde. Diese Befürchtung hat sich als

durchaus begründet erwiesen, aber in einem ganz anderen Sinne als gedacht: Das "Sozialdumping" ging von Deutschland aus. Heute werden die Peripherie-Länder — von einem niedrigeren Sozialniveau ausgehend — gezwungen, den deutschen Weg nachzuahmen und den dabei eingeschlagenen Kurs sogar noch erheblich zu verschärfen.

So sind jetzt die Niederlagen der deutschen Gewerkschaften bis zur Mitte der 2000er Jahre, die erhebliche Schwächung ihres institutionellen Einflusses zum Problem der Gewerkschaften der übrigen Euro-Länder geworden. Es wurde eine Pendelbewegung des „race to the bottom“ beim Abbau sozial ausgleichender Institutionen eingeleitet, die früher oder später wieder auf die deutschen Gewerkschaften und ihre institutionellen Einflussmöglichkeiten zurückschlägt.

### **3 Ausblick: Europäische Solidarität als Verteidigung eigener Interessen**

Die Euroländer driften sowohl wirtschaftlich als auch sozial dramatisch auseinander. Auch die Kluft zwischen den Problemlagen, denen sich Gewerkschaften in den einzelnen Ländern gegenübersehen, ist enorm, und breite länderübergreifende Solidaritätsbewegungen sind realistisch gegenwärtig kaum vorstellbar (was den Versuch, sie zu entwickeln, selbstverständlich nicht überflüssig macht). Zwar ist es offensichtlich, dass grundlegende Weichenstellungen, die diesen Prozess des Auseinanderdriftens aufhalten oder gar umkehren könnten, vor allem auf EU-Ebene nötig und auch möglich sind. Angesichts der Versuche der EU-Kommission, die Gewerkschaften — z.B. im Rahmen eines "trilateralen Meinungsaustauschs über Lohnentwicklungen" — in ihre zerstörerische Politik der "Strukturreformen" einzubeziehen, sind die Gewerkschaften herausgefordert, sich auch auf dieser Ebene eindeutiger oppositionell zu positionieren, und in der Tendenz tun sie dies auch (Janssen 2012). Doch das löst nicht das Problem, wie sie die Ferne zwischen dieser Politikebene und ihren jeweiligen nationalen Konfliktfeldern überbrücken können.

Es sind die Verhältnisse selbst, die es den nationalen Gewerkschaftsorganisationen aufdrängen, Europapolitik als Teil ihrer jeweiligen "Innenpolitik" zu betreiben. Die krisenverschärfende Krisenbekämpfung macht die Schwächung der einen zum Problem der anderen und kann alle miteinander in die Marginalisierung treiben — die einen früher, die anderen später. Dies ist für die

Entwicklung einer europäischen Gewerkschaftssolidarität von größter Bedeutung. Herrschte bislang noch der Eindruck vor, die Arbeitenden in Deutschland (wie auch in den Niederlanden, in Österreich oder in Nordeuropa) seien vom sich ausbreitenden sozialen Elend im Süden nicht unmittelbar betroffen, beginnt nun das Pendel zurückzuschwingen. In Grundsatzdokumenten wie dem "Manifest zur Europapolitik" von ver.di, dem "Kurswechsel für ein solidarisches Europa" der IG Metall und dem "Marshallplan für Europa" des DGB werden diese Wechselwirkungen bereits herausgearbeitet und Alternativen vorgeschlagen. Aber noch weiß niemand, welche Relevanz diese Programme für das praktische Handeln der Gewerkschaften bekommen können, wie die Kluft zur gewerkschaftlichen Alltagspraxis überwunden werden kann.

Die daraus erwachsenen Herausforderungen sind länderübergreifend — bei allen nationalen Unterschieden — überraschend ähnlich. Die Gewerkschaften müssen die Krisenpolitik stets zunächst auf nationaler Ebene bekämpfen. Dies gilt auch für Deutschland. Der Bumerang, den die Berliner Regierung auf die Krisenländer wirft, wird sehr bald in Gestalt zunehmender Lohnkonkurrenz den deutschen Beschäftigten auf die Füße fallen — wenn dem nicht durch eine Neuregulierung des Arbeitsmarkts in Deutschland entgegengewirkt wird. Und die Auswirkungen von Schuldenbremse und Fiskalpakt werden in den kommenden Jahren auch in Deutschland insbesondere auf kommunaler Ebene immer schmerzhafter zu spüren sein, so dass aktive Umverteilungspolitik per Steuerreformen ganz oben auf die politische Tagesordnung rücken wird.

Da ist politische Autonomie der Gewerkschaften gefordert. Dies bedeutet, über die reine Verteidigung früherer Errungenschaften hinauszugehen und eigene Alternativen zu entwickeln. Dies nicht, um politische Parteien zu ersetzen, sondern aus der Einsicht heraus, dass diese zur Berücksichtigung gewerkschaftlicher Vorstellungen gedrängt werden müssen. Es ist die Rolle eines "konstruktiven Vetospielers" (Urban 2012), die nicht unbedingt zur Tradition der südeuropäischen Gewerkschaften gehört. Den deutschen Gewerkschaften dagegen liegt das Konstruktive schon eher. Aber die politische Mobilisierung für das Veto ist ihnen weniger vertraut als ihren südeuropäischen Schwesterorganisationen.

Die deutschen Gewerkschaften haben in den vergangenen Jahren deutlicher als zuvor Systemkritik geübt und wichtige Überlegungen zu dringend notwendigen neuen politischen Weichenstellungen vorgelegt.

Die — zweifellos schwierige! — Aufgabe anzugehen, für eine große Umverteilungsinitiative und eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt zu mobilisieren, wäre ein radikaler weiterer Schritt: von der Systemkritik zur praktischen und konstruktiven Regierungskritik.

In anderen europäischen Ländern werden die Gewerkschaftsmitglieder sofort verstehen, was das mit ihren eigenen Arbeits- und Lebensbedingungen und mit Europa zu tun hat. Die deutschen Gewerkschaften müssen ihren Mitgliedern diesen Zusammenhang nicht verschweigen. Ein Kurswechsel in Deutschland verschafft allen anderen mehr Luft zum Atmen. Bis auf weiteres werden politische Veränderungen in Europa durch Veränderungen in einzelnen Mitgliedsländern ausgelöst oder gefördert. Und da sind aus gutem Grund alle Blicke auf Deutschland gerichtet. Soziale Reformen in Deutschland sind für Europa nicht alles, aber ohne sie ist alles nichts.

## Literatur

Bieling, Hans-Jürgen (2012): EU facing the crisis: social and employment policies in times of tight budgets. *Transfer* 18(3), 255–271.

Bosch, Gerhard / Lehndorff, Steffen / Rubery, Jill (Hrsg.) (2009): *European employment models in flux: a comparison of institutional change in nine European countries*. Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Clauwaert, Stefan / Schömann, Isabelle (2012): *The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise*. Annex to Working Paper 2012.04. European Trade Union Institute (ETUI): Bruxelles.

Fernández Steinko, Armando (2011): *May 15 and the Spanish Revolution*. <http://transform-network.net/journal/issue-092011/news/detail/Journal/may-15-and-the-spanish-revolution.html>

Hamann, Kerstin / Johnston, Alison / Kelly, John (2012): *Generalstreiks in Westeuropa 1980-2011*. In: Gallas, Alexander / Nowak, Jörg / Wilde, Florian (Hrsg.): *Politische Streiks im Europa der Krise*. Hamburg: VSA, 107-113.

Hermann, Christoph / Hinrichs, Karl / Brosig, Magnus (2012): *Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick*. Wien: Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt.

Hyman, Richard (2007): *How can trade unions act strategically?* *Transfer* 13(2), S. 193-210.

Janssen, Ronald (2012): *We are all Greeks!* *Social Europe Journal*. <http://www.social-europe.eu/2012/11/we-are-all-greeks/>

Lehndorff, Steffen (Hrsg.) (2012): *Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt: Zehn Länder-Fallstudien*. Hamburg: VSA.

Leschke, Janine / Theodoropoulou, Sotiria / Watt, Andrew (2012): *Die „neue wirtschaftspolitische Steuerung“ auf EU-Ebene*. In: Lehndorff (Hrsg.), 247-283.

Muñoz de Bustillo, Rafael / Antón, José-Ignacio (2012): *Those were the days, my friend. The public sector and the economic crisis in Spain*. In: Vaughan-Whitehead, Daniel (Hrsg.), *Public Sector Adjustments in Europe: Scope, Effects and Policy Issues*. Geneva: International Labour Office, 283-300.

Urban, Hans-Jürgen (2012): *Krisen-Korporatismus und gewerkschaftliche Revitalisierung in Europa*. In: Lehndorff (Hrsg.), 226-246.

Wickham, James (2012): *Europe's Crisis: Market Competition instead of Social Bonds*. TASC Discussion Paper. <http://www.tascnet.ie/upload/file/JamesWickhamEurope.pdf> (21.2.2013).

Dr. Eric Seils

Artikel zum Vortrag vom 01.02.2013, FNPA-Jahrestagung 2013<sup>1</sup>



## **Einschnitte in die Systeme der sozialen Sicherheit: Hat die EU-Fiskalintegration einen Effekt auf Abbau und Privatisierung des Sozialstaates?**

### **1 Einleitung**

In den letzten Monaten hat sich die Lage in der europäischen Finanz- und Staatsschuldenkrise erheblich beruhigt. Ursache dafür ist die Ankündigung der EZB, im Notfall unbegrenzt Staatsanleihen der Krisenländer zu kaufen. Seitdem wird darüber spekuliert, ob sich die Staaten durch Zinsen unterhalb der Inflationsrate ihrer Schulden entledigen wollen oder stattdessen „notwendige Reformen angepackt werden“. Gemeint sind damit Einschnitte in die Systeme der sozialen Sicherheit, die unter strenger Kontrolle der EU zu einer Verringerung des öffentlichen Schuldenstandes und einer Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit führen sollen.

Weniger häufig werden hingegen die wirtschaftlichen Interessen und Institutionen diskutiert, die mit diesen Alternativen zusammenhängen bzw. die diese Zwangslagen herbeigeführt haben. Vor diesem Hintergrund werden die Wirkungen zunehmender Fiskalintegration auf den Abbau und die Privatisierung des Sozialstaates untersucht. Dies geschieht in drei Punkten: Zunächst werden Trends in der Sozialpolitik in 18 westeuropäischen Staaten seit 1990 identifiziert. Danach wird die Wirkung der EU-Fiskalintegration auf diese Entwicklung untersucht. Abschließend wird auf Handlungsalternativen eingegangen.

### **2 Welchen Trends folgen die westeuropäischen Sozialstaaten?**

Sozialausgaben werden zumeist anhand der Sozialleistungsquote beurteilt, welche die Ausgaben in Relation zum Wirtschaftsprodukt des Landes setzt. Diese Kennziffer zeigt sich unbeeindruckt

---

<sup>1</sup> Dieser Artikel ist online zu finden unter: [Soziale Sicherheit Online April 2013](#)  
Die Präsentation von der FNPA-Jahrestagung ist zu finden unter: [www.fnpa.eu](http://www.fnpa.eu)

von der zunehmenden Fiskalintegration in Europa und liefert keinen Hinweis auf einen Sozialabbau. In Zusammenhang mit der Finanzkrise sind die sozialstaatlichen Aufwendungen nicht nur in Österreich, sondern auch in Westeuropa relativ zum Wirtschaftsprodukt sogar gestiegen. Kritisch ist allerdings anzumerken, dass dies nicht etwa auf Leistungsausweitungen, sondern auf die einbrechende Wirtschaftsleistung und die zunehmenden Aufwendungen für die Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. In der Tat hat die Diskussion um monetäre Indikatoren wie die Sozialleistungsquote hinlänglich gezeigt, dass sie nur sehr bedingt geeignet sind, sozialstaatlichen Wandel zu erfassen. Die Ursache ist, dass die Entwicklung der Sozialleistungsquote ganz überwiegend von der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt ist. Gewinnbringender ist eine politikfeldspezifische Betrachtung unter Rückgriff auf institutionelle Indikatoren.

Zunächst zur Arbeitslosenversicherung und damit zu einem Programm, das den Druck auf die Arbeitslosen mindert, Arbeit zu allen Bedingungen anzubieten. Außerdem wird die Arbeitslosenversicherung auch als ein „marktkorrigierendes“ Programm angesehen, welches das Verteilungsergebnis des Arbeitsmarktes im Nachhinein modifiziert. Die wichtigste Kennziffer für das Leistungsniveau der Arbeitslosenversicherung eines Landes ist die Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld. In dieser Hinsicht unterscheiden sich die Systeme in Westeuropa enorm. Die Unterschiede bei der Nettolohnersatzrate sind hingegen gering. Nicht nur in der Arbeitslosenversicherung, sondern auch in der Rentenversicherung sind Einschnitte zu verzeichnen, die eine Ausdehnung der Erwerbstätigkeit begünstigen bzw. erzwingen. In den vergangenen Jahren ist das gesetzliche Rentenalter für Männer und Frauen in vielen Ländern Westeuropas gestiegen. Die gilt sowohl für Länder innerhalb als auch außerhalb der EU. In Österreich liegt das Rentenalter für Männer OECD-Angaben zufolge stabil bei 65 Jahren. Bei den Frauen liegt es derzeit bei nur 60 Jahren, wird aber zwischen 2024 und 2033 auf 65 Jahre angehoben.

Von den Alten zu den Jungen: Kinderbetreuung unterscheidet sich von der Arbeitslosen- und Rentenversicherung dadurch, dass es sich um eine Leistung handelt, der nachgesagt wird, dass sie das Arbeitsangebot erhöht und die Qualität desselben steigert. Öffentlich geförderte Kinderbetreuung erleichtert es Müttern, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Auch wird vermutet, dass die öffentliche Betreuung die Entwicklung von Kindern aus bildungsfernen Schichten positiv

beeinflusst.

Im Einzelnen kann man feststellen, dass die europäischen Sozialstaaten in zweierlei Hinsicht konvergieren: Im Bereich marktkorrigierender Leistungen findet ein Abbau statt. Dies wurde bei der Analyse der Arbeitslosen- und Rentenversicherung deutlich. Ein Ausbau sozialer Sicherung findet hingegen vor allem in Bereichen statt, die eine Ausweitung des Arbeitsangebotes begünstigen. Gleichzeitig ist nicht zu übersehen, dass diese Prozesse über die Grenzen der Eurozone und der EU hinausgehen. Es stellt sich somit die Frage, welche Rollen die EU-Fiskalintegration dabei spielt.

### **3 Fiskalintegration, Währungsunion und europäische Sozialstaaten**

Die wissenschaftliche Bearbeitung der Frage nach der Rolle der EU-Fiskalintegration stößt auf grundlegende methodische Probleme: Erstens umfasst die EU praktisch alle großen Wohlfahrtsstaaten oder wirkt in sie hinein. Nimmt man nichteuropäische OECD-Länder oder europäische Länder außerhalb der Eurozone zum Vergleich, wird deutlich, dass sich diese Prozesse auch dort vollziehen, wo die EU-Fiskalintegration keinen Einfluss hat. Außerdem kann das Anwachsen der Kinderbetreuung nicht mit den Restriktionen erklärt werden, die die Fiskalintegration mit sich bringt. Wenngleich dies zeigt, dass die EU-Fiskalintegration nicht für alle Aspekte wohlfahrtsstaatlichen Wandels verantwortlich gemacht werden kann, so ist auch nicht ausgeschlossen, dass sie einen verstärkenden Effekt hat. Dies lässt sich jedoch nur durch eine Analyse historischer Prozesse klären: In den 1960-er bzw. 1970-er Jahren konnte man die Vorstellung aufrecht erhalten, dass die europäische Integration das wirtschaftliche Wachstum begünstigt, was den nationalen Sozialstaaten zugute kam. Es bestand in vielen Bereichen, wie z.B. der Post und der Telekommunikation, eine öffentliche Daseinsvorsorge. Die Regierungen hatten die Hoheit über ihre Budgets und verfügten damit über die Möglichkeit einer antizyklischen Fiskalpolitik. Dies wurde durch moderate Zölle gestützt. Hartnäckige Kostenprobleme der nationalen Industrie konnten durch Abwertungen kompensiert werden. Schließlich waren die Kapitalmärkte reguliert.

Seit Mitte der 1980-er Jahre brachten die Rechtsprechung des EuGH und die Einheitliche

Europäische Akte den Binnenmarkt für Waren, Arbeit, Dienstleistungen und Kapital voran. Die europäische Wettbewerbspolitik, welcher der EuGH in Eigenregie einen Rang oberhalb nationaler Verfassungen zugesprochen hatte, wurde nun auf alle Bereiche staatlicher Daseinsvorsorge ausgedehnt. In der Folge wurden nationale Post- und Telekommunikationsmonopole ebenso aufgelöst wie die staatlichen Eisenbahnen. Trotz abschreckender Gegenbeispiele mögen Wettbewerb und Privatisierungen in manchen Sektoren und Ländern durchaus mit Erfolgen verbunden gewesen sein.

Mit dem Maastricht-Vertrag von 1992 wurden erste Beschränkungen der nationalen Fiskalpolitik beschlossen. Länder, die an der künftigen gemeinsamen europäischen Währung teilnehmen wollten, verpflichteten sich, ihr jährliches gesamtstaatliches Defizit unter drei Prozent des Bruttoinlandproduktes zu halten. Außerdem musste der Schuldenstand der öffentlichen Hand unter 60 % des BIP liegen. Die Regeln wurden jedoch nie sonderlich streng ausgelegt. Belgien ist bis heute Mitglied der Eurozone, obwohl der Schuldenstand des Landes immer weit über 60 % des BIP gelegen hat. Selbst Griechenland ist es letztlich irgendwie gelungen, Mitglied der Eurozone zu werden. Aber dennoch hatten die Kriterien eine Wirkung, indem sie diejenigen auf der nationalen Ebene stärkten, die sich für Budgetdisziplin einsetzten. Bekannt ist der Fall Italiens, wo lange unklar war, ob das Land zu Beginn an der Währungsunion teilnehmen würde. Auch wurde das Land von einem Korruptionsskandal erfasst und das Parteiensystem erschüttert. In der Folge haben sog. „technische Regierungen“ beginnend im Jahre 1992 über die große Reform von 1995 das Rentensystem umgekrempelt. Es soll hier nicht um die Frage gehen, ob die Reformen erforderlich und zweckmäßig waren. Entscheidend ist vielmehr, dass nationale Beobachter den EU-Konvergenzkriterien eine wichtige Rolle bei der Durchsetzung der Reform zusprechen. Dabei wurde mit der Einführung privater Renten begonnen, an denen die Finanzmärkte großes Interesse hatten. Die Konvergenzkriterien wurden dann über den sog. Stabilitäts- und Wachstumspakt von 1997 zu einer dauerhaften Einrichtung für die Mitglieder der Eurozone.

### **3.1 Die Währungsunion**

Im Jahre 1999 traten die nationalen Zentralbanken die Kontrolle über die Geld- und Währungspolitik an die EZB ab. Damit entstanden zwei Schief lagen, die schließlich in die Eurokrise

mündeten:

Erstens konnten Regierungen die eigene Währung nicht mehr abwerten, um etwaige Kostenprobleme der nationalen Wirtschaft zu mildern. Für ein Land wie Deutschland, das mit viel zu hohem Wechselkurs in die Währungsunion gegangen war, bedeutete dies, dass es das nationale Preisniveau relativ zu anderen Ländern senken musste. Das übte dann auch Druck auf all jene sozialpolitischen Leistungen aus, die einer Kostensenkung entgegenstehen. In Deutschland kulminierte das in der Hartz-Gesetzgebung, welcher die Arbeitslosenhilfe (Notstandshilfe) zum Opfer gefallen ist.

Die zweite Schiefelage ergibt sich durch den Verlust der nationalen Geldpolitik. Die EZB orientiert sich bei ihrer Geldpolitik an der durchschnittlichen Preisentwicklung in der Eurozone. Für Deutschland bedeutete dies, dass die Deflationspolitik zu Beginn des letzten Jahrzehntes mit relativ hohen Realzinsen einherging, die die wirtschaftliche Aktivität im Land noch weiter dämpften. Andersherum profitierten Länder wie Spanien, Griechenland, Italien und Irland zunächst vom Euro. Die neue Währung bedeutete für sie erstens, dass die währungsbedingten Risikozuschläge wegfielen. Zweitens wiesen diese Länder überdurchschnittliche Preissteigerungen auf, was niedrige Realzinsen zur Folge hatte. In Spanien und Irland sorgte das billige Geld für einen Bauboom. Private Investoren verschuldeten sich bei ausländischen Banken. Die Staatshaushalte dieser beiden Länder wiesen im letzten Jahrzehnt hingegen Überschüsse auf. Auch das oft kritisierte spanische Rentensystem nahm mehr Geld ein als es ausgab und sammelte diese Überschüsse in einem Fonds an. Griechenland bildete eine Ausnahme. Dort verschuldeten sich nicht nur Private, sondern auch der ineffiziente, korrupte Sozialstaat.

Heute ist bekannt, dass die Sache nicht gut ausgegangen ist: Die amerikanische Immobilienkrise schwappte nach Europa und löste hier eine Bankenkrise aus. Viele Staaten reagierten darauf, indem sie das nationale Bankensystem mit Steuermitteln und Bürgschaften stützten. Dies trieb die öffentlichen Schulden überall in Europa in die Höhe. In Irland stiegen die Staatsschulden zwischen 2007 und 2011 von 24,5 % des BIP auf 108 %, in Spanien wuchsen sie im gleichen Zeitraum von 36,3 % auf 68,5 % und liegen damit weit unter dem deutschen Wert von 81 %. Die Bankenkrise wurde so zur Staatsschuldenkrise.

Griechenland spielte an dieser Stelle eine ganz unglückliche Rolle. Obschon das Land unter den Krisenländern eine Ausnahme darstellte, wurde es zum Beispiel für die These, wonach sozialstaatliche Leistungen die Ursache für die Schuldenkrise sind. Nicht etwa die institutionellen Konstruktionsprobleme des Euro und der deregulierte Finanzmarkt, sondern die ausufernden Sozialausgaben (insbesondere Rentenausgaben) wurden nun zur Ursache der hohen Staatsschulden in Europa erklärt. Als Konsequenz daraus sollten die nationalen Regierungen auch ihre Rentensysteme reformieren, um sich das Vertrauen eben der Finanzmärkte zu verdienen, die sie mit der Übernahme privater Schulden gerade vor dem Kollaps bewahrt hatten. Nicht nur in Griechenland, sondern auch in Frankreich und Spanien wurden Einschnitte in die Rentensysteme vorgenommen, um die Finanzmärkte zu beruhigen. In der Tat dürften die Renten für die Finanzmärkte von erheblicher Bedeutung sein, da jeder Euro entweder für den Schuldendienst oder für die Alterssicherung ausgegeben werden kann. Letztendlich sollen die Einschnitte in die öffentlichen Renten also sicherstellen, dass die Übernahme privater Schulden durch die öffentliche Hand reibungslos verläuft.

In diesem Kontext ist das „White Paper“ zu „Adequate, Safe and Sustainable Pensions“ zu sehen, das die Kommission Anfang 2013 veröffentlicht hat. Darin leitet die EU Kontrollrechte über nationale Rentensysteme daraus ab, dass die Renten einen großen Anteil öffentlicher Ausgaben ausmachen und somit von EU-weitem Interesse seien. Die Staatsschuldenkrise hätte deutlich gemacht, wie wichtig Rentenreformen für die EU und die Mitgliedsstaaten seien. Die Vorschläge der Europäischen Kommission entsprechen dem eingangs skizzierten Muster: Sie sind erstens geeignet, das Arbeitsangebot zu erhöhen. Zweitens laufen sie darauf hinaus, die Ausgaben der öffentlichen Rentensysteme zu verringern. Schließlich schlägt die Kommission vor, private Renten zu fördern. Dabei sollen u.a. Steueranreize eine Rolle spielen. Auch der Umstand, dass die Renten damit für Finanzkrisen anfällig werden, dient als Begründung für weitere Aktivitäten der EU in diesem Feld. Es drängt sich somit der Eindruck auf, dass die Kommission die Rentenaufwendungen der Bürger von den öffentlichen Systemen an die Finanzmärkte umleiten möchte. Eine Privatisierung der nationalen Rentensysteme wäre für die EU schließlich mit einem Machtzuwachs verbunden, da sie so in den Bereich des Wettbewerbsrechtes geraten würden, den die beherrscht.

## 4 Fazit

Einerseits wurde eingangs betont, dass die EU keineswegs die einzige Ursache des Sozialstaatsabbaus, der zunehmenden Marktorientierung und der Privatisierung ist. Ferner wurde deutlich gemacht, dass nicht alle von der EU angestoßenen Entwicklungen negativ zu bewerten sind. Eine zunehmende Zahl von Kindergartenplätzen, hat auch aus der Sicht von Sozialstaatsbefürwortern Vorteile. Andererseits wurde im Verlauf der Analyse deutlich, dass die EU die genannten Entwicklungen verschärft hat. Eine wichtige Rolle spielt dabei die zunehmende EU-Fiskalintegration in Zusammenhang mit dem Euro. Politische Kräfte, die sich für den Erhalt des Sozialstaates einsetzen, haben von der EU nichts zu hoffen.

Ricard Bellera i Kirchhoff

Vortrag vom 01.02.2013, FNPA-Jahrestagung 2013



## Eine gewerkschaftliche Perspektive für Europa

Europäischen Gewerkschaften müssen sich heute u. a. mit zwei gravierenden Problemen auseinandersetzen, wenn sie der Krise und ihren Konsequenzen erfolgreich entgegenwirken wollen. Auf der einen Seite ist der soziale Zusammenhalt im eigenen Land stark eingebrochen. Auf der anderen sind die nationalen Ökonomien so schnell auseinandergedriftet, dass auch in Europa der Zusammenhalt stark untergraben wurde. Heute fällt es schwer, im eigenen Land für gerechte Lösungen für die Krise und für soziale Gerechtigkeit zu mobilisieren. In Europa macht es der asymmetrische Einschlag der Krise und der Austerität besonders schwer sich mit gleicher Kraft gemeinsam zu organisieren. Wie Jürgen Habermas zu Recht schreibt, ist die Politik der Bundesregierung zum Beschleuniger einer europaweiten Entsolidarisierung geworden. Dieser Politik kam die der Agenda 2010 zuvor, die im gleichen Sinne Kernelemente solidarischer Ökonomie sprengte. Nationaler und europäischer Verlust des sozialen Zusammenhalts ermöglichen nun, dass in Europa stark nach unten harmonisiert wird.

Die Fragmentierung der Arbeitsplätze, die Leiharbeit, Kurzarbeit, Minijobs und Minigehälter haben Lebensunsicherheit, Aussichtslosigkeit und prekäre Existenzgrundlagen zum Alltag für einen großen Teil der Gesellschaft gemacht. In Spanien ist es die durch die Arbeitsrechtsreformen und das finanzielle Ersticken der Betriebe geschaffene Arbeitslosigkeit, die nun 26% der Gesellschaft sozial abgekoppelt hat und den Rest der ArbeitnehmerInnen bedroht. Dies ist z. Z. die größte Herausforderung für die nationalen Gewerkschaften: Polarisierung und Abkoppelung zu bekämpfen, prekäre Beschäftigte zu organisieren, Solidarität wieder stark in den Vordergrund zu rücken. Dies bedarf der Vernetzung gewerkschaftlicher Strategien mit sozialen Bewegungen und des Einbezugs aller Interessengruppen, seien es Jugendliche, Einwanderer, Arbeitslose. Es braucht aber auch eines stärkeren Organisationsgrad der Besserverdienenden.

Die Verteidigung des Sozialstaats und seiner Errungenschaften ist im Interesse aller Bürger, und muss somit mit Beteiligung des breiten Spektrums der Lohnabhängigen erfolgen.

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist aber zu diesem Zeitpunkt auch eine gegenseitige Verantwortung europäischer Gewerkschaften. Der deflationäre Wettbewerb, der in Europa angetrieben wird, verwandelt die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im eigenen Staat in Interessenvertretung von Arbeitnehmern auch anderer Staaten. Der Druck auf die Löhne in Spanien bedroht belgische und deutsche Löhne. Höhere Löhne in Deutschland stärken die Lohnpolitik in Spanien. Die interne Vernetzung der Wirtschaft in Europa entspricht der Logik der kommunizierenden Gefäße von Pascal. Es hat keinen Sinn mehr, auch nicht gewerkschaftlich, sich nur auf Nationales oder Staatliches zu konzentrieren. Die gewerkschaftliche Stärke verbindet und verbreitet sich gegenseitig. Ein Gewerkschaftsmitglied einer Gewerkschaft im eigenen Land macht auch die Gewerkschaft im europäischen Nachbarstaat stark. Deswegen ist die Mobilisierung für einen hohen Organisationsgrad die erste Aufgabe der europäischen Arbeiterorganisationen. Zugunsten des sozialen Zusammenhalts im eigenen Land, aber auch um den Zusammenhalt in Europa zu stärken.

Nun ist es aber so, dass in Europa die Währungsunion nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Politik, und ganz besonders die Sozial- und Arbeitspolitik zunehmend beeinflusst und bestimmt. Auch wenn es richtig ist, dass „die Politik an der Schwelle von der ökonomischen zur politischen Einigung Europas den Atem anzuhalten und den Kopf einzuziehen scheint“ (Habermas), so bedeutet das europäische Projekt schon jetzt eine Verlagerung der Kompetenzen, von der nationalen auf die europäische Ebene, der zunehmend die demokratische Legitimation fehlt. Der Europäische Rat regiert an den Verträgen vorbei, wie es z. B. der Fall ist, wenn die Verschiedenheit der nationalen Systeme und die Autonomie der Sozialpartner nicht berücksichtigt werden, wie es im Artikel 152 des europäischen Vertrag gewährleistet ist, oder das europäische Parlament in wichtigen Entscheidungen nicht miteinbezogen wird. Die Wirtschafts- und Währungsunion führt mittels ‚gouvernance‘ zu einer wachsenden Bestimmung der Lohnpolitik, des Arbeitsrechts, der Tarifpolitik seitens des europäischen Rates, der sich in Schlüsselthemen der Gewerkschaften in Europa einmischt und versucht ein bestimmtes ideologisches Wirtschaftsmodell aufzuzwingen.

Die Krise wird strategisch als Rechtfertigung dafür genommen, dem Aufbau Europas eine unerwartete Dringlichkeit aufzuzwingen, wofür die europäischen Gewerkschaften nicht immer Zeit hatten, um gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Es geht nämlich nicht nur um Währungs-, Fiskal- und Wirtschaftspolitik, Kernpunkte in denen der Europäische Gewerkschaftsbund schon seit einigen Jahren gemeinsame Positionen erarbeitet, sondern um Tarifverhandlung, Kündigungsrecht, Mitbestimmung. Aspekte, bei denen viele Debatten noch offen stehen. Für die es noch keine gemeinsame Antwort gibt, weil in der über 100 Jahre alten Arbeiter- und Gewerkschaftskultur in Europa verschiedene Modelle entstanden und weiterhin koexistieren. Modelle, die nicht nur einer gewissen Tradition und Geschichte, sondern auch politischen und wirtschaftlichen Gefügen entsprechen, wie z. B. die Allgemeinverbindlichkeit der Tarifabkommen die für Länder mit einer Mehrzahl an kleineren und mittleren Betrieben besonders wichtig ist. Diese Vielfalt ist bereichernd, aber die Unterschiedlichkeit der Modelle erschwert die Bestimmung einer gemeinsamen Position.

Der Druck seitens des ‚Exekutivföderalismus‘, der sich im europäischen Rat stark macht, um ein gesellschaftliches Modell aufzuzwingen, in dem die Interessen der Arbeit stark den Interessen der Märkte untergeordnet werden, braucht konstruktive, hochwertige Vorschläge seitens der Gewerkschaften, die zeigen, dass der Ausweg aus der Krise möglich ist, wenn nur die notwendigen Voraussetzungen geschaffen und die richtigen Ziele bestimmt werden. In dieser Hinsicht ist der Marshallplan, der kürzlich vom DGB vorgestellt wurde, ein starkes Angebot mit pragmatischem Ansatz und langfristigem Bestreben. Die Umwelt-, Finanz- und Sozialrisiken, die heute zu einer vorsätzlichen ‚Unfairteilung‘ des Reichtums und Wohlstands führen, könnten damit in einem Modell aufgehoben werden, das dem europäischen Projekt die soziale, wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit verschafft, die dringend notwendig ist, um überhaupt die Identität und Attraktivität Europas zu erhalten. Die Zukunft und der Nutzen dieses Plans werden sich aber nicht nur in seiner inneren Kohärenz und praktischen Anwendbarkeit beweisen, sondern vor allem in seiner Umsetzbarkeit.

Und das wird nicht einfach sein. Der soziale Dialog und das Kräfteverhältnis auf europäischer Ebene müssen dafür gestärkt werden. Der Durchsetzungsfähigkeit der gewerkschaftlichen Vorschläge liegt nämlich nicht nur die Lauheit der Kommission im Weg, sondern auch die wachsende Teilnahmslosigkeit der europäischen ArbeitnehmerInnen gegenüber den gemeinsamen Herausforderungen. Die Logik der Austerität, die die Krise so stark im Rahmen der ‚nationalen‘ Verantwortung und der ‚nationalen‘ Tugend missdeutet hat, hat einen starken Beitrag dazu geleistet, gegenseitige Wiedererkennung und kollektives Mitgefühl zu schwächen. Der Misskredit Europas muss energisch seitens der Gewerkschaften angegangen werden und das bedeutet erneut Gemeinsamkeiten zu schaffen. Es reicht nicht aus, wie im Europäischen Rat politische Gleichgewichte zu suchen, die nur kurzfristig tragfähig sind, sondern identitätsschaffende Dynamiken müssen in Gang gesetzt werden, die eine autonome, starke und transnationale Gewerkschaft in Europa schaffen. Sowohl auf Dachverbandsebene, das heißt im Rahmen des EGBs, als auch bei den europäischen Fachgewerkschaften.

Gemeinsamkeiten werden heute sowohl in den europäischen Betriebsräten geschaffen als auch in den Fachgewerkschaften, wenn z. B. über Ziele in den Tarifverhandlungen in Europa debattiert wird. Beide Elemente schaffen wichtige Grundsätze, um die Branchenpolitik beeinflussen zu können, die gerade für eine Umstellung des europäischen Wachstumsmodells notwendig ist. Beide Wege sind wichtig. Eine europäische Gewerkschaftsstrategie, die sich nur auf größere Betriebe konzentriert, wird kaum den sozialen Zusammenhalt stärken, und wird dem wirtschaftlichen Gefüge eines Teils der europäischen Wirtschaft nicht gerecht werden. Eine Strategie, die aber nicht die Möglichkeiten nutzt, nicht der Verantwortung nachkommt, die den Gewerkschaften durch Informations-, Konsultation- und Mitbestimmungsrechte zustehen, wird kaum Einfluss auf Wirtschaft und Beschäftigungsentwicklung ausüben können. Weitere Möglichkeiten zur Zusammenarbeit und zum Austausch bieten aber nicht nur Europäische Betriebsräte, sondern auch interregionale Gewerkschaftsräte oder die Vielzahl der europäischen Projekte mit Beteiligung europäischer Gewerkschaften.

Die Zusammenarbeit, die einige Gewerkschafter in ihrem Alltag erleben, muss aber auch dem Rest der Gewerkschafter, und der ArbeitnehmerInnen nahe gebracht werden. Wichtig wäre es den Mehrwert zu veranschaulichen der durch die Vernetzung und Zusammenarbeit der Dachverbände in Europa entsteht. Z. B. in der Betreuung von mobilen ArbeitnehmerInnen, ein Bereich der gerade durch die Krise in den Vordergrund gerückt ist, und für den schon 1999 im Helsinki Kongress mit der Erklärung ‚Gewerkschaften ohne Grenzen‘ eine wichtige Vorarbeit geleistet wurde. Auch die Werbung für Gewerkschaftsmitglieder im Rahmen einer europaweiten Kampagne könnte heute ein starkes Zeichen gegenüber der neoliberalen Offensive setzen. Kampagnen gegen spezifische Vorschläge der europäischen Kommission, wie bei der Bolkenstein Richtlinie haben ein großes Potential. Auch Initiativen, wie die Einführung einer gemeinsamen Arbeitsmethode für europäische Gewerkschafter, wie z. B. die vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut (ETUI) geförderte Projektarbeit, sind gute Ideen und Wege Gemeinsamkeiten zu schaffen. Für all dies, seien es Debatten, Begegnungen, Kampagnen, Bildung oder Kommunikation, bedarf es aber an Mitteln und Ressourcen.

Und die sind schwer zu haben. Dabei kommt der aktiven Förderung des Zusammenhalts der Gewerkschaften in Europa eine wichtige Rolle zu. Man muss sich näher kommen. Nah bis zum Verwechseln. Auch ist es notwendig, die Autonomie des europäischen Dachverbands zu erhalten, seine Handlungsfähigkeit zu stärken, damit die Vorschläge erst ins Tagebuch der Kommission und des Rates geschrieben werden können. Dies bedarf einer offenen Debatte über die Struktur und die Mittel des EGBs und über die Kompromisse, auf die die Dachverbände in Europa bereit sind einzugehen, um einen Schritt weiter zu wagen. In Zeiten der Gouvernance ist eine Organisation, die noch dem ‚Maastricht‘ Modell entspricht vielleicht nicht das Geeignete. Die Frage die sich heute dringend stellt ist die, wie die sozialstaatlichen Errungenschaften erhalten werden können, die das soziale Europa auszeichnen. Diese Errungenschaften haben, wie uns Oskar Negt erinnert, den europäischen Demokratien erst ihre Stabilität verliehen. Sie sind deswegen eine Garantie nicht nur für Demokratie, sondern auch für Frieden. Deswegen kommt einer starken europäischen Gewerkschaft eine strategisch zentrale Rolle zu.

Die technokratische Selbstermächtigung eines kerneuropäischen Rates, der heute dem Kapital in Europa Vorarbeit leistet, zwingt zum Handeln. Die Renationalisierung der gewerkschaftlichen Strategien wäre ein Schritt zurück. Die Alternative ist deswegen der Weg nach vorn. Nicht nur inhaltlich, sondern auch in der Form. Vielleicht lohnt es sich gerade jetzt gemeinsam schwierige Fragen zu stellen. Z. B. welcher überhaupt der Horizont des Europäischen Gewerkschaftsbunds sein könnte. Oder ob es vielleicht möglich wäre, langsam die so verschiedenen Gewerkschaftsmodelle in Europa anzugleichen. Was es eigentlich bedeuten würde, im Hinblick auf den Artikel 151 des europäischen Vertrags, diese Modelle auf dem Wege des Fortschritts anzugleichen. Schwierige Fragen für schwierige Zeiten. Fragen die vielleicht einer radikalen Antwort bedürfen. Im etymologischen Sinne, nämlich in dem man der Geschichte der organisierten Arbeit in Europa an die Wurzel geht. Und da ständen in erster Linie Solidarität und Klassenbewusstsein.

## Positionspapiere der Gewerkschaften

<i>IndustriAll Europe (Beschluss vom 2. April 2014)</i>	
<b>Manifest für mehr und bessere Arbeitsplätze in der europäischen Industrie</b>	<b>52</b>
<i>DGB-Bundesvorstand (Beschluss vom 5. November 2013)</i>	
<b>Für ein Europa mit Zukunft – sozial, gerecht, demokratisch</b>	
<b>Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa</b>	<b>92</b>
<i>EGB-Aufruf zu den Wahlen des Europäischen Parlaments (Oktober 2013)</i>	
<b>Sichere Arbeit, Gerechtigkeit und Demokratie für Europa</b>	<b>107</b>
<i>Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Juni 2013)</i>	
<b>Die Lehren aus der Krise ziehen: Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!</b>	<b>112</b>
<i>DGB-Bundesvorstand (Zusammenfassung des Beschlusses vom 4. Dezember 2012)</i>	
<b>Ein Marshallplan für Europa: Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa</b>	<b>117</b>
<i>IG Metall Vorstand (vom 09. Oktober 2012)</i>	
<b>Kurswechsel für ein solidarisches Europa</b>	<b>127</b>
<i>Bezirksvorstand ver.di, Bezirk Berlin (Positionspapier vom März 2012)</i>	
<b>Für ein solidarisches Europa, für ein Europa der ArbeitnehmerInnen</b>	<b>138</b>
<i>Initiative »Europa neu begründen« (26. März 2012)</i>	
<b>Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen!</b>	
<b>Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!</b>	<b>146</b>
<i>EGB-Entschließung (angenommen im Juni 2012)</i>	
<b>Ein Sozialpakt für Europa</b>	<b>150</b>
<i>DGB-Jugend et. al</i>	
<b>Jugend macht Ansagen! Stop talking - act now!</b>	
<b>Young People demand! Stop talking - act now!</b>	
<b>La Jeunesse prend la Parole! Stop talking - act now!</b>	<b>155</b>

**IndustriAll Europe**

Beschluss vom 2. April 2014



## **Manifest für mehr und bessere Arbeitsplätze in der europäischen Industrie**

**Ein Fahrplan für die Reindustrialisierung Europas und die Zukunftssicherung von  
Beschäftigung und Standorten in der europäischen Industrie.**

*Dieses Manifest skizziert die Forderungen von industriAll European Trade Union an die nationalstaatlichen Parlamente, das Europäische Parlament und die Europäische Kommission für die Legislaturperiode von 2014 - 2019. Die Forderungen konzentrieren sich auf die Notwendigkeit des Erhalts und des Wiederaufbaus einer starken industriellen Basis in Europa, um das Wirtschaftswachstum zu steigern, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen, den Übergang zu einer ökologisch nachhaltigen Industrie zu unterstützen und um Lösungen für die großen gesellschaftlichen Herausforderungen (wie z.B. die Bewältigung des Klimawandels, der Globalisierung, der demografischen Entwicklung) zu finden, mit denen unsere Volkswirtschaften konfrontiert sind.*

## Eine Lösung für ganz Europa

Es liegt nun sechs Jahre zurück, seitdem der globale Finanzsektor die schwerste Finanzkrise unserer Zeit ausgelöst hat. Gier, Unverantwortlichkeit, Irrationalität und Missbrauch haben die Finanzmärkte der Welt an den Rand des Zusammenbruchs gebracht und das Schreckgespenst einer anhaltenden weltweiten Rezession aufkommen lassen. Anstatt jedoch rasche Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die Schuldigen, und zwar die Spekulanten und Banken, die allzu großzügig Kredite gewährt hatten, die Folgen der Krise zu tragen hatten, wurden öffentliche Gelder verwendet, um der zusammenbrechenden Finanzbranche aus der Klemme zu helfen. Dies führte zu einer enormen Steigerung der Haushaltsdefizite, was folglich die Einführung von Kürzungsmaßnahmen nach sich zog, welche das Wirtschaftswachstum in ganz Europa abwürgten und einen Anstieg der Arbeitslosigkeit in noch nie dagewesenem Ausmaß verursachte.

Eine Richtungsänderung ist lange überfällig. Wir müssen der fortlaufenden Herrschaft des Finanzsystems über die Realwirtschaft ein Ende setzen. Das Spielfeld des globalen Finanzkapitalismus muss auf das Wesentliche reduziert werden und zwar durch die Umwandlung der Rücklagen der Bürger in Investitionen, die deren Bedürfnissen gerecht werden. Re-regulierung und eine konsequente Überwachung sind dringend notwendig, damit sichergestellt wird, dass die Finanzmärkte das Wachstum der Realwirtschaft eher fördern als gefährden. Ein Banksektor, der ungeheuren Wohlstand für einige wenige schafft, aber Millionen einfacher Menschen in Bedrängnis bringt, hat keine soziale und politische Legitimität.

Die derzeit zunehmende Kluft zwischen wohlhabenden Teilen der Europäischen Union und stagnierenden Regionen ist mit großen Risiken verbunden. Neben den unmittelbaren Nachteilen für die Länder, die sich in anhaltenden wirtschaftlich schwierigen Zeiten befinden, könnte die Lage in diesen Wirtschaftsregionen schwerwiegende Folgen für die gesamte EU haben. Länder, die sich in der Rezession befinden oder eine stagnierende Volkswirtschaft haben, werden weniger Güter aus anderen Teilen der EU importieren. Sinkende Lohnsätze in Ländern, die sich in einer Notlage befinden, könnten zu einem Lohndruck im Rest der EU führen. Weitverbreitete Verzweiflung unter Arbeitern in den am stärksten betroffenen Ländern führt zur Abwanderung von Bürgern|Innen in andere EU-Mitgliedsstaaten, auf der Suche nach vorübergehender oder dauerhafter

Beschäftigung, auch jenseits des regulierten Arbeitsmarkts. Dies führt letztendlich zu einer Zwangsmobilität anstatt zur gewünschten Bewegungsfreiheit.

Zweifelsohne ist das Europaprojekt eine große Errungenschaft, das seit Ende des Zweiten Weltkrieges für Frieden, Freiheit und wirtschaftliches Wohl seiner Bürgern|Innen gesorgt hat. Sollte sich aber weiterhin die Meinung verbreiten, dass nur eine Minderheit in den Genuss der Vorteile des vereinten Europas kommt, besteht die Gefahr, dass der ursprüngliche Reiz der europäischen Vision verloren geht. Solidarität und soziale Gerechtigkeit müssen schließlich in der EU den gleichen Stellenwert besitzen wie wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Infolgedessen müssen die reicheren und wirtschaftlich stärkeren Länder in höherem Maße zu einem Sanierungsplan und zur Finanzierung von zukünftigen Investitionen beitragen als die schwächeren Bevölkerungsgruppen oder Länder. Das Ziel ist die Herbeiführung nachhaltigen Wachstums, welches hochwertige Arbeitsplätze schafft und die wachsende Kluft innerhalb der EU überwindet. Kurzfristige Impulse werden nicht dafür ausreichen. Wir benötigen eine längerfristige Perspektive, um die tiefliegenden Schwierigkeiten und Spaltungen in der EU zu bewältigen.

## **Reindustrialisierung Europas durch starke, intelligente und nachhaltige Politiken**

Der Verfall unserer industriellen Fundamente muss gestoppt werden. IndustriAll European Trade Union begrüßt es daher, dass die negativen Folgen der Finanzkrise die Bedeutung einer starken industriellen Basis wieder ins Blickfeld gebracht haben. Es gilt inzwischen als Konsens, dass Volkswirtschaften nur dann florieren können, wenn eine substanzielle industrielle Basis erhalten bleibt und dass ein kritischer Schwellenwert an Industrie notwendig ist, um die Nachhaltigkeit des europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells aufrechtzuerhalten. Kürzungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Krise sowie fehlende Finanzierungsmittel in den Ländern, die am stärksten von der Krise betroffen sind, haben zum Verschwinden von Tausenden von Unternehmen geführt und somit eine „industrielle Verödung“ in vereinzelt Regionen verursacht. Diese Entwicklungen müssen schleunigst umgedreht werden, um durch Maßnahmen zur industriellen Erholung, die gemeinsam mit den Sozialpartnern vereinbart und koordiniert werden, Wirtschaftstätigkeit und Beschäftigung zu schaffen.

Eine wirksame europäische Industriepolitik wird sich einer dreifachen Herausforderung stellen müssen, nämlich den katastrophalen Folgen der Finanzkrise und Kürzungsmaßnahmen auf die Realwirtschaft Einhalt zu gebieten, zunehmende Konkurrenz zu bewältigen und sie muss die europäische Industrie auf einen nachhaltigen und emissionsarmen Pfad führen. Um sich diesen Herausforderungen zu stellen, bedarf es einer Politik zur Förderung der Reindustrialisierung Europas - auf Grundlage von innovativen Clustern, technologischen Durchbrüchen und der Entwicklung von „Fabriken der Zukunft“. Es muss auch deutlich werden, dass Industriepolitik mehr als eine rein unterstützende flankierende Politik sein muss (Schaffung von Rahmenbedingungen, die eine positive Unternehmensentwicklung begünstigen). Eine aktive Industriepolitik muss die bestehenden Instrumente für horizontale Politiken (Beschäftigung, Steuerpolitik, Forschung & Entwicklung, Innovation, Ausbildung und Qualifizierung, Infrastruktur und innovative Cluster) stärken, sich auf außerpreisliche Faktoren der Wettbewerbsfähigkeit konzentrieren, die Nachfrageseite durch eine verstärkte Kaufkraft der ArbeitnehmerInnen, eine massive Steigerung der Investitionen sowie die Entwicklung neuer Märkte und Innovationen beleben, neue Instrumente entwickeln, die sich auf die Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Umweltauswirkungen richten, und Aktionspläne für strategische Sektoren und

Wertschöpfungsketten (die „vertikale“ Seite der Industriepolitik) umsetzen. Klar definierte, strategische Ziele zur europäischen Industriepolitik mit einer gemeinsamen und gut strukturierten Bewertung möglicher Tätigkeiten und bestimmter Industriezweige sowie mit einer nachhaltigen und effizienten vorausschauenden Bewertung müssen festgelegt werden.

Die Finanzkrise und die daraus resultierende Schuldenkrise hat das industrielle Gefüge Europas so schwer getroffen, dass Gefahr besteht, dass große Teile Europas nicht mehr genügend „kritische Masse“ für einen industriellen Aufschwung haben werden. Auf keinen Fall darf die EU ihre Fähigkeit verlieren, innovativ zu sein, Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln und herzustellen, die den großen Herausforderungen unserer Gesellschaft gerecht werden. Europa darf nicht die kritische Masse für einen industriellen Aufschwung verlieren. Produktionskapazitäten, die einmal verloren gegangen sind, sind schwer wiederherzustellen, können sich aber als sehr wichtig für die Entwicklung neuer Produkte und Aktivitäten erweisen.

## **Empfehlungen, damit industrielle Fertigung wieder Teil der Zukunft Europas wird**

*Zur Unterstützung der Reindustrialisierung Europas und zur Sicherung einer Zukunft für die verarbeitende Industrie und industrielle Dienstleistungen und deren ArbeitnehmerInnen fordert industriAll Europe dringende und zielgerichtete industriepolitische Entscheidungen, um bestehende Kapazitäten wiederzubeleben, neue Möglichkeiten zu entwickeln, neu zu investieren, Schwächen zu beheben und um sich den damit einhergehenden Herausforderungen zu stellen. industriAll Europe legt hiermit die folgenden Empfehlungen für den Zeitraum 2014-2019 vor, um die industriellen Kapazitäten wieder aufzubauen:*

### **1 Für eine neue Belebung der Wirtschaft sorgen**

Industriepolitik kann nur in einem stimulierenden makroökonomischen Umfeld wirksam sein. Da Industriepolitik vor allem zu mittel- und langfristigen Ergebnissen führt, kann sie die negativen Auswirkungen restriktiver Wirtschafts- und Finanzpolitiken niemals korrigieren. Ohne expansive Wirtschaftspolitiken droht die Wirtschaft des Euro-Raums in einer Kombination aus langsamem Wachstum und niedriger Inflation nahe an der Deflation stecken zu bleiben und in eine semi-permanente Rezession zu sinken. In diesem Zusammenhang wird die EU nicht in der Lage sein, das Ziel der EU-2020-Strategie eines Beschäftigungsgrads von 75% zu erreichen, wofür 17,6 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssten.

Die EU bedarf keiner weiteren Sparpolitiken. Haushaltsdefizite müssen zwar auf lange Sicht verringert werden, dennoch wird eine Verringerung von Defiziten/Schulden niemals möglich sein, ohne offensive Maßnahmen zu ergreifen, die Wirtschaftswachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und die Hoffnung und das Vertrauen unter den Arbeitnehmern|Innen wiederherstellen. Um den Teufelskreis von Rezession und Kürzungsmaßnahmen zu durchbrechen, sollten die Mitglieder des Europäischen Parlaments und die neuen europäischen Kommissare eine starke, koordinierte und nachfragegeleitete makroökonomische Politik betreiben. Eine starke Binnennachfrage muss in ganz Europa gepflegt werden. Dies ist Voraussetzung für eine nachhaltige Wirtschaft, die den zukünftigen Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen gerecht wird und das europäische Sozialmodell aufrechterhält. Europa hat sich viel zu lange auf die Neueinführung haushaltspolitischer Orthodoxie und die Umsetzung von Kürzungsmaßnahmen konzentriert.

Zum Beispiel stützt sich die europäische Gesellschaft und Wirtschaft auf eine effiziente Transport- und Dienstleistungsinfrastruktur. Die Entwicklung der Infrastruktur ist nun jedoch, insbesondere in den Krisenländern, zum Erliegen gekommen. Die Erhaltung einer erstklassigen Infrastruktur würde das Wirtschaftswachstum ankurbeln und die Bauphase würde dringend benötigte Beschäftigung bieten. Die Ausweitung und Erhaltung der bestehenden Infrastruktur muss daher von staatlichen Stellen sowie von öffentlich-privaten Partnerschaften gefördert und finanziert werden.

### Empfehlungen

- 1) Unterstützung der Umsetzung des „A New Path for Europe“, des EGB-Investitionsplans für Europa („Ein neuer Kurs für Europa“). Dessen Ziel besteht darin, jährlich zusätzlich 2% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) der EU über einen Zeitraum von 10 Jahren in Infrastrukturen zu investieren, die die Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung erfüllen, und zwar in die Transeuropäischen Energie- und Transportnetze, in erneuerbare Energien und in digitale Infrastrukturen, in Stadterneuerung und in Energieeffizienz, in sozialen und passiven Wohnbau sowie in Infrastruktur für Senioren, Bildung, Gesundheitsdienste usw. Der Plan könnte bis zu 3% zusätzliches BIP einbringen und über einen Zeitraum von 10 Jahren zwischen 9 und 11 Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.
- 2) Investitionsprojekte auf europäischer Ebene müssen mit nationalen Investitionsplänen Hand in Hand gehen. Die Lissabon-Strategie der ersten Jahre des neuen Jahrtausends ist gescheitert und die EU-Strategie für 2020 hat mit Schwierigkeiten zu kämpfen. Was wir brauchen sind langfristige Investitionen zur Finanzierung eines nachhaltigen Wachstumspfad; aber der europäische Finanzsektor entspricht nicht den Anforderungen für die Entwicklung von KMU, für Innovation und Infrastruktur, obwohl die europäischen Staaten während der Eurokrise den Banken mit 500 Milliarden Euro ausgeholfen haben. Die Investitionsprojekte auf europäischer Ebene müssen gemeinsam mit den nationalen Investitionsprojekten entwickelt werden. Es muss jenen Investitionen Vorrang gegeben werden, die die größten Auswirkungen auf die Wirtschaftstätigkeiten innerhalb eines Landes haben.

### 3) Ein gerechteres Steuersystem

#### 3.1 Auf nationaler Ebene

a) durch die Einbeziehung sämtlicher Einkünfte in die Einkommenssteuer (z.B. Vermögensabgabe, Einkommen von Kapital, Zinsen, etc.) b) Einzelstaatliche Regierungen sollten eine gerechtere Einkommensverteilung mittels eines progressiven Steuersystems mit der zusätzlichen Wirkung einer Förderung der privaten Binnennachfrage sicherstellen und somit das Wirtschaftswachstum ankurbeln, Einkommen und Wohlstand umverteilen und die Sozialpolitik finanzieren.

#### 3.2 Auf europäischer Ebene

a) durch Umstellung der Besteuerung von Arbeit auf Kapital, indem Steuerschlupflöcher und Steueroasen geschlossen werden, Steuerumgehung bekämpft wird, Gewinn- und Verlustverrechnungen zwischen den EU-Ländern genau geprüft und aggressive Steuervermeidungsstrategien der Unternehmen verhindert werden.

b) durch eine ansteigende EU-Harmonisierung der Körperschaftsteuer, die einen Mindestsatz festlegt, mit dem Ziel Steuerdumping zu vermeiden.

c) durch die Errichtung einheitlicher, transparenter und kontrollierbarer Regeln für internationale Rechnungslegungsstandards (IFRS).

### 4) Es stimmt zwar, dass die Europäische Zentralbank (EZB) wiederholt Zinsen gesenkt hat und Banken Zugang zu günstiger Liquidität in großem Umfang über lange Zeiträume oder durch den Kauf von Staatsanleihen gibt. Dennoch sollte das Mandat der EZB zusätzlich folgendes einschließen:

4.1 Die EZB sollte dauerhaft die Möglichkeit haben, gegen Spekulationen gegen Staaten in der Eurozone zu kämpfen. Wir fordern daher eine Debatte zur Überarbeitung von Art. 123 des Vertrags über die Europäische Union (EUV), welcher solche Maßnahmen gegenwärtig nicht zulässt.

4.2 Im Einklang mit der US-Notenbank sollten neben der Preisniveaustabilität auch Vollbeschäftigung und ein angemessenes Wirtschaftswachstum Teil der satzungsmäßigen Ziele der EZB werden

- 5) Das Europäische Sozialmodell (dessen Hauptbestandteile soziale Sicherheit und Arbeitsmarktregulierung sind) ist ein einzigartiger komparativer Vorteil für die EU in einer globalisierten Industrie und sollte erhalten und gestärkt werden. Durch automatische Stabilisatoren, die Einkommen und wirtschaftliche Aktivität aufrechterhalten, bekommt es auch eine wirtschaftliche Funktion. Dies hat den europäischen Volkswirtschaften während der Rezession geholfen, das Schlimmste zu verhindern. Mehr sozialer Schutz trägt auch dazu bei, dass die VerbraucherInnen wieder Vertrauen in die Wirtschaft fassen.
- 6) Abschaffung des Niedriglohnssektors in Europa durch Tarifverhandlungen und/oder gesetzliche Regulierung - zum Beispiel über Mindestlöhne - in Übereinstimmung mit den Praktiken in den einzelnen Ländern. Die EU und die Troika müssen umgehend den Druck auf Lohn und die Arbeitsbedingungen einstellen sowie ihre Angriffe auf die Tarifpolitik in ganz Europa aufgeben
- 7) Die Umsetzung der EU 2020 Ziele, eine Beschäftigungsrate von 75%, der Kampf gegen die Armut, die Förderung von Bildung, nachhaltige Entwicklung und 3% Ausgaben für Forschung und Entwicklung sollten gegenüber den Zielen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (restriktive Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik) unbedingt Geltungsvorrang bekommen, um ein Scheitern wie bei der Lissabon-Strategie (die europäische Wachstumsstrategie für den Zeitraum von 2000-2009) zu vermeiden.
- 8) EU-Mitgliedsstaaten sollten dazu angehalten werden, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur gleichzeitig zu erhöhen, mit dem Ziel ihre Volkswirtschaften anzukurbeln und Phasen langsamen Wachstums zu vermeiden. Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Infrastruktur und neue Fahrzeugtypen müssen erhöht werden. Es ist wichtig, dass die bestehende Infrastruktur aufrechterhalten und erweitert wird, um den Anforderungen einer industriellen Zukunft Europas gerecht zu werden. Finanzmittel für Forschungsprojekte zur Entwicklung einer optimalen Vernetzung und Anbindung verschiedener Verkehrsmittel in Europa müssen erhöht und zur Verfügung gestellt werden.

## **2 Stoppt interne Abwertungen und erweitert die Europäische Wirtschaftsregierung um eine soziale und demokratisch legitimierte Dimension**

Die Umsetzung von „nationalen Reformprogrammen“, die in einigen Ländern zu Kürzungsmaßnahmen führt, die verheerende Auswirkungen auf ArbeitnehmerInnen, ihre Familien und die breitere Gesellschaft gehabt haben, sowie die Schaffung eines neuen Systems wirtschaftspolitischer Steuerung sind parallel entwickelt worden. Für industriAll Europe muss das Hauptziel der Europäischen Wirtschaftsregierung die Sicherung und Schaffung von guten Einkommen und Arbeitsbedingungen sowie sicherer Beschäftigung sein, ohne dabei in einzelstaatliche Sozialversicherungssysteme, Lohnbildung und Tarifpolitik einzugreifen.

Die Intention der neu eingeführten Maßnahmen (6-Pack, 2-Pack, Fiskalpakt usw.) ist ein Entwurf neoliberaler Politik, die „externe“ Abwertungen (Währung) durch „interne“ Abwertungen (Lohn- und Arbeitsmarktpolitik) mit Mitteln der Lohnpolitik (durch Kürzungen von Löhnen, Renten und Sozialleistungen sowie durch die Deregulierung der Arbeitsmärkte und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte) ersetzen will. Verpackt als „Arbeitsmarktreform“ ist das neue System der wirtschaftspolitischen Steuerung ein ideologischer Anschlag auf alle bewährten Regelwerke/ Institutionen, die einen Einbruch der Löhne und Arbeitsbedingungen verhindern sollen, und es führt zur „Aushöhlung“ des europäischen Sozialmodells. Makroökonomisch hat der verstärkte Stabilitäts- und Wirtschaftspakt darüber hinaus die Konjunkturkrise in Europa verschärft und einige Länder an den Rand des Abgrundes geführt. Berechnungen zeigen nämlich, dass die Multiplikatorwirkung von einem Prozentpunkt Budgetkonsolidierung einen negativen Wachstumseffekt von 1,5% bis 2,5% hat (je nach dem Grad der Offenheit der nationalen Volkswirtschaften). Die kontraktive Finanzpolitik hat zu kumulativen Wachstumsverlusten geführt, und zwar in Höhe von 18% in Griechenland, 9,7% in Spanien, 9,1% in Frankreich und 8,4% in Irland. Sparprogramme funktionieren nicht, wenn alle Länder zugleich Kürzungsmaßnahmen auferlegen. Vor allem im Süden Europas haben sich Ausgabenbeschränkungen als sehr kostspielig (Senkung der Wirtschaftsleistung) und als nicht besonders effizient (keine Senkung des Verschuldungsgrads) erwiesen, während sie zugleich die wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität unterminieren. Der wirtschaftliche, sozialen und politische Schaden einer übermäßigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ist beträchtlich, denn die Wirtschaft wird in eine Stagnation gezogen. Die

Folgen sind heute schon erkennbar: Die neoliberale Sparpolitik führte zu einer Rekordarbeitslosigkeit, zu einer verlorenen Generation junger Menschen und zu immer mehr Euro-Skepsis und Populismus. Die massive Sparpolitik hat auch das Problem demokratischer Legitimität aufgeworfen, da eine zentralisierte Finanzpolitik mit strenger Kontrolle von Finanz- und Ausgabenentscheidungen demokratisch gewählter Regierungen nur durch eine demokratisch gewählte Europäische Kommission betrieben werden kann.

### Empfehlungen

- 1) Der gegenwärtigen Sparpolitik muss ein Ende gesetzt werden und sie muss durch dynamische Wachstumsstrategien auf der Grundlage gemeinsamer Zukunftsvisionen ersetzt werden. Wir brauchen die Förderung von direkten Investitionen und von Unternehmergeist, von Exporten und von Innovationen, von Qualifikationen und von Investitionen in Arbeitskräfte, in Cluster zwischen Unternehmen und Forschungsinstituten, in die Schaffung neuer Unternehmen, in die Gewährleistung von Versorgungssicherheit und in eine stärkere Unterstützung von Strukturfonds usw.
- 2) Die EZB muss dazu beitragen, dass die Finanzierung der Staatsschulden gestärkt wird, um die Strafzinsen, die einigen Ländern auferlegt worden sind, zu senken. Modelle für die Einführung von Eurobonds und die entsprechenden Auswirkungen sollten geprüft werden. Wir fordern, dass die EZB als „Kreditgeber der letzten Zuflucht“ (lender of last resort) agiert.
- 3) Eine bessere Verteilung der Lasten für die Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft zwischen „Defizit“- und „Überschuss“ (aktuelle Konten) Ländern (symmetrische Anpassung) ist dringend notwendig. Dazu muss in den Überschuss-Ländern die Inlandsnachfrage, die private und insbesondere die öffentliche, wieder angekurbelt werden.
- 4) Öffentliche Investitionen müssen aus den budgetären Zielsetzungen des Stabilitäts- und Wachstumspakts ausgenommen werden.
- 5) Da die Kommission nicht für Lohnbildung, Arbeitsmarktpolitiken oder Tarifverhandlungen zuständig ist (Art. 153 des EUV), sollte sie auch nicht versuchen, Empfehlungen zu diesen Themen vorzugeben. Außerdem gibt es keine eindeutige Rechtsgrundlage für die

Maßnahmen welche die Troika (EZB, IWF, Europäische Kommission) den Ländern unter dem Rettungsschirm auferlegt hat. Die Troika sollte daher aufgelöst und durch einen demokratisch kontrollierten Koordinationsmechanismus ersetzt werden.

- 6) Einführung eines Verfahrens bei sozialen Ungleichgewichten durch Festlegung und Einhaltung struktureller sozialer Indikatoren, um sicherzustellen, dass die wirtschaftspolitische Steuerung auch die Beurteilung (und Behandlung) der sozialen Auswirkungen von politischen Maßnahmen und die Notwendigkeit des Erhalts eines gut funktionierenden Wohlfahrtsstaates umfasst.
- 7) Integration des sozialen Dialogs in alle Phasen der wirtschaftspolitischen Steuerung (einschließlich der Weiterentwicklung des Systems, des Jahreswachstumsberichts, des Europäischen Semesters, der länderspezifischen Empfehlungen). Sozialpartner müssen wirksamen Einfluss auf die Entscheidungsfindung zu Themen bekommen, die zu ihren Kompetenzbereichen gehören. Dies sollte zu ausgewogeneren Politiken mit stärkerer Beachtung der Forderungen von Gewerkschaften führen (z.B. Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse).
- 8) Der Lohnanteil an der Bruttowertschöpfung ist in den meisten Ländern rückläufig, während die Kapitalertragsquote ansteigt. Dies erfordert eine verstärkte und erhöhte Überwachung der europäischen Lohnkoordinierungsregel von industriAll Europe, um sicherzustellen, dass die Lohnentwicklungen den Preis- und Produktionserhöhungen entsprechen.
- 9) Eine stärkere Koordination von Sozial- und Beschäftigungspolitiken, z.B. durch den Austausch bewährter Praktiken, der Setzung gemeinsamer Ziele und dem Durchführen gemeinsamer Aktionen. Dies könnte zum Beispiel durch die Einführung eines Programms für Arbeitsplatzinnovation erreicht werden, sowie durch das Setzen von Maßstäben für bewährte Unternehmenspraktiken, die durch Nutzung der Talente ihrer Belegschaft und durch die Zusammenarbeit mit anderen Unternehmen und Wissenszentren ihre Produktivität und ihre Innovationsfähigkeit erfolgreich verbessern.

### **3 Entwicklung von Tarifpolitik, Sozialdialog und der sozialen Dimension der Industriepolitik**

Industriepolitik sollte einen starken sozialen Pfeiler haben, da Unternehmen und Arbeitsplätze aufgrund von technologischen Durchbrüchen, Globalisierung, Auflösung von Versorgungsketten und ökologischen Übergängen einem schnellen Wandel unterliegen. Nur durch starke wirtschaftliche und soziale Kohäsion wird die EU in der Lage sein, wohldurchdachte industrielle Aktivitäten mit hohem Mehrwert zu entwickeln. Daher muss Industriepolitik durch eine aktive Beschäftigungs-, Bildungs-, und Sozialpolitik ergänzt werden, um den strukturellen Wandel zu begleiten. Der Wandel muss besser antizipiert und bewältigt werden, um negative Auswirkungen des Wandels auf ArbeitnehmerInnen und Beschäftigung zu vermeiden. Die soziale Dimension und der Sozialdialog bieten einen Wettbewerbsvorteil und schaffen gegenseitiges Vertrauen, Stabilität, Sicherheit, Anpassungsfähigkeit, Zusammenarbeit, hoch qualifizierte Arbeitskräfte und innovative Verfahren am Arbeitsplatz in der europäischen Industrie.

Zudem sollten Anstrengungen bezüglich Ausbildung und Qualifizierung erhöht werden und darauf abzielen, ArbeitnehmerInnen eine gleichwertige Arbeit (was Bezahlung, Mehrwert und Qualität betrifft) bieten. Falls dies nicht der Fall ist, besteht ein hohes Risiko der Verarmung nicht nur für die betroffenen ArbeitnehmerInnen, sondern auch für die Gesellschaft insgesamt (aufgrund der Versetzung von Industriearbeitern in Dienstleistungssektoren, wie Logistik, Reinigung oder Tourismus, mit weitaus niedrigeren Gehältern und einem niedrigeren Mehrwert).

Der Europäische Sozialdialog ist eine Notwendigkeit für den effektiven Einsatz der Industriepolitik und der Wiederherstellung des Gleichgewichts von Volkswirtschaften, die aufgrund ungleicher wirtschaftlicher Auswirkungen in den EU-Randstaaten weiterhin unter der Krise und De-Industrialisierung leiden.

Eine solche Dimension wird benötigt, um Maßnahmen des sozialen Zusammenhalts und der Entwicklung einer Industriestruktur zu legitimieren, welche die Innovation in neuen Sektoren und Tätigkeiten in Bezug auf Reindustrialisierung verbindet.

## Empfehlungen

- 1) Eine stärkere Institutionalisierung der sozialen Verantwortung von Unternehmen muss ein notwendiges Gegengewicht für Geschäftsstrategien bilden, die häufig nur durch ihre Quartalsergebnisse inspiriert werden. Das wird die langfristige Zukunft von Unternehmen untermauern und erfordert einen vollwertigen sozialen Dialog mit Arbeitnehmer|Innen und anderen betroffenen Parteien
- 2) Das Risiko besteht, dass größere Umgestaltungen ohne die Einbeziehung und das Engagement der ArbeitnehmerInnen scheitern werden. Der soziale Dialog sollte daher weiterführen als nur zu Gesprächen über Gehälter und Arbeitsbedingungen. Die Rolle von Gewerkschaften besteht nicht nur darin, Umstrukturierungsprozesse zu betreuen, sondern auch darin, zur Entwicklung zukünftiger Unternehmensstrategien, zur Suche nach neuen Produkten und Produktionsprozessen und durch ArbeitnehmerInnen getriebene Innovationen, zum Ausbau der Fertigkeiten der ArbeitnehmerInnen und zur Einführung neuer Organisationsmodelle beizutragen. Daher muss die aktuelle Schwächung des sozialen Dialogs und des europäischen Sozialmodells gestoppt und die Demokratisierung am Arbeitsplatz erweitert werden. Ein qualitativ hochwertiger Sozialdialog mit der Kompetenz verbindliche Abkommen zu schließen, kann auch zu größeren Synergien auf den verschiedenen Ebenen führen - sektoral, branchenübergreifend und unternehmerisch - indem diese Ebenen besser koordiniert werden.
- 3) Wir brauchen aktive Beschäftigungspolitiken, die Beschäftigungsschutz, Berufsausbildung für alle (auch für ungelernte Arbeiter), Arbeitsmöglichkeiten, bezahlbare Kinderbetreuung und gleiche Chancen für alle bieten. Dabei muss eine Kluft zwischen jenen, die am Arbeitsmarkt teilnehmen und jenen, die das nicht tun, vermieden werden.
- 4) Fertigkeiten sind ein wichtiger Antriebsmotor für Wachstum und Arbeitsplätze, da sie die Fundamente für Innovation und Mehrwert liefern. Eine sozial akzeptable Bewältigung des Strukturwandels sollte Umschulungen und einen sozial gerechten Übergang von ArbeitnehmerInnen gewährleisten, deren Arbeitsplätze wegen industrieller Umstrukturierungen in Gefahr sind. Daher muss Industriepolitik zu einem proaktiven,

einfachen Übergang von einer Arbeitsstelle zur anderen beitragen:

- a) Durch eine rechtzeitige Identifikation von Qualifikationsbedarfen einzelner Branchen und ausreichende Ausbildungskapazitäten für Arbeitsplatzsuchende. Hierzu sollten sektorale Kompetenzräte und sektorale Ausbildungsinstitute geschaffen werden.
  - b) Durch ein individuelles Recht auf Ausbildung für jede/-n einzelne/-n ArbeitnehmerIn
  - c) Durch die Förderung von lebenslangem Lernen
  - d) Durch eine Kombination aus Kurzarbeit mit Weiterbildung
  - e) Durch die Ausdehnung der Kompetenzen des europäischen Globalisierungsfonds, um die Fertigkeiten von Arbeitnehmern|Innen in Sektoren/Versorgungsketten zu verstärken, die unter Auslandsverlagerung und internationaler Konkurrenz leiden
  - f) Durch die Schaffung eines Transfersystems zwischen Bildung und Industrie, wie Systeme dualer Ausbildung, Ausbildungen und Praktika mit hohen Qualitätsstandards für Jugendliche
- 5) Der schrittweise Abbau von repetitiver Fabrikarbeit sollte für Investitionen in soziale Innovationen genutzt werden, die sich auf Kompetenzen, Kreativität, Autonomie, innovative Arbeitsorganisation und menschenwürdige, hochwertige Arbeitsplätze konzentrieren
- 6) Da Arbeitnehmerrechte aufgrund der Finanzkrise und der europäischen Empfehlungen, die den Mitgliedsstaaten auferlegt werden, unter konstantem Druck stehen, muss der Kampf gegen Sozialdumping und prekäre Arbeitsverhältnisse verstärkt werden, durch
- a) Respekt für die Souveränität der Sozialpartner
  - b) Gleiche Entlohnung aller ArbeitnehmerInnen für gleiche Arbeit
  - c) Gerechte Entlohnung und Sozialversicherung für Auszubildende und Praktikanten
  - d) Respekt für Tarifverträge und Erweiterung der Tarifbindung
  - e) Keine weitere Schwächung der nationalen Arbeitsgesetzgebung
  - f) Beschränkung des Anteils flexibler Beschäftigungsverträge wie befristete Arbeit oder Zeitarbeit auf das absolute Minimum
  - g) Einführung von ausreichenden Regelungen bezüglich Telearbeit
- 7) Komplexe Unternehmensstrukturen oder „Wertschöpfungsketten“ schaffen häufig unterschiedliche Abhängigkeitsverhältnisse sowohl zwischen den Tochtergesellschaften und

der Hauptniederlassung als auch zwischen Sub- und Hauptauftragnehmern, wobei manchmal eine ganze Kaskade von Subauftragnehmern beteiligt sind. Solche wirtschaftliche Strukturen können Unsicherheiten zwischen den abhängigsten Gliedern hervorrufen, was vom Kooperationsniveau zwischen den Unternehmen innerhalb der Wertschöpfungskette abhängt. Häufig führt dies auch zu sozialen Ungerechtigkeiten, was den Umgang mit den ArbeitnehmerInnen betrifft, weil dies von der entsprechenden Stellung des Arbeitgebers innerhalb der Wertschöpfungskette abhängt. In Tarifverhandlungen müssen diese Ungerechtigkeiten angesprochen werden und ein hohes Maß an Kooperation zwischen den Beteiligten in derselben Branche gestärkt werden, mit dem Ziel deren Stabilität zu gewährleisten.

#### **4 Bankensektor auf ein nachhaltiges Fundament stellen, Zugang zu Krediten sichern**

Es muss noch viel getan werden, damit der Finanzsektor wieder seine Basisfunktion übernimmt, nämlich aus Spareinlagen produktive Investitionen in die Realwirtschaft zu erzeugen. Heute ist der Finanzsektor noch sehr fragil und die Finanzkrise unterminiert nach wie vor den Zugang zu Finanzmitteln. Banken im Euro-Raum haben ihre Kreditnormen aufgrund ihrer Risikowahrnehmung und schwacher Bilanzen verschärft. Dies hat zu einem Einbruch bei den Kreditzusagen und - trotz des historisch niedrigen EZB-Basiszinssatzes - insbesondere in Krisenländern zu hohen Zinssätzen geführt, vor allem für kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die am stärksten von Bankkrediten abhängig sind. Für die Überwindung der Kreditklemme müssen Vertrauen und Kreditwürdigkeit im europäischen Bankensektor wiederhergestellt werden. Die Wiederherstellung eines voll funktionsfähigen Finanzsystems ist somit eine dringende Priorität.

#### **Empfehlungen**

- 1) Stärkung der Widerstandsfähigkeit des EU-Bankensektors über Basel III und des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), wobei gleichzeitig vermieden wird, dass strengere Kapitalanforderungen negative Auswirkungen auf Investitionskredite haben.
- 2) Die schnelle Schaffung einer Bankenunion ist dringend notwendig, um die finanziellen Risiken zu vermeiden, die unheilvolle Verbindung zwischen der doppelten Gefährdung durch Bankschulden und Staatsschulden zu lösen und die implizite Rettungsgarantie von Regierungen zu beenden.
- 3) Die Schaffung besser funktionierender Finanzmärkte, einschließlich der Bereitstellung von Risikokapital in allen Phasen der Entwicklung von Unternehmen (Zugang zu Risikokapital für Start-Ups), der Entwicklung von „Business Angels“-Netzen, öffentlicher Garantien für produktive Investitionen, des Einsatzes von Mikrokrediten zur Förderung der Unternehmerschaft und der Schaffung öffentlicher oder genossenschaftlicher Banken.
- 4) Die Stärkung bzw. Einrichtung (semi-)öffentlicher Investmentfonds, um die Finanzierungsdefizite des privaten Banksektors auszugleichen. Die Regierungen sollten sich dabei vor allem auf Bereiche konzentrieren, wie: Markteinführung neuer Innovationen,

nachhaltige Technologien, „greening the economy“ (Ökologisierung der Wirtschaft), Projekte mit einer langen Rückzahlungsfrist, Modernisierung der Infrastruktur (einschließlich der Modernisierung von Industriebranchen oder der nachhaltigen und koordinierten Entwicklung von Industriestandorten).

- 5) Die Errichtung privat-öffentlicher Partnerschaften in der Industrie mit öffentlicher Kontrolle und vollständiger Transparenz als Mittel zur Förderung der Industrie und nicht zu deren Privatisierung.
- 6) Einführung einer möglichst breit angesetzten Steuer auf Finanztransaktionen - auch weltweit - als eines der Instrumente zur Zügelung von Spekulation und Finanzkapitalismus.
- 7) Komplette Trennung zwischen Geschäftsbanken einerseits und Investitionsbanken und Eigengeschäften andererseits
- 8) Der Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflichten im Finanzsektor hat großen Schaden angerichtet. Es muss Regeln geben, damit die Grundfunktion des Bankensektors wiederhergestellt wird und zwar Annahme und Schutz von Ersparnissen, Sicherung von Liquidität und Bereitstellung von Krediten für Investitionen. Verantwortungsloses Verhalten im Finanzsektor muss durch stärkere Überwachung, bessere Corporate- Governance-Regeln, neue Management-Vergütungssysteme und Eindämmung des Schattenbankwesen (kurzfristiger Handel und Einsatz von Zweckgesellschaften für Spekulationen) bekämpft werden.
- 9) Unterstützung der Gründung von Genossenschaften und anderen Gesellschaften zur gegenseitigen Hilfe durch eine intelligente und effektive Kombination von Europäischen Institutionen und der Industrie. Derartige Strukturen sollten bereits bestehende Wertschöpfungsketten zwischen europäischen Unternehmen aller Größenordnungen berücksichtigen. Ziel ist, die industrielle Struktur zu stärken und solide Wurzeln und Fundamente für zukünftige Nachhaltigkeit zu schaffen.
- 10) Die Trockenlegung von Steuerparadiesen unterstützen.

## **5 Synergien zwischen Industriepolitik und Umweltpolitik suchen, neue grüne Arbeitsplätze schaffen**

Einerseits wird Industriepolitik die Zielsetzungen einer nachhaltigen Entwicklung einbeziehen müssen, andererseits darf Umweltpolitik nicht nur reaktiv sein und muss mehr tun, als sich auf die Bewältigung der Umweltauswirkungen des Wirtschaftswachstums zu konzentrieren. Der Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit lässt vermuten dass Umweltnormen nicht länger als Hindernis für einen wettbewerbsfähigen industriellen Sektor, sondern als potenzielle Antriebsmotoren des Wachstums betrachtet werden. Demzufolge sollten ökologische Herausforderungen in beschäftigungspolitische und ökonomische Chancen umgesetzt werden, Synergien zwischen Umwelt-, Beschäftigungs- und Industriepolitik sollten untersucht werden sowie Umweltvorschriften und technische Entwicklung einander gegenseitig verstärken. Auf diese Weise könnte eine Politik der nachhaltigen Entwicklung in industrielle Aktionspläne und Projekte umgesetzt und der ökologische Kreislauf geschlossen werden (Cradle-to-Cradle-Prinzip).

Die Beschäftigungspotentiale sind groß. Die Europäische Kommission schätzt, dass die Sektoren der erneuerbaren Energien bis 2020 3 Millionen Arbeitsplätze schaffen könnten, während eine verbesserte Energieeffizienz zu weiteren 2 Millionen Arbeitsplätzen führen würde. Darüber hinaus hat eine höhere Ressourceneffizienz das Potenzial, 2,8 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen (in den Bereichen Recycling und Abfallwirtschaft). Europa ist bereits ein Vorläufer in nachhaltigen Technologien und sollte von der wachsenden Nachfrage nach Öko-Technologien und nachhaltigen Produkten und Dienstleistungen profitieren. Soziale Nachhaltigkeit in der gesamten Produktionskette schafft ein produktiveres und innovativeres Umfeld, was für die Schaffung einer wettbewerbsfähigen Industrie zwingend erforderlich ist. industriAll Europe - deren Sektoren entscheidend an der Entwicklung der Systeme und der Produktion von industriellen Ausrüstungsgütern sowie an technologischen Durchbrüchen für eine nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft beteiligt sind - ist daher überzeugt, dass Investitionen in die Umstellung auf eine nachhaltige Gesellschaft und Wirtschaft dazu beitragen können, die Zielsetzung der EU-Kommission von 20% (Anteil der Industrie an der gesamten Wertschöpfung), wie sie in der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Industriepolitik vom Oktober 2011 festgelegt ist, zu erreichen.

Dies wird darüber hinaus auch zu den Beschäftigungszielen der EU-2020-Strategie beitragen.

### Empfehlungen

- 1) Eine internationale Vereinbarung zum Klimawandel für 2015 ist unbedingt notwendig. Nach Ansicht von industriAll kann das Argument, dass die EU nur 11% der weltweiten Treibhausgasemissionen (THG) repräsentiert, keine Entschuldigung für fehlendes Handeln sein. Wir begrüßen weltweite Bestrebungen zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen und fordern die Regierungen und die Europäische Kommission auf, aktiv daran zu arbeiten, ein globales und verbindliches Klimaabkommen zu schaffen.
- 2) Entwicklung einer „Tool-Box“ für eine nachhaltige Industriepolitik. Denken in Lebenszyklen und die Förderung qualitativen Wirtschaftswachstums dürfen nicht länger als Hindernisse für einen konkurrenzfähigen industriellen Sektor gesehen werden, sondern vielmehr als potenzielle Antriebsmotoren des Wachstums. Daher müssen neue industrielle Strategien für alle Tätigkeitsbereiche entwickelt werden, um die industrielle Infrastruktur Europas zu erhalten und nachhaltig auszubauen. Eine proaktive und integrierte Industriepolitik erfordert verbesserte industriepolitische Instrumente, um die Herausforderungen einer emissionsarmen Wirtschaft meistern zu können.

Erforderlich sind:

- a) umfassende politische Rahmenwerke und Aktionsprogramme wie das Klima- und Energiepaket der EU oder der Fahrplan für die Ressourceneffizienz und der damit einhergehende Strukturwandel
- b) weiche und harte Regelwerke: Gesetzgebung, Vereinbarungen zwischen Produzenten, Verbrauchern und Regierungen sowie Verhaltenskodizes
- c) Instrumente, die externe Kosten internalisieren: Besteuerung und Preisfestlegung für Emissionen
- d) Verbreitung der besten verfügbaren Technologien für die Eindämmung von THG Emissionen : Standards, Normen und Benchmarks, die industrielle Aktivitäten, Vielschichtigkeiten und Entwicklungen in den verschiedenen Sektoren festlegen und bewältigen. Bewertungen aus sektoraler Sicht sind erforderlich und sollten durch horizontale

Maßnahmen verstärkt werden.

e) Politiken und Instrumente, die nachhaltige Produktion und nachhaltigen Verbrauch fördern, wie Öko Labels, Energielabels, Innovation und Förderung von Öko- Technologien, Materialeffizienz, Umweltmanagementsysteme und Förderung des Denkens in Produktlebenszyklen

- 3) Während die EU auf dem besten Weg ist, die Senkung ihrer Treibhausgasemissionen um 20% zu erreichen, muss viel mehr getan werden, um das Energieeffizienzziel zu verwirklichen. Das Streben nach ehrgeizigen Emissionszielen für 2030 und darüber hinaus sollte zur Einführung von Umweltnormen im internationalen Handel führen, einen Weg für einen fairen Übergang ebnen und dabei versuchen, die negativen Auswirkungen, die asymmetrische Folgen auf verschiedene Mitgliedsländer haben können, zu vermeiden.
- 4) Die Klimapolitik der EU sollte global ausgerichtet werden, um sicherzustellen, dass alle Industrien auf der ganzen Welt ihre Umweltleistung und ihr Verantwortungsbewusstsein ständig erhöhen, während die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt und eine Verlagerung der Emissionsquellen vermieden wird.
- 5) Erweiterung der nachhaltigen und sozialen Beschaffungsregeln für öffentliche Ausschreibungen.
- 6) Ausdehnung des Geltungsbereichs der Ökodesign-Richtlinie, die das Denken in Produktlebenszyklen und Ressourceneffizienz bei der Entwicklung energieintensiver Produkte fördert, auf energiesparende Produkte.
- 7) Nutzung des enormen Potenzials zur Verbesserung des Abfallmanagements in der EU, - in vielen Mitgliedsstaaten werden zurzeit mehr als 75% der Abfälle deponiert oder verbrannt - um die Abhängigkeit von Rohstoffimporten zu senken (Urban Mining) und neue Arbeitsplätze zu schaffen, während die Umweltauswirkungen von Abfall gesenkt werden. Zur Umwandlung von Abfall in eine Ressource muss das 3R-Prinzip eingehalten werden: Reduce, Re-use & Recycle (Reduzierung, Wiederverwendung & Recycling). Zusätzliche Politiken müssen darauf ausgerichtet werden, Mülldeponien abzuschaffen, qualitativ hochwertiges Recycling zu fördern, illegale Mülltransporte abzustellen und Märkte für sekundäre

Rohstoffe zu entwickeln.

- 8) Vermehrte Innovation zur Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz ist im Zusammenhang steigender Rohstoffpreise, Knappheit und Versorgungsunsicherheit ein Muss. In dieser Hinsicht sollten die Einkünfte aus dem Emissionshandelssystem (EHS) verwendet werden, um Industriezweigen in der Übergangsphase zu helfen und Forschung, Entwicklung & Innovation (F&E&I) in emissionsarme Technologien zu unterstützen.
- 9) Unterstützung der Unternehmensdimension bei einer nachhaltigen Entwicklung. Unternehmen sind der Kern, was eine nachhaltige Umgestaltung der Industrie betrifft. Nachhaltige Geschäftsmodelle auf Grundlage von Energie- und Ressourceneffizienz, Einbeziehung der ArbeitnehmerInnen, Innovation und langfristige Visionen werden die Spannkraft europäischer Unternehmen stärken. Dazu wurden im Laufe der Jahre viele Instrumente entwickelt. Umweltmanagementsysteme, eine integrierte Produktpolitik (bei einer integrierten Produktpolitik werden alle Phasen des Produktionsprozesses berücksichtigt und es wird versucht, die Auswirkungen auf die Umwelt zu beschränken, wo dies am effizientesten getan werden kann), Ziele mit Regierungen zur Steigerung der Energieeffizienz und Nachhaltigkeitsberichte sollten gestärkt werden. Betriebe sollten auch dazu ermutigt werden, ihre soziale und ökologische Verantwortung über die gesamte Versorgungskette zu übernehmen.
- 10) Vorschriften zu Klima/Energie/Umwelt müssen nicht zur ökonomischen Schwächung bestimmter Mitgliedsstaaten oder Regionen führen. Nationale Volkswirtschaften sind unterschiedlich und die spezifischen Bedingungen einzelner Mitgliedsstaaten sollten beim Entwurf von EU-Politiken berücksichtigt werden.

## **6 Wissensbasierte Wirtschaft als wichtigste Antriebskraft von Industriepolitik unterstützen**

Wissen ist heute die wichtigste Quelle für die Wertschöpfung. Nach dem Bloomberg Innovationsindex sind 6 der 10 innovativsten Länder der Welt EU-Länder, und zwar Dänemark, Frankreich, Finnland, Österreich, Deutschland und Schweden. Das belegt, dass die EU schon heute besonders stark ist, wenn es um Innovationen geht. Da die EU jedoch nicht in der Lage ist, mit billiger Arbeit, Energie oder billigen Ressourcen zu konkurrieren, sind Investitionen in Wissen für die Erhaltung industrieller Tätigkeiten ein absolutes Muss. Innovation, Forschung & Entwicklung und Bildung sind die Eckpfeiler moderner und nachhaltiger Industriepolitik geworden. Darüber hinaus schafft die wirtschaftliche Transformation hin zu einem wissensbasierten Modell für nachhaltiges Wachstum neue Wachstumsmöglichkeiten. Daher müssen unsere Innovationspolitiken verstärkt werden und sich auf Kompetenzentwicklung, Aus- und Weiterbildungsorganisation, neue innovative Infrastruktur, dynamische Normen, innovative Beschaffung und die Verbreitung von Wissen konzentrieren.

### **Empfehlungen**

- 1) Festhalten an dem Barcelona-Ziel von 3% des BIP in F&E. Zugleich sollte das Barcelona-Ziel um qualitative Ziele ergänzt werden, nämlich um eine effizientere Nutzung von Finanzressourcen, ein stärkeres europäisches Forschungssystem mit weniger Überschneidungen und bessere Koordination der Aktivitäten, Schaffung einer ausreichenden Grundstruktur, usw.
- 2) Entwicklung eines neuen, breiteren Verständnisses von Innovation, das innovative Fähigkeit nicht nur mit Exzellenz in Forschung und Entwicklung gleichsetzt. In Europa bedarf es eines stärkeren Bewusstseins für Innovationspolitiken, wie
  - a) die Entwicklung innovativer Cluster zwischen großen Unternehmen, KMU, Universitäten und Forschungsinstituten
  - b) eine gerechte Verteilung von Einnahmen durch Lizenzen etc.
  - c) die Schaffung wirkungsvoller Systeme zur Verbreitung von Wissen

- d) die Stärkung der Absorptionskapazität für Innovation in Betrieben (die Fähigkeit eines Unternehmens, externe Informationen in neue innovative Produkte oder Prozesse umzusetzen)
  - e) der Ausbau der nicht-technologischen Aspekte von Innovation, wie neue Konzepte für Logistik oder Marketing, neue Geschäftsmodelle, Arbeitsplatzinnovation, Innovation von Geschäftsmodellen, Produktdesign und Produktqualität
  - f) die Anerkennung der Bedeutung von informellem Wissen (das „Savoir-faire“ oder das kollektive Wissen, das zu schrittweisen Innovationen durch ArbeitnehmerInnen am Arbeitsplatz führt) und die Entwicklung von Strategien zur Bewahrung und Übertragung der Kompetenzen älterer ArbeitnehmerInnen
  - g) eine bessere Koordination zwischen den Innovationssystemen, dem industriellen Gefüge, dem Bildungssystem und Arbeitsmärkten.
- 3) Weiterentwicklung großer, langfristiger öffentlich-privater Partnerschaften für die Entwicklung neuer Technologien, innovative Netzwerke oder Ketten und Märkte (z.B. die europäischen gemeinsamen Technologieinitiativen und öffentlich-private Partnerschaften wie die europäische Initiative zu grünen Fahrzeugen (EGVIA), energieeffizienten Gebäuden, die Brennstoffzellen- und Wasserstoffinitiative, biobasierten Industrien, elektronischen Komponenten und Systemen).
- 4) Regionen sollten „intelligente Spezialisierungsstrategien“ in Forschung und Innovation entwickeln. Dadurch sollten Regionen die Möglichkeit haben, kohärente Politiken zu entwickeln, um gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen, Forschungsinfrastrukturen zu verstärken und ihre industrielle und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.
- 5) Die Entwicklung und industrielle Entfaltung von Schlüsseltechnologien ist unerlässlich für die Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen, die Modernisierung der industriellen Fundamente Europas und die Eroberung der Vorreiterrolle in technologischen Entwicklungen. Schlüsseltechnologien wie Biotech (Industrie, Medizin, Landwirtschaft), Nanoelektronik (die nächste Generation von Halbleitern), Nanomaterialien (zur Anwendung

in Touchscreens, Sensoren, Brennstoffzellen usw.), modernste leichte Materialien (Kohlenstofffasern, Verbundstoffe, flexible Elektronik, Graphen zur Speicherung von Energie), und Photonik (Lichttechnologien wie Laser, LED, Faseroptik) werden beim Übergang zu einer nachhaltigen, wissensbasierten Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen und sind entscheidend für die Zukunftssicherung industrieller Aktivitäten in Europa. Letzteres hängt nicht nur davon ab, ob die richtigen Organisationsformen für diese Schlüsseltechnologien gefunden werden, um ihr Potenzial zu entwickeln sondern auch von der Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an ihrer Entwicklung, durch angemessene Schulungen, die zur rechten Zeit und unter den richtigen Rahmenbedingungen des Sozialdialogs bereitgestellt werden. Daher unterstützt industriAll Europe voller Überzeugung die rasche Umsetzung der „Europäischen Strategie für Schlüsseltechnologien - eine Brücke für Wachstum und Beschäftigung“.

- 6) Eine stärkere Anerkennung der strategischen Bedeutung einer dynamischen Standardisierung, um die Nutzung und Weiterentwicklung neuer Produkte und Technologien zu unterstützen.
- 7) Stärkung des Rahmenwerks für eine verantwortungsbewusste Durchsetzung der gewerblichen Schutzrechte, die zwar Innovatoren schützen, aber bürgerliche Freiheiten nicht aushöhlen.
- 8) Ein stärkeres Engagement zur Förderung der Bildungsbereiche der MINT-Fächer (Mathematik, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaft und Technologie).

## 7 Die Rolle der traditionellen Industriesektoren stärken

Die Fertigung und insbesondere eine hohe Wertschöpfung müssen in Europa aufrechterhalten werden. Neue Technologien haben auch das Potenzial, Innovation in den breiten Bereich bestehender Industrien zu bringen. Außerdem haben schon viele „traditionelle“ Sektoren eine hohe Innovationsfähigkeit unter Beweis gestellt (z.B. Stahl, Nichteisenmetalle, Glas, Keramik, Autos, Schiffbau) und/oder besitzen Konkurrenzvorteile, die voll genutzt werden müssen. Es wäre daher nicht richtig, Maßnahmen lediglich auf neue Hightech-Aktivitäten zu konzentrieren. Daher wird eine Politik benötigt, die die kontinuierliche Stärkung des Innovationspotenzials und ihre Verbindung zu den Schlüsselindustrien bezweckt. Hierbei handelt es sich um einen Prozess des schrittweisen Übergangs zu einem neuen innovativen Paradigma, das den bestehenden industriellen Strukturen in Europa zugrundeliegt.

### Empfehlungen

Die Innovationsfähigkeit traditioneller industrieller Tätigkeiten und die Verbesserung der bestehenden Infrastruktur sollten durch Maßnahmen mit folgenden Zielen unterstützt werden:

- 1) Entwicklung von Konzepten moderner Fertigung in komplexen, vernetzten Zulieferketten, mit besonderer Aufmerksamkeit für Kompetenzentwicklung und moderne Arbeitsorganisation, Einsatz moderner Fertigungstechnologien und Entwicklung von maßgeschneiderten Lösungen. Solche nachhaltigen Industriestandorte bestehend aus intelligenten Netzwerken und einem starken Innovationssystem werden treibende Kräfte bei der Suche nach Lösungen für bedeutende gesellschaftliche Herausforderungen sein.
- 2) Fabriken der Zukunft müssen auf dem Fundament und den Kompetenzen der traditionellen und bestehenden Industrie in Europa entstehen, z.B. Solarzellen aus Silikonproduktion, Offshore-Windenergie durch Offshore-Bohrungen für Öl und Gas und durch Meerestechnik, und fortgeschrittenen Produkten aus Zellstoff und Papier, Biokraftstoffe der dritten Generation, Nanomaterialien aus chemischer Produktion. Ohne sie ist eine nachhaltige Produktionsweise nicht zu erreichen. Große Emissionsreduktionen, Effizienz und Produktivitätsgewinne können auch durch die Förderung von Industrieclustern erreicht werden, z.B. Wiederverwendung des Abfalls aus Industrieverfahren und die

Wiederverwertung von Industrieabfällen zur Gewinnung von Biokraftstoffen.

- 3) Entwicklung einer am Menschen orientierten Fertigungsorganisation, welche die ArbeitnehmerInnen bei der Entwicklung innovativen Verhaltens fördert, offen und anpassungsfähig ist und gleichzeitig menschliche Sicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden fördert. Eine solche Fertigungsorganisation muss auch die Fähigkeit besitzen, in einer Fertigungskette zusammenzuwirken und mit Forschungseinrichtungen zusammenzuarbeiten.
- 4) Einbeziehung von Informationstechnologien in den Produktionsprozess und die Unternehmensorganisation.
- 5) Schaffung von Mehrwert in den nicht-produktionsbezogenen Phasen der Versorgungskette, wie Produktdesign, Engineering, Logistik, Marketing, Software, Kundendienst.
- 6) Förderung von Produktionsstätten, die weder Emissionen noch Abfall produzieren, mit hoher Energie- und Rohstoffeffizienz und Einsatz neuer (erneuerbarer) Materialien. Die verstärkte Förderung von F&E, um Ersatz für Rohmaterialien zu entwickeln und somit die Effizienz ihrer Nutzung zu verbessern und ihre Wiederverwertung zu fördern.
- 7) Entwicklung produkt- und industriebezogener Dienstleistungen. Die EU sollte einen höheren Anteil ihrer Finanzierung der regionalen Entwicklung für die Verbesserung der Infrastruktur für Transport, Telekommunikation und Energie in den Ländern bereitstellen, die am stärksten von der Krise betroffen sind.

## **8 Gesellschaftliche und ökonomische Potenziale von Informationstechnologien maximieren**

Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) machen bereits 6% des BIP und ein Fünftel privater Ausgaben für Forschung und Entwicklung aus. Die Beschäftigung im Sektor der IKT-Dienstleistungen steigt um durchschnittlich 3% pro Jahr und der Sektor trägt ein Viertel der gesamten privaten Forschung & Entwicklung. Die Europäische Kommission rechnet für 2015 mit einem Mangel von 700.000 IT-Spezialisten. Technologische Entwicklungen im Sektor verlaufen schnell (mit Internet, sozialen Netzwerken- und Cloud-Computing als jüngsten Mega-Trends) und der Sektor hat enorme Auswirkungen auf fast alle anderen Wirtschaftssektoren. Der IKT-Sektor trägt auch zur Steigerung der Lebensqualität und der Zielsetzungen der nachhaltigen Entwicklung bei, wie der Entmaterialisierung der Produktion (Informationsflüsse statt Materialflüsse oder physische Bewegungen), Schutz der Umwelt durch Öko-Überwachung, Senkung des Energieverbrauchs, bessere Organisation von Transportsystemen, einfacherer Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen über e-Government und neue Durchbrüche in der Gesundheitsversorgung. Im Vergleich zu den USA spezialisiert sich die EU allerdings weniger auf IKT-Sektoren, hat in diesem Bereich einen Rückstand bei privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung zu verzeichnen und hat keine führenden Innovatoren wie Google, Apple oder Amazon. Darüber hinaus ist die EU eher auf traditionelle IKT-Sektoren wie Telekom spezialisiert, als auf die neuen Sektoren wie Web 2.0, OLED, e-Paper, RFID-Tags, Halbleiterdesign, Gaming oder Robotik.

### **Empfehlungen**

- 1) Umsetzung der neuen „digitalen Agenda“ der Kommission, wie die Schaffung des digitalen Binnenmarkts, Breitband, Standardeinstellung usw.
- 2) Stärkung der Wachstumskraft neuer IKT-Sektoren.
- 3) Aufbau von IKT-Ökosystemen, in denen Forschung, Infrastruktur, Fertigkeiten, Risikokapital, innovative KMU und führende Unternehmen zusammengebracht werden.
- 4) Ausbau des Einsatzes von Elektronik bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen von heute, wie die Stärkung der digitalen Kompetenz, e-Health, e-

Government, intelligente Transportsysteme, intelligentes Netz usw.

- 5) Neugestaltung des europäischen Elektroniksektors durch Entwicklung einer koordinierten europäischen Strategie zur Verringerung von Zerstückelung und Überschneidungen und durch den Wiederaufbau der Fähigkeit, Elektronikkomponenten zu entwickeln und herzustellen (z.B. Europäische Elektronikstrategie, die 100 Milliarden Euro für Investitionen mobilisieren und 250.000 neue direkte Arbeitsplätze schaffen will).
- 6) Verbesserung von Fähigkeiten, was für die Entwicklung von IKT von entscheidender Bedeutung ist und dringender Abbau des Mangels an Fertigkeiten im Sektor.

## 9 Industriepolitik muss sich der Nachfrageseite zuwenden

EU wird meist als weniger effizient betrachtet, wenn es darum geht, die Forschungsergebnisse auf den Markt zu bringen, während Industriepolitik zu lange die Nachfrageseite vernachlässigt hat. Obwohl Forschung und Innovation von entscheidender Bedeutung sind, reichen sie allein für eine erfolgreiche Fertigungsindustrie nicht aus. Die Liste mit Beispielen von Produkten und Technologien, die in Europa entwickelt, aber anderswo produziert wurden, ist beeindruckend. Dazu zählen elektronische Produkte wie Halbleiter, Controllerplatten und drahtlose Karten, PCs, Halbleiter, Touchscreens, Robotik, interaktive Computerspiele, wiederaufladbare Batterien, Mobiltelefone und andere Handgeräte, LED, DVDs. Zusätzlich zu Forschung & Entwicklung (F&E) ist es wichtig, das notwendige Umfeld für erfolgreiche Markteinführungen zu schaffen: etwa durch Vorschriften und Normen, die die Märkte definieren, Produzenten Sicherheit bieten und sich mit der Technologie weiterentwickeln.

### Empfehlungen

- 1) Stärkung der öffentlichen Auftragsvergabe (die zurzeit 18% des europäischen BIP ausmacht) als Instrument zur Markteinführung innovativer/nachhaltiger Produkte und Dienstleistungen und als treibende Kraft für die Entwicklung neuer hochwertiger Märkte.
- 2) Bildung von „Leitmärkten“, die marktspezifische Fahrpläne und Instrumente der nachfrageseitigen Politik entwickeln, wenn Märkte noch nicht „reif“ genug sind für die Aufnahme neuer innovativer Produkte und Dienstleistungen. Durch die Entwicklung von Leitmärkten versuchen Regierungen das Umfeld für die erfolgreiche Markteinführung von Innovationen zu schaffen, mit Vorschriften, Normierung, Kampagnen und anderen unterstützenden Maßnahmen.
- 3) Die Kluft zwischen Grundlagenforschung und Kommerzialisierung, die vielen Innovationen vor dem Erreichen der Marktreife zum Verhängnis wird, muss durch die Ausweitung von Investitionen überwunden werden. Diese Durststrecke entsteht, wenn Forschungsgelder zu Ende gehen und es kein Geld mehr für die letzten, kostspieligen Schritte gibt (erste Produktion, Prototypen, Suche nach Lösungen für die letzten Unvollkommenheiten, Beweise dafür, dass die Technologie wirklich funktioniert).

## **10 Für nachhaltige, bezahlbare und sichere Energie einsetzen**

Energiepolitik und Industriepolitik sind eng miteinander verflochten und sollten einander ergänzen, um den Übergang zu einer neuen industriellen Entwicklungsstufe auf Basis einer nachhaltigen und ökologisch effizienten Produktion zu unterstützen.

deutlich höher sind als Arbeitskosten, muss die EU-Energiepolitik Europa befähigen, die Kyoto-Verpflichtungen zu erfüllen und Wirtschaftswachstum von Energieverbrauch abzukoppeln und gleichzeitig versuchen, die Kosten für Strom nicht ins Unermessliche steigen zu lassen. Produzenten von Metallen, Zement, Glas, Chemikalien und anderen Grundstoffen können hohe Energiekosten nicht an die Endverbraucher weitergeben, weil die Preise international festgelegt sind. Daher haben Produzenten in Drittländern, wo die Strompreise viel niedriger sind als in der EU, einen Wettbewerbsvorteil. Die Lage für die energieintensiven Sektoren Europas wurde durch den Schiefergas-Boom in den USA noch verschärft, wodurch der Strompreis in der EU heute doppelt, der Preis für Gas sogar dreimal so hoch ist wie in den USA. Das lässt die US-Exporte energieintensiver Produkte unbekannte Höhen erreichen und fördert die Reindustrialisierung in den USA. Diese Situation hat vielerlei Facetten und führt zu einem ernst zu nehmenden Risiko von Unternehmensumsiedlungen oder Emissionsverlagerung, was zu einer immer stärker werdenden Importabhängigkeit führt. Die Herausforderung für die Energiepolitik ist also vielfältig. Sie besteht nämlich darin, zu versuchen, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu bewahren, insbesondere die der energieintensiven Industrien, die Position Europas an der Spitze von Energietechnologien sicherzustellen und unsere Klimaziele einzuhalten. Es sollte deutlich sein, dass die Energiepolitik zur Achillesferse der europäischen Industriepolitik geworden ist.

Sauberere Formen der Energieproduktion werden neue Wachstumsmärkte schaffen und zu neuen qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen in vielen Sektoren der Industrie führen (als Resultat der höheren Arbeitsintensität der Aktivitäten in den Bereichen erneuerbare Energie und Energieeffizienz). Diese Entwicklung muss durch eine aktive Industriepolitik untermauert werden, die die globale Spitzenposition Europas in Klimatechnologien bewahren und ausbauen soll.

IndustriAll Europe ist überzeugt, dass eine Steigerung der Energieproduktivität (Energieeinsatz pro Produktionseinheit) zu Nachhaltigkeit und Wettbewerbsfähigkeit der Industrie beiträgt, der

europäischen Industrie die Vorteile ihrer Vorreiterrolle sichert und neue Arbeitsplätze im Bereich der Energiedienstleistungen schaffen wird.

Für industriAll Europe muss eine umfassende Energiepolitik dennoch auf langfristigen Zielsetzungen basieren, die sowohl technologisch als auch wirtschaftlich machbar sind und die es ermöglichen, in einem Rahmen von Vorschriften Ziele für den Klimawandel, bezahlbare Strompreise und eine gesicherte Energieversorgung zu erreichen.

### **Empfehlungen**

- 1) Wettbewerbsfähige Energiepreise sind für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie von entscheidender Bedeutung. Da die Energiemärkte in vielen Mitgliedsstaaten stark konzentriert bleiben, muss die Strategie der Kommission zur Liberalisierung von Energiemärkten neu beurteilt werden. Mehr Transparenz und eine stärkere Rolle für den öffentlichen Sektor sind erforderlich, um den Binnenmarkt für Energie wirklich funktionieren zu lassen. Ein Energiebinnenmarkt sollte nicht geschaffen werden, bis dass Technologie und Kapazität der Energieinfrastrukturen vergleichbar sind.
- 2) Die langfristige Stromversorgung sollte durch EU-weite Kapazitätsplanung, die Einleitung neuer großer Energieprojekte, Investitionen zur Verbesserung veralteter Energieinfrastruktur, die Einführung intelligenter Netze (zur Integration erneuerbarer Energie in die Versorgungskette), verbesserte Vernetzung und weitere Diversifizierung der Energieversorgungsrouten gesichert werden, um die Energieversorgung zu sichern und zu verbessern.
- 3) Förderung gemeinsamer Visionen und Zielsetzungen (wie das Passivhaus, das saubere Auto, die Förderung öffentlicher Verkehrssysteme oder umweltschonende Metallproduktion), integrierte politische Strategien (z.B. Leitmärkte und ein umweltschonendes öffentliches Beschaffungswesen), Vorschriften (zu Ökodesign, Energiekennzeichnung), die die Markteinführung und Akzeptanz für Technologien der Energieeffizienz unterstützen sollen.
- 4) Investition in mehr und verbesserte neue Energietechnologien, insbesondere in erneuerbare Energien, sollte eine strategische Priorität für die EU sein (z.B. die Umsetzung des

strategischen Energietechnologieplans der EU). In dieser Hinsicht wird es notwendig bleiben, in herkömmliche Kraftstoffe und Brückentechnologien zu investieren, d.h. hocheffiziente modernste Verbrennungstechnologien, die in der langen Übergangsperiode von fossiler zu erneuerbarer Energie eingesetzt werden müssen.

- 5) Die EU sollte auf eine internationale Vereinbarung zum Emissionshandel drängen, die einen globalen Kohlenstoffmarkt mit der breitesten Beteiligung fördert, um für die Industrien in der EU und anderswo gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen.
- 6) Globale sektorale Vereinbarungen zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emission in energieintensiven Sektoren sind besonders zu begrüßen.
- 7) Die Zukunft der energieintensiven Sektoren Europas, wie eisenhaltige und nichteisenhaltige Metalle oder Chemikalien, Papier und Zellstoff oder ähnliche Prozesse muss gesichert werden. Sie sind für die gesamten industriellen Wertschöpfungsketten in Europa von zentraler Bedeutung. Überprüft werden soll die Einführung von Grenzausgleichsmechanismen zum Kohlenstoffgehalt importierter Produkte, die Verwendung der Einkünfte der EHS-Auktionen für Projekte von Forschung & Entwicklung für emissionsarme Technologien. Solange derartige Grenzausgleichsmechanismen nicht effektiv greifen, ist durch andere geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass die energieintensiven Industrien in Europa eine Zukunft haben.
- 8) Weiterer Ausbau von Politiken für nachhaltige Arbeitsplätze, die Förderung des sozialen Dialogs über nachhaltige Unternehmenspolitik und Ausbildung von „Nachhaltigkeitsbeauftragten“ als Instrument zur Förderung der Energieeffizienz auf Unternehmensebene.
- 9) Energiearmut muss durch die Einführung eines universellen Rechts auf eine ausreichende Energiemenge bekämpft werden.

## **11 Ausbildung spielt eine zentrale Rolle**

Erstklassige Ausbildung und Forschungssysteme haben die Grundlage für den europäischen Erfolg im globalen Wettbewerb geschaffen. Gleichzeitig ist Ausbildung einer der Bereiche, die stark von den Kürzungsmaßnahmen getroffen wurde. Die Stärke Europas liegt in seinen ArbeitnehmerInnen, die qualitativ hochwertige Produkte herstellen, die auf Spitzentechnologie basieren. Europäische Unternehmen können nur dann mit dem globalen Wettbewerb mithalten, wenn sie das hohe Kompetenzniveau ihrer Beschäftigten und innovative Lösungen beibehalten und weiterentwickeln. Ihre derzeitige wettbewerbsfähige Stärke gerät dennoch durch die ständigen zunehmenden Bildungsniveaus in den Schwellenländern unter verstärkten Druck. In der Zwischenzeit holen andere Volkswirtschaften immer schneller auf. Eine hochqualifizierte Belegschaft, die unter guten Arbeitsbedingungen arbeitet und Möglichkeiten zur beruflichen Weiterbildung, zur ständigen Weiterqualifizierung, um mit der technologischen Entwicklung Schritt zu halten, sind Voraussetzung dafür, dieser Herausforderung zu begegnen. Lebenslanges Lernen wird der Schlüssel zu einer erfolgreichen Gesellschaft der Zukunft sein.

### **Empfehlungen**

- 1) In Verbindung mit einer erstklassigen Ausbildung sollte ein neues Modell für berufsbegleitende Weiterbildungsmöglichkeiten in Europa entwickelt werden. Alle ArbeitnehmerInnengruppen in allen Sektoren sollten das Recht auf eine ständige Auffrischung ihrer Kompetenzen haben.
- 2) Der Anspruch Europas muss sein, den höchsten Rang bei sämtlichen Ausbildungsniveaus zu erreichen.
- 3) Kürzungen bei Ausgaben für Ausbildung und Qualifizierung, die während der Finanzkrise stattfanden, sollten zurückgenommen werden und Europa sollte zu seiner Stellung als fortschrittlicher Kontinent in Sachen Ausbildung und Forschung zurückkehren.
- 4) Die Wissenschaftspolitik der EU sollte genutzt werden, um die Schaffung neuer Arbeitsstellen zu fördern.

- 5) Es sollten Maßnahmen und Systeme geschaffen werden, die die bestehenden Kompetenzen erkennen und anerkennen. Dies sollte auch für Studium und Berufswechsel gelten.
- 6) Die Industrie und die Gewerkschaften sollten den zukünftigen Bedarf an Fähigkeiten und Kompetenzen fortwährend besprechen und weiterentwickeln.
- 7) Innerstaatliche Ausbildungssysteme sollten gegebenenfalls junge ArbeitnehmerInnen bestärken und Anreize schaffen, sich die neuen von der Industrie benötigten Fähigkeiten anzueignen, was die Förderung von STEM (Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwissenschaften und Mathematik), Berufsausbildung, innovative Fähigkeiten, Unternehmergeist und andere Bedürfnisse anbetrifft, zu fördern.

## **12 Für einen fairen Welthandel sorgen**

Menschenwürdige Arbeit und gerechte Entlohnung für alle ArbeitnehmerInnen zählen zu den höchsten Prioritäten für industriAll Europe und sollten die Kernpriorität der Handelspolitik sein. industriAll Europe kann sich nicht von internationalen Handelsströmen abschirmen, aber Globalisierung und internationaler Handel müssen auf eine sozial verantwortungsbewusste Art und Weise bewältigt werden. Die Globalisierung darf keine Gelegenheit bekommen, Europas sozioökonomisches Modell zu unterminieren, ArbeitnehmerInnen in eine Notlage zu bringen und die Ungleichheit weltweit zu verstärken. industriAll Europe ist überzeugt, dass das multilaterale Regelwerk unter der WTO das wirkungsvollste und legitimste Instrument zur Verwaltung und Ausdehnung von Handelsbeziehungen ist. Dennoch besteht ein dringender Bedarf daran, die internationale Arbeitsorganisation (IAO) in den WTO-Prozess mit einzubeziehen und somit eine wesentlich größere Rolle bei Fragen der Nachhaltigkeit im Welthandel zu sichern, mit dem Ziel Sozialdumping zu verhindern. Multilaterale Regelwerke sind am wünschenswertesten, denn sie haben gegenüber bilateralen Handelsvereinbarungen einige wichtige Vorteile wie z.B. global umfassende und transparente Marktzugangsvereinbarungen, Rechtsetzung, Transparenz und Streitbeilegung. Nach den beschränkten Fortschritten in den Doha-Gesprächen und um die Zukunft des multilateralen Handelssystems zu sichern, ist industriAll Europe der Ansicht, dass eine zweitbeste Lösung gefunden werden kann, indem versucht wird, sinnvolle multilaterale Vereinbarungen abzuschließen (z.B. zu Handelserleichterung, zu abgaben- und quotenfreiem Zugang zu den Weltmärkten für die weniger entwickelten Länder) und indem weltweite Handelsregeln zu kleineren aber einfacher zu bewältigenden Themenbereichen festgelegt werden (z.B. sektorale Vereinbarungen).

### **Empfehlungen**

- 1) Einführung eines globalen Rahmenwerks, das die notwendige sozioökonomische Basis für die Weltwirtschaft legt, um sicherzustellen, dass Handelspolitik die soziale Entwicklung voll unterstützt, Handel nicht als Selbstzweck fördert, sondern als Teil einer Strategie für Wachstum und Wohlstand in Industrie- und Entwicklungsländern.

- 2) Ein nachhaltiges und gerechtes globales Handelssystem, das die Bedürfnisse sowohl der Industrie- als auch der Entwicklungsländer berücksichtigt.
- 3) Es ist wichtig, dass die industriepolitischen Maßnahmen der EU die wirklichen Unterschiede zwischen den verschiedenen Regionen in Europa in Bezug auf Bevölkerungsdichte, natürliche Ressourcen, industrielle Tradition sowie andere Bedingungen berücksichtigen, so dass die einzelnen Mitgliedsländer die Industriepolitik verfolgen können, die für sie am geeignetsten ist
- 4) Die Aufnahme von verpflichtenden Sozial- und Umweltklauseln und normen in sämtliche Freihandelsabkommen, ob sie nun bi- oder multilateral sind. Alle bilateralen Abkommen (wie die TTIP) sollten die wichtigsten IAO-Arbeitsnormen und die geltenden Gesundheits- und Sicherheitsbestimmungen einhalten. Die Aufnahme von Bestimmungen zum Schutz von Investoren, die multinationalen Unternehmen das Recht geben, Staaten wegen Verstößen gegen Unternehmensangelegenheiten zu verklagen, ist inakzeptabel (da dies private Interessen auf eine höhere Ebene als kollektive Interessen stellen würde).
- 5) Gewährleistung, dass ArbeitnehmerInnen, die aufgrund von Handelsliberalisierung Opfer einer Umstrukturierung werden, durch antizipative Strategien und adäquate unterstützende Maßnahmen geschützt werden.
- 6) Förderung „inklusive“ Entwicklungsstrategien auf Grundlage der Bewahrung von sozialem Kapital, Technologietransfer und einer gerechten Verteilung der Gewinne des Wirtschaftswachstums, um eine Wachstumsspirale zu erzeugen, von der alle ArbeitnehmerInnen und Unternehmen weltweit profitieren.
- 7) Die Schaffung einer weltweit gleichberechtigten, fairen Ausgangssituation im internationalen Handel mit WTO und IAO-Regeln und die Gewährleistung des Reziprozitätsprinzips bei Handelsbeziehungen.
- 8) Die Schaffung eines gerechten und sicheren Zugangs zu Rohstoffen durch gerechten internationalen Handel, der die verschiedenen Bedürfnisse von Industrie- und Entwicklungsländern berücksichtigt, Materialeffizienz verbessert, vermehrt in Forschung und

Entwicklung von Ersatzstoffen investiert und Wiederverwertung (Technologien) fördert. Industrieunternehmen in der EU hängen, was die Lieferung von Rohstoffen betrifft, stark von Drittländern ab. Viele dieser Rohstoffe sind für eine ganze Reihe von Hightech-Sektoren (seltene Erden) absolut unerlässlich, andere sind schwer zu ersetzen.

- 9) IndustriAll ist besorgt über die fehlende Transparenz, die Geheimhaltung und den Inhalt der Verhandlungen hinsichtlich einer transatlantischen Vereinbarung zwischen der EU und den USA und fordert eine Einbeziehung der Parlamente und Sozialpartner in diesen Prozess. Wachstumsmöglichkeiten sind allerdings aufgrund bereits geringer Handelshemmnisse eher begrenzt. Die ihr gegenüberstehenden Risiken in Bezug auf Arbeitsrechte, Umweltschutz, Kulturrechte sowie Gesundheits- und Sicherheitsregeln stellen den Nutzen eines solchen Abkommens insgesamt in Frage.

### **13 Für einen passenden institutionellen Rahmen sorgen**

Während es jetzt ein deutliches Engagement seitens der Kommission gibt, das industrielle Gefüge Europas zu schützen und zu stärken und die enormen beschäftigungspolitischen, technologischen, ökologischen und ökonomischen Herausforderungen, mit denen die Industrie konfrontiert wird, anzunehmen, stimmt es auch, dass es noch Spielraum für Verbesserung gibt, wenn man bedenkt, wie Industriepolitik entwickelt und umgesetzt wird, um die Rolle der Industrie als Motor für Mehrwert und Arbeitsplätze wiederherzustellen.

#### **Empfehlungen**

- 1) Dem neuen System der wirtschaftspolitischen Steuerung fehlt es an demokratischer Legitimität, weil dem Europäischen Parlament nur eine geringfügige Rolle eingeräumt wird, während nationale Parlamente fast überhaupt nichts zu sagen haben, und weil der Weg zur Entscheidungsfindung nicht immer transparent ist. Die Beseitigung dieses demokratischen Defizits wird die Entscheidungsfindung verbessern.
- 2) Ein proaktiver und zielgerichteter Zugang zu Sektoren und Versorgungsketten bleibt von entscheidender Bedeutung und sollte auf alle Schlüsselsektoren ausgedehnt werden. Maßgeschneiderte Lösungen müssen für die Bewältigung der Herausforderungen jedes Sektors gefunden werden. IndustriAll Europe unterstützt vollumfänglich den Schwerpunkt in der letzten Mitteilung der Kommission zur Industriepolitik, einige prioritäre Aktionslinien zu unterstützen, wie z.B. moderne Fertigungstechnologien, Schlüsseltechnologien, biobasierte Produkte, nachhaltigen Bau, saubere Fahrzeuge und intelligente Netze. Dennoch sollten sektorale Industriepolitiken für andere wichtige Sektoren - wie Stahl, Maschinenbau und Elektrotechnik, Schiffbau, Textilien und Pharmazie - fortgesetzt und weiter ausgebaut werden. Der gezieltere politische Ansatz von Initiativen wie LeaderShip, Cars21, Electra oder der Aktionsplan für die Stahlindustrie hat sich als erfolgreich erwiesen.
- 3) Es gibt nach wie vor eine breite Kluft zwischen nationalen und regionalen Industriepolitiken und der europäischen Industriepolitik. Bessere Koordination und mehr Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung sind unbedingt notwendig, um die Auswirkungen der Industriepolitik zu verstärken.

- 4) Das Thema Industriepolitik muss besser in den sektoralen sozialen Dialog integriert werden. Daher ist es unerlässlich, Deregulierungsmodelle, die auf eine Beeinträchtigung von Tarifpolitik und Angriffe auf Arbeitnehmerrechte und soziale Abwertung zielen, durch ein Produktionsmodell, das auf Wissen, Innovation, Mehrwert und nachhaltige Technologien basiert, zu ersetzen.
- 5) Integration von Beschäftigungs- und Industriepolitiken, um besser mit den sozialen Folgen des industriellen Wandels umgehen zu können („sozialverträglicher Übergang“).
- 6) In dieser Hinsicht ist industriAll Europe entschieden gegen den deregulierenden Ansatz, den die Kommission in ihrer Mitteilung „Refit - Fit für Wachstum“ verfolgt. Dieser hat eine Vereinfachung der Rechtsvorschriften zum Ziel, wird aber derzeit missbraucht, um, Sozialpartnerevereinbarungen, Unterrichts- und Anhörungsrechte sowie Gesundheits- und Sicherheitsschutz aushebeln.
- 7) Eine strukturierte Einbeziehung der Sozialpartner in die Entscheidungsfindung und Umsetzungsprozesse ist noch nicht ausreichend erfolgt und muss verbessert werden. IndustriAll wird die Einbeziehung der Arbeiter in Unternehmen durch Maximierung der Möglichkeiten durch Unterrichtung/Beratung und Teilnehmerrechte unterstützen und fördern. Die erneuerte EBR-Richtlinie und das Statut der Europäischen Gesellschaft bieten Gelegenheit, die Erreichung des Ziels sicherzustellen.
- 8) Veränderungen auf Unternehmensebene müssen besser antizipiert und bewältigt werden, um eine nachhaltige Entwicklung zu garantieren und um negative Auswirkungen der Veränderung auf ArbeitnehmerInnen und Beschäftigung vermieden werden. IndustriAll Europe vertritt die Meinung, dass auch auf europäischer Ebene Maßnahmen ergriffen werden müssen, um eine wirtschaftliche Transformation zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang befürwortet industriAll Europe die Errichtung eines europäischen Rahmenwerkes zur Antizipation und Bewältigung von Veränderungen, das eine sozial verantwortliche Bewältigung von Veränderung garantiert und ArbeitnehmerInnen in die Lage versetzt, sich an Veränderungen anzupassen. Eine Mitwirkungsrolle für Gewerkschaften muss garantiert werden.

**DBG-Bundesvorstand**

Beschluss vom 5. November 2013



**Für ein Europa mit Zukunft –  
sozial, gerecht, demokratisch**

**Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa**

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen sind Gewerkschaften in der ganzen Welt immer häufiger in der Defensive. Sie sind als Stimme der politischen und wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten zunehmend marginalisiert worden. Unter dem Druck von Outsourcing, Produktionsverlagerungen, Flexibilisierung und Prekarisierung haben Gewerkschaften Durchsetzungsmacht eingebüßt. Somit konnten Arbeitsmärkte dereguliert werden und Leiharbeit – die "trianguläre Falle"<sup>1</sup> – und andere Formen prekärer Beschäftigung ausgeweitet werden.

Am 25. Mai 2014 finden in Deutschland die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Das Europäische Parlament, als einziges direkt gewähltes und somit unmittelbar legitimes Organ der Europäischen Union, muss stärker als bisher den gegenwärtigen Kurs Europas mitbestimmen. Durch seine Mitentscheidungs-, Kontroll- und Informationsrechte muss es ein viel stärkeres Gegengewicht zum Rat und zur Europäischen Kommission bilden.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament bieten die Chance, eine breite gesellschaftliche Debatte über die Neuausrichtung der Politik in Europa zu führen. Wir messen die Parteien daran, ob sie den nötigen Umbau hin zu einem sozialen, gerechten und demokratischen Europa vorantreiben.

Drei Themen stehen für uns im Mittelpunkt der Europapolitik der nächsten Jahre:

- Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit in Europa
- Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa
- Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa

Die Krise in der Eurozone ist noch lange nicht überstanden. Aus der Finanz- und Wirtschaftskrise ist längst eine soziale Krise geworden, die sich verfestigt hat. Die Schere zwischen Arm und Reich geht weiter auseinander, Arbeitslosigkeit und Armut wachsen in vielen Ländern. Davon ist die Jugend Europas besonders betroffen. Arbeitnehmerrechte werden zum Teil drastisch abgebaut, Grundrechte werden nachhaltig verletzt.

Regierungen wie EU-Kommission haben untaugliche wie schädliche Rezepte vorgelegt: Fiskalpakt und Schuldenbremsen, die Deregulierung der Arbeitsmärkte und die Beschneidung sozialer wie kollektiver Rechte.

In dieser Situation sind wir alle in der Verantwortung zu verhindern, dass sich aus der Wirtschaftskrise eine Krise der europäischen Idee und des demokratischen Rechts- und Sozialstaats durch Separatismus, Populismus und Nationalismus entwickelt. Den Rechtspopulisten muss Paroli geboten werden. Schließlich verläuft die Spaltung Europas nicht zwischen den Grenzen einzelner Länder, sondern zwischen denen, die die Krise verursacht haben und durch sie gewinnen und denen, die die Krisenlasten tragen müssen, ohne dass sie die Krise verursacht haben. Die Bürgerinnen und Bürger Europas dürfen nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden. Europa muss in Vielfalt geeint statt weiter gespalten werden.

Es gibt Alternativen – wir brauchen einen klaren Politikwechsel für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die Gewerkschaften fordern den Einstieg in einen weniger krisenanfälligen Pfad qualitativen Wachstums. Wir wollen ein soziales, gerechtes und demokratisches Europa. Ein Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung, ein Europa, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können.

Wir erwarten, dass die Politik auf die Menschen, nicht vorrangig die Märkte ausgerichtet wird. Europa hat sich in den Europäischen Verträgen das Ziel gesetzt, die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen zu verbessern. Das ist unser Maßstab für die Europapolitik. Wir erwarten, dass dies auch der Maßstab für die politischen Parteien ist. Dabei agieren der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften als Einheitsgewerkschaft parteipolitisch unabhängig, aber nicht neutral.

## 1. Gute Arbeit, faire Mobilität und soziale Sicherheit in Europa

Ziel des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften ist ein starkes soziales Europa, mit guter Arbeit und fairen Löhnen. Die Europäische Union (EU) muss durch verbindliche Vorgaben für eine Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen aller Menschen sorgen.

### Stärkung der Arbeitnehmerrechte in Europa

Wir erwarten von den Parteien, dass sie die grundlegenden Arbeitnehmerrechte, insbesondere auch die

Tarifautonomie stärken. Dazu gehören:

- Ein klares Bekenntnis zur Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft. Die Tarifautonomie muss in den EU-Verträgen wirksam gesichert und vor allem auch im Rahmen des sog. Europäischen Semesters umfassend respektiert werden.
- Die vertragsgemäße Wahrung der Autonomie der Sozialpartner sowie der umfassende Respekt der europäischen Sozialpartner-Vereinbarungen. Dazu gehört auch, dass Vereinbarungen im Rahmen des Sozialen Dialogs auf Wunsch der Sozialpartner in verbindliche Richtlinien umgewandelt werden – was im Fall der Friseure derzeit erstmalig blockiert wird.
- Die Sicherung und der Ausbau bestehender Arbeitnehmerrechte in der EU und die Verhinderung, dass bestehende Rechte im Zuge neuer Kommissions-Initiativen wie des sog. REFIT-Programms, in dessen Rahmen die bestehenden europäischen Regeln einem „Fitness-Check“ unterzogen werden sollen, abgebaut oder eingeschränkt werden.
- Die Verbesserung des Schutzes der Persönlichkeitsrechte der Beschäftigten in Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen mit sanktionsbewehrten Regelungen zum Beschäftigtendatenschutz. Im Rahmen der Verhandlungen um die sog. Datenschutz-Grundverordnung sollte dafür ein verbindlicher europäischer Mindeststandard gesetzt werden, der zusätzlich strengere nationale Gesetze zulässt.

## **Stärkung der Mitbestimmung in Europa**

Die Unternehmen agieren zunehmend europäisch. Deshalb müssen die Partizipations- und Mitbestimmungsrechte ausgebaut werden. Dazu gehören:

- Die Anerkennung und Förderung (der Entwicklung) von Basisstandards für die Mitbestimmung in Unternehmen europäischer Rechtsform und bei transnationalen Unternehmensaktivitäten, die auf europäischem Gesellschaftsrecht basieren - Umgehungstatbestände müssen bekämpft werden.
- Die systematische Evaluation und Verbesserung der Eurobetriebsräte-Richtlinie.
- Die Anhebung der Informations- und Konsultationsrechte in den drei Richtlinien zu Massenentlassungen, zum Betriebsübergang und zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft durchgehend auf das Niveau der geltenden EBR-Richtlinie. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf einen verbesserten Unterrichtungs- und Anhörungsprozess sowie die Gewährleistung, dass auch in arbeitnehmervertreterlosen Betrieben eine angemessene Information und Konsultation der Arbeitnehmer sichergestellt wird. Unter Verstoß gegen diese Vorgaben erfolgte rechtswidrige Unternehmensentscheidungen sollen so lange unwirksam bleiben, bis der Rechtswidrigkeit abgeholfen wurde. Arbeitnehmervertreter sollen besser geschützt werden und einen Schulungsanspruch erhalten. Die für ihre Arbeit erforderlichen Ressourcen sind ihnen zur Verfügung zu stellen.

## **Faire Regeln für den Europäischen Arbeitsmarkt**

Der Europäische Arbeitsmarkt ist inzwischen Realität. Er braucht mehr denn je faire Regeln, Missbrauch muss stärker bekämpft werden. Dazu gehören:

- Die Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse zugunsten dauerhafter, sozial geschützter Arbeitsverhältnisse.
- Gute Arbeit als zentrales Ziel der europäischen Industrie- und Dienstleistungspolitik festzulegen.

- Die Überarbeitung der Entsenderichtlinie und die umfassende Sicherstellung des Prinzips „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“. Der Charakter der Richtlinie als Mindeststandard muss wiederhergestellt werden.
- Die Verbesserung der Rechte von entsandten Beschäftigten bei der Durchsetzungsrichtlinie. Die Kontrollen müssen ausgeweitet und effizienter gestaltet werden und das Recht auf Information und Beratung mobiler Arbeitnehmer festgeschrieben werden.
- Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Europa und der Kampf gegen Schwarzarbeit, Korruption und die Schattenwirtschaft.
- Die Verbesserung der Rechte und Ansprüche mobiler Arbeitnehmer, sofern die Verordnung 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit überarbeitet wird.
- „Gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ europäisch sicherzustellen (Equal Pay und Equal Treatment). Hierzu muss die Möglichkeit von tariflichen Öffnungsklauseln in der europäischen Leiharbeiter-Richtlinie abgeschafft werden, sollte es zu einer Überarbeitung der Richtlinie kommen.

## **Absicherung und Verbesserung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes**

Wir erwarten von den Parteien, dass auch der Arbeits- und Gesundheitsschutz in Europa ausgebaut wird. Dazu gehören:

- Die Einhaltung der EuGH-Urteile bezüglich Bereitschaftsdienst und Ausgleichsruhezeiten. Sollte es zu einer Revision der Arbeitszeit-Richtlinie kommen, sind für den DGB insbesondere die Abschaffung des individuellen Opt-out, die Beibehaltung des Status quo bezüglich der Bezugszeiträume und die Sicherstellung der Einhaltung der EuGH-Urteile bezüglich Bereitschaftsdienst und Ausgleichsruhezeiten unabdingbar.

- Der Ausbau des europäischen Arbeitsschutzes und keine Einschränkung – gemäß den Vorschlägen der sog. Stoiber-Gruppe – des Arbeitsschutzes von Beschäftigten kleiner und mittlerer Unternehmen.

### **Umfassende Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungspolitik**

Wir fordern die Parteien auf, das Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsrecht in Europa zu vervollständigen. Dazu gehören:

- Nichtdiskriminierung aufgrund des Geschlechts bezüglich des Sozialschutzes
- effektive Sicherstellung der Entgeltgleichheit
- Verbindliche Vorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen und Aufsichtsräten
- Ausweitung der Gleichbehandlungsrichtlinie außerhalb des Erwerbslebens

Die EU übt keine Kompetenzen in der Rentenpolitik aus, gleichwohl wird zum Beispiel durch Verfahren wie das ‚Europäische Semester‘ versucht, auf die nationale Rentenpolitik einzuwirken.

Der DGB fordert:

- Die Ausrichtung der europäischen Vorgaben (im Rahmen des Europäischen Semesters) auf grundsätzlich lebensstandardsichernde Renten. Es muss zudem sichergestellt werden, dass die Renten armutsfest gemacht werden.
- Die Heterogenität der nationalen Rentensysteme ist zu respektieren. Der Druck zur Kapitaldeckung muss genauso gestoppt werden wie ein automatischer Anpassungsmechanismus vom Renteneintrittsalter an die Lebenserwartung.
- Die europäische Stabilisierung von Betriebsrenten.

## **Asyl- und Flüchtlingspolitik europäisch gestalten**

Die **Asyl- und Flüchtlingspolitik** muss europäisch besser gestaltet werden. Der DGB fordert:

- Schutzsuchenden muss die gefahrenfreie Einreise in die EU ermöglicht und die politisch gewollte Praxis von Grenzschutzbehörden, Flüchtlinge zurückzuweisen, sofort beendet werden. Bootsflüchtlinge, die auf hoher See angetroffen werden, müssen in den nächsten sicheren Hafen der EU gebracht und nicht abgefangen und abgedrängt werden. Zudem muss FRONTEX die Seenotrettung entsprechend internationalen Vorschriften garantieren. Seeleute dürfen nicht länger strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie Menschen in Seenot helfen.
- Die Asylzuständigkeitsregelung „Dublin II“ muss grundlegend geändert werden: Derjenige Staat sollte für ein Asylverfahren zuständig sein, in dem der Asylsuchende seinen Antrag stellen möchte. Dadurch möglicherweise entstehende Ungleichgewichte zwischen den Staaten sollten gerecht ausgeglichen werden. Die Inhaftierung von Flüchtlingen muss zudem beendet werden.

## **2. Zukunftsinvestitionen in ein wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa**

Die einseitige Ausrichtung auf die Austeritätspolitik und Strukturreformen ist gescheitert. Nur eine Politik, die auch die Einnahmeseite in den Blick nimmt, kann zu einer Überwindung der Eurokrise beitragen. Wirtschaftliche Prosperität und soziale Teilhabe bedingen sich gegenseitig. Ohne Prosperität, gute und zukunftsfähige Arbeitsplätze, starke soziale Sicherungssysteme sowie eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen kann die Krise in Europa nicht überwunden werden. Deshalb erwartet der DGB, dass die EU zu einer Sozial- und Wirtschaftsunion umgebaut wird. Einen Ausbau der Wirtschafts- und Währungsunion ohne gleichwertige soziale Union lehnen die Gewerkschaften ab. Der geplante Pakt für Wettbewerbsfähigkeit ist ein Angriff auf Demokratie und Sozialstaatlichkeit in der EU und daher inakzeptabel.

Wir erwarten von den Parteien, dass sie alles unternehmen, um die Beschäftigten vor den Folgen der Eurokrise zu schützen und die Krise mit Zukunftsinvestitionen zu bekämpfen. Dazu gehören:

- Ein „Marshallplan“, der mit Zukunftsinvestitionen für eine Modernisierung in Europa, für dauerhaften Wohlstand und Beschäftigung für Alle sowie für eine höhere Lebensqualität durch qualitatives Wachstum sorgt. Ein solches Programm zielt darauf ab, langfristige Produktivitätszuwächse mit kurzfristiger Konjunkturbelebung zu verbinden und dabei mittel- bis langfristig die öffentlichen Finanzen zu entlasten. Es kann neue Impulse für qualitatives Wachstum durch eine nachhaltige und ressourcenschonende Industrie- und Dienstleistungspolitik setzen. Dabei kommt der Energiepolitik in Europa eine Schlüsselrolle zu.
- Die Krisenverursacher müssen an der Finanzierung des Investitionsprogramms beteiligt werden – mit einer Gerechtigkeitssteuer in Form einer einmaligen Vermögensabgabe in Höhe von drei Prozent des Vermögens ab 500.000 Euro bei Ledigen und einer Million Euro bei Verheirateten und mit der Besteuerung von Finanztransaktionen (einschließlich Derivaten).
- Die Handlungsfähigkeit der Mitgliedstaaten zurückgewinnen helfen, indem Einnahmen strukturell erhöht und Reichtum gerechter verteilt wird.
- Die steuerpolitische Harmonisierung sowie die Verhinderung von Steuerdumping. Verschuldungskriterien müssen an Konjunkturzyklen angepasst werden, der Steuervollzug muss gestärkt und Steuerhinterziehung bekämpft werden.
- Die Staatsfinanzen der Euroländer müssen von den Finanzmärkten entkoppelt werden. Dazu sollen eine Banklizenz für den ESM erteilt und Eurobonds eingeführt werden, denn die Euroländer brauchen einen monetären Schutzschirm und eine Zinsobergrenze gegen Wucherzinsen der Spekulanten, wenn sie ihre öffentlichen Aufgaben erfüllen sollen.
- Eine intensivere und verbindlichere Koordination der nationalen Fiskalpolitiken, das heißt eine Verpflichtung auf eine konjunktur- und verteilungsgerechte Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.
- Eine wirksame Regulierung der Finanzmärkte, um endlich das umzusetzen, was schon lange auf Ebene der G 20 vereinbart wurde: Alle Finanzmarktakteure – von Banken bis

Hedgefonds – müssen unter gleiche Mindestvorschriften gestellt werden, um die Umgehung von Regulierungsvorschriften und die Entstehung von Schattenbanksystemen zu verhindern. Außerdem müssen die Bankenaufsicht zentralisiert und mit Eingriffsrechten ausgestattet und den Banken der Handel mit eigenen Finanzprodukten untersagt werden. Überdies müssen alle Finanzprodukte erst von einem öffentlichen Finanz-TÜV geprüft und zugelassen werden, bevor sie auf den Markt gelangen.

- Der Einfluss von Ratingagenturen muss begrenzt werden.
- Das Europäische Parlament muss im Rahmen der Maßnahmen zur Krisenbewältigung möglichst umfassend einbezogen werden. Die Parlamentsanhörungen der Griechenland-Troika waren ein erster, wichtiger Schritt. Der Auftrag des Europäischen Parlaments, die Kommission zu kontrollieren, sollte aber in der Zukunft noch stärker genutzt werden.

### **In Europas Jugend investieren!**

In vielen europäischen Ländern leiden junge Menschen besonders unter den Auswirkungen der Schulden- und Wirtschaftskrise. Eine verlorene Generation kann zu einer ernsten Gefahr für die europäische Idee und Integration werden. Wir erwarten ein Zukunftsprogramm für die Jugend Europas. Dazu gehören:

- Eine verbindliche Umsetzung der Jugendbeschäftigungsgarantie. Dafür muss eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden. Nach dem Vorbild des Globalisierungsfonds muss ein Gemeinschaftsprogramm zur Jugendbeschäftigung aufgelegt werden (Jugendbeschäftigungs-Fonds).
- Eine halbjährliche Evaluation der Fortschritte der Umsetzung der Jugendgarantie sowie verbindliche Indikatoren, insbesondere zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit und zur Schaffung guter Arbeits- und Ausbildungsplätze.
- Die Vereinfachung der Strukturfonds, damit die Mittel überall da, wo sie nötig sind, auch sinnvoll eingesetzt werden können.

- Möglichkeiten, um im Rahmen des ESF länderübergreifende Kooperationsprojekte, insbesondere zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zu starten.
- Initiativen, damit die Mitgliedstaaten in dem Politikfeld stärker kooperieren und gute Praktiken austauschen.

### **Soziale und ökologische Leitplanken für den Binnenmarkt schaffen**

Der Binnenmarkt ist kein Selbstzweck. Der DGB setzt sich für einen gemeinsamen Markt mit hohen sozialen und ökologischen Standards und fairen Regeln ein. Die soziale Gestaltung des Binnenmarktes darf dabei nicht als Hindernis gesehen werden, sondern muss das Fundament für den freien Markt bilden.

Von den Parteien erwartet der DGB, dass sie sich einsetzen:

- für ein Ende des Liberalisierungs-, Deregulierungs- und Flexibilisierungsansatzes (u.a. im Rahmen der Binnenmarktakte I und II);
- für einen diskriminierungsfreien und flächendeckenden Zugang zu qualitativ hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen bzw. Dienstleistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge für alle Bürgerinnen und Bürger;
- für wirksame Tariftreueregelungen, ebenso wie für verbindliche soziale und ökologische Kriterien in der öffentlichen Auftragsvergabe;
- gegen den Druck zu weiteren Liberalisierungen und Privatisierungen im Zusammenhang mit
- neuen Bestimmungen hinsichtlich der Vergabe von Konzessionen;
- für einen stärkeren Ausbau der Strukturfonds auf sozial-ökologischen Wandel;
- gegen jeglichen erneuten Versuch der Einführung des Herkunftslandprinzips, zum Beispiel bei einer möglichen Revision der Dienstleistungsrichtlinie oder durch neue Sektoren-Richtlinien;
- Handelsabkommen, wie z.B. das Freihandelsabkommen mit den USA, dürfen nicht zu einer

Absenkung von rechtsstaatlichen, sozialen und ökologischen Standards führen. Sie dürfen keine Liberalisierung und Deregulierung durch die Hintertür ermöglichen. Daher müssen die Verhandlungen transparent, demokratisch und mit größtmöglicher Beteiligung der Zivilgesellschaft geführt werden und auf einer menschenrechtlichen Folgenabschätzung aufbauen.

### **Aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik für den sozial-ökologischen Wandel**

Europas soziale und technologische Werte und Stärken sind ein Alleinstellungsmerkmal im Verhältnis zu Amerika und Asien. Europa wird seinen Platz in der Weltgemeinschaft nur halten und ausbauen, wenn es auf dieser Grundlage eine aktive Industrie- und Dienstleistungspolitik betreibt.

Die EU hat mit ihrer Europa-2020-Strategie ein Programm aufgestellt, durch das Beschäftigung, Nachhaltigkeit und Produktivität gestärkt werden sollen. Im Rahmen dieses Programms soll auch die Stärkung der europäischen Industrie vorangetrieben und ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung von 15% auf 20% erhöht werden. Dieses Ziel ist bisher nicht erreicht worden. Gleichzeitig orientiert sich die europäische Industrie- und Dienstleistungspolitik nicht ausreichend an sozialen Zielen und ökologischen Notwendigkeiten, die ein wesentlicher Bestandteil des Alleinstellungsmerkmals sind.

Der DGB fordert:

- die Förderung des sozial-ökologischen Umbaus in der ganzen Breite aller Wirtschaftssektoren und der gesamten Wertschöpfungsketten;
- eine europäische Industriepolitik, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Verbraucher und der Beschäftigten orientiert, indem sie die Erzeugung nachhaltiger und energieeffizienter Produkte und Güter mit guten Arbeitsbedingungen kombiniert;
- eine europäische Dienstleistungspolitik, die sich an den Bedürfnissen und Interessen der Verbraucher und der Beschäftigten orientiert, indem sie die Erstellung hochwertiger Dienstleistungen mit guten Arbeitsbedingungen kombiniert;
- eine europäische Innovationspolitik, die die aktive Rolle der Beschäftigten und Kunden im

Innovationsprozess stärkt. Sie soll der Bewältigung gesellschaftlicher Herausforderungen dienen, soziale Innovationen fördern und die Teilhabe der Beschäftigten sichern.

### **3. Demokratische Reformen, mehr Teilhabe und starke Grundrechte in Europa**

Der DGB sieht es als folgenreichen Irrtum an, dass die Regierungen Europas in der Krise die Frage der Demokratisierung Europas auf „bessere Zeiten“ verschoben haben. Stattdessen hätte es gerade in dieser Frage gegolten, die Demokratie in Europa zu verteidigen und zu stärken. Die Regierungen Europas haben zusätzlich mit dem Fiskalvertrag ein „völkerrechtliches Nebenregime“ geschaffen, mit dem bestehende demokratische Regelungen und Kontrollen ausgehebelt und die Europäische Union weiter geschwächt werden. Das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente wurden an den Entscheidungen über die Euro-Rettungspakete oder die nationalen Krisenpakete zudem nicht ausreichend beteiligt.

Der DGB setzt sich für einen neuen Vertrags-Konvent ein, der 2015 eingesetzt werden soll mit dem Ziel, Europa demokratischer und sozialer zu machen und die Geburtsfehler der Währungsunion endlich zu überwinden. Der Konvent - unter Beteiligung der Sozialpartner - sollte einen klar definierten Aufgabenkatalog erhalten, für den das Europäische Parlament den Entwurf vorlegen sollte.

Zu einer Demokratisierung der Europäischen Union gehören unter anderem:

- eine Stärkung des Europäischen Parlaments, inklusive der Wahl des Kommissionspräsidenten. Die geheime Nominierungspolitik durch die Staats- und Regierungschefs muss beendet werden. Das Europäische Parlament muss das formelle Initiativrecht erhalten.
- eine Stärkung demokratiekonformer Marktwirtschaft statt ‚marktkonformer Demokratie‘.
- die Wahrung der Gemeinschaftsmethode statt der Unionsmethode (abgestimmtes Handeln der Mitgliedstaaten).
- eine Stärkung des Europäischen Parlaments als Ko-Gesetzgeber bei Internationalen Abkommen (zum Beispiel durch eine besondere Form der Konzertierung zwischen Rat,

Europäischem Parlament und EU-Kommission zur Erteilung und Änderung der Verhandlungsmandate).

- die Vermeidung der Umgehung der europäischen Verträge durch zwischenstaatliche Verträge (z.B. ESM- und Fiskalvertrag).
- mehr Transparenz in der Gesetzgebung, indem informelle Trilogverhandlungen nur in Ausnahmefällen geführt werden.

### **Grundrechte sichern und fördern!**

Die Charta der Grundrechte, die mit dem Lissabon-Vertrag in Kraft getreten ist, war das wesentliche Argument für die Gewerkschaften, diese Vertragsänderungen zu unterstützen.

Erstmals in der Geschichte Europas wurden die bürgerlichen, politischen sowie die sozialen und wirtschaftlichen Grundrechte der europäischen Bürgerinnen und Bürger und aller in der EU lebenden Menschen rechtsverbindlich in einem einzigen Dokument festgeschrieben. Erstmals wurden auch soziale Grundrechte gleichwertig aufgenommen und das Solidaritätsprinzip gestärkt, durch den Grundsatz der Solidarität der Europäer untereinander. Allerdings nimmt die EU-Kommission die rechtsverbindliche Verpflichtung zur Beachtung und vor allem auch zur Förderung der Grundrechte bisher nicht ausreichend wahr. Im Gegenteil: Mit der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialkrise kam es zu einer Reihe von weitgehenden Grundrechtsverletzungen in Europa. Der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften erwarten, dass die Verträge umfassend respektiert werden und es nicht zu einer Unterordnung der Sozialpolitik und von sozialen Grundrechten unter ein Primat von Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik kommt. Grundsätzlich muss die EU stärker als bisher auf sozialen Fortschritt verpflichtet werden.

Dazu gehören:

- Die Respektierung und Stärkung der Grundrechte und der sozialen Standards auf Basis der derzeitigen vertraglichen Grundlagen.
- Die Verankerung des grundsätzlichen Vorrangs der sozialen Grundrechte gegenüber den wirtschaftlichen Freiheiten in den Europäischen Verträgen.

- Eine "Soziale Fortschrittsklausel" in den Verträgen, um eindeutig zu definieren, was das EU-Ziel der Verwirklichung sozialen Fortschritts bedeutet, und um sicherzustellen, dass soziale Grundrechte respektiert und nicht den wirtschaftlichen Freiheiten untergeordnet werden können.
- Sämtliche Vereinbarungen sowie andere Maßnahmen und Verfahren der EU und/oder der Mitgliedstaaten dürfen keinesfalls gegen die (sozialen) Grundrechte verstoßen, beispielsweise gegen das Recht auf Unterrichtung und Anhörung, das Recht auf Kollektivverhandlungen und Kollektivmaßnahmen.
- Jede Einschränkung des Streikrechts ist abzuwehren.
- Es ist auf die Kommission einzuwirken, wie sie die Grundrechte in ihrer Arbeit am besten schützen kann und wie die Grundrechte durch neue gezielte Initiativen am besten gefördert werden können.
- Das Opt-out einzelner Mitgliedstaaten von der Grundrechtecharta muss beendet werden, um den Grundrechten überall volle Geltung zu verschaffen.
- Die Kommission muss zu regelmäßigen Berichten aufgefordert werden, wie sie Grundrechte konkret überwacht und sicherstellt, dass sie selbst und die anderen EU-Organe sowie alle Agenturen und Einrichtungen, die ihr gegenüber rechenschaftspflichtig sind, die Grundrechte achten und fördern. Dies betrifft insbesondere OLAF, FRONTEX, Kommissions- und EZB-Mitglieder der Troika.
- Es muss stärker überprüft werden, dass die Grundrechte auch tatsächlich allen in Europa lebenden Menschen gewährt werden, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Status, so wie es die Verträge vorsehen.
- Den Beitritt der EU zur Revidierten Europäischen Sozialcharta und ihren Protokollen muss vorangetrieben werden. Dazu gehört die Ratifizierung aller einschlägigen Instrumente der grundlegenden (sozialen) Rechte (einschließlich des Änderungsprotokolls sowie des Zusatzprotokolls über Kollektivbeschwerden).

- Der Beitritt zu den UN-Menschenrechtspakten und -Konventionen sowie allen wichtigen ILO-Übereinkommen zum Schutz der sozialen Rechte.

Eine weitere Integration ist kein Selbstzweck, eine Vertragsreform muss sich an diesen Forderungen und Zielen für eine soziale und demokratische Union ausrichten.

## EGB Aufruf zu den Wahlen des Europäischen Parlaments

angenommen bei der EGB-Vorstandssitzung

vom 22-23 Oktober 2013



## Sichere Arbeit, Gerechtigkeit und Demokratie für Europa

Zwischen 22. und 25. Mai 2014 wählen die BürgerInnen der EU-Länder ihre VertreterInnen im Europäischen Parlament. Das Parlament nimmt wichtige Aufgaben wahr, kann Gesetze annehmen oder verwerfen, verwaltet das gemeinsame europäische Budget und wählt den Kommissionspräsidenten.

In den letzten Jahren haben viele Abgeordnete die Forderungen des EGB unterstützt. Banken werden stärker reguliert und Bankerboni eingeschränkt. Das Europäische Parlament hat noch weitere Forderungen unterstützt, die Spekulantensteuer, die Jugendgarantie, die soziale und umweltfreundliche Gewichtung bei öffentlichen Aufträgen und den Sozialpakt des EGB. Europaweit sind nationalistische und rechtspopulistische Parteien auf dem Vormarsch. Die Gewerkschaften müssen dagegen mobilisieren. Die Wahlen im Mai 2014 sind wichtig für uns alle.

### ***Der EGB steht für einen Kurswechsel: Wir kämpfen für ein besseres Europa! Dieses Europa lehnen wir ab:***

Der EGB ist klar gegen die einseitige Sparpolitik. Die Kürzungen der Staatsinvestitionen haben uns bisher nur Massenarbeitslosigkeit beschert. 26,5 Millionen Arbeitslose, 5,7 Millionen davon Jugendliche unter 25 - ein trauriger Rekord. Die derzeitige Politik der Billigjobs setzt auf Wettbewerb über niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen und unfaire Steuern.

Die EU war über Jahrzehnte lang ein Modell für den Fortschritt. Wirtschaftswachstum wurde traditionell mit der nachhaltigen Verbesserung von Lebens- und Arbeitsbedingungen verbunden. Dieses soziale Model ist in Gefahr und wird zunehmend ausgehöhlt. Schuld daran sind die Vorgaben von Kommission und Rat, nicht die EU an sich.

## **Unser Europa - die Politik, die wir fordern:**

Der EGB verlangt eine neue Politik für ein soziales Europa, für Vollbeschäftigung und für eine sichere Zukunft für kommende Generationen.

### **Wir wollen: Sichere Jobs**

- **Eine Strategie für die Wiederbelebung des Arbeitsmarktes hat oberste Priorität. 11 Millionen Arbeitsplätze können über unseren ehrgeizigen Investitionsplan geschaffen werden.** Der Plan wird die Europäische Wirtschaft ankurbeln und Europa den Schritt in eine klimafreundliche Zukunft erleichtern. Die moderne Industriepolitik setzt auf Innovation, Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Gesundheit und Nachhaltigkeit. Das gemeinsame Budget für die wirtschaftliche Erholung muss sozial fair erstellt und demokratisch verwaltet, die Jugendgarantie voll umgesetzt werden.
- **Das sofortige Ende der einseitigen Sparpolitik.** Die Staatsschulden müssen abgebaut werden, aber nicht über die Sozialleistungen. Größere öffentliche Investitionen sollen von der „Goldenen Regel“ ausgenommen werden, die die Staatsverschuldung der Mitgliedsstaaten auf 0,5 des BIP beschränkt.
- **Die Garantie, dass die Freiheit der Wirtschaft nicht über grundlegende soziale Rechte gestellt wird.** Die EU ist kein reines Wirtschaftsprojekt. Das Kernziel soll die Verbesserung der Lebensqualität und der Arbeitsbedingungen sein und der soziale Fortschritt soll verpflichtend vorangetrieben werden. Die Aufnahme eines „Sozialen Fortschritts-Protokolls“ in die Verträge soll dies sicherstellen.
- **Kollektivverhandlungen und Unabhängigkeit der Sozialpartner.** Der soziale Dialog muss auf allen Ebenen konkret gestärkt werden. Die Autonomie der Sozialpartner muss garantiert werden, besonders in Bezug auf Lohnverhandlungen. ArbeitnehmerInnen und ihre Vertretungen sind als wichtiger Teil der EU anzusehen. Ordentliche Löhne steigern die Kaufkraft und beleben die Wirtschaft.

- **Das Ende der prekären Beschäftigung.** Schluss mit Billigjobs. Der gesetzliche Mindestlohn müssen in jenen Ländern erhöht werden, wo die Gewerkschaften dies für notwendig erachten. Ein soziales Mindesteinkommen sollte in den Mitgliedstaaten nach gemeinsamen europäischen Prinzipien eingeführt werden. Ein Recht auf Bildung und Ausbildung muss für alle gelten. England, Polen und Tschechien entziehen sich nach wie vor der Europäischen Grundrechtecharta, diese Ausnahmen dürfen nicht länger gelten. Gute Lebens- und Arbeitsbedingungen stehen allen BürgerInnen zu.
- **Hohe Standards für Gesundheit, Sicherheit und Hygiene am Arbeitsplatz.** Die Arbeitszeitrichtlinie darf nicht weiter geschwächt werden. Eine europäische Strategie muss rasch entworfen werden.

## Gleichheit und Solidarität

- **Kohäsion und soziale Gerechtigkeit wiederherstellen.** Wir müssen die wachsenden Ungleichheiten zwischen reichen und armen Ländern, Regionen und Gebieten, unter ArbeitnehmerInnen sowie unter BürgerInnen verringern. Wir müssen die Solidarität zwischen den EU-Mitgliedsstaaten festigen. Effektive und bindende Maßnahmen müssen mit dem Blick darauf eingeführt werden, dem sozialen und unfairen Wettbewerb entgegenzuwirken, indem garantiert wird, dass alle ArbeitnehmerInnen gleichen Lohn und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit bekommen.
- **Jeden Form von Diskriminierung auf allen Ebenen bekämpfen.** Rassismus, Xenophobie, Homophobie, Nationalismus und Extremismus müssen rigoros bekämpft werden. Mobilität muss fair, gerecht und freiwillig sein. ArbeitsmigrantInnen müssen die gleiche Behandlung wie andere ArbeitnehmerInnen erhalten und über ihre Rechte informiert werden. Maßnahmen im Bereich Migration müssen dringend geändert werden. Spezielle Handlungen müssen unternommen werden, um den Gender-Gap zu schließen, vor allem die Einkommensschere. Die Work-Life Balance muss verbessert werden.
- **Qualitativer öffentlicher Dienst und für alle zugängliche Leistungen von allgemeinem Interesse** sind so umzusetzen wie von der Grundrechtecharta vorgesehen. Internationale

Handelsvereinbarungen müssen diese Leistungen respektieren. Neue Kinderbetreuungs- und Gesundheitsservices sollen für Kinder und ältere Personen entwickelt werden (z.B. für angewiesene Personen, die eine garantierte Langzeitbetreuung benötigen, in der auf ihre Würde Rücksicht genommen wird).

- **Soziale Gerechtigkeit** ist ein fundamentales Menschenrecht, dessen Finanzierung aufgeteilt und gerecht verteilt werden muss; In diesem Kontext entscheidend bleibt die Rolle der öffentlichen Pensionssysteme (erste Säule).
- **Eine fairere Steuerpolitik.** Neue und verbindliche Maßnahmen sind nötig, um Steuerhinterziehung, -vermeidung und -betrug zu bekämpfen. Steueroasen müssen eliminiert werden, eingeleitet mit der unverzüglichen Umsetzung der Entschlüsse des Europäischen Rates und der G20. Wir müssen gegen Korruption, Schwarzarbeit und Spekulation ankämpfen. Besteuerung in Europa muss progressiv und umverteilend sein. Steuerbasis und Steuerstufen von Unternehmen müssen möglichst durch die Einführung eines Mindestsatzes von 25% harmonisiert werden, welcher der derzeitige Durchschnittssatz ist. Überdies ist die europäische Wirtschaft mehr denn je vom Finanzsektor abhängig, welcher solide und transparent sein muss. Die Kontrolle von Finanzmärkten und Finanzinstituten muss zum Vorteil der Realwirtschaft verstärkt werden.

## Demokratie

- **Transparenz, Legitimität und Verantwortung, um die europäische Economic Governance zu steuern.** Unter dem Vorwand der Krise wurden zahlreiche anti-demokratische und ungeeignete Maßnahmen eingeführt. Die berühmte „Troika“ (bestehend aus Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds) hat kein in der Europäischen Gesetzgebung begründetes Mandat. Die Annahme des Fiskalpaktes hat die BürgerInnen und das Europäische Parlament aus jeglicher Beteiligung an diesem Prozess ausgeschlossen. Derartige Vorgehensweisen müssen abgewendet werden. Sozialstrukturell durchsetzbare Indikatoren müssen in diese Economic Governance integriert werden.

- **Generelle Stärkung und Vertiefung von Demokratie und Transparenz innerhalb der Europäischen Institutionen.** Es ist wichtig, ihre Glaubhaftigkeit und Legitimität für die europäischen BürgerInnen wieder herzustellen. Die Macht des Europäischen Parlaments, die europäische Politik und die Gesetzgebung zu kontrollieren, muss verstärkt werden. Die jeweiligen Kompetenzen des Europaparlamentes und der nationalen Parlamente müssen besser definiert werden, um die demokratische Kontrolle von politischen Entscheidungen zu verbessern.
- Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen Europäische **sowie internationale Instrumente wie die ILO Übereinkommen** streng befolgen.
- **Informations-, Konsultations- und Partizipationsrechte am Arbeitsplatz** dürfen nicht geschwächt werden, sondern müssen verbessert werden und Demokratie in der Arbeit muss gestärkt werden, vor allem bei Umstrukturierungen.

### **Schlussfolgerung:**

Wie bereits festgestellt sind die nächsten Wahlen des Europäischen Parlaments im Mai 2014 eine grundsätzliche Weichenstellung über den politischen Kurs Europas: Entweder Sparpolitik und das Sozial-Dumping zu beenden - oder sie weiterhin zuzulassen. Um unseren Kurs zu ändern, müssen wir – eine angemessene Geschlechterbalance gewährleisten - Parlamentsabgeordnete wählen, die bereit sind, die Interessen der EU-BürgerInnen zu verteidigen, die einen Kurswechsel anstreben und ein **anderes Europäisches Projekt, basierend auf sozialem Fortschritt** bauen, mit der Absicht, die Sparpolitik, Arbeitslosigkeit, Armut, Ungleichheit sowie Lohn- und Steuerdumping zu beenden, um ein Europa zu stärken, das den Vorstellungen der Menschen entspricht, ein Europa, das seinen BürgerInnen näher steht.

**Es gibt eine soziale Vision für die EU.** Der europäische Gewerkschaftsbund (ETUC), die Stimme der europäischen ArbeitnehmerInnen, ruft die Beschäftigten auf, massenhaft bei diesen Wahlen teilzunehmen. **Jede Stimme wird zählen.**

**DGB-Bundesvorstand**

Erklärung vom Juni 2013



**Die Lehren aus der Krise ziehen:**

**Der Wirtschafts- und Währungsunion endlich eine gleichrangige und wirksame soziale und demokratische Dimension geben!**

Die europäische Krisenbewältigung, die immer noch vorrangig auf Austeritätspolitik ausgerichtet ist, funktioniert nicht. Inzwischen ist nicht mehr zu übersehen, dass die ökonomischen, sozialen wie politischen Kosten dieser Form der Krisenbewältigung enorm sind. Ein radikaler Politikwechsel ist nötig, um Europa wieder auf einen stabilen Kurs zu bringen. Ein solides und nachhaltiges Europäisches Wachstumsprogramm ist überfällig, der DGB hat dazu einen Vorschlag („Marshallplan für Europa“) in die Debatte eingebracht.

Das Vertrauen der Menschen in die europäische Politik und die EU-Institutionen ist gestört und muss wieder gewonnen werden. Dafür braucht Europa eine gerechte und vor allem die sozialen Rechte und Errungenschaften respektierende Politik zur Bewältigung der Krise und eine Ausweitung der demokratischen Beteiligungsrechte von Europäischem Parlament und Bürger/innen.

Darüber hinaus müssen Lehren aus der Krise gezogen und die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) erneuert und verstärkt werden. Neben den makroökonomischen Ungleichgewichten (z.B. Investitionen, Steuern, Produktivität, Inflation) müssen auch die sozialen Ungleichheiten schnellstmöglich (Arbeitslosigkeit, Armut, Bildungschancen) abgebaut und der Sozialabbau gestoppt werden.

Seit Mitte 2012 läuft ein Diskussionsprozess zur Vertiefung bzw. Vollendung der WWU. Der Präsident des Europäischen Rates, Herman van Rompuy, ist aufgefordert worden, mit den Präsidenten von Kommission, Eurogruppe und EZB Vorschläge zur kurz-, mittel- und langfristigen Umgestaltung der WWU vorzulegen. Dabei geht es sowohl um eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung bzw. wirtschaftspolitische Steuerung (Economic Governance) als auch darum, der

WWU eine soziale Dimension zu geben.

Den Vorschlag, der WWU eine soziale Dimension zu geben, unterstützt der DGB mit Nachdruck. Grundlage dafür müssen allerdings der in der Grundrechtecharta verbindlich festgelegte Respekt und die Förderung der sozialen Grundrechte sein sowie die in den Verträgen enthaltene Verpflichtung auf sozialen Fortschritt, insbesondere hinsichtlich der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen in Europa. Die sozialen Ziele müssen verbindlich und gleichrangig mit den wirtschafts- und haushaltspolitischen Vorgaben in den bestehenden bzw. zu initiiierenden Prozessen und Instrumenten der WWU verankert werden. Dazu müssen ein konkreter Zeitplan, insbesondere auch für kurzfristige Maßnahmen, und ein Aktionsprogramm vorgelegt werden.

Auch eine stärkere wirtschaftspolitische Koordinierung innerhalb der Währungsunion begrüßt der DGB grundsätzlich. Sie muss jedoch deutlich anders ausgestaltet werden als bisher. Die in den vergangenen Jahren geschaffenen Economic-Governance-Strukturen sind einseitig und engstirnig auf fiskalische Ziele und eine unsinnige Wettbewerbsfähigkeit der Staaten orientiert und tragen damit zur Verschärfung der Krise bei. Sie zielen darauf ab, eine restriktive Fiskalpolitik und beschäftigungs- und wachstumsfeindliche Strukturreformen in jedem Mitgliedstaat festzuschreiben.

Die bisherigen „Memorandums of Understanding“ im Rahmen der Finanzhilfen hat der DGB bereits abgelehnt. Damit wurden die konjunkturelle Dynamik zerstört, ein massiver Sozialabbau durchgesetzt und Arbeitnehmerrechte radikal beschnitten.

Anstelle der weiteren Verengung der WWU auf einen Wettbewerb der Nationalstaaten (wie dies im Vorschlag eines „Wettbewerbspaktes“ zum Ausdruck kommt, bei dem die Mitgliedstaaten mit der Kommission vertragliche Vereinbarungen über Strukturreformen abschließen und für die Umsetzung eine Belohnung aus einer neu zu schaffenden Fiskalkapazität erhalten) sollte eine stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Dienstleistungs- und Industriepolitik – zumindest in zentralen Branchen – angestrebt werden.

Aus dem neuen Nebeneinander von EU-Politik gemäß EU-Verträgen und intergouvernementalen Initiativen (wie bspw. Fiskalpakt) sowie neuen „Zwischenformen“, durch die Einschaltung der EU-

Kommission oder des EuGH zur Überwachung intergouvernementaler Verträge, entsteht eine neue Unübersichtlichkeit sowohl hinsichtlich der Akteure und Ansprechpartner (27 Mitgliedstaaten, Euro-Länder, EU-Institutionen) als auch der Organe (Europäischer Rat, Euro-Gipfel etc.). Das verhindert Transparenz und demokratische Kontrolle.

### **Für eine soziale und demokratische Politik in Europa ist unverzichtbar:**

- Rechtliche Garantien der Tarifautonomie: Sicherstellung, dass Lohnfindung eine nationale Angelegenheit der Tarifparteien ist und entsprechend den nationalen Gepflogenheiten und nationalen Systemen industrieller Beziehungen erfolgt. Eine stärkere autonome Koordinierung der Tarifpolitik – durch den EGB, die Branchenverbände wie die nationalen Gewerkschaften - ist eine wichtige Zukunftsaufgabe der Gewerkschaften in Europa. Eingriffe der EU-Institutionen oder der Troika in nationale Lohnfindungssysteme sind zu unterlassen.
- Die Koordinierung der Wirtschaftspolitiken bedeutet für uns die Förderung der Tarifbindung, die Stärkung der Tarifautonomie, eine soziale Regulierung des Arbeitsmarktes, die Eindämmung prekärer Beschäftigung, die Austrocknung des Niedriglohnsektors und die Aushöhlung der Sozialsysteme zu verhindern. Ziel jeder Wirtschaftspolitik muss sein, „gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ sicherzustellen. Mindestlöhne sind ein wichtiges Mittel gegen Lohndumping.
- Eine Balance der wirtschaftlichen, fiskalischen und sozialen Ziele: die Economic Governance muss in ihren Institutionen und Instrumenten darauf abzielen, Wohlstand, ein hohes Beschäftigungsniveau und bessere Lebensbedingungen für die Menschen in Europa zu erreichen.
- Die EU braucht eine verbindliche Angleichung sozialer Mindeststandards nach oben sowie gemeinsame Standards für ein soziales Mindesteinkommen und eine gute Gesundheitsversorgung. Sozialpolitik ist gerade in wirtschaftlichen Krisen als automatischer Stabilisator unverzichtbar. Empfehlungen im Rahmen der nationalen Reformprogramme müssen das europäische Sozialmodell stärken und dürfen die nationalen Sozialsysteme nicht aushebeln oder unterminieren.

- Statt eines Zwangs zu restriktiver Fiskalpolitik bedarf es einer koordinierten, konjunkturgerechten, antizyklischen Fiskalpolitik. Eine Fiskalkapazität, die (im Sinne der langfristigen Vorschläge von Rompuys und der Kommission) antizyklische fiskalpolitische Reaktionen ermöglicht, ginge in die richtige Richtung, solange deren Funktionsweise nicht an einen Zwang zu solchen Strukturreformen gekoppelt ist, die auf Deregulierung und Liberalisierung der Arbeitsmärkte sowie Sozialabbau abstellen.
- Europa braucht eine effektivere Koordinierung im Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht. An die Stelle von Steuerwettbewerb müssen eine Harmonisierung der Bemessungsgrundlage bei der Körperschaftssteuer, sowie gegebenenfalls ein Mindestsatz bei der Körperschaftssteuer in Höhe des aktuellen europäischen Durchschnitts von 25 Prozent treten. Statt Steuerwettbewerb benötigt Europa einen Innovationswettbewerb.
- Die Vorschläge für ein „Instrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit“ lehnt der DGB ab, da sie vorrangig auf Ausgabenkürzung und Sozialabbau zielen. Der DGB fordert stattdessen einen europäischen Wachstums- und Beschäftigungspakt, beispielsweise in Form eines neuen Marshallplans für Europa.
- Um der wirtschaftspolitischen Steuerung eine andere Ausrichtung zu geben, müssen auch entsprechende soziale Indikatoren – etwa zur Bildungsbeteiligung, zur Einkommens- und Vermögens-Ungleichheit, zum Armutsrisiko und zur sozialen Ausgrenzung – in die wirtschaftspolitischen Bewertungsverfahren aufgenommen werden. Insbesondere müssen die Bewertungsindikatoren im Rahmen einer Scorebalance symmetrisch ausgerichtet werden.
- Demokratie darf nicht vor Unternehmen, Betrieben und Behörden haltmachen. Deshalb gilt es, wirtschaftliche und soziale Mitbestimmungsrechte für Betriebs- wie Personalräte zu schaffen sowie Information und Konsultation zu stärken und auszubauen. Auf keinen Fall dürfen bestehende Mitbestimmungsstrukturen in Frage gestellt werden.

### **Für die demokratische Ausgestaltung der Verfahren/Instrumente ist unverzichtbar:**

- Alle neuen Verfahren/Instrumente müssen so gestaltet werden, dass die Rechte des Europäischen Parlamentes nicht eingeschränkt, sondern ausgeweitet werden. Wir brauchen eine neue Balance und eine neue Koordinierung zwischen Entscheidungsrechten der nationalen Parlamente und des Europäischen Parlamentes. Die Rechte von EP und nationalen Parlamenten dürfen nicht durch Hinterzimmer- Vereinbarungen der Regierungen mit der EU-Kommission – wie dies z.B. im Zusammenhang mit dem Pakt für Wettbewerbsfähigkeit überlegt wird - außer Kraft gesetzt oder eingeschränkt werden.
- Bei den Regeln zur Economic Governance muss eine Überprüfungs Klausel eingebaut werden, die eine Revision der Maßnahmen sicherstellt, sobald absehbar ist, dass sie zur Erreichung der Ziele nicht angemessen beitragen.
- Die Sozialpartner müssen umfassend in die Ausgestaltung der Instrumente und Verfahren für eine vertiefte WWU einbezogen werden, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Die Sozialpartner müssen an den Verhandlungen zu den länderspezifischen Empfehlungen zwingend beteiligt werden.
- Neue Verfahren, die zu einer stärkeren Verbindlichkeit der Nationalen Empfehlungen der EU -Kommission an die Mitgliedstaaten führen sollen, müssen im Rahmen der geltenden Verträge erfolgen, dem Ziel sozialer Kohäsion verpflichtet sein und dazu beitragen, Arbeitnehmerrechte und die demokratische Beteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu verbessern.
- Der bestehende Makroökonomische Dialog muss auf nationaler und europäischer Ebene intensiviert und auf technischer wie politischer Ebene verbessert werden. Die Arbeits- und Sozialminister sind daran gleichberechtigt zu beteiligen.
- Notwendige Vertragsänderungen, insbesondere zur effektiven Gewährleistung eines Sozialen Europas, müssen im Rahmen eines Konvents erarbeitet werden. Der DGB fordert seit langem, eine verbindliche soziale Fortschrittsklausel in die Verträge aufzunehmen. Darüber hinaus muss es bessere vertragliche Garantien für die Tarifautonomie geben.

**DGB-Bundesvorstand**

Zusammenfassung des Beschlusses vom 4. Dezember 2012

**Ein Marshallplan für Europa****Vorschlag des Deutschen Gewerkschaftsbundes für ein Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm für Europa****Zusammenfassung**

Europa muss sich der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts stellen. Angesichts der knappen natürlichen Ressourcen, der sozialen Schieflage, der wachsenden Arbeitslosigkeit, der demographischen Herausforderungen und der steigenden Wissens- und Technologieintensität des Wirtschaftens muss sich Europa neu aufstellen und seine Stärke für eine bessere, sozialere, prosperierende, demokratische und friedliche Zukunft mobilisieren.

Doch die wirtschaftliche Lage in Europa und insbesondere in der Eurozone verschlechtert sich zunehmend. Das politische Krisenmanagement aus Spardiktaten, Lohn-, Renten- und Sozialkürzungen hat zu einer wirtschaftlichen Talfahrt geführt. Die Rezession droht den ganzen Kontinent zu erfassen und sogar die Weltkonjunktur zu beeinträchtigen.

Es ist das Gebot der Stunde, mit einem Kurswechsel die Weichen für die Zukunft zu stellen und damit die Konjunktur zu stabilisieren. Europa benötigt einen langfristig angelegten Wachstums- und Modernisierungspfad, der unseren Kontinent zukunftsfest macht, die Jobs des 21. Jahrhunderts schafft und Wohlstand für alle ermöglicht.

Das erfordert Investitionen in nachhaltige Energieerzeugung, in die Reduktion des Energieverbrauchs, in nachhaltige Industrien und Dienstleistungen, in Bildung und Ausbildung, in Forschung und Entwicklung, in moderne Verkehrsinfrastruktur, emissionsarme Städte und Gemeinden, in die Effizienz der öffentlichen Verwaltungen. Es erfordert auch die gerechte Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen an einer besseren Zukunft.

Die Zukunftsfähigkeit Europas setzt heute Investitionen voraus. Europa hat hierfür alle Ressourcen: Menschen, Wissen, Innovationskraft, Kapital, moderne Infrastrukturen, intakte öffentliche und private Einrichtungen, hoch entwickelte Industrie- und Dienstleistungszentren, soziale Sicherungssysteme, einen gemeinsamen Markt und eine gemeinsame Währung. All dies verbindet Europa. Wir müssen gemeinsam diese Stärken bündeln und sie für einen Umbau unserer Gesellschaften einsetzen.

Vor diesem Hintergrund haben wir einen Entwurf für einen „Marshallplan für Europa“ entwickelt, den wir der europäischen Öffentlichkeit, vor allem aber unseren europäischen Kolleginnen und Kollegen, zur Diskussion stellen. Wir nennen darin die für Deutschland wichtigen Handlungsfelder und appellieren an die europäischen Gewerkschaften genauso wie an die politischen Entscheider Europas zu prüfen, welche länderspezifischen Maßnahmen für das jeweilige Land geeignet sind. Vor allem Sozialpartner, Politiker und die Zivilgesellschaft sind aufgerufen, mit ihren konkreten Vorschlägen den von uns vorgeschlagenen Marshallplan zu ergänzen. Wir laden sie alle ausdrücklich ein, sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen und gemeinsam mit uns an der Erstellung eines Zukunftsprogramms mitzuarbeiten.

Die Gewerkschaften im DGB haben sich bei der Ausarbeitung des Zukunftsprogramms von folgenden Grundsätzen leiten lassen. Es muss

- für ausreichend gute, zukunftsfähige und hochwertige Arbeitsplätze und für Wohlstand sorgen.
- nachhaltig und so angelegt sein, dass die Substanz europäischer Gesellschaften erhalten und an ökologische, soziale und demografische Herausforderungen angepasst wird.
- demokratisch kontrolliert werden durch die gewählten europäischen Institutionen, allen voran das Europäische Parlament, die wiederum von bestehenden europäischen Institutionen (z.B. die EIB) bei der Ausübung der Kontrolle unterstützt werden.
- als ein gesamteuropäisches supranationales Projekt und nicht als Summe der Einzelinteressen der europäischen Länder verstanden werden.
- vorausschauend und Konjunkturunabhängig sein, also kurzfristig notwendige Maßnahmen in

den Kontext der langfristigen Herausforderungen stellen und sich auch im Aufschwung fortsetzen.

- dem Markt Regeln setzen und politische Orientierung geben und dabei auch private Investitionen in innovative Zukunftsprojekte lenken.
- gerecht finanziert sein und gerecht verteilt werden. Finanzstarke soziale Schichten und ökonomisch stärkere Regionen müssen stärker zur Finanzierung der Zukunftsinvestitionen beitragen als die Schwächeren. Das gilt auch für die Teilhabe an einem solchen Programm.
- solide finanziert sein. und gleichzeitig die Staaten Europas in die Lage versetzen, Steuereinnahmen für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und zum Abbau der öffentlichen Verschuldung zu generieren.

### **Kernelemente unseres Marshallplans**

Unser „Marshallplan für Europa“ ist aus dem Verständnis entstanden, dass die kurzfristige Konjunktorentwicklung und das längerfristige Wachstumspotenzial eng zusammenhängen. Gefragt ist eine politische Strategie, die beides berücksichtigt. Der DGB-Marshallplan für Europa versteht sich als ein, auf 10 Jahre (von 2013 bis 2022) angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm für alle 27 EU-Länder.

Wir gehen bei den Vorschlägen von unseren Erfahrungen aus und wissen um die unterschiedlichen Rahmen- und Ausgangsbedingungen in unseren europäischen Partnerländern. Wir schlagen einen Mix aus institutionellen Maßnahmen, direkten öffentlichen Investitionen, Investitionszulagen für Unternehmen und die Konjunktur stabilisierenden Konsumanreizen vor. Letztere dienen der kurzfristigen Krisenbekämpfung und sind zum überwiegenden Teil befristet. Die öffentlichen Investitionen und Investitionszulagen hingegen entfachen ihre Wirkung erst mit einer zeitlichen Verzögerung, dienen aber dazu, langfristige Wachstums- und Beschäftigungsperspektiven in Europa durch die Stärkung und Förderung moderner Industrien und Dienstleistungen zu sichern. Sie eignen sich zugleich für gesellschaftlich notwendige bildungs-, sozial- und klimapolitische Weichenstellungen und unterstützen qualitative Wachstumsziele. Die Wachstums- und Beschäftigungseffekte solcher Maßnahmen ermöglichen eine sich selbsttragende, höhere

Wachstumsdynamik.

Im Zentrum unserer Vorschläge stehen ein Umbau und eine Modernisierung unserer europäischen Volkswirtschaften mit dem Ziel, energiearm und ressourcenschonend zu wirtschaften und uns damit langfristig von Brennstoffimporten unabhängig zu machen und zugleich den CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Europa massiv zu reduzieren. Die europäischen Staaten haben sich bereits dazu verpflichtet. So will die EU bis 2020 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 20% senken und den Anteil erneuerbarer Energien an der Stromproduktion auf 20% steigern. Es wird angestrebt, bis 2050 den CO<sub>2</sub>-Ausstoß sogar um 80% bis 95% unter den Stand von 1990 zu senken. Hierfür hat die Europäische Kommission einen „Energiefahrplan 2050“<sup>1)</sup> vorgelegt. Wir wollen mit unserem Vorschlag einen solchen Energiefahrplan für die nächsten 10 Jahre massiv stützen, ohne Wirtschaft und Gesellschaft und vor allem Arbeitnehmerhaushalte im Übermaß zu belasten. Wir nennen dieses ambitionierte Programm in Anlehnung an den deutschen Fahrplan für einen Ausstieg aus der Atomenergie „Europäische Energiewende“ und veranschlagen dafür in Anlehnung an den „Energiefahrplan 2050“<sup>1)</sup> jährliche Investitionen von 150 Mrd. Euro.

Wir wollen unsere Städte und Gemeinden auf eine alternde Gesellschaft vorbereiten, die Bildung und Ausbildung der Menschen fördern, den Bestand an öffentlicher und privater Infrastruktur modernisieren und ausbauen sowie die Industrie- und Dienstleistungszentren der Zukunft erschließen. Wir verstehen den modernen Sozialstaat als Produktivkraft und wollen Innovationen, Forschung und Entwicklung als die schöpferische Treiber eines neuen Wirtschaftens stärken.

Unser Marshallplan setzt darüber hinaus an verschiedenen Stellen an: er stärkt Europas industrielle Wertschöpfung und öffentliche Dienstleistungen, hilft die Verkehrsinfrastruktur zu modernisieren und den Ausbau von Breitbandnetzen zu beschleunigen, sorgt für mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung und eine nachhaltige Bewirtschaftung der knappen Wasserressourcen. Vor allem aber wird er die Kooperation zwischen den europäischen Ländern verbessern, die die gewaltigen Herausforderungen von Zukunftsgestaltung und Krisenmanagement nur gemeinsam bewältigen können.

---

<sup>1</sup> Vgl. Energiefahrplan 2050, MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT, DEN RAT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN , Brüssel, 12.12.2011

Dafür sind europaweit massive Investitionen von durchschnittlich 110 Mrd. Euro jährlich erforderlich, wenn eine solche Modernisierungsoffensive die gesamte EU erfassen sollte. Insgesamt ergibt sich ein jährlicher Finanzierungsbedarf von durchschnittlich 260 Mrd. Euro. Das entspricht knapp über 2% des europäischen BIP.

Ein so langfristig angelegtes ambitioniertes Investitionsprogramm kann nicht von einem einzigen Land allein gestemmt werden. Vor allem finanziell angeschlagene Krisenländer können gegenwärtig aus eigener Kraft eine solche Modernisierungsoffensive nicht umsetzen. Deswegen brauchen wir gemeinsame Anstrengungen und neue europäische Einrichtungen mit stabilen und soliden Finanzierungsquellen.

**Tabelle 1: Langfristige durchschnittliche Kosten und Nutzen durch den Marshallplan pro Jahr für EU-27**

<b>Kosten des Marshallplans</b>		
Durchschnittliche jährliche Investitionen in europäische Energiewende	150	Mrd. Euro
Weitere Investitionen	110	Mrd. Euro
<b>Summe der jährlichen Investitionen</b>	<b>260</b>	<b>Mrd. Euro</b>
<b>Nutzen des Marshallplans (Wachstum, Arbeitsplätze, Einnahmen, Einsparungen etc.)</b>		
Zusätzliches Wachstum des Bruttoinlandsproduktes	3	Prozent
Zusätzlicher Wachstumsimpuls	400	Mrd. EUR
Zusätzliche Vollzeitstellen	9 bis 11	Millionen
Zusätzliche Steuereinnahmen für EU-Staaten	104	Mrd. Euro
Zusätzliche Einnahmen an SV-Beiträgen	56	Mrd. Euro
Zusätzliche Einsparungen bei den Kosten der Arbeitslosigkeit	20	Mrd. Euro
Durchschnittliche jährliche Einsparungen an Brennstoffimporten	300	Mrd. Euro
<b>Finanzierung und Tilgung des Marshallplans</b>		
Durchschnittliche jährliche Emission von „New Deal Anleihen“	180	Mrd. Euro
Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer	75-100	Mrd. Euro
Tilgung der Kredite an private und öffentliche Investoren	100	Mrd. Euro

## Finanzierung des Marshallplans

Vor dem Hintergrund des massiven Modernisierungsbedarfs Europas hat der DGB bereits in einem „4-Punkte-Programm“ von 2011 den Vorschlag unterbreitet, einen „Europäischen Zukunftsfonds“ zu gründen und ihn finanziell so auszustatten, dass er Investitionen europaweit finanzieren und in Zusammenarbeit mit den Mitgliedstaaten umsetzen kann. Unser Ziel ist es, Europa in seiner Gesamtheit zukunftsfähig zu machen.

Der „Europäische Zukunftsfonds“ braucht eine europäische Finanzierung, um damit die erforderlichen Investitionen fördern zu können. In Westeuropa stehen 27.000 Mrd. Euro an Geldvermögen einer schrumpfenden Zahl von sicheren und rentablen Anlagemöglichkeiten gegenüber: Diese Situation birgt die große Chance, das vorhandene Kapital Europas für die Investitionen in seine Zukunft umzulenken. Zu diesem Zweck emittiert der „Europäische Zukunftsfonds“ ähnlich wie Unternehmen oder Staaten verzinsliche Anleihen, die wir „New Deal Anleihen“ nennen. Anleger bekommen damit endlich gute und sichere Anlagemöglichkeiten, die EU sichert die Finanzierung dieser Modernisierungsoffensive.

So kann der „Europäische Zukunftsfonds“ den jährlichen Investitionsbedarf in genauer Höhe durch die Emission von 10jährigen „New Deal Anleihen“ finanzieren, für die jährliche Zinsen anfallen würden. Diese Zinsverpflichtungen, für die der Zukunftsfonds selbst aufkommen muss, können aus den Einnahmen einer Finanztransaktionssteuer (Financial Transaction Tax, FTT) finanziert werden. Wir sind uns darüber im Klaren, dass die FTT nicht aus dem Stand in allen 27 Staaten eingeführt werden wird. Gegenwärtig stellen sie lediglich 12 EU-Länder in Aussicht. Mit unserem Marshallplan zeigen wir aber den noch skeptischen Regierungen einiger EU-Länder, dass der Einführung der FTT ökonomische und ökologische Vorteile gegenüberstehen. Das kann die Bereitschaft der Länder zur Einführung der FTT und damit auch die Einnahmen erhöhen. Führen einige EU-Staaten trotz dieser Vorteile die Finanztransaktionssteuer nicht ein, dann reduzieren sich die Einnahmen aus der FTT, aber auch die Investitionen um ihren Anteil.

Dennoch: Auch ein Anfang auf Basis einer FTT nur in 12 Ländern kann zeigen, dass in diesen Ländern kurzfristig konjunkturstabilisierende Maßnahmen und langfristige Modernisierung ihrer Volkswirtschaften finanziert werden können. Dieses Vorbild könnte die anderen EU-Länder dazu

bewegen, sich dem Konjunktur-, Investitions- und Aufbauprogramm anzuschließen. Daher haben wir uns in unserem Marshallplan an der Langfristperspektive orientiert und ein Programm für die EU in ihrer Gesamtheit entworfen. Wir haben für unsere Berechnungen jährliche Einnahmen von 75 bzw. 100 Mrd. Euro zugrunde gelegt, wenn die FTT, wie in den Berechnungen der Kommission, in allen EU-Staaten eingeführt würde. Allerdings haben wir die Bemessungsgrundlage um Devisenhandel erweitert und alle Transaktionen – anders als im Vorschlag der Europäischen Kommission – mit einem einheitlichen Steuersatz von 0,1% versehen. Damit kann der „Europäische Zukunftsfonds“ zu einem die anfallenden Zinsenverpflichtungen finanzieren und zum anderen den jährlichen Finanzierungsbedarf und damit das Volumen der emittierten „New Deal Anleihen“ reduzieren.

Um den Zinssatz auf die „New Deal Anleihen“ möglichst niedrig zu halten, muss der „Europäische Zukunftsfonds“ an den Finanzmärkten als solventer Schuldner mit hoher Bonität gelten können. Deshalb muss der Zukunftsfonds bereits bei seiner Gründung mit ausreichend Eigenkapital ausgestattet werden. Da bis heute ausschließlich Steuerzahler bzw. Arbeitnehmer die Hauptlast der Krisenbekämpfung tragen, ist es an der Zeit, dass die Gruppe der Vermögenden und Reichen an der einmaligen Finanzierung der Kapitalausstattung des Zukunftsfonds beteiligt werden. Für Deutschland schlagen wir eine noch zu konkretisierende einmalige Vermögensabgabe von 3% auf alle privaten Vermögen ab 500.000 Euro bei Ledigen bzw. 1 Mio. Euro bei Verheirateten vor. Ihr Volumen sollte allein in Deutschland einmalig zwischen 50 und 70 Mrd. Euro liegen, die für den „Europäischen Zukunftsfonds“ eingenommen werden. Die anderen EU-Länder sollten ihre Vermögenden und Reichen ebenfalls mit vergleichbaren Maßnahmen heranziehen. Dabei können sie sich an den in ihren Ländern bereits geltenden Regeln zur Vermögensbesteuerung orientieren, die über die deutsche Gesetzeslage weit hinausgehen. Insgesamt könnten europaweit zwischen 200 und 250 Mrd. Euro mobilisiert werden. Damit wäre der Europäische Zukunftsfonds mit genügend Eigenmitteln ausgestattet, um am Markt als erstklassiger Schuldner zu gelten und niedrige Zinsen für seine „New Deal Anleihen“ zu entrichten. Bis das Geld bei den Vermögenden eingesammelt wird, können entweder der ESM oder die Euroländer mit der Bereitstellung von Garantien in Vorleistung gehen.

Als neue europäische Einrichtung soll der „Europäische Zukunftsfonds“ einer strikten Kontrolle

durch das Europäische Parlament unterliegen. Anknüpfend an die Vorschläge von neun Außenministern zur Zukunft Europas muss das Europäische Parlament allen Mittelabflüssen aus dem Zukunftsfonds zustimmen. Voraussetzung dafür ist eine enge Einbindung des EP in alle Entscheidungsprozesse. Sollten sich anfangs nicht alle EU-Staaten am Zukunftsfonds beteiligen, so werden auch nur die Abgeordneten aus teilnehmenden Mitgliedstaaten in die Entscheidungen eingebunden.

### **Makroökonomische Effekte des Marshallplans**

Unser Marshallplan zeigt, dass Nachhaltigkeit, Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand keine Gegensätze sind. Zudem sind sie auch finanzierbar. Wir belasten zwar einmalig die Vermögenden und Reichen mit einer Vermögensabgabe wie in unserem Vorschlag in Deutschland, bieten aber andererseits den Anlegern eine sichere verzinsliche „New Deal Anleihe“. Ihre Anlageprobleme werden dadurch gemildert. Davon profitieren vor allem Versicherungen, Pensionsfonds und öffentliche Anleger. Auf der anderen Seite belasten wir mit der Besteuerung von vor allem hochspekulativen Finanztransaktionen diejenigen Finanzmarktakteure, die die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren hauptsächlich verursacht haben. Von den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer profitieren deshalb nicht nur Umwelt, Beschäftigten, Staaten und die Realwirtschaft, sondern auch diejenigen Anleger, die auf sichere Anlagen und bescheidene Zinseinnahmen setzen.

Stellt man den durchschnittlichen jährlichen Kosten dieses ambitionierten Programms die Einsparungen bei Brennstoffimporten gegenüber, ergeben sich nicht nur die Vorteile bei der Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes, sondern auch die wichtige Entkopplung der Energieversorgung Europas von den Brennstoffimporten. Damit leistet Europa einen erheblichen Beitrag zur Verminderung der weltweiten Klima-Krise und wird zum Vorbild für andere Wirtschaftsregionen der Welt.

Der DGB-Marshallplan beinhaltet entscheidende Impulse für qualitatives Wachstum sowie neue und zukunftsfähige Arbeitsplätze. Die vorgeschlagenen Investitionen und Investitionsförderungen in Höhe von jährlich 260 Mrd. Euro bestehen aus 160 Mrd. Euro Direktinvestitionen und

Investitionszulagen und aus 100 Mrd. Euro zehnjähriger günstiger Kredite an private Investoren. Diese Kombination aus langfristigen günstigen Krediten und Investitionszulagen soll zusätzliche private Investitionen anregen und dadurch flächendeckend private Modernisierungen befördern. Diese wiederum würden weitere private Investitionen nach sich ziehen und einen jährlichen zusätzlichen Wachstumsimpuls von insgesamt 400 Mrd. Euro erzielen. Das entspräche einem zusätzlichen Wachstumsimpuls von über 3% des Bruttoinlandsprodukts der EU im Jahr 2011.

Die hohe Wachstumsdynamik geht auch mit positiven Effekten für die Beschäftigung einher. Die Substitution der mit geringen heimischen Arbeitsplätzen einhergehenden Öl- und Gas-Importe durch eine CO<sub>2</sub>-arme Energieversorgung, die wesentlich höhere Beschäftigungsquote aufweist, wird langfristig die Beschäftigung erhöhen und damit die Haushalte der EU-Länder entlasten.

Unsere Investitionsoffensive in eine energetische Grundsanierung der europäischen Volkswirtschaften kann langfristig 9 bis 11 Millionen neue und zukunftsfähige Vollzeitarbeitsplätze hervorbringen. Zukunftsfähige Arbeitsplätze sind die besten Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit.

Quantitatives Wachstum und ein hohes Beschäftigungsniveau sind auch die beste Grundlage für den Schuldenabbau und eine nachhaltige Haushaltsführung. Von unserem Programm profitieren die EU-Staaten doppelt: Die Investitionen belasten ihre Haushalte nicht. Stattdessen erhalten sie zusätzliche Wachstums- und Beschäftigungsimpulse und können daraus wesentlich höhere direkte und indirekte Steuereinnahmen aus Lohn-, Mehrwert-, Unternehmen- und Körperschaftsteuern sowie Sozialversicherungsbeiträge generieren und die Kosten der Arbeitslosigkeit einsparen.

Das würde bedeuten, dass durch die 400 Mrd. Euro an zusätzlichem BIP 104 Mrd. Euro zusätzliche Steuern eingenommen werden. Das Wachstum sorgt für 56 Mrd. Euro an zusätzlichen Sozialversicherungsbeiträgen. Zudem würden Einsparungen von 20 Mrd. Euro aufgrund geringerer Kosten der Arbeitslosigkeit anfallen. Insgesamt sind 180 Mrd. Euro an Mehreinnahmen und Einsparungen zu generieren, die einzig und allein den EU-Ländern zufließen würde.<sup>2</sup>

---

<sup>2</sup> Multiplikatoreffekte wurden nach den methodischen Vorgaben der Europäischen Kommission berechnet (vgl. EUROPEAN COMMISSION DIRECTORATE GENERAL ECONOMIC AND FINANCIAL AFFAIRS: NEW AND UPDATED BUDGETARY SENSITIVITIES FOR THE EU BUDGETARY SURVEILLANC (Information note for the Economic and Policy Committee), Brussels, 30 September 2005)

Wir sehen in diesem Programm den besten Impuls nicht nur für ein Ressourcen schonendes und zugleich Wohlstand förderndes Wirtschaften. Zudem lässt sich damit auch die öffentliche und private Verschuldung in Europa reduzieren. Wie sich die Zahlen im Einzelnen herleiten, wird in der Tabelle detaillierter ausgeführt.

### **Langfassung des Marshallplans**

Eine Langfassung des DGB-Marshallplans ist zu finden unter:

<http://www.dgb.de/themen/++co++64e1dc32-4081-11e2-9bfe-00188b4dc422>

**IG Metall Vorstand**

vom 9. Oktober 2012

**Kurswechsel für ein solidarisches Europa**

Die europäische Einigung ist eine große Erfolgsgeschichte. Ein geeintes Europa war nach den traumatischen Erfahrungen der beiden Weltkriege des 20. Jahrhunderts eine Vision, deren Realisierung kaum einer für möglich hielt.

Die Europäische Union ist eine Friedensgemeinschaft von demnächst 28 Staaten. Die Europäische Union ist auch eine Wertegemeinschaft basierend auf der gemeinsamen Vorstellung, dass die Marktwirtschaft immer auch sozialer Leitplanken mit dem Ziel eines europäischen Sozialmodells bedarf. Sie ist zudem eine Rechtsgemeinschaft. Und schließlich ist die Europäische Union eine Wirtschaftsgemeinschaft mit einem gemeinsamen Markt von mehr als 500 Millionen Menschen, mit wachsendem Wohlstand seit der Gründung vor mehr als 50 Jahren und den verschiedenen Erweiterungsrounden.

Die Krise der Europäischen Union ist heute auch eine Staatsschuldenkrise. Diese ist Folge von Wirtschaftskrisen und Bankenrettung. Der ausschließlich als Währungsunion gestaltete Euroraum, ohne eine politische Union mit starkem EU-Parlament, erweist sich als größtes Hindernis in der Krisenüberwindung. Die EU befindet sich in einer schwerwiegenden Identitätskrise: Die „Europäische Idee“ wird mehr und mehr diskreditiert, Euroskepsis und Nationalismus nehmen zu. Die EU-kritische Haltung der Menschen wird maßgeblich durch die neoliberale Politik der Europäischen Kommission und vieler Mitgliedsstaaten gefördert und droht, das „Erfolgsprojekt Europa“ und unsere gemeinsame Währung scheitern zu lassen.

Darüber hinaus wird der institutionelle Aufbau der EU der gewachsenen Komplexität und zunehmenden Heterogenität einer Gemeinschaft von bald 28 Mitgliedsstaaten immer weniger gerecht. Die Notwendigkeit für Regierungen und EU-Institutionen, zur Krisenbekämpfung schnell handeln zu müssen, legt die institutionellen Schwächen der EU offen. Schnelle Abstimmungs- und Entscheidungsmechanismen werden aufgrund der Blockadehaltung einzelner Mitgliedsländer zunehmend erschwert. Für die Europäische Union ergibt sich eine doppelte Herausforderung: Es

geht zum einen um eine kurzfristige Krisenbewältigung. Zum andern braucht es mittelfristig grundlegende institutionelle Reformen in Richtung einer politischen und sozialen Union Europas, die auf demokratischen Regeln basiert und mit der sich die Menschen Europas identifizieren können.

### **Die IG Metall tritt ein für ein politisch vereintes, wirtschaftlich starkes und sozial gerechtes Europa!**

- Europa braucht nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik zur Sicherung der industriellen Basis und Wertschöpfung.
- Die Euro-Rettung erfordert eine Gemeinschaftshaftung und eine gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Haushalte.
- Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung.
- Die Europäische Union braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.
- Die Europäische Union braucht die politische Union.

### **Nachhaltiges Wachstum durch eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik**

Nachhaltiger Wohlstand in Europa setzt leistungsfähige Industrien voraus. Eine langfristig erfolgreiche Krisenbewältigung erfordert eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Wirtschafts- und Industriepolitik der EU. Der sozial-ökologische Umbau eröffnet neue Wachstumspotenziale und sichert die langfristige Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie. Ein solches europäisches Zukunftsprojekt eröffnet auch Verteilungsspielräume für ein soziales und auf die Konvergenz der Arbeits- und Lebensbedingungen zielendes Europa. Nur die Perspektive eines wirtschaftlich starken, ökologisch und sozial nachhaltigen und demokratischen Europas kann dazu beitragen, die tiefe Identitätskrise der Bürger und Bürgerinnen zum europäischen Einigungsprozess zu überwinden.

Die einseitige Sparpolitik in Europa ist nicht dazu geeignet, die tiefgreifenden Probleme und ihre negativen Auswirkungen auf die Industrie und ihre Beschäftigten zu beseitigen. Im Gegenteil: **Die einseitige Sparpolitik verschärft die Krise** in den am stärksten betroffenen Ländern und hat zu unzumutbaren Belastungen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern geführt. Davon sind Jugendliche und junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen massiv betroffen. In vielen Ländern hat eine gut ausgebildete junge Generation keine Aussicht auf sichere und gute Arbeitsplätze. Nur die Kombination von Schuldenabbau mit gezielten **Wachstumsprogrammen** schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Überwindung der Krise ohne inakzeptable soziale Kosten.

Um die Zukunftsfähigkeit der europäischen Industrie zu sichern, muss sie sich dem sozial-ökologischen Wandel und Aufbau öffnen. Um die gesellschaftlichen Megatrends der Zukunft zu meistern, muss die europäische Industrie ressourceneffizienter werden, den demografischen Wandel einbeziehen und die Energiewende sowie die Mobilitätsentwicklung zu ihren Themen machen. Ressourceneffizienz und ökologische Nachhaltigkeit bei Material und Energie ist ein Produktivitätspotenzial, das eine neue Wachstumsdynamik ermöglicht. Statt der Förderung spekulativer Finanzanlagen, muss die Investitionstätigkeit des privaten Sektors auf Investitionen zum ökologischen Um- und Aufbau gelenkt werden. Hierzu erforderlich sind auch gezielte Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur, die auch von staatlicher Seite aktiv getätigt werden müssen.

Hierfür bietet die Europa 2020-Strategie mit ihren fünf Kernzielen eine Basis, die es weiter zu entwickeln gilt. Kurzfristig geht es darum, bei der Budgetsteuerung der EU, diese entsprechend der dort verankerten Ziele auszurichten und Fehlallokationen, insbesondere im Agrarsektor, zu beenden.

Es geht um nicht weniger als die langfristige Sicherung der industriellen Basis, Wertschöpfung und Innovationskraft in Europa. Eine erfolgreiche europäische Industriepolitik ist auf eine eigene Produktion in Schlüsselindustrien angewiesen.

Die Einführung des Euro war mit der Erwartung verbunden, dass sich die wirtschaftliche Entwicklung, die Produktivität der Unternehmen und die Inflationsraten der Euro-Länder „wie von selbst“ angleichen werden. Diese Erwartung wurde in dramatischer Weise enttäuscht. In einem

gemeinsamen Währungsraum sind unabhängige nationale Geld-, Zins- und Wechselkurspolitiken nicht mehr möglich. Es bleiben nur die Lohn- und Steuerpolitik und die Staatsausgaben als „Stellschrauben“ eigenständiger Wirtschaftspolitik.

Eine wichtige Ursache für die Zunahme der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa ist jetzt erst in ihrem Ausmaß erkennbar: Ein gemeinsamer europäischer Währungsraum kann nur funktionieren, wenn die Euro-Länder gleichzeitig ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik untereinander abstimmen. Die IG Metall fordert eine **demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik** für Europa und eine vom EU-Parlament demokratisch legitimierte Wirtschaftsregierung. Diese soll sich soziale und ökologische Ziele setzen und durch eine gemeinsame Umwelt-, Sozial- und Infrastrukturpolitik flankiert werden.

Diese Wirtschaftsregierung koordiniert die Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsstaaten und stärkt damit die Handlungsfähigkeit der Exekutive, so dass der Integrationsprozess in der Europäischen Union auf dem Weg hin zu einer politischen Union maßgeblich vorangebracht werden kann. Die Umsetzung einer europäischen Koordinierungspolitik wird durch die Prozesse der Mitbestimmung in den Arbeitsbeziehungen ermöglicht. Die Mitbestimmung bildet den Unterbau Europas in den Betrieben.

Die Umsetzung einer demokratisch legitimierten Wirtschaftspolitik erfordert in den Unternehmen ein hohes Maß an Mitbestimmung. Die Grundlagen für eine starke und aktive Beteiligung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen müssen sowohl in der Praxis als auch rechtlich auf europäischer Ebene weiter ausgebaut werden. Gerade in Zeiten der Krise, wenn Umstrukturierungsprozesse sich auf die Beschäftigten auszuwirken drohen, muss das Machtgefüge zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite ausbalanciert sein.

Die IG Metall fordert für Europa erweiterte Gesetzgebungskompetenzen in der Steuerpolitik, eigene Steuermittel und eine eigene Steuerhoheit. Nur so kann Steuerdumping in Europa künftig verhindert werden. Der Wettbewerb um die geringsten Steuern und das gegenseitige Auspielen der Mitgliedsländer muss verhindert werden. Die EU braucht Mindestregeln (Bemessungsgrundlagen und Steuersätze) für die Besteuerung von Kapital und Unternehmen.

Auch die **Gewerkschaften** müssen einen Steuerungsbeitrag in einer gemeinsamen Währungsunion leisten. Dies gilt insbesondere für die **Lohnkoordinierung**. Die Abstimmung der Lohnpolitik zwischen den Euro-Ländern ist notwendig, um den Währungsraum zu stabilisieren. Die europäischen Gewerkschaften haben bereits erste Instrumente für die Lohnkoordinierung entwickelt (Lohnkoordinierungsformel des EMB). Diese sind umzusetzen und weiterzuentwickeln, um ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensstandards in Europa zu vermeiden. Ebenso ist die Lohnkoordinierung der europäischen Gewerkschaften als Teil einer auf soziale Wohlfahrt und Stabilität gerichteten europaweiten Verteilungs- und Wirtschaftspolitik zu verstehen. Die Koordinierung hat zwingend durch die Gewerkschaften zu erfolgen. Angriffe der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds („Troika“) auf die Tarifautonomie der Arbeitsmarktparteien werden von der IG Metall entschieden abgelehnt.

Gewerkschaftliche Lohnkoordinierung ist nur wirksam, soweit gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit gegeben ist und Tarifabschlüsse durch Tarifbindung der Betriebe sich auch in der Entwicklung der Realeinkommen und Arbeitsbedingungen wiederfinden. Gegen beides steht die weitgehende Deregulierung der Arbeitsmärkte, wie sie auf der Blaupause der deutschen Agenda-Politik zum Leitbild einer europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik in vielen Ländern Europas wurde. Der massive Zuwachs deregulierter, oft prekärer Arbeitsverhältnisse hemmt nicht nur gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit, sondern führt zur Ausweitung faktisch tariffreier Zonen. **Eine neue Ordnung auf dem europäischen Arbeitsmarkt ist gefordert.** Diese muss gesicherte, durch Tarifverträge gestaltete Arbeitsverhältnisse nicht nur schützen und fördern, sondern dazu beitragen, Prekarität zurückzudrängen.

### **Die Euro-Rettung erfordert eine Gemeinschaftshaftung und eine gemeinschaftliche Kontrolle nationaler Haushalte**

Eine wesentliche Ursache für die Situation vieler Staaten im Euroraum ist die einseitige Konstruktion des Maastrichter Vertrags. Die Leistungsbilanzungleichgewichte zwischen den Mitgliedsstaaten konnten nicht mehr durch eine Abwertung nationaler Währungen ausgeglichen werden. Die Lohnpolitik war als Ausgleichsmechanismus überfordert.

**Die IG Metall tritt ausdrücklich für den Fortbestand des Euro ein.** Sie befürwortet grundsätzlich eine **Gemeinschaftshaftung**, um eine solidarische Finanzierung der Defizitländer langfristig zu gewährleisten und das Insolvenzrisiko für einzelne Länder zu vermindern. Dadurch können die Finanzierungslasten der Defizitländer reduziert werden. Das bedeutet, dass diese Länder weniger Zinsen für ihre Schulden zahlen müssen und dadurch schneller wieder aus der Krise kommen. Das heißt allerdings auch, dass weniger verschuldete Länder wie Deutschland mehr für ihre eigenen Schulden bezahlen müssen. Diese zusätzlichen Kosten für Deutschland und die anderen Überschussländer sind jedoch geringer, als der Nutzen für die deutsche Wirtschaft und ihre exportorientierte Industrie.

Eine **strenge** gemeinschaftliche **Kontrolle** über **nationale Haushalte** und eine gemeinschaftliche Haftung gehen Hand in Hand. Dies erfordert Veränderungen nationaler Souveränitätsrechte gegenüber den europäischen Institutionen. Die IG Metall fordert dabei einen Ausbau der demokratischen Entscheidungsstrukturen über das Europäische Parlament und den Einbezug direkter Beteiligungsmöglichkeiten für die Bürger und Bürgerinnen Europas. Unter den heutigen Rahmenbedingungen bleibt die Entscheidung, ob die vereinbarten Budgetziele über die Einnahmen- oder die Ausgabenseite erreicht werden, den nationalen Parlamenten unterworfen.

Ein Schuldentilgungspakt könnte die vorübergehende gemeinsame Finanzierung der Staatsverschuldung über der 60%-Schwelle des Bruttoinlandsproduktes übernehmen. Auf diese Weise würde er einen erheblichen Beitrag zur mittel- und langfristigen Krisenbewältigung leisten.

Die IG Metall hält es für vertretbar, dass die Europäische Zentralbank (EZB) als vorübergehende Maßnahme die öffentlichen Haushalte in den höchst verschuldeten Ländern der Währungsunion direkt durch den Kauf von Staatsanleihen am Primärmarkt unterstützt.

Die IG Metall befürwortet zudem eine Intervention des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Der Rettungsschirm ESM kann damit weiter zur Stabilisierung der Krisenstaaten mit Kreditvergaben ausgebaut werden. Mit diesen Maßnahmen wird garantiert, dass stark verschuldete Länder Finanzmittel aufnehmen können und vor Spekulation auf den Staatsbankrott geschützt werden.

Die Eurostaaten unterwerfen sich bei Hilfsanträgen an ESM (und ESFS) sowie der EZB einer faktischen Wirtschaftsregierung, allerdings ohne demokratische Legitimation und Kontrolle. Die betroffenen Regierungen verpflichten sich durch den Fiskalpakt zu rigiden Sparmaßnahmen und Kürzungen, insbesondere im sozialen Bereich, aber auch bei den Entgelten. Die weitere Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und die Veräußerung von Gemeingütern sind ebenfalls Teil dieser Sparpolitik. Die IG Metall lehnt die Angriffe auf Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in Europa ab.

### **Europa braucht eine umfassende Finanzmarktregulierung**

Die finanzpolitischen Rahmenbedingungen für die Industrie in Europa müssen dringend verbessert werden. Banken müssen der Realwirtschaft dienen. Die gesellschaftliche Aufgabe von Banken besteht in der Sicherstellung der Finanzierung von Unternehmen und nicht in der Spekulation mit hochriskanten und undurchsichtigen Finanzprodukten. Als Mitverursacher der Krise müssen die Banken an den Kosten zur Überwindung der Krise beteiligt werden.

Die IG Metall fordert eine weitreichende Regulierung der europäischen Finanzmärkte, u.a.

- die Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäfts der Banken vom sogenannten Investmentbanking. Während bei der Einlagensicherung der Staat mit bürgt, muss beim Investmentbanking ausschließlich die Haftung des Eigentümers greifen;
- europaweites Verbot von Leerverkäufen;
- Regulierung von hochspekulativen, mehrstufig verbrieften Kreditpapieren und der Einführung eines „Finanzprodukt-TÜV“;
- straffe Regulierung von Derivaten;
- Beschränkung des Hochfrequenzhandels.

Die Finanzmarktregulierung beinhaltet auch eine **Finanztransaktionssteuer (FTS)**, deren Ziel es ist, hochspekulative Finanzgeschäfte unattraktiv zu machen. Es ist ökonomisch sinnvoll und politisch wünschenswert, die Finanztransaktionssteuer im globalen oder zumindest im EU-Rahmen zu erheben. Realisierbar ist das in absehbarer Zeit jedoch nicht. Als zweitbeste Lösung bietet sich

daher eine Einführung innerhalb der Eurozone an - oder auch nur durch wesentliche Mitgliedsländer der Eurozone.

Europa braucht eine wirksame europäische **Bankenaufsicht**. Dies gilt insbesondere für systemrelevante und international tätige Banken. Die Eigenkapitalquoten von Banken sind zu erhöhen, um zu verhindern, dass Banken im Krisenfall erneut von den Steuerzahlern gerettet werden müssen. In den EU- Mitgliedsstaaten sind **Einlagensicherungssysteme** der Banken verbindlich einzuführen. Für systemrelevante Banken, die europaweit tätig sind, ist ein europaweites Einlagensicherungssystem erforderlich. Die EU braucht eine **europäische Ratingagentur**, die als öffentliche (nicht privatwirtschaftlich organisierte) und unabhängige Institution zu etablieren ist.

Die IG Metall tritt für das **Trennbankensystem** ein. Um die „systemischen“ Risiken durch Fehlinvestitionen der Universalbanken zu begrenzen, sollten Investmentbanking und traditionelles Bankgeschäft strikt voneinander getrennt werden.

Stärkere Regulierungen sind – neben den Finanzmärkten – auch auf den Rohstoffmärkten notwendig. Um hier Spekulationen und unübersichtlich volatilen Preisen vorzubeugen und den Zugang zu Rohstoffen für alle Marktteilnehmer gleichermaßen fair zu gestalten, muss auch - beispielsweise die Londoner Rohstoffbörse - in den Blick der Regulierungsmaßnahmen rücken.

Insgesamt würden diese Regulierungsmaßnahmen erste Schritte in Richtung Solidarunion und Politischer Union bedeuten und eine wichtige Grundlagen für die nachhaltige Stabilisierung des gemeinsamen Währungsraums schaffen.

## **Die Europäische Union braucht den Rückhalt der Menschen. Dafür muss sie eine soziale Union werden.**

Die IG Metall fordert, dass Europa sich endlich wieder den Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen zuwendet. Die sozialen und wirtschaftlichen Ängste der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Viele Menschen in Europa haben den Eindruck, dass die Politik der EU vor allem die Interessen von Unternehmen und ihren Lobbyisten bedient. Als Folge daraus wird die Politik der Europäischen Union vielfach als Bedrohung empfunden. Die Attraktivität des „europäischen

Projektes“ leidet unter der sozialen Schieflage, die wir derzeit erleben müssen. Die sozialen Grundrechte, wie es die Grundrechtecharta im Vertrag von Lissabon festlegt, müssen endlich Vorrang vor den wirtschaftlichen Freiheiten haben.

Die IG Metall fordert gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften eine „Soziale Fortschrittsklausel“ für die Europäische Union als integraler Bestandteil des europäischen Primärrechts. Damit werden nationale Errungenschaften, wie Gewerkschaftsrechte und Tarifvertragssysteme, gesichert.

Die Entwicklung von gemeinsamen hohen sozialen Mindeststandards muss eine Priorität für das soziale Europa sein. Bis dahin gilt es, nationale Errungenschaften in der Sozialpolitik zu verteidigen. Die IG Metall wendet sich nachdrücklich gegen jegliche Tendenz zu weiterer Prekarisierung der Arbeit und kann das „Flexicurity“-Konzept nur befürworten, wenn der Sicherheitsaspekt in den Vordergrund gestellt wird. Die sozialen Systeme sind so zu gestalten, dass sie den Menschen in der EU Chancengleichheit, Teilhabemöglichkeiten, soziale Inklusion und Absicherung gegen wesentliche Lebensrisiken gewährleisten. Insbesondere ist eine Diskriminierung von Frauen und Migranten in Betrieb und Gesellschaft abzubauen. Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, unsichere Beschäftigungsverhältnisse auch für junge Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zurückzudrängen.

Die IG Metall schlägt daher einen **Sozialpakt** für Europa vor. Ein solcher Sozialpakt kann die notwendige Ausgewogenheit und Abstimmung bei den von den Mitgliedsländern durchgeführten Sozialpolitiken und den Rahmenvorgaben durch Brüssel schaffen. Der Sozialpakt hat die folgenden wesentlichen Elemente:

Erstens ist **Ordnung** auf den **europäischen Arbeitsmärkten** herzustellen. Dafür sind Maßnahmen erforderlich, die die weitere Ausbreitung des Niedriglohnssektors und der Lohnspreizung in Europa verhindern. Gleiche Löhne und gleiche Rechte für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort muss als Grundsatz festgeschrieben werden.

Zweitens muss **Sozialdumping bekämpft** werden. Neben dem Zurückdrängen prekärer Beschäftigung kann Sozialdumping mit Mindestlöhnen in jenen Sektoren bekämpft werden, wo diese notwendig sind.

Drittens fordert die IG Metall **stärkere Beteiligungsrechte der Arbeitnehmervertreter** und ihrer Gewerkschaften in den Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene. Beteiligung, Demokratie und Mitbestimmung in den Unternehmen sind die Grundpfeiler des sozialen Europas. Diese Grundpfeiler haben sich in der Krise nach 2008 bewährt und in Deutschland zur erfolgreichen Überwindung der Krise beigetragen. Starke europäische Industrien und Dienstleistungen brauchen starke, handlungsfähige Gewerkschaften und kompetente Arbeitnehmervertreter.

### **Die EU braucht die politische Union**

Die Entwicklungen seit Ausbruch der Finanzmarktkrise hin zur Refinanzierungskrise der Staatsschulden haben gravierende Konstruktionsmängel im institutionellen Aufbau der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion offengelegt. Es wurde offenbar, dass der Fortbestand der Union ohne eine Vertiefung der **politischen Integration** nicht zu haben ist.

Angesichts der Erfahrungen des Euro-Krisenmanagements bietet sich für die Fortentwicklung der europäischen Integration eine „Doppelstrategie“ an. Einerseits geht es um kurzfristige Ansätze, die innerhalb des bestehenden EU-Vertragsrahmens zwischenstaatlich realisiert werden können. Andererseits wird mittelfristig eine neue Vertragsgrundlage für die Europäische Union benötigt, um die „Geburtsfehler“ der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) zu überwinden und die Voraussetzungen für eine politische Union zu schaffen. Ausgangspunkt der Vertiefung der europäischen Integration ist ein Kerneuropa, das aus den Mitgliedsländern der Wirtschafts- und Währungsunion besteht.

Kernziel der institutionellen Reformen sollte eine **eigenständige demokratisch legitimierte Wirtschaftspolitik** auf europäischer Ebene sein. Dies wird eine Verlagerung nationaler Zuständigkeiten im Bereich der Fiskal- und Wirtschaftspolitik und einen handlungsfähigen Haushalt in Richtung der EU erfordern. Ein „starkes Europa“ kann es ohne entsprechende EU-Kompetenzen nicht geben. Dies erfordert die Übertragung nationaler Souveränitätsrechte auf die europäische Ebene.

Eine erste zentrale Säule der europäischen Wirtschaftsregierung ist eine **Fiskalunion** mit erweiterten Gesetzgebungskompetenzen in der Steuerpolitik bzw. eine mit eigener Steuerhoheit

ausgestatteten Union. Mit oder ohne eigene Steuerhoheit benötigt die EU einen signifikant erhöhten Gemeinschaftshaushalt, um die auf Jahre anhaltenden Reformen einzelner schwächerer Mitgliedstaaten flankieren zu können.

Die IG Metall fordert eine deutliche weitere **Stärkung des Europäischen Parlaments**, das mit weitreichenden Kontroll- und Initiativrechten auszustatten ist. Das Parlament sollte künftig nach einem vereinheitlichten Wahlrecht mit transnationalen Wahllisten gewählt werden. Dies wiederum verlangt eine Ausweitung des Rechtsstatus und der finanziellen Ausstattung der Europäischen Parteien.

Das Europäische Parlament sollte darüber hinaus das Recht erhalten, eigene europäische Gesetzesinitiativen zu beraten und zu beschließen. Ein weiteres unverzichtbares Reformelement stellt die Wahl der Kommissionsspitze dar. Nur so wird die EU-Kommission zu einer „echten“ europäischen Regierung.

Die direkte Interessenvertretung der EU-Mitgliedsländer ist ebenfalls zu verbessern. Das Ziel europäischer Integration kann jedoch nach jetzigem Stand der Dinge nicht ein europäischer Föderalstaat deutschen Typs sein. Die historisch gewachsenen Eigenheiten der EU-Mitgliedsländer lassen eine solche Perspektive nicht zu. Die IG Metall unterstützt den Vorschlag der Einrichtung **eines „Europäischen Konvents“**, der in einer breiten gesellschaftlichen Debatte und umfassender demokratischer Beteiligung die Vertragsgrundlagen für eine politische und soziale Europäische Union erarbeitet.

Bezirksvorstandes ver.di, Bezirk Berlin

Positionspapier vom März 2012



## **Für ein solidarisches Europa, für ein Europa der ArbeitnehmerInnen**

Europäische Politik ist längst nicht mehr nur ein Thema einiger weniger Funktionäre in Brüssel. Im Gegenteil:

Mit den Auswirkungen der politischen Entscheidungen, die auf europäischer Ebene fallen und zum großen Teil, wie z.B. die Richtlinien, zwingend in die nationale Gesetzgebung aufgenommen werden müssen, werden die Gewerkschaften – als Interessensvertretungen der ArbeitnehmerInnen – auch auf kommunaler und Landesebene in ihrer täglichen Arbeit direkt konfrontiert.

In allen Ländern Europas sollen die ArbeitnehmerInnen mit brutalen Sparprogrammen, Lohnabbau und Antireformen für die Milliarden-Rettungsschirme (EFSF/ESM) für die Banken zahlen. Als Konsequenz der daraus folgenden Milliardenverschuldungen der öffentlichen Haushalte werden in Deutschland die sozialen Sicherungssysteme wie auch die öffentliche Daseinsvorsorge und die sozialen Dienstleistungen, die schon tiefe Einschnitte u.a. mit der Politik der Agenda 2010 erfahren haben, immer weiter in Frage gestellt.

Im Namen der „Schuldenbremse“, der „leeren Kassen“ und des Schuldenabbaus wird den ArbeitnehmerInnen und ver.di im laufenden Tarifikampf von der Regierung Merkel und den öffentlichen ArbeitgeberInnen das Recht auf eine „kräftige Realloohnerhöhung“ – nach Jahren des Reallohnverzichts – abgesprochen.

Wie schon der Lissabon Vertrag<sup>1</sup> soll unter dem Vorwand, die „Rolle der Sozialpartner zu beachten“, die Arbeiterbewegung in die Umsetzung dieser zerstörerischen Politik eingebunden werden. In der Präambel des Fiskalvertrags ist wörtlich festgehalten, dass „bei der Umsetzung dieses Vertrages die spezifische Rolle der Sozialpartner, wie von den Gesetzen oder dem nationalen

---

1 siehe Lissabon Vertrag, Art. 152: „Die Union anerkennt und fördert die Rolle der Sozialpartner auf Ebene der Union unter Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit der nationalen Systeme. Sie fördert den sozialen Dialog und achtet dabei die Autonomie der Sozialpartner. Der Dreigliedrige Sozialgipfel für Wachstum und Beschäftigung trägt zum sozialen Dialog bei.“

*System der jeweiligen Vertragspartei anerkannt, zu beachten ist ...“* Das gefährdet die Unabhängigkeit der Gewerkschaften in jedem Land.

Für uns Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ist es also unverzichtbar, uns mit dieser Entwicklung in Europa, mit der Politik, den Verträgen und Richtlinien der EU, auseinanderzusetzen und auch ihre Auswirkungen auf die Politik und auf die Situation von ArbeitnehmerInnen in Berlin und anderswo kritisch zu beleuchten.

### **Unsere Tradition: Gemeinsam für ein solidarisches Europa**

Die deutschen Gewerkschaften haben sich immer zu einen demokratischen, freiheitlichen und sozialen Europa bekannt - einem Europa für die ArbeitnehmerInnen . Das steht in der Tradition der deutschen Arbeiterbewegung. Wir, die ArbeitnehmerInnen, haben gemeinsame Interessen, wir lassen uns nicht zu KonkurrentInnen machen, sondern wir stehen für ein gemeinsames, sozial gerechtes Europa.

#### **Schon 1864 schrieben englische Arbeiter an ihre Kollegen in Frankreich und England:**

*„Eine Verbrüderung der Völker ist . . . höchst notwendig, denn wir finden, dass, immer wenn wir versuchen, unsere soziale Lage durch Verkürzung der Arbeitszeit oder durch Erhöhung der Löhne zu verbessern, unsere Fabrikanten drohen, sie würden Franzosen, Deutsche, Belgier und andere herüberbringen, um unsere Arbeit zum geringeren Lohn ausführen zu lassen.“*

Der Kampf für „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, ist der Kampf um die Aufhebung der Konkurrenz zwischen den ArbeitnehmerInnen. Das ist der Kampf der 1. Internationale gewesen und auf dieser Grundlage ist die organisierte Arbeiterbewegung entstanden. In diesem Kampf sind unsere Tarifverträge und in allen Ländern Europas Gewerkschaften aufgebaut worden.

In dieser Tradition verstehen wir uns weiterhin und dieser Anspruch galt und gilt auch über Ländergrenzen hinweg.

## **DIE EU – das Europa der Wirtschaft und des Wettbewerbs**

Eine EU, die das Gebot der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“<sup>2</sup> zu ihrem, alles dominierenden Prinzip deklariert, ist mit dem Ziel eines solidarischen Europas der ArbeitnehmerInnen und der Demokratie unvereinbar. Die Verpflichtung auf den „unverfälschten Wettbewerb“ bedeutet real, das in allen Ländern Europas die Öffentliche Daseinsvorsorge und der Sozialstaat in Frage gestellt werden, was vor allem Berichte aus den anderen Ländern Osteuropas oft in dramatischer Weise zeigen.

Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes (EuGH) in den Fällen Viking, Laval, Ruffert und Luxemburg, die den Vorgaben der EU Rechnung tragen, bilden einen frontalen Angriff auf die nationalen Arbeitnehmerrechte, die nationalen Tarif- und Streikrechte aus.

### **Damals hat ver.di Berlin erklärt:**

*„ver.di Berlin spricht grundsätzlich der EU-Kommission das Recht ab, das im jeweils nationalen Rahmen durch die ArbeitnehmerInnen, ihre Gewerkschaften und politischen Parteien erkämpfte Arbeits-recht sowie die Rechtsgültigkeit der von den europäischen Regierungen ratifizierten Übereinkommen der ILO zu zerstören und das nationale Tarifrecht in Frage zu stellen.“*

### **Als Konsequenz forderte ver.di Berlin damals:**

- Die Urteile in den Fällen Laval, Viking, Ruffert und Luxemburg müssen sofort aufgehoben werden!
- Das Übereinkommen 94 der Internationalen Arbeitsorganisation muss auch in Deutschland in geltendes Recht übertragen und umgehend durch die Bundesregierung ratifiziert werden!

Es gab einen Briefwechsel zwischen dem ver.di Vorsitzenden Frank Bsirske und der Bundeskanzlerin Angela Merkel, in dem Frank Bsirske schreibt:

*„Artikel 1 Grundgesetz erklärt die Menschenwürde für unantastbar und damit zum unveräußerlichen Grundrechtsbestand aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. vgl. Art. 23 Abs. 1 Satz 1, 79 Abs. 3 GG). Der EuGH hingegen stellt diese Kernnorm unserer Verfassung zur Disposition und erklärt, dass sie im Lichte der Dienstleistungsfreiheit ihre Grenze finde durch das*

*Recht auf Lohndumping. Ich halte dies für einen ungeheuerlichen Vorgang. Was steht in der EU eigentlich höher: Unveräußerliche Menschenrechte oder die Freiheit zur Lohnkonkurrenz – einer Lohnkonkurrenz zumal, die die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ebenso bedroht, wie die des Handwerks, Mittelstandes und die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme. Zu einer Europäischen Union, die einen solchen Kurs steuert, können wir nur Nein sagen! (...)*“

Frank Bsirske schließt daran die Forderung nach einer Ergänzungsklausel zum Grundlagenvertrag an, die klarstellt, dass *„die Union die wirksame Ausübung der sozialen Grundrechte, insbesondere des Rechts, Tarifverträge durchzusetzen sowie kollektive Maßnahmen zu ergreifen, gewährleistet. Im Falle eines Konfliktes zwischen Grundrechten und wirtschaftlichen Freiheiten bzw. Wettbewerbsregeln gehen soziale Grundrechte vor.“*

Die Antwort von Angela Merkel ist klar und ernüchternd: *„Eine primärrechtliche Ergänzung des Vertrags, die eine neue Regierungskonferenz erfordern würde und wiederum von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden müsste, ist daher nach meiner Auffassung in der Europäischen Union nicht durchsetzbar.“* Kurz: eine Veränderung des Vertrags durch die Ergänzung von Sozialklauseln ist ausgeschlossen.

Völlig zu Recht antwortet Frank Bsirske: *„Einer EU-Politik, die diese Dimension ignoriert oder leugnet, wird die politische Legitimation abhandenkommen.“*

Das war 2008. 2012 können wir dies nur unterstreichen.

## **Gegen die europäischen Sparprogramme**

Die Troika aus EU, EZB und IWF und die Regierung Merkel stellen dieser Tage neue 130 Milliarden für die Banken und Investitionsfonds bereit und verurteilen hierfür die griechische Bevölkerung zu einem in der Nachkriegsgeschichte einmaligem Sozialkahlschlagprogramm.

Der von der EU und der Regierung Merkel auf den Weg gebrachte Rettungsschirm ESM von zunächst 500 Mrd. Euro garantiert - faktisch jeder parlamentarischen Kontrolle entzogen - dauerhaft und beliebig erweiterbar „fresh money“ für die Schuldendienste an die Banken und

Spekulanten.

Der verbindlich mit dem ESM verbundene Fiskalpakt wird die EU-Institutionen mit noch größeren Durchgriffsrechten auf die nationalen Haushalte ausstatten, welche allein mit dem Ziel der drastischen Reduzierung öffentlicher Ausgaben verbunden sind. Das ist unvereinbar mit der parlamentarischen Demokratie und mit der nationalen Souveränität. Alle Euro-Staaten werden einem strikten Diktat des Schulden- und Defizitabbaus unterworfen. Für Deutschland bedeutet das, nach Berechnungen des DGB zusätzliche Sparmaßnahmen von 30 Mrd. Euro im Jahr.

**Das heißt im Namen der Schuldenbremse:**

noch härtere Sparprogramme, Lohnkürzungen, Demontage der sozialen Sicherungssysteme, Privatisierungen, Zersetzung der Flächentarifverträge, Lohn- und Arbeitsplatzabbau.

Der ver.di Bezirksvorstand Berlin sieht darin eine direkte Bedrohung für alle sozialstaatlichen Errungenschaften und erkämpften Arbeitnehmerrechte, für die Demokratie in Deutschland.

**Der ver.di Bezirksvorstand stellt dazu fest:**

Ein Europa unter diesem Diktat der EU und der Regierung Merkel wird weder demokratisch noch sozial sein, und nicht im Interesse der ArbeitnehmerInnen.

**Völlig zu recht schreibt Frank Bsirske:**

*„Die Mehrheit der Menschen soll die milliardenschweren Lasten für die Rettung jener Finanzakteure tragen, die uns in die weltweite Krise getrieben haben.“<sup>3</sup>*

In der ersten Phase der Finanzkrise wurden die „Banken gerettet“. Dieselben Akteure spekulieren, genährt von den Milliarden Rettungsgeldern aus den öffentlichen Haushalten, in der zweiten Phase gegen Regierungen und Staaten.

Dabei ist die Logik des Eingreifens der EU und der Regierungen immer dieselbe.

- Einerseits werden Sparprogramme beschlossen, wer das Geld aufbringen soll: die ArbeitnehmerInnen. Das findet sich im Wettbewerbspakt, im Euro-Plus-Pakt, in den Sparprogrammen gegen die südeuropäischen Völker und letztendlich im Fiskalpakt.

- Andererseits wird im EFSF und ESM definiert, wohin die Milliarden der „Rettungsschirme“ fließen sollen: nämlich in die Bedienung der Schuldendienste an die Banken und Investitionsfonds.

Das können und werden wir nicht akzeptieren. Der Arbeitskreis Europa in der ver.di, Bezirk Berlin hat mit Unterstützung von 116 Delegierten auf dem ver.di Bundeskongress einen Initiativantrag eingebracht, der das Rettungspaket für Banken und Spekulanten und das Spar- und Lohnabbau diktat gegen die griechische Bevölkerung, sowie den ESM- (Euro-Rettungsschirm) mit seinen strengen Sparauflagen verurteilt.

**In diesem Sinne unterstreicht der ver.di Bezirk Berlin den nach einer intensiven Diskussion gefassten Beschluss des ver.di Bundeskongresses, der erklärt:**

*„Gegen die Sparauflagen im Euro-Rettungsschirm*

*Der Bundeskongress lehnt es ab, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose die Zeche der großen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise zahlen.*

*Wir kritisieren, dass Rettungshilfen für Banken, Investmentfonds und Versicherungen nicht nach dem Prinzip "Leistung nur für Gegenleistung" organisiert wurden. Wir verteidigen die Tarifautonomie und sprechen uns gegen Lohnkürzungen, Sozialabbau und den Abbau von Arbeitnehmerrechten als angeblich alternativlose Reaktion auf leere öffentliche Kassen aus.*

*Der Bundeskongress verurteilt die Sparauflagen für die südeuropäischen Schuldnerstaaten und fordert ihre Rücknahme.*

*Er fordert die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, sich für ein sofortiges Ende der ökonomisch und sozial schädlichen Sparpolitik in den Schuldnerländern einzusetzen.*

*Der Bundeskongress fordert den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus dem Euro-Plus-Pakt. Dieser Pakt ist gegen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Gewerkschaften gerichtet. Der Pakt legt die Axt an die Tarifautonomie und die nationalen sozialen Sicherungssysteme.“*

Vor diesem Hintergrund fordert der ver.di Bezirksvorstand Berlin heute die Berliner Bundestagsabgeordneten auf, dem »Fiskalvertrag« und dem ESM ihre Zustimmung zu verweigern.

Ein „Ja“, wie zum EFSF, der verbunden war mit dem Euro-Plus-Pakt, der die strengen Sparauflagen definiert, darf sich nicht wiederholen.

Die sogenannten Hilfen für Griechenland kommen in Griechenland nicht an, sondern wandern direkt in die Hände der Banken und Spekulanten, deren weiteres Handeln niemand kontrolliert. Sie sind un-trennbar verbunden mit den Sparauflagen, die das Land in den Ruin und das Volk in die soziale Verelendung treiben.

Unsere Solidarität gehört der griechischen Bevölkerung, den griechischen ArbeitnehmerInnen und ihren Gewerkschaften, die sich in einer Welle von Streikbewegungen und Generalstreiks gegen die zerstörerische Politik der Troika/EU und der Regierung Merkel erheben. So sind wir solidarisch mit den griechischen GewerkschafterInnen, die jetzt mit Gefängnis bedroht sind, weil sie ihre Stromzentrale besetzt haben und stehen auf ihrer Seite. Ihr Engagement ist ein Signal für ganz Europa. Wir verteidigen ihr Recht auf gewerkschaftliche Aktion und Mobilisierung, ihr Recht auf Streik. Wir fordern mit ihnen die Rücknahme der Sparprogramme, so wie es der ver.di Gewerkschaftskongress beschlossen hat.

### **Die Kritik nach Brüssel tragen**

Auf Einladung des Europaabgeordneten Lothar Bisky (Die Linke) fährt der ver.di-Bezirk Berlin vom 8. bis 11. Mai 2012 nach Brüssel. Wir wollen uns vor Ort sachkundig machen, über die europäische Politik diskutieren und darstellen, welche konkreten Folgen die Politik der EU für die ArbeitnehmerInnen in Berlin hat. Hierzu dient dieses Schwarzbuch, welches wir in Brüssel, aber auch in der Öffentlichkeit zur Diskussion stellen wollen.

Nach einer ersten Fahrt nach Brüssel hat sich der Bezirksvorstand in den letzten Jahren bereits mehrfach mit europapolitischen Themen befasst. So z.B. mit der Dienstleistungsrichtlinie, mit dem Grünbuch zum Arbeitsrecht und mit den Urteilen des Europäischen Gerichtshofes in den Fällen Laval, Viking, Rüffert und Luxemburg. Als Konsequenz aus den bisherigen Aktivitäten und Stellungnahmen wurde im Frühjahr 2011 der Arbeitskreis Europa gegründet.

Die in dem vorliegenden Schwarzbuch versammelten Dokumente von KollegInnen aus den unter-

schiedlichen Bereichen der ver.di sind Zeugnisse dafür, dass ein Europa der ArbeitnehmerInnen unvereinbar ist mit der EU und ihren Richtlinien, dem Lissabon- und Maastricht Vertrag, mit dem Prinzip des „unverfälschten Wettbewerbs“, dem Gebot einer Politik der „Haushaltskonsolidierung“, des „Schulden- und Defizitabbaus“.

„Politische Orientierungen, Leitlinien und Vorgaben unter dem Etikett der „Lohnangleichung“ und „Koordinierung“ unter dem Vorwand „Unausweichlichkeit des Schuldenabbaus“ und des Diktats der „leeren Kassen“, sei es auf nationaler oder europäischer Ebene ab, wie von der EU gefordert,“<sup>4</sup> wir ab. Ver.di als Gewerkschaft ist allein den Interessen der ArbeitnehmerInnen verpflichtet. Unser Engagement für ein solidarisches Europa, ein Europa der ArbeitnehmerInnen, ein Europa der sozialen Gerechtigkeit und der Demokratie umfasst das unbedingte Eintreten für die Verteidigung der Unabhängigkeit der Gewerkschaften, ihrer gewerkschaftlichen Rechte, der Tarifautonomie, des Streikrechts in Deutschland und europaweit.

### **Initiative »Europa neu begründen«**

Frank Bsirske, Annelie Buntenbach, Prof. Dr. Rudolf Hickel,  
Dr. Steffen Lehndorff, Dr. Hans-Jürgen Urban (März 2012)



## **Europa neu begründen! Den Marsch in den Ruin stoppen! Die Krise durch Solidarität und Demokratie bewältigen!**

So kann, so darf es nicht weitergehen. Das Projekt Europa steht auf der Kippe. Europa befindet sich in einer Existenzkrise. Schon vor Ausbruch der Krise wurden die Weichen falsch gestellt: durch die einseitig auf Geldwertstabilität fixierte Euro-Konstruktion und verfehlte Schulden- und Defizitkriterien, durch falsche wirtschaftspolitische Koordinierung und die sträfliche Vernachlässigung der Sozialunion. Forciert wurde die Krise durch neoliberale Deregulierungspolitik und gewissenlose Gier der Finanzeliten, die gegen Krisenländer spekulieren und eine finanzmarktkonforme Politik erzwingen wollen. Mit dem neoliberalen Leitbild der Unterordnung unter die Dominanz der (Finanz-)Märkte trägt die EU nicht zur Lösung, sondern zur Verschärfung der Krise bei.

Statt Politikfehler und Profitgier als Krisenursachen zu benennen, werden die Staatsdefizite zu einer (Sozial-)Staatsschuldenkrise umgedeutet, um eine desaströse Politik zu legitimieren. Öffentliche Ausgaben sowie Arbeits- und Sozialeinkommen werden durch europäische Vorgaben radikal gekürzt, Lohnabhängigen, Arbeitslosen und Rentnern werden die Kosten der Bankenrettung aufgebürdet. Dabei folgen vor allem die wirtschaftliche Steuerung (»Economic Governance«) und der von der deutschen Regierung durchgedrückte Fiskalpakt einer Agenda, die die politische und soziale Demokratie in den Mitgliedstaaten irreparabel zu beschädigen droht.

Diese Politik ist verantwortungslos und muss umgehend beendet werden. Sie ist

- wirtschaftspolitisch kontraproduktiv, weil sie privaten und öffentlichen Konsum sowie öffentliche Investitionen und damit Wachstum und Entwicklung stranguliert;
- sozial verantwortungslos, weil sie die Spaltung zwischen den Mitgliedstaaten, aber auch innerhalb der Länder vertieft;

- demokratiepolitisch destruktiv, weil sie demokratische Verfahren außer Kraft setzt und erkämpfte Errungenschaften der sozialen Demokratie wie Tarifautonomie und soziale Schutzsysteme attackiert.

Im Fall Griechenland bündeln sich die katastrophalen Folgen dieser Politik. Die Ökonomie wurde in eine Rezession getrieben, große Teile der Gesellschaft verarmen, immer mehr Menschen wenden sich mit Bitterkeit von Europa ab und die Demokratie erstickt im Würgegriff der »Troika«.

Diese Entwicklung muss in Griechenland gestoppt werden und darf sich in anderen Ländern keinesfalls wiederholen! Europa muss sich auf einen neuen Entwicklungspfad begeben. Will es als ein solidarisches und demokratisches Projekt eine Zukunft haben, müssen die Weichen politisch neu gestellt werden. Als wirtschaftlich und politisch stärkster Mitgliedstaat trägt Deutschland eine besondere Verantwortung. Wir fordern eine deutsche Politik, die nicht als Treiber der destruktiven Krisenpolitik sondern als Lotse des überfälligen Pfadwechsels agiert!

Wirtschaftspolitisch vordringlich sind folgende Maßnahmen:

- Finanztransaktionen müssen drastisch besteuert werden. Die Finanzmarktakteure müssen als Krisenverursacher zur Finanzierung der Krisenlösung wirksam herangezogen, die Finanzmärkte reguliert sowie der Bankensektor neu geordnet werden.
- Für Staatsanleihen muss die Eurozone gemeinsam bürgen und die Staatsfinanzen müssen von den Kapitalmärkten entkoppelt werden.
- Die europäische Geldpolitik ist neben dem Ziel der Geldwertstabilität auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele zu verpflichten.

Auch die Gewerkschaften und die Politik in Deutschland sind gefordert. In Deutschland müssen die Löhne wieder stärker steigen als in den vergangenen Jahren, um die ständige Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen zu beenden, den Binnenmarkt zu stärken und Ungleichgewichten in der EU entgegenzuwirken. Ebenfalls unverzichtbar sind eine umfassende Reregulierung des Arbeitsmarktes und eine Zurückdrängung des Niedriglohnssektors und der prekären Arbeit.

Doch diese Maßnahmen reichen nicht aus. Ein Pfadwechsel setzt grundlegendere Veränderungen voraus:

- Um eine Kooperation unterschiedlich produktiver Wirtschaften unter dem gemeinsamen Euro-Dach zu ermöglichen, ist es erforderlich, dass sich die EU zu einer Transferunion weiterentwickelt. Ausgleichszahlungen helfen, die wirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb des Euro-Raums abzubauen. Dabei müssen Pflichten und Rechte von Geber- und Nehmerstaaten gemeinsam vereinbart werden. Den Staaten mit hohen Schulden müssen durch Hilfen neue Entwicklungsperspektiven eröffnet werden.
- Europa braucht eine Demokratieoffensive. Als abgehobenes Elite-Projekt hat die EU keine gute Zukunft. Politische Weichenstellungen dürfen nur unter strikter Beachtung europäischer Verträge und Institutionen getroffen werden. Die Regierungen haben kein Mandat, Krisenpolitik an den Parlamenten vorbei zu betreiben. In Kernfragen Europas müssen die Bevölkerungen befragt werden.
- Europa muss sich neu begründen! Der Einigungsprozess braucht eine neue identitätstiftende Leitidee. Immer mehr Menschen verbinden mit Europa Staatsschulden, Sozialabbau und Bürokratie. Sie entziehen der EU Sympathie und Zustimmung. Soll Europa eine Zukunft haben, muss aktiv um die Zustimmung und Zuneigung der Menschen geworben werden. In einer europäischen Öffentlichkeit müssen sich die Akteure über eine Leitidee für ein soziales und demokratisches Europa verständigen.

Wir plädieren für eine europäische soziale Bürgerbewegung, die gegen die desaströse Krisenpolitik und für einen radikalen Politik- und Pfadwechsel antritt. Ein erster Schritt auf diesem Weg muss die Ablehnung des Fiskalpakts in seiner gegenwärtigen Form und eine Neuverhandlung des fiskalpolitischen Rahmens sein. Wir fordern von den politisch Verantwortlichen und appellieren an Gewerkschaften und Zivilgesellschaft:

**Der Weg Europas in den Ruin muss gestoppt werden – durch mehr wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit und demokratischen Mut! Europa braucht eine öffentliche Debatte über eine neue solidarische und demokratische Zukunft!**

**Initiatoren des Aufrufs der Initiative »Europa neu begründen«:**

- Frank Bsirske (Ver.di)
- Annelie Buntenbach (DGB)
- Prof. Dr. Rudolf Hickel (Wirtschaftswissenschaftler)
- Dr. Steffen Lehndorff (Sozialwissenschaftler)
- Dr. Hans-Jürgen Urban (IG Metall)

**Erstunterzeichnende**

- Prof. Dr. Elmar Altvater (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Hans-Jürgen Bieling (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Gerhard Bosch (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Ulrich Brand (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Klaus Busch (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Frank Deppe (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Klaus Dörre (Sozialwissenschaftler)
- Christoph Ehlscheid (IG Metall)
- Prof. Dr. Andreas Fisahn (Rechtswissenschaftler)
- Edith Großpietsch (IG Metall)
- Prof. Dr. Jürgen Habermas (Philosoph)
- Dr. Dierk Hirschel (Ver.di)
- Dr. Martin Höpner (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Gustav Horn (Wirtschaftswissenschaftler)
- Alexander Kirchner (EVG)
- Prof. Dr. Birgit Mahnkopf (Sozialwissenschaftlerin)
- Claus Matecki (DGB)
- Hartmut Meine (IG Metall)
- Franz-Josef Möllenberg (NGG)
- Jürgen Peters (IG Metall)
- Klaus Pickshaus (IG Metall)
- Wolfgang Pieper (Ver.di)
- Prof. Dr. Dieter Sauer (Sozialwissenschaftler)
- Armin Schild (IG Metall)
- Dieter Scholz (DGB)
- Dr. Thorsten Schulten (Sozialwissenschaftler)
- Prof. Dr. Michael Schumann (Sozialwissenschaftler)
- Helga Schwitzer (IG Metall)
- Michael Sommer (DGB)
- Franz Steinkühler (IG Metall)
- Ulrich Thöne (GEW)
- Dr. Alexandra Wagner (Sozialwissenschaftlerin)
- Detlef Wetzel (IG Metall)
- Klaus Wiesehügel (IG BAU)
- Bernhard Witthaut (GdP)
- Dr. Frieder Otto Wolf (Philosoph)
- Prof. Dr. Karl Georg Zinn (Wirtschaftswissenschaftler)

## EGB-EntschlieÙung

angenommen durch den Exekutivausschuss am 5.-6. Juni 2012



## Ein Sozialpakt für Europa

Wir, die führenden Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen Europas, die im Europäischen Gewerkschaftsbund vereint sind, möchten mit diesem Appell einen Sozialpakt für Europa vorschlagen.

Wir stellen eine wachsende Ungleichheit, eine Zunahme der Armut und der Ausgrenzung, rasant steigende Arbeitslosenzahlen, mangelnde Arbeitsplatzsicherheit, von der in erster Linie junge Menschen betroffen sind, sowie eine gewisse Ernüchterung und zunehmende Enttäuschung hinsichtlich des Europäischen Einigungswerks fest.

Wir beobachten ein beunruhigendes Erstarken von Nationalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Verschärft durch die zunehmende Niedriglohnkonkurrenz könnte dieser Trend zu einer Ablehnung des europäischen Projekts – das vom EGB stets nachhaltig unterstützt wurde – führen.

Wir stellen fest, dass die wirtschaftlichen und sozialen Nachkriegsordnungen, die zur Gründung der Europäischen Union und zur Schaffung des europäischen Sozialmodells geführt haben, in ihren Grundpfeilern bedroht sind. Dieses einzigartige Sozialmodell hat den Bürgerinnen und Bürgern und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beträchtliche Vorteile gebracht und es uns erlaubt, den Wiederaufbau zu leisten und zu Wohlstand zu gelangen.

Wir unterstreichen, dass die sozialen Grundrechte Vorrang vor wirtschaftlichen Freiheiten haben müssen. So legt es die im Vertrag von Lissabon enthaltene Grundrechtscharta fest. Dies sollte in einem Protokoll über den sozialen Fortschritt betont und die Verträge in diesem Sinne ergänzt werden.

Wir glauben, dass die Währungsunion dem europäischen Integrationsprozess dienen muss, der auf den Prinzipien Frieden, Demokratie und Solidarität und auf dem wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts beruht. Dies ist der richtige Weg, um den Bürgerinnen und Bürgern in

einer globalisierten Welt eine Zukunft zu sichern.

Wir erinnern daran, dass der erklärte Zweck der EU der wirtschaftliche und soziale Fortschritt ist. Um die EU 2020 Zielsetzungen zu erreichen, brauchen wir sozial stabile Gesellschaften, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Finanzinstitutionen, die der Realwirtschaft dienen.

Wir glauben, dass gerade im sozialen Dialog gerechte und effiziente Lösungen gefunden werden können; als Antwort auf die ernste Krise, die die Europäische Union derzeit durchlebt. Bedauerlicherweise stellen wir jedoch fest, dass Mitbestimmung und der Soziale Dialog diskreditiert, attackiert und untergraben werden.

Wir appellieren an die EU, sich auf eine Politik zu besinnen, durch die die Lebens- und Arbeitsbedingungen verbessert werden und eine qualitativ hochwertige Beschäftigung, gerechte Löhne, Gleichstellung, ein effektiver Sozialdialog, Gewerkschafts- und andere Menschenrechte, ein hochwertiger öffentlicher Dienst, soziale Schutzstandards – zu denen auch gerechte und nachhaltige Vorschriften im Bereich Gesundheit und Pensionen gehören – sowie eine Industriepolitik, die einen gerechten Übergang zu einem nachhaltigen Entwicklungsmodell begünstigt, gewährleistet sind. Eine derartige Politik würde dazu beitragen, das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in ihre gemeinsame Zukunft aufzubauen.

Wir lehnen jede Politik ab, die zu einem Dumping-Wettlauf nach unten führt – sei es beim Arbeitsrecht, den Löhnen, der Arbeitszeit, der sozialen Sicherheit, den Steuern oder bei der Umwelt.

Wir unterstützen eine koordinierte Wirtschaftspolitik sowie das Ziel gesunder Staatsfinanzen, beklagen aber die jüngst eingeführten Maßnahmen der wirtschaftlichen Steuerung, welche die sozialen Errungenschaften der letzten zehn Jahre aushöhlt, eine nachhaltige Entwicklung sowie den Wirtschaftsaufschwung im Keim erstickt und die öffentliche Daseinsvorsorge zerstört. Daher sprechen wir uns gegen den Vertrag zu Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion (Fiskalvertrag) aus.

Wir sind auch besorgt darüber, wie der Fiskalvertrag zustande kam, waren doch das Europäische Parlament und die Bürger dabei nicht eingebunden.

Wir bestehen darauf, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten unter anderem folgende europäische und internationale Abkommen und Instrumente strikt einhalten: ILO-Übereinkommen, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und die Revidierte Europäische Sozialcharta (RESC)! Die EU sollte dieser, sowie dem Zusatzprotokoll über Kollektivbeschwerden (1995) beitreten.

Aus all den genannten Gründen fordern wir einen Sozialpakt für Europa, über dessen Inhalt wir auf tripartiter Ebene diskutieren wollen, um zu einer Einigung zu gelangen.

Der Europäische Gewerkschaftsbund ist der Auffassung, dass die nachstehenden Punkte in diesen Sozialpakt aufgenommen werden müssen:

### **Tarifverhandlungen und Sozialdialog:**

Tarifautonomie und der soziale Dialog sind fester Bestandteil des europäischen Sozialmodells. Beide müssen auf EU- sowie auf nationaler Ebene garantiert werden. Jeder Mitgliedstaat muss entsprechende unterstützende Maßnahmen einführen.

Die Autonomie der Sozialpartner, sowie ihre Rolle und Stellung, muss auf nationaler und auf europäischer Ebene gewährleistet sein. Es darf kein Eingreifen in Tarifverhandlungen oder bestehende Tarifverträge von Seiten der öffentlichen Behörden geben. Die Tarifbindung muss erhöht werden.

Die effektive Einbindung der Sozialpartner in die europäische wirtschaftliche Steuerung und die nationalen Reformpläne ist, bereits von Beginn an, also schon in der Diagnosephase, wesentlich. Bemühungen zur Anpassung an die sich wandelnden Umstände sollten in Einklang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln der Menschen stehen und nicht von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und ihren Familien allein geschultert werden.

### **Wirtschaftspolitik für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung:**

Dringende Maßnahmen, um die Krise der Staatsverschuldungen zu beenden und der EZB die Rolle zu übertragen, auch als Kreditgeber in letzter Instanz für die Euroländer zu fungieren. Dazu gehört auch die Emission von der Gemeinschaftsanleihe Eurobonds. Die für jedes Land vorgeschlagenen

Wachstumsprogramme müssen mit den Sozialpartnern diskutiert, vereinbart und überwacht werden.

Eine europäische Industrie- und Investitionspolitik, die darauf abzielt wirtschaftliche und ökologische Herausforderungen zu meistern; Investitionen in nachhaltige Infrastruktur, Forschung und Entwicklung, Klimatechnik und erneuerbare Ressourcen sollen hierbei Vorrang haben. Sie dürfen nicht in die Budgetdefizite eingerechnet werden.

Regeln zur Sicherstellung eines regulierten, soliden und transparenten Finanzsektors im Dienste der Realwirtschaft.

Zusätzliche Mittel, die aus einer verbesserten Nutzung des europäischen Strukturfonds, der Europäischen Investitionsbank, aus Projektanleihen und einer angemessen entwickelten Finanztransaktionssteuer gewonnen werden können, sollten für soziale und ökologische Zwecke verwendet werden.

Dem Druck der EU zur Liberalisierung des öffentlichen Dienstes, der in nationaler Zuständigkeit liegt, ist Einhalt zu gebieten.

Menschenwürdige Löhne für alle, die zur Stärkung von Wachstum und Binnennachfrage beitragen.

Eine Garantie für alle jungen Menschen in Europa, dass sie spätestens nach vier Monaten Arbeitslosigkeit oder nach Beendigung der Schulzeit eine menschenwürdige Arbeit oder angemessene Ausbildungsmöglichkeiten erhalten.

Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität von Arbeitsplätzen und zur Bekämpfung von prekären Arbeitsverhältnissen; Kampf gegen missbräuchliche Praktiken in Teilzeit, Leiharbeit und bei befristeten Verträgen.

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik mit Initiativen insbesondere zur Unterstützung von Menschen, die nur beschränkten oder gar keinen Zugang zum Arbeitsmarkt haben.

## **Wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit:**

Eine gerechte Besteuerung von Einkommen und Vermögen und ein Ende für Steuerparadiese, Steuerflucht, Steuerhinterziehung, Korruption und Schwarzarbeit.

Entschlossene Maßnahmen gegen Spekulation.

Effektive für alle geltende Maßnahmen zur Sicherung von gleichem Lohn und gleichen Rechten für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort; Tarifverträge und gleiches Arbeitsentgelt müssen für alle gelten, unabhängig von der Art des Vertrags.

Umsetzung einer Politik zur Beendigung der Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern.

Die Lohnbildung muss nationale Angelegenheit bleiben und nach nationalen Gepflogenheiten und nach dem System der Arbeitsbeziehungen gehandhabt werden. Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern auf der entsprechenden Ebene sind das beste Mittel, um gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu gewährleisten; der gesetzliche Mindestlohn in den Ländern, wo ihn die Gewerkschaften als nötig erachten, muss angehoben werden; jedenfalls müssen diese Lohnuntergrenzen die Regeln des Europarates für ein gerechtes Arbeitsentgelt respektieren.

Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlage für Unternehmen und Mindeststeuersätze für Unternehmen, gegebenenfalls mit Einführung eines Mindestsatzes von 25%, dem aktuellen durchschnittlichen Steuersatz in Europa.

**Wir appellieren nachdrücklich an die europäischen Arbeitgeberorganisationen, die EU-Institutionen, die nationalen Regierungen, und unterstützende Organisationen sich an der Debatte über den EGB Vorschlag für einen Sozialpakt für Europa, zu beteiligen.**



## Jugend macht Ansagen! Stop talking - act now!

## Young People demand! Stop talking - act now!

## La Jeunesse prend la Parole! Stop talking - act now!

Die Jugendarbeitslosigkeit in Europa steigt Monat für Monat, die versprochenen Maßnahmen kommen kaum voran. Nach wie vor warten mehr als 5,6 Millionen junge Europäer darauf, dass endlich gehandelt wird.

Die Sparpolitik und die damit verbundenen Lohnsenkungen sowie der Abbau von Sozialleistungen sind mitverantwortlich für den Einbruch der Nachfrage, den Verlust von Arbeitsplätzen und die weiter steigende Arbeitslosigkeit – auch und gerade unter Jugendlichen.

In den betroffenen Ländern fällt die aktive Arbeitsmarktpolitik den Spar- und Kürzungsvorgaben zum Opfer. Den Regierungen muss nicht nur mehr Zeit gewährt werden, die Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erfüllen. Darüber hinaus müssen gezielte Investitionen gerade in Bildung und Ausbildung dadurch ermöglicht werden, dass diese im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspaktes anders bewertet werden. Das schafft verbesserte Handlungsmöglichkeiten im Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Für die Jugend ist wichtig, dass dabei die Demokratie gestärkt und nicht geschwächt wird.

### Jugendarbeitslosenquote (15-24 Jahre) im Vergleich: *Quelle: Eurostat Abfrage*

- » EU 27: 23,5 %, 5.627 Millionen
- » Deutschland: 7,5 %
- » Griechenland: 62,5 %
- » Spanien: 56,4 %
- » Frankreich: 26,5 %
- » Irland: 26,6 %
- » Italien: 40,5 %
- » Portugal: 42,5 %
- » Litauen: 21,2 %
- » Lettland: 21,9 %

## **Wir Fordern**

### **Ein Sofortprogramm zur Jugendbeschäftigung!**

Die Jugendgarantie muss umgehend umgesetzt und eine ausreichende Finanzierung sichergestellt werden. Sie darf kein leeres Versprechen bleiben! Den Worten müssen nun schnellstens Taten folgen.

### **Mittel nicht umschichten – sondern aufstocken!**

Für eine solide Finanzierung der Jugendgarantie müssen zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Umschichten von Geldern aus anderen Töpfen, was später an anderer Stelle fehlt, ist keine echte Lösung, um die Jugendlichen wieder in gute Beschäftigung zu bringen.

### **Eine gute Berufsausbildung braucht langfristige Konzepte statt kurzatmigen Aktionismus!**

Der Austausch über gute Praxis und Erfolgskriterien dualer Ausbildungssysteme kann mittel- und langfristig sinnvoll sein. Die Anpassung an die nationalen Gegebenheiten erfordert aber Zeit und das Engagement und die Beteiligung der Sozialpartner. Wir fordern Finanzhilfen, damit Investitionen zum Aufbau neuer Systeme der dualen Ausbildungen auch unter der gegenwärtigen strikten Haushaltspolitik möglich werden.

### **Eine Taskforce zur Unterstützung für die betroffenen Länder!**

Die Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds müssen für Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit leichter abrufbar sein. Die am stärksten betroffenen Länder brauchen Unterstützung bei der Beantragung und dem Einsatz der Mittel. Bei der Einrichtung dieser Taskforce ist die Beteiligung der Sozialpartner unabdingbar.

### **Verbindliche europaweite Standards für Praktika!**

PraktikantInnen in Europa leisten häufig vollwertige Erwerbsarbeit. Damit ersetzen Unternehmen durch Praktika oft geplant reguläre Beschäftigung. Um den zahlreichen Missbrauch von Praktika in der Europäischen Union einzudämmen, braucht es daher verbindliche europäische und nationale Qualitätsstandards.

### **Ein Zukunfts- und Investitionsprogramm für die EU!**

Jugendbeschäftigung muss langfristig und nachhaltig gefördert werden. Dazu braucht es endlich ein umfassendes Zukunfts- und Investitionsprogramm für Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur.

### **Warum fordern wir ein Sofortprogramm zur Jugendbeschäftigung?**

5.627.000 junge Menschen ohne Arbeit sprechen Bände – fast jeder vierte Jugendliche in Europa hat keine Arbeit. In Spanien oder in Griechenland sind junge Menschen unter 25 Jahren ohne jede Zukunftsperspektive in ihrem Land.

Perspektiven für die Jugend Europas sind überfällig. Es muss gehandelt werden – sofort. Die europäische Idee hat nur dann eine Zukunft, wenn die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Europa schnellstens abgebaut wird.

Um Jugendbeschäftigung – und Beschäftigung insgesamt – langfristig und nachhaltig zu fördern, braucht die EU ein Zukunfts- und Investitionsprogramm in Wirtschaft, Bildung und Infrastruktur. Der DGB hat mit seinem Marshall-Plan hierzu Vorschläge unterbreitet.

Der schon vor einem Jahr auf europäischer Ebene beschlossene Pakt für Wachstum und Beschäftigung ist bisher ein Lippenbekenntnis geblieben. Eine Konkretisierung und Finanzierung ist überfällig.

### **Welche konkreten gewerkschaftlichen Forderungen enthält ein wirksames Sofortprogramm für Jugendbeschäftigung?**

Die falsche Kürzungspolitik muss gestoppt und die Nachfrage in Europa dringend angekurbelt werden. Entscheidend ist, dass Zukunftsinvestitionen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit von Neuverschuldungskriterien ausgenommen werden müssen.

Der DGB begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission und des Rats, mit dem Vorschlag einer Jugendgarantie das Problem der europäischen Jugendarbeitslosigkeit endlich angehen zu wollen und den vielen Worten schließlich auch Taten folgen zu lassen. Die Gewerkschaften unterstützen ausdrücklich den Vorschlag, jungen Menschen marktunabhängige verbindliche Angebote zu gewährleisten, die zu einem qualifizierten Berufsabschluss oder einer Arbeitsstelle führen.

Praktika sind keine Lösung. Erklärtes Ziel muss sein, die unzumutbare Situation der arbeitslosen Jugendlichen in Europa maßgeblich zu verbessern. Bisher ist die Jugend in Europa der Krisenverlierer. Das muss sich ändern! Die Gewerkschaften haben mit dem Marshallplan für Europa vorgelegt, wie ein solches Programm aussehen muss - inkl. 30 Mrd. Euro Investitionen in Bildung und Ausbildung.

### **Wo können junge Europäer beschäftigt werden?**

Der DGB-Marshallplan für Europa zeigt zukunftsweisende Arbeitsfelder für junge Menschen in Europa auf:

- Investitionen in die Energiewende in Europa
- Verkehrsinfrastruktur modernisieren
- Ausbau von Breitbandnetzen beschleunigen
- Europas industrielle Zukunft stärken
- Investitionen in öffentliche und private Dienstleistungen
- Investitionen in Bildung und Ausbildung
- Förderung von altersgerechten Infrastrukturen und Wohnen
- Nachhaltige Bewirtschaftung der knappen Wasserressourcen fördern

### **Warum müssen die Mittel aufgestockt werden?**

Die sechs Milliarden Euro, die u.a. im Europäischen Sozialfonds für die Regionen mit mehr als 25 Prozent Jugendarbeitslosigkeit reserviert wurden, reichen nicht, um allen betroffenen Jugendlichen die notwendige berufliche Perspektive zu geben. Das Umschichten von Geldern aus anderen Budgettöpfen, die später an anderen Stellen fehlen, ist keine Lösung. Zusätzliches Geld muss her!

Laut Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) würde die Umsetzung der Jugendgarantie in den 17 Ländern der Eurozone 21 Milliarden Euro kosten. Die für 2014 bis 2020 geplanten Mittel können deshalb nur ein erster Grundstock für ein umfassendes EU-Sofortprogramm sein.

Die Erfahrungen zu Jugendgarantien in Ländern wie Finnland oder Österreich zeigen, dass für solche Vorhaben erhebliche Mittel braucht.

Klar ist auch, dass Nichtstun die Staaten noch viel teurer kommt. Nach Berechnungen von Eurofound, der europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, liegen die Kosten für arbeitslose Jugendliche in den EU27-Staaten bei ca. 153 Mrd. Euro.

**Table 4 Cost and allocations of a youth guarantee scheme in Eurozone**  
(million of euro)

	Cost of youth guarantee programme without administrative costs	Public employment services	Total cost
<b>Eurozone</b>	<b>16,821.9</b>	<b>4,264.2</b>	<b>21,086.11</b>
Belgium	372.1	94.3	466.47
Germany	1,395.0	353.6	1,748.63
Estonia	104.6	26.5	131.11
Ireland	347.6	88.1	435.71
Greece	926.4	234.8	1,161.28
Spain	5,617.5	1,424.0	7,041.49
France	2,860.0	725.0	3,585.01
Italy	3,081.2	781.1	3,862.28
Cyprus	49.6	12.6	62.14
Luxembourg	11.7	3.0	14.71
Malta	24.6	6.2	30.84
Netherlands	71.9	18.2	90.08
Austria	184.2	46.7	230.90
Portugal	841.7	213.4	1,055.12
Slovenia	83.4	21.1	104.56
Slovakia	491.0	124.5	615.41
Finland	359.3	91.1	450.36

Note: Programme costs (based on Swedish example) are estimated at 6,000 euros per unemployed youth plus administrative costs, in terms of resources needed für Public Employment Services to serve the programme, at 600 euros per participant. Source ILS estimates.

## **Warum fordern die Gewerkschaften eine Taskforce zur Unterstützung für die betroffenen Länder?**

Die zur Verfügung stehenden Strukturfondsmittel sollten prioritär für Projekte, die hochwertige Beschäftigungsmöglichkeiten für junge Menschen fördern, eingesetzt werden. Diese Mittel müssen für Maßnahmen zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit leichter und schneller abrufbar sein. So ist es notwendig, zur Unterstützung bei der Beantragung und dem Einsatz der Mittel eine Task Force in den am stärksten betroffenen Ländern einzusetzen. Die Beteiligung der Sozialpartner ist dabei unabdingbar. Die Antrags-, Durchführungs- und Abrechnungsverfahren müssen vereinfacht werden. Die Förderinhalte und -verfahren müssen gemeinsam mit den Sozialpartnern festgelegt werden.

## **Was fordern die Gewerkschaften in Bezug auf den Aufbau guter und moderner Ausbildungssysteme?**

Der Aufbau guter und moderner Ausbildungssysteme erfordert eine Verständigung über notwendige Mindeststandards hinsichtlich der Qualität der Ausbildung, der Ausbildungsinhalte, des Ausbildungspersonals und des rechtlichen Status der Auszubildenden. Die Umsetzung auf nationaler Ebene erfordert Zeit und das Engagement und die Beteiligung der Sozialpartner.

Konzepte, die mit der heißen Nadel gestrickt werden, sind keine Lösung und tragen ohnehin nicht dazu bei, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit kurzfristig zu lösen. Der Aufbau neuer Systeme der dualen Ausbildung setzt Investitionen in die notwendige Infrastruktur voraus. Dies können die Mitgliedstaaten unter der gegenwärtigen strikten Haushaltspolitik kaum leisten. Auch dazu muss es im Rahmen des Sofortprogramms entsprechende Finanzhilfen geben.

Der Aufbau eines dualen Ausbildungssystems muss die Besonderheiten der jeweiligen Länder berücksichtigen und kann auf keinen Fall ohne die Beteiligung der Sozialpartner erfolgen. Ein Verhalten, wie das des spanischen Regierungschefs Rajoy ist zum Scheitern verurteilt. Wer die Gewerkschaften nicht mit an den Tisch holt, ist an der nachhaltigen Lösung des Problems der Jugendarbeitslosigkeit nicht interessiert.

## Braucht Deutschland eine Jugendgarantie?

Auch der deutsche Ausbildungsmarkt weist erhebliche Unwuchten auf:

- Noch immer befinden sich 270.000 junge Menschen in Warteschleifen – ohne Aussicht auf einen vollqualifizierenden Abschluss.
- Jugendliche mit Hauptschulabschluss haben schlechte Chancen auf eine Ausbildung. Der Nationale Bildungsbericht spricht von einer faktischen Abschottung der Hälfte der Ausbildungsberufe für diese Zielgruppe.
- 2,2 Millionen junge Menschen im Alter von 20 bis 34 Jahren haben keine abgeschlossene Ausbildung. Das sind 15 Prozent dieser Altersgruppe.
- Dennoch bleiben 33.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, dies vor allem in Branchen mit schlechten Ausbildungsbedingungen (z.B. Hotel- und Gaststättengewerbe). Sie haben hohe Abbrecherquoten, hohe Misserfolgsquoten bei Prüfungen, eine unterdurchschnittliche Vergütung.
- Trotz der entspannten demographischen Entwicklung bleibt die Lage auf dem Ausbildungsmarkt in Deutschland enttäuschend. Die Wirtschaft hat sinkende Bewerberzahlen – seit 2001 gab es einen Rückgang um rund 178.000 – kaum genutzt, um junge Menschen auszubilden, die bisher keine Chance hatten. Im Gegenteil:
- Das Ausbildungsengagement der Unternehmen hat einen historischen Tiefstand erreicht: Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist auf 551.271 Neuabschlüsse gefallen. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 3,2 Prozent. Einen niedrigeren Wert gab es seit der Wiedervereinigung lediglich im Jahr 2005.
- Die Quote der ausbildenden Betriebe hat ebenfalls ein historisches Tief erreicht. Nur noch 21,7 Prozent der Betriebe bildeten im Jahr 2011 aus (2010: 22,5 Prozent, 2009: 23,5 Prozent, 2008: 24 Prozent, 1999: 23,6 Prozent). Das bedeutet: Binnen Jahresfrist sind rund 16.000 Ausbildungsbetriebe verloren gegangen. Dies betrifft insbesondere Kleinstbetriebe.

**Weitere Informationen sind zu finden unter:**

DGB-Marshallplan: <http://www.dgb.de/-/5Vx>

DGB-Stellungnahme Jugendgarantie: <http://www.dgb.de/-/s9N>

Eurofound: Young people not in employment, education or training: Characteristics, costs and policy responses in Europe, 2012:

<http://www.eurofound.europa.eu/pubdocs/2012/54/en/1/EF1254EN.pdf>

Berechnungen der ILO für die Kosten der Einführung einer Jugendgarantie in den Ländern der Eurozone findest du in dem Dokument:

[http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms\\_184965.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_184965.pdf)

## Debattentexte zu Europa aus dem Magazin „Gegenblende“

Solidarität Demokratie Zukunft

**GEGEN BLENDE**

DGB

Das gewerkschaftliche Debattenmagazin · [www.gegenblende.de](http://www.gegenblende.de)

### **AutorInnen:**

#### **Dr. Michael Fichter**

Wissenschaftlicher Angestellter an der Freien Universität Berlin.

#### **Dr. Dierk Hirschel**

Bereichsleiter beim Ver.di-Bundesvorstand für Wirtschaftspolitik, Europa und Internationales.

#### **Judith Vorbach und Bettina Csoka**

Beide tätig in der Arbeiterkammer Oberösterreich in der Abteilung für Wirtschafts-, Sozial- und Gesellschaftspolitik .

#### **Tomasz Konicz**

Arbeitet als freier Journalist mit den Arbeitsschwerpunkten Osteuropa und Krisenanalyse.

#### **Robert Misik**

Österreichischer Publizist und Journalist.

#### **Dr. Thorsten Schulten**

Referent für Arbeits- und Tarifpolitik am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans Böckler-Stiftung in Düsseldorf.

#### **Bernadette Ségol**

Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB)

#### **Vasco Pedrina**

Vize-Präsident der internationalen Gewerkschaftsorganisation BHI (Bau + Holzarbeiter Internationale)

Weitere Artikel zu diesem Thema sind zu finden unter: [www.gegenblende.de](http://www.gegenblende.de)

**Dr. Michael Fichter**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 1. Oktober 2013



## **Globale Rahmenvereinbarungen als Baustein einer internationalen Gewerkschaftsstrategie**

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen sind Gewerkschaften in der ganzen Welt immer häufiger in der Defensive. Sie sind als Stimme der politischen und wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten zunehmend marginalisiert worden. Unter dem Druck von Outsourcing, Produktionsverlagerungen, Flexibilisierung und Prekarisierung haben Gewerkschaften Durchsetzungsmacht eingebüßt. Somit konnten Arbeitsmärkte dereguliert werden und Leiharbeit – die "trianguläre Falle"<sup>1</sup> – und andere Formen prekärer Beschäftigung ausgeweitet werden.

Gewerkschaften haben in erster Linie versucht, vor Ort und innerhalb ihrer jeweiligen nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen ihre hart erkämpften Erfolge der Vergangenheit zu verteidigen. Aber sie haben z. T. auch damit begonnen, transnationale Handlungsmöglichkeiten auszuloten, um den ungebändigsten globalen Wettbewerb zu bekämpfen, der von einem Unterbietungswettlauf ("race to the bottom") bei den Arbeitskosten befeuert wird. Die Herausforderung besteht darin, eine Strategie zu entwickeln, die eine politische und organisatorische Antwort auf das Dilemma der Gewerkschaften gibt, nämlich, wie können Gewerkschaften als lokal und national verankerte Organisationen ihre Macht einsetzen, um die transnationale Regulationslücke in den Arbeitsbeziehungen zu schließen?

### **Das Instrument der Globalen Rahmenvereinbarungen**

Meiner Meinung nach sind Globale Rahmenvereinbarungen (GRV) das wichtigste Instrument dafür, dass die Gewerkschaften haben. Im Gegensatz zu unilateralen und freiwilligen Verhaltenskodizes der unternehmerischen sozialen Verantwortung sind GRV bilateral verhandelte

---

1 IndustriALL (2012) 'The Triangular Trap: unions take action against agency labour', Geneva: IndustriALL. ([http://www.industrialunion.org/sites/default/files/uploads/documents/Triangular\\_Trap/agency\\_work\\_final.pdf](http://www.industrialunion.org/sites/default/files/uploads/documents/Triangular_Trap/agency_work_final.pdf)).

und unterschriebene Vereinbarungen zwischen Transnationalen Konzernen und Globalen Gewerkschaftsverbänden – normalerweise in enger Zusammenarbeit mit der im Konzern wichtigsten Mitgliedsgewerkschaft. Basierend auf den Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeits-Organisation (IAO) sowie weiteren wichtigen IAO-Konventionen legen GRV ein Fundament für eine transnationale Arena der Arbeitsbeziehungen, die sich über den Transnationalen Konzern hinaus auf dessen globales Produktionsnetzwerk von Zulieferern, Subunternehmen und weiteren Geschäftspartnern erstreckt. Nicht zuletzt enthalten GRV Überwachungsverfahren sowie Verfahren für die Behandlung von Verstößen und Konflikten.

Versuche in den 1970er Jahren, Vertretungsorgane in mehreren Transnationalen Konzernen zu verankern, wurden von diesen abgelehnt und sind gescheitert. Spätere Ansätze, Regeln für die Arbeitsverhältnisse in Transnationalen Konzernen durch Lobbyarbeit bei den internationalen Institutionen zu erreichen, wie z.B. die Kampagne für eine "Sozialklausel" bei der WTO in den 1990er Jahren, erwiesen sich als kontrovers und ineffektiv. Stattdessen wandten sich die Globalen Gewerkschaftsverbände mit einem Verhandlungsangebot über GRV direkt an die Transnationalen Konzerne. Das war auch ihre Antwort auf die massive Ausweitung von konzerneigenen Verhaltenskodizes und einseitigen Programmen für unternehmerische soziale Verantwortung. Die ersten GRV wurden in den 1990er Jahren verhandelt und verabschiedet, und seit 2000 ist die Zahl der GRV rapid gestiegen. Heute gibt es nahezu 100 solcher Abkommen, wovon ca. 90 zumindest formal noch in Kraft sind.

### **Was bringt eine GRV?**

In einem von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojekt<sup>2</sup> haben wir über drei Jahre (2009-2011) die Praxis und Bedeutung der GRV empirisch untersucht. Als ein top-down-Regulierungsinstrument, ausgehandelt mit der jeweiligen Konzernzentrale, muss sich eine GRV in der Praxis »vor Ort« als tauglich erweisen. In unserer Untersuchung haben wir versucht, den Implementierungsgrad mithilfe von Fallstudien in Brasilien, Indien, der Türkei und den USA zu beurteilen<sup>3</sup>. In allen vier Ländern waren GRV bei lokalen Managern und

---

<sup>2</sup> Siehe [http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/ifa\\_projekt](http://www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/ifa_projekt)

Gewerkschaftsfunktionären noch weitgehend unbekannt. Sofern sie bekannt waren, fehlte ihnen häufig ein Verständnis dafür, wie sie die GRV im Kontext ihrer Arbeitsbeziehungen anwenden können. Das sind eindeutige Hinweise darauf, dass vor allem die Konzerne, aber auch die Gewerkschaften, zu wenig für die Umsetzung getan haben. Daraus aber den pauschalen Schluss zu ziehen, GRV sind per se zu schwach oder sogar unbrauchbar, wäre nicht angemessen. Denn wir fanden in jedem Land auch eine Reihe von Fällen, in denen GRV erfolgreich genutzt wurden. In Brasilien wurden GRV benutzt, um in Konzernniederlassungen und bei Zulieferern gegen die Maßregelung von Gewerkschaftsaktivisten vorzugehen und die Belegschaften zu mobilisieren, damit das Management zu Kollektivverhandlungen und zum sozialen Dialog bereit war<sup>4</sup>. Die GRV zwischen UNI Global Union und einer der weltweit größten Dienstleistungsfirmen (Sicherheit, Gebäude-Management) wurde in Indien in einem gemeinsamen von Gewerkschaften und Unternehmen gesteuerten Prozess als Grundlage für die Rekrutierung von Mitgliedern und den Aufbau von lokalen Gewerkschaften verwendet. Auch in der Türkei<sup>5</sup> gab es Fälle einer erfolgreichen Implementierung, etwa bei einem Zulieferer eines bekannten Automobilherstellers. Dort ging das lokale Management gegen eine Gewerkschaft und mehrere Beschäftigte vor, die eine gewerkschaftliche Vertretung im Betrieb zu organisieren versuchten. Aber dies konnte durch die Zusammenarbeit zwischen der betroffenen Gewerkschaft, der Gewerkschaft am Standort der Konzern-Hauptverwaltung und dem zuständigen Globalen Gewerkschaftsverband verhindert werden. Schließlich konnten wir Fälle in den USA dokumentieren, in denen verschiedene GRV die Bildung von Gewerkschaftsnetzwerken gefördert und zur Anerkennung von Gewerkschaftsvertretungen geführt haben<sup>6</sup>.

---

3 Siehe <http://library.fes.de/pdf-files/iez/09504.pdf>

4 Siehe <http://library.fes.de/pdf-files/bueros/brasilien/09531.pdf>

5 Fichter, M.; Sayim, K. Z.; Agtas, Ö. B. (2013): Organization and Regulation of Employment Relations in Transnational Production and Supply Networks. Ensuring Core Labor Standards through International Framework Agreements? Report Turkey. Ankara; Berlin: Friedrich Ebert Foundation. (im Entstehen)

6 Der Projektbericht USA erscheint demnächst in der FES-Reihe Perspective.

Zusammenfassend lassen unsere Fallstudien folgende Schlussfolgerungen zu:

Die Beteiligung lokaler Akteure während des gesamten GRV-Prozesses, von der Initiierung bis hin zur Implementierung, ist für die Schaffung einer funktionsfähigen GRV-Arena (auf lokaler, nationaler und globaler Ebene) innerhalb eines globalen Produktionsnetzwerkes unerlässlich.

Eine proaktive Implementierung mit lokalem Zuschnitt ist notwendig, insbesondere in Ländern wie Brasilien, Indien, der Türkei und den USA, die nicht über die in Europa verwurzelte Erfahrung des sozialen Dialogs verfügen. Das bedeutet, dass der Umsetzungsprozess verantwortlich ausgehandelt und gut organisiert werden muss. Dabei kommt es auch auf die Bereitstellung der nötigen Ressourcen an.

Um GRV umfassend zu implementieren, sind, abgesehen von einem eindeutigen Inhalt, drei konkrete Schritte notwendig, die alle relevanten Akteure einbinden: Zunächst sind Informations-, Verbreitungs- und Kommunikationsverfahren erforderlich; zweitens sind Trainingsmaßnahmen für die lokalen Akteure notwendig. Schließlich muss gewährleistet werden, dass die GRV in die täglichen Operationen des Konzerns (und der Gewerkschaften) eingebettet wird. Gemeint sind damit bestimmte Routinen, Regeln und Verfahren sowie hiermit in Beziehung stehende organisatorische und organisationsübergreifende Strukturen (z. B. ein gemeinsames Team von Gewerkschaften und Management, das für die Koordinierung des Monitoring-Prozesses verantwortlich ist).

### **Gewerkschaften in der Globalisierung**

In einer sich globalisierenden Wirtschaft stehen die Gewerkschaften vor der Herausforderung ihr Handlungsrepertoire um die Möglichkeit einer grenzüberschreitenden Kooperation zu erweitern. Eine Perspektive und strukturelle Grundlage bieten dafür globale Rahmenvereinbarungen. Für eine globale Handlungsstrategie der Gewerkschaften reicht es aber nicht aus, mit einzelnen transnationalen Konzernen zu verhandeln bzw. sich auseinanderzusetzen. Vielmehr ist es von zentraler Bedeutung, die globalen Produktionsnetzwerke, die diese Konzerne gestalten und kontrollieren, als Arena und Bezugspunkt von gewerkschaftlichem Handeln wahrzunehmen. Durch die Vermittlung und Beteiligung von globalen Gewerkschaftsverbänden kann die Zusammenarbeit

und Vernetzung der einzelnen Mitgliedsgewerkschaften an den wichtigsten Knotenpunkten solcher Produktionsnetzwerke realisiert werden.

Globale Rahmenvereinbarungen sollten als ein grundlegender Schritt zu international regulierten Arbeitsbeziehungen begriffen werden, sofern sie strategisch richtig verstanden, entwickelt und eingesetzt werden. Durch GRV können sich Gewerkschaften gegenüber Transnationalen Konzernen Anerkennung auf einer globalen Ebene verschaffen. Nachhaltig und effektiv wird sich dieses Instrument aber nur dann auswirken, wenn es den Globalen Gewerkschaftsverbänden und ihren Mitgliedsgewerkschaften gelingt, den durch eine Globale Rahmenvereinbarung geschaffenen Raum für "Organizing" zu nutzen und zugleich ihre Macht vor Ort über transnationale Gewerkschaftsnetzwerke abzusichern. Wo es um den Schutz von Arbeitnehmerrechten in den Arbeitsverhältnissen und Arbeitsbeziehungen in der globalen Produktion geht, haben solche Netzwerke eine potentielle Hebelwirkung gegenüber den Konzernen und ihren Zulieferern, weil sie lokale Machtasymmetrien tendenziell ausgleichen können. Sie können z.B. Gewerkschaften in ihren Bemühungen um Anerkennung und Kollektivverhandlungen unterstützen, den Aufbau neuer gewerkschaftlicher Vertretungen im Betrieb fördern oder ganz allgemein die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken.

Immer noch dominieren transnationale Konzerne die globale Wirtschaft und bestimmen weitgehend selbstherrlich die Arbeitsbedingungen. Auf dieser Grundlage kann sich kein stabiles, konstruktives und partizipatorisches System der Arbeitsbeziehungen institutionalisieren, das das Aushandeln von Interessengegensätzen ermöglicht. Diese Schiefelage grenzt auch die Effektivität und Reichweite von solchen wohlmeinenden Initiativen wie dem von John Ruggie entwickelten UNO-Ansatz "Protect, Respect, and Remedy" ein, der die schützende Rolle des Staates sowie seine Pflicht, Rechtsverletzungen zu ahnden, mit der Aufforderung an Privatunternehmer verbindet, die Menschenrechte zu respektieren.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> [www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR\\_EN.pdf](http://www.ohchr.org/Documents/Publications/GuidingPrinciplesBusinessHR_EN.pdf)  
Für den Ansatz gibt es keine offizielle deutsche Version.

**Dr. Dierk Hirschel**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 19. September 2012



## Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage

Im Zuge der wirtschaftlichen Globalisierung unter neoliberalem Vorzeichen sind Gewerkschaften in der ganzen Welt immer häufiger in der Defensive. Sie sind als Stimme der politischen und wirtschaftlichen Interessen der abhängig Beschäftigten zunehmend marginalisiert worden. Unter dem Druck von Outsourcing, Produktionsverlagerungen, Flexibilisierung und Prekarisierung haben Gewerkschaften Durchsetzungsmacht eingebüßt. Somit konnten Arbeitsmärkte dereguliert werden und Leiharbeit – die "trianguläre Falle"<sup>1</sup> – und andere Formen prekärer Beschäftigung ausgeweitet werden.

Europa ist so reich wie noch nie. Zwischen Monaco und Mailand leben heute 3,2 Millionen Millionäre. Der private Reichtum Westeuropas umfasst gigantische 27 Billionen Euro. Das Eldorado der europäischen Reichen ist Deutschland. Die Albrechts, Quandts und Ottos dieser Republik – die 100 reichsten Deutschen – besitzen ein Vermögen von 307 Milliarden Euro – ein Plus von sechs Prozent allein im letzten Jahr.<sup>1</sup> Alle deutschen Reichen und Superreichen sitzen auf einem 7,2 Billionen Euro hohem Vermögensberg – Sach- und Geldvermögen abzüglich Verbindlichkeiten.<sup>2</sup>

Dieses Vermögen ist dreimal so groß wie das teutonische Sozialprodukt. In Frankreich, Italien und Spanien umfasst der private Reichtum sogar das Fünf- bis Siebenfache der jährlich produzierten Waren und Dienstleistungen.<sup>3</sup> Die Reichen wurden in den letzten Jahren immer reicher. Selbst die große Finanzmarktkrise konnte den Vermögenden nichts anhaben. Links und Rechts des Rheins sind die Geldspeicher voller als vor der Krise.

Der private Reichtum ist sehr ungleich verteilt. Von Madrid bis Athen konzentriert sich immer mehr Vermögen in immer weniger Händen. Hierzulande besitzt das reichste Promille – etwa

1 <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/ranking-die-reichsten-deutschen/4736834.html>

2 [http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw\\_01.c.405701.de/12-28-1.pdf](http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.405701.de/12-28-1.pdf)

3 [http://www.dbresearch.de/PROD/DBR\\_INTERNET\\_DE-PROD/PROD000000000289111/Trends+bei+h%C3%B6heren+Einkommen+und+Verm%C3%B6gen+im+Eurogebiet.pdf](http://www.dbresearch.de/PROD/DBR_INTERNET_DE-PROD/PROD000000000289111/Trends+bei+h%C3%B6heren+Einkommen+und+Verm%C3%B6gen+im+Eurogebiet.pdf)

70.000 Personen – 23 Prozent des gesamten Nettovermögens. Dies entspricht einem Vermögen von 1600 Milliarden Euro. Dem reichsten Prozent gehört mehr als ein Drittel.<sup>4</sup> In Italien und Spanien verfügen die reichsten zehn Prozent über mehr als zwei Fünftel des Gesamtvermögens. Die schiefe Vermögensverteilung wird gespeist aus der ungleichen Einkommensverteilung. Von Paris bis Rom ist das Kuchenstück der abhängig Beschäftigten seit der Jahrtausendwende kleiner geworden. Die Lohnquoten sanken. Zudem stiegen die Einkommensunterschiede - am stärksten in Deutschland.

### **Reichtum und Staatsschulden**

Während wenige immer reicher werden, bluten die Staaten aus. Überall in Europa wächst die öffentliche Armut. Die europäischen Kassenwarte stehen mit über 10 Billionen Euro in der Kreide. Städte und Gemeinden fehlt das Geld für Kitas und Schulen. Europaweit werden Theater und Jugendzentren geschlossen. Beim Regelsatz für Hartz-IV-Empfänger feilschte die deutsche Politik um jeden Cent. In Griechenland können die öffentlichen Krankenhäuser die notwendigen Medikamente nicht mehr bezahlen.

Öffentliche Armut und privater Reichtum sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Schulden spiegeln immer Vermögen wieder. Im letzten Jahrzehnt mehrten die Reichen ihr Vermögen auf Kosten der Allgemeinheit. Daran trägt die Politik große Mitschuld.

In der großen Finanzmarktkrise rettete der Staat die Banken und Unternehmen. Durch milliardenschwere Finanzhilfen und staatliche Garantien wurden die Vermögensbesitzer vor großen Verlusten geschützt. Große Vermögen mit Aktien-, Bank- und Staatsanleihen profitierten davon besonders. Heute haben die Vermögenden die Krise hinter sich. Der staatliche Rettungseinsatz ließ die Staatsverschuldung explodieren. Allein die deutschen Staatsschulden stiegen um 400 Milliarden Euro. Drei Viertel davon kostete allein die Rettung von Hypo Real Estate, Commerzbank & Co.

Die Schuldenquote der Euroländer kletterte krisenbedingt von rund 66 Prozent auf über 85 Prozent. Europaweit beläuft sich die Zeche der Bankenrettung auf rund 1,6 Billionen Euro. Die

---

<sup>4</sup> ebenda

Zinsen, die europäische Kassenwarte für die Rettung auf Pump heute bezahlen, kassieren die Geretteten.

### **Steuergeschenke für.....**

Darüber hinaus beglückte die Politik die Reichen mit üppigen Steuergeschenken. Hierzulande senkte die Schröder- und Merkel-Regierung kräftig die Steuern. Für Spitzenverdiener, Unternehmer, Vermögende und Erben gab es mehr netto vom brutto. Topverdiener zahlen heute effektiv 30 Prozent, Kapitalbesitzer 25 Prozent und die Dax-Konzerne nur noch 24 Prozent Steuern. Die Gewinnsteuern machen weniger als ein Fünftel des gesamten Steueraufkommens aus. Dass das reichste Zehntel der Steuerpflichtigen über die Hälfte der Einkommenssteuer zahlt, ist hierzu kein Widerspruch. Ihm gehört schließlich auch zwei Fünftel des zu versteuernden Einkommens.

Die niedrigeren Steuern zündeten nicht das angeblich erhoffte Investitionsfeuerwerk. Trotz höherer Nettogewinne blieb die Investitionsquote historisch niedrig. Die Betriebe häuften lieber Geldvermögen an. Durch die Steuergeschenke wuchs der öffentliche Schuldenberg um insgesamt rund 380 Milliarden Euro.<sup>5</sup> Das entspricht fast der Hälfte der gesamten Neuverschuldung des letzten Jahrzehnts. Bei vielen europäischen Nachbarn ergibt sich ein ähnliches Bild: Von Rom bis Athen purzelte die Steuerlast für Spitzenverdiener, Unternehmer und Vermögende.

Doch damit nicht genug: Die deutschen „Arbeitsmarktreformen“ verursachten eine chronische Lohnschwäche. Niedriglöhne, Leiharbeit und Mini-Jobs drückten das allgemeine Lohnniveau. Die Tariffucht der Arbeitgeber tat ein Übriges. Dank der Lohnflaute kletterten die Gewinne in die Höhe. Die milliardenschweren Einnahmeausfälle in den Steuer- und Sicherungssystemen vergrößerten die öffentliche Armut.

### **Die Entlassung der Reichen aus der Solidargemeinschaft**

Kurzum: Der Anstieg der Staatsverschuldung ist nicht das Ergebnis laxer Haushaltspolitik. Die Erzählung von der Staatsschuldenkrise entpuppt sich bei näherer Betrachtung als ökonomisches Märchen. Hierzulande sind die realen Staatsausgaben vor der Krise sogar gesunken. Der

---

<sup>5</sup> <http://www.prokla.de/wp/wp-content/uploads/2009/Prokla154.pdf>

Schuldenanstieg resultierte allein aus politischer Reichtumspflege und den Folgen der Finanzmarktkrise. Das Gemeinwohl schrumpfte zugunsten steigender Vermögen. Und jetzt sollen die Schuldenberge dadurch abgetragen werden, dass abhängig Beschäftigte, Rentner und Arbeitslose den Gürtel enger schnallen. Damit muss endlich Schluss sein. Die Schuldenfrage ist eine Verteilungsfrage. Der private Reichtum muss jetzt zum Abbau der Staatsschulden herangezogen werden.

### **Die Millionärsabgabe**

In diesem Zusammenhang hat das Aktionsbündnis Umfairteilen – Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, NGOs - das Instrument einer Vermögensabgabe ins Spiel gebracht. Eine einmalige Vermögensabgabe auf Geld- Immobilien- und Betriebsvermögen könnte einen wichtigen Beitrag leisten, um den milliardenschweren Schaden der Finanzmarktkrise zu beheben. Historisches Vorbild ist der Lastenausgleich nach Gründung der Bundesrepublik.

Die neue Abgabe soll nur Reiche treffen. Wirklich reich ist, wer netto mehr als eine Million Euro hat. Folglich soll der persönliche Freibetrag bei einer Million Euro liegen. So wird die Vermögensabgabe zur Millionärsabgabe. Der Steuertarif sollte progressiv verlaufen – 10% ab einer Million, 20% ab 10 Millionen und 30% ab 100 Millionen. Die Steuerlast wird auf 10 Jahre gestreckt. Bei Betriebsvermögen werden die Eigentümer und nicht die Betriebe besteuert.

Mit der Millionärsabgabe lässt sich aufgrund der starken Vermögenskonzentration ein geschätztes Aufkommen von insgesamt über 250 Milliarden Euro erzielen. Mit den Einnahmen könnten Schulden abgebaut und notwendige Bildung-, Gesundheits-sowie Infrastrukturinvestitionen finanziert werden.

Die Millionärsabgabe verursacht keinen wirtschaftlichen Schaden. Aktuelle Investitionspläne trifft es nicht, da nur Altvermögen besteuert wird. Der Konsum wird nicht abgewürgt, da Reiche viel sparen. Mittelständische Betriebe mit geringem Betriebsvermögen berührt die Abgabe nicht. Da die Abgabe rückwirkend erhoben wird, droht auch keine Kapitalflucht. Umzug oder Vermögensverlagerung sind zwecklos.

Da der Staat aufgrund der Folgen der Finanzmarktkrise einen besonderen Finanzbedarf hat, ist eine solche Abgabe auch verfassungsgemäß. Dies untermauert ein aktuelles Rechtsgutachten des Staatsrechtlers Joachim Wieland.<sup>6</sup>

Eine Millionärsabgabe löst natürlich nicht alle Schulden- und Verteilungsprobleme. Die Abgabe ersetzt weder eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt, noch eine gute Tarifpolitik, noch eine gerechte Steuerpolitik. Sie ist lediglich Teil eines Gesamtkonzeptes. Die Millionärsabgabe kann eine wichtige Rolle in der Mobilisierung für einen verteilungspolitischen Kurswechsel in Deutschland und Europa spielen. In den nächsten Monaten wird die wirtschaftliche Krise unserer europäischen Nachbarn auch zu unserer Krise. Sobald die Steuereinnahmen nicht mehr sprudeln, stehen in Bund, Ländern und Kommunen neue Kürzungspläne auf der Tagesordnung. Die dann anstehenden Gebührenerhöhungen, Theaterschließungen und verschlechterten Unterrichtsbedingungen treffen breite Bevölkerungsschichten. Die Schulden- und Verteilungsfrage wird ein zentrales Thema der nächsten Bundestagswahl sein.

Dabei geht es um Deutungshoheit. Die vermeintlich alternativlose Kürzungspolitik stützt sich auf das Märchen von der Staatsschuldenkrise. Die Debatte über eine Vermögensabgabe lenkt den Blick auf den Umfang und die Ursachen des privaten Reichtums. Unter dem Motto „Geld ist genug da“, kann der drohende Sozialabbau erfolgreich delegitimiert werden.

Zudem wird deutlich, dass es eine sozial gerechte Alternative zur ausgabeseitigen Haushaltskonsolidierung gibt. Im politischen Berlin ist eine solche Debatte anschlussfähig an die Programmatik der Oppositionsparteien. Der größte Widerstand kommt von gesellschaftlichen Akteuren –Banken, Vermögensverwalter, FDP -, deren Glaubwürdigkeit durch die große Krise stark gelitten hat. Wenn diese gesellschaftlichen Gruppen offensiv als Anwalt der Millionäre auftreten, nutzt das dem Anliegen mehr als es ihm schadet.

Die Gewerkschaften werden in den nächsten Monaten gemeinsam mit Wohlfahrts- und Umweltverbänden sowie NGOs die Mittel einer gerechten Verteilungspolitik popularisieren. Am 29. September findet ein erster bundesweiter Aktionstag statt.

---

<sup>6</sup> [http://www.boeckler.de/pdf/pm\\_2012\\_08\\_17\\_wieland.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_2012_08_17_wieland.pdf)

Judith Vorbach, Bettina Csoka

Artikel erschienen in der Gegenblende am 25. August 2013.



## Europäische Solidarität für eine faire Verteilung in Europa

Angesichts der Folgen des erzwungenen Austeritätskurses in Europa und autoritärer Eingriffe in kollektivvertragliche Lohnfindungsstrukturen stellt sich dringend die Frage der Solidarität unter den europäischen ArbeitnehmerInnen.

### „Europäische Solidarität“ – eine Begriffsklärung

Der Begriff Solidarität ist vielschichtig und hat bedeutende historische Wurzeln. In Artikel 1 der allgemeinen **Erklärung der Menschenrechte** von 1948 heißt es: „Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.“ Das erinnert an den Leitspruch „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ der Französischen Revolution, wobei heute „Geschwisterlichkeit“ oder „Solidarität“ angemessener wäre. Schon vor Ausbruch des ersten Weltkriegs beschäftigte sich der sozialdemokratische Theoretiker und Politiker Otto Bauer in seinem 1907 erschienenen Werk „Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“ mit dem solidarischen – grenzüberschreitenden – Kampf der ArbeiterInnen um ein Leben frei von Ausbeutung und im Geist von Gleichheit, bei dem nationale Unterschiede verblassen. Dabei gehe es um die „Solidarität der wirtschaftlichen Interessen“ der ArbeiterInnen „aller Nationen“. Für Bauer war klar, dass es für internationale ökonomische Aufgaben eine internationale Gewerkschaftsstruktur braucht.

Solidarität im Sinne der **ArbeiterInnenbewegung** beschreibt ein Bewusstsein der gleichen Interessenlage, woraus sowohl die Bereitschaft zu kollektiver Durchsetzung gemeinsamer Ziele als auch gegenseitige Unterstützung resultieren. Im Zuge der wirtschaftlichen Liberalisierung gewann die internationale Zusammenarbeit der Gewerkschaften an Bedeutung. Solidarität wird dabei zwar als unverzichtbar begriffen, ist jedoch als gelebte Praxis mitunter schwer zu verwirklichen, zumal es zu Zielkonflikten zwischen nationalen und internationalen Interessen kommen kann. Gerade in Krisensituationen ist die Gefahr der nationalen Abkapselung hoch. Tatsächlich muss jedoch gelten:

Wie die Menschenrechte insgesamt, so sind auch die ArbeitnehmerInnenrechte unteilbar, so Walter Sauer, internationaler ÖGB-Sekretär (siehe [VÖGB-Skript](#) ).

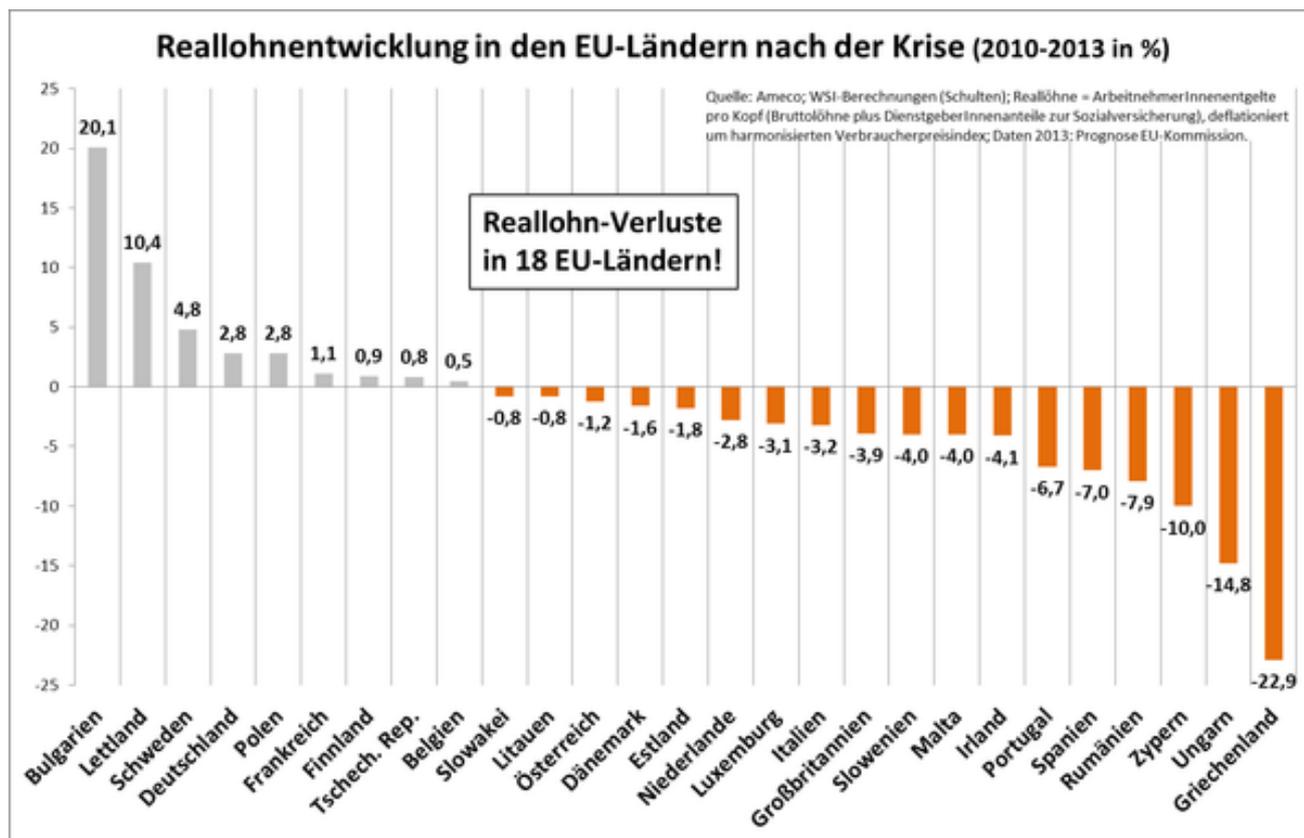
Angesichts der Krise wird vielerorts die „**Europäische Solidarität**“ beschworen. Dahinter steht vor allem die Idee der Solidarität zwischen Staaten bzw. Nationen. Bereits im EU-Vertrag wird von der Stärkung der „Solidarität zwischen den Völkern unter Achtung ihrer Geschichte, ihrer Kultur und ihrer Tradition“ gesprochen. „Europäische Solidarität“ hat jedoch mindestens ebenso viele Komponenten wie der Solidaritäts-Begriff selbst (vergleiche [Steffen Mau](#)): Eigennutzsolidarität, Verbundenheitssolidarität, Mitgefühlssolidarität, BürgerInnensolidarität - letztere bezieht sich auf im Zuge der „EU-BürgerInnenrolle“ institutionell verankerte Rechte und Pflichten, etwa dem aktiven und passiven Wahlrecht zum EU-Parlament. Bewegungssolidarität bezieht sich auf die ArbeiterInnenbewegung, wobei der Bogen von Klassensolidarität über gewerkschaftliche Solidarität bis zu zivilgesellschaftlichen Bewegungen für ein soziales Europa gespannt werden kann.

### **Warum braucht es eine Solidarität der ArbeitnehmerInnen in Europa?**

Die Frage der Solidarität der ArbeitnehmerInnen stellt sich heute in der EU und insbesondere im Euroraum aus folgenden Gründen immer dringender:

- **Schwächung der Gewerkschaften und autoritäre Eingriffe in Lohnpolitik**

Zu den Eckpfeilern des in Europa vorherrschenden Sozialmodells gehört die tarifvertragliche Regulierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen, die durch eine im Vergleich zu anderen Weltregionen hohe Tarifbindung gekennzeichnet ist: zwei Drittel aller in der EU Beschäftigten sind laut Thorsten Schulten durch Kollektivverträge geschützt ([WSI](#) ). Das wird heute aber durch den von der Troika betriebenen Interventionismus in die Lohn- und Kollektivvertragspolitik gefährdet. Dadurch wurde in kürzester Zeit eine radikale Dezentralisierung der Tarifvertragssysteme und Aushöhlung des Flächentarifvertrags herbeigeführt, worauf eine lohnpolitische Absenkungsspirale folgt(e) (siehe dazu [FES](#) und [WSI](#) ).



Ameco/WSI

Einige Beispiele für die erzwungene Verbetrieblichung der Tarifpolitik in Teilen Europas sind die Erweiterung der betrieblichen Abweichungen von Branchentarifverträgen (Italien, Portugal, Spanien, Griechenland); der uneingeschränkte Vorrang von Haustarifverträgen bei gleichzeitiger Aufhebung des Günstigkeitsprinzips (Griechenland, Spanien) und die Einschränkung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen (Portugal, Rumänien, Griechenland). Zudem mussten sich alle Länder unter dem „EU-Rettungsschirm“ zu Lohnkürzungen im öffentlichen Sektor verpflichten (siehe Tabelle). Die Folge ist ein Reallohnverlust in 18 Ländern seit der Krise (siehe Graphik). Abseits der Arbeitswelt setzen sich ebenso weitreichende Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Bildungsbereich fort. Werden Sozialstaat und Gewerkschaften in Südeuropa geschwächt, kommen durch die Prozesse des Lohn- und Sozialdumpings auch west- und osteuropäische Gewerkschaften unter Druck.

<b>Staatliche Eingriffe in die Lohnpolitik der EU-Staaten unter Troika-Einfluss</b>		
<b>Löhne im öffentlichen Sektor seit 2009</b>		
<b>Allgemeiner Lohnstopp seit 2009/2010</b>	Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland, Rumänien, Ungarn, Lettland	
<b>Verordnete Lohnkürzungen</b>	<b>5 - 10 %</b>	Spanien, Portugal, Irland, Italien
	<b>15 - 30 %</b>	Griechenland, Rumänien, Ungarn, Lettland
<b>Abschaffung des Jahresbonus</b>	Portugal, Rumänien, Ungarn, Spanien	
<b>Gesetzliche Mindestlöhne</b>		
<b>Kürzung</b>	Griechenland, Irland	
<b>Einfrieren</b>	Spanien, Portugal, Rumänien, Lettland	
Quelle: WSI, Thorsten Schulten Mai 2013		

- **Verlagerung von Kompetenzen über Haushalts- und Wirtschaftspolitik auf die EU-Ebene:**

Durch die Krise kam es zu verstärkten wirtschaftspolitischen Vorgaben seitens der EU-Ebene. Jene Länder sind davon massiv betroffen, die sich in den „Rettungsprogrammen“ befinden. Aber auch alle anderen Mitgliedstaaten werden an Regeln gebunden, die sich vor allem an neoliberalen Dogmen orientieren. Dies betrifft einerseits die Budgetpolitik im Sinne einer Vorgabe und Überwachung starrer Defizit- und Schuldengrenzen. Andererseits werden auch hinsichtlich der allgemeinen Wirtschaftspolitik Vorgaben (bzw. Empfehlungen) gemacht (bzw. sind geplant), deren primäres Ziel in der Steigerung angebotsseitiger Wettbewerbsfähigkeit liegt. Dies bedeutet einen immer höheren Druck auf Löhne, Arbeitsbedingungen, Sozialleistungen und einer Aushöhlung von Gewerkschaftsrechten.

Zur Verwirklichung einer „**echten Wirtschafts- und Währungsunion**“ sind unter anderem bilaterale „Wettbewerbsverträge“ gedacht. Diese sollen an einen so bezeichneten „Solidarmechanismus“ geknüpft werden, d.h. an eine finanzielle Unterstützung, die an „strenge Auflagen geknüpft“ sind, womit die Umsetzung der „vereinbarten Reformen“ gemeint ist. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich die geradezu irreführende Verwendung des Begriffs „Solidarität“. Es ist daher essentiell, dass Solidarität weiterhin im Sinne der ArbeiterInnenbewegung interpretiert, mit Visionen erfüllt und vor allem auch gelebt wird.

### **Was kann Europäische Solidarität der ArbeitnehmerInnen bedeuten?**

Eine **moderne Form der Solidarität der ArbeitnehmerInnen** schließt zwischenstaatliche Solidarität mit ein, geht aber noch über diese hinaus:

- **Zwischenstaatliche Solidarität:**

Nationaler Rückzug und gegenseitige Vorurteile bringen keineswegs die notwendige Neuorientierung, sondern verstellen vielmehr den Blick auf gemeinsame Interessen. So geht die aktuelle EU-Krisenpolitik äußerst einseitig zu Lasten von Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen, während etwa sehr Vermögende - egal in welchem Land - nicht bis vergleichsweise wenig belastet werden. Aber auch ohne die krisenhafte Entwicklung kommt es vielfach aufgrund des verstärkten Lobbyings zum Vorrang wirtschaftlicher Partikularinteressen vor gesamtwirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Zielen.

- **Solidarität der ArbeitnehmerInnen:**

Der Entwicklung von Ungleichheit zwischen den gesellschaftlichen Gruppen muss intensiv begegnet werden. Das kurzfristige Ziel einer EU-weiten solidarischen Bewegung muss die Abwehr zerstörerischer Kürzungs- und Wettbewerbspolitik sein. Ein wichtiger Schritt dabei ist die europäische Koordinierung der Kollektivvertragspolitik – mit einer Orientierung an der mittelfristigen Produktivität und einer Stärkung von Flächentarifverträgen sowie Überlegungen für eine europäische Mindestlohnpolitik (siehe **EGB**). Mittel- und langfristig geht es um die stetige Durchsetzung der ArbeitnehmerInneninteressen auf EU-Ebene.

Eine moderne europäische Solidarität hat nicht zum Ziel, dass die breite Bevölkerung aus „reicheren“ Staaten zugunsten jener aus „Krisenstaaten“ Verzicht übt. Vielmehr ist die Erlangung einer fairen Verteilung der Einkommen und Vermögen in allen europäischen Staaten anzustreben. Daraus resultiert ein gemeinsames Interesse von ArbeitnehmerInnen, Jugendlichen, Älteren und sozial Benachteiligten aus ganz Europa an solidarischer Wirtschaftspolitik. Diese hat mehrere Dimensionen: eine beschäftigungsfördernde Konjunkturpolitik, solide soziale Sicherungsnetze, zwischenstaatliche Kooperation statt Konkurrenz, Stärkung des makroökonomischen Dialogs, stabiler Finanzsektor, steuerpolitische Koordination (Bekämpfung von Steuerwettbewerb und Steuerflucht). Das Ziel europäischer Solidarität ist dabei nicht die internationale Ab- und Ausgrenzung, sondern auch der Einsatz für ein faires Europa - etwa im Bereich der Handelsbeziehungen.

### **Beispiele für modern gelebte Solidarität in Europa**

Aufgrund des mit der Austeritätspolitik einhergehenden massiven sozialen Rückschritts kommt es vor allem im südlichen Europa wiederholt zu Generalstreiks und Großdemonstrationen. Darüber hinaus werden aber auch gesamteuropäische Aktionen gestartet, wie zum Beispiel die Aktionstage des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), organisationsübergreifende Initiativen wie „Blockupy“ in Frankfurt/Main oder der „Alter Summit“ in Athen. Im Rahmen des Aufrufs „Europa geht anders“ fordern tausende UnterzeichnerInnen – darunter zahlreiche Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Gewerkschaften und NGOs – aus sämtlichen EU-Staaten „Demokratie und Soziale Sicherheit in Europa statt weiteren Sozialabbau durch den ‘Wettbewerbspakt’!“.

Bleibt zu hoffen, dass sich in Zukunft noch mehr Menschen auch in Mittel- und Nordeuropa derartigen europaweiten solidarischen Aktionen anschließen und nicht zuletzt im eigenen Interesse ein kräftiges Zeichen für einen (wirtschafts-)politischen Kurswechsel setzen. Denn: „Speziell die Lage im südlichen Europa könnte die Spitze des Eisbergs sein: Ohne soziale und wirtschaftliche Solidarität könnte sich das, was in diesen Staaten gerade passiert, auf ganz Europa ausweiten.“ (EGB-Jugendkomitee ).

**Tomasz Konicz**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 13. November 2013



## **Neoliberaler Extremismus**

### **Wie die neoliberale Hegemonie die Formierung der europäischen Neuen Rechten befördert**

Sind Europas rechte Rattenfänger die wahren politischen Krisenprofiteure? Die Eurokrise scheint tatsächlich vor allem eine politische Entwicklung beschleunigt zu haben: den Aufstieg einer populistischen oder extremistischen Rechten, der sich in Wahlerfolgen wie erschreckend hohen Zustimmungswerten äußert. Wahlsiege von Rechtsparteien oder eine im Aufstieg befindliche Rechtsbewegung charakterisieren die politische Landschaft in so unterschiedlichen Ländern wie Österreich, Norwegen, Großbritannien, Finnland, Ungarn, Griechenland oder der Schweiz.

Selbstverständlich reiht sich auch das Wahlergebnis in der Bundesrepublik in diesen europäischen Rechtstrend ein. Werden die Stimmen der knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten FDP und der „Alternative für Deutschland“ (AfD) mit denen der CDU addiert, dann haben rund 51 Prozent aller an der vergangenen Bundestagswahl teilnehmenden Bundesbürger ihre Stimme einer Partei der politischen Rechten gegeben. Zudem wächst gerade mit der AfD eine klassisch rechtspopulistische Kraft heran, die ihre programmatische Euroskepsis mit deutschtümelndem Chauvinismus und offenem Hass auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen paart.

Während Parteichef Bernd Lucke im Wahlkampf unter tosendem Applaus vor dem „sozialen Bodensatz“ warnte, den „Ausländer“ in der Bundesrepublik bilden würden, forderte der außenpolitische Sprecher der AfD gar eine Rückkehr zur bismarckschen Außenpolitik und eine „selbstbewusste Vertretung nationaler Interessen“ durch Berlin – ganz so, als ob es nicht die Bundesregierung gewesen wäre, die Europa das eiserne Spardiktat aufoktrozierte, unter dem viele Krisenländer leiden. Dass auch Arbeitslose für die Rechtspopulisten ebenfalls nur Menschen zweiter Klasse darstellen, machte etwa der AfD-Mann Konrad Adam deutlich, der allen Ernstes die Abschaffung des Wahlrechts für alle Bundesbürger forderte, die nicht ihren Lebensunterhalt selber verdienen können.

## Der Extremismus der Mitte

Dabei stammt das Personal der AfD - deren Spitzenkräfte den Vorwurf des Populismus empört zurückweisen - keinesfalls von den „Rändern“ der Gesellschaft. Es sind honorige, gutbürgerliche Gestalten wie eben der Wirtschaftsprofessor Lucke, oder Figuren aus der Oberschicht wie die Lobbyistin Beatrix von Storch, die das mediale Erscheinungsbild der „Professorenpartei“ AfD prägen. Ähnlich verhält es sich bei den meisten rechtspopulistischen Parteien Europas, deren Führungsfiguren und Parteianhang überwiegend in der Mittel- und Oberschicht der betroffenen Länder zu finden sind.

Diese Tendenz zur Ausbildung eines buchstäblichen „Extremismus der Mitte“ spiegelt sich auch in der Ideologie, die von diesen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Bewegungen transportiert wird. Die Neue Rechte greift dabei auf Anschauungen, Wertvorstellungen und ideologische Versatzstücke zurück, die im Mainstream der betroffenen Gesellschaften herrschen. Diese Mittelschichtideologie, deren Ausformung maßgeblich von der neoliberalen Hegemonie der vergangenen drei Jahrzehnte geprägt wurde, wird in Reaktion auf die Krisendynamik zugespitzt und ins weltanschauliche Extrem getrieben. Es sind somit keine „äußeren“, der bürgerlichen Mitte entgegengesetzte Kräfte, die nun viele zivilisatorische Standards infrage stellen. Die krisenbedingt verunsicherte Mitte brütet die Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen ganz in Eigenregie aus.

Der Begriff des Extremismus kann die Grundlagen dieser Krisenideologie - die im Bestehenden und scheinbar „Alltäglichen“ wurzelt - aber nur dann erhellen, wenn er ernst genommen, und nicht nur als eine rein formale Begriffshülse verwendet wird, mit der in totalitarismustheoretischer Diktion Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums belegt werden. Stattdessen gilt es, die Grundzüge der weltanschaulichen Wahnsysteme des europäischen Rechtspopulismus nachzuzeichnen, um so die Kontinuität zwischen neoliberaler und rechtspopulistischer Ideologie aufzuzeigen. Was konkret wird von der Rechten ins Extrem getrieben? Erst bei dieser Auseinandersetzung mit dem konkreten Inhalt der neurechten Ideologie - sowie deren Verwurzelung im Mainstream der spätbürgerlichen Gesellschaften - wird der besagte Begriff des Extremismus der Mitte voll verständlich.

## Kult der Konkurrenz

Welche ideologischen Vorstellungen, die der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der „Mitte“ einpflanzte, werden also von der Neuen Rechten zugespitzt und ins Extrem getrieben? An erster Stelle steht das zugespitzte Konkurrenzdenken, das inzwischen nahezu alle Gesellschaftsbereiche erfasst hat. Der Neoliberalismus hat die Konkurrenzprinzipien bewusst auch innerhalb der Arbeiterschaft und unter den Lohnabhängigen gefördert, um hierdurch das Solidaritätsprinzip auszuhöhlen und Gegenwehr zu minimieren. Inzwischen konkurrieren nicht nur die Belegschaften unterschiedlicher Konzerne gegeneinander, auch innerhalb der Unternehmen werden die einzelnen Standorte in ein Konkurrenzverhältnis gedrängt - etwa bei drohenden Betriebsschließungen oder bei der Vergabe von Produktionsaufträgen. Hinzu kommen autoritäre, breitpropagierte Praktiken individueller „Selbstoptimierung“ mit denen Lohnabhängige auf den individuellen Konkurrenzkampf im Betrieb geeicht werden. Neben der zunehmenden Konkurrenz auf betrieblicher Ebene etablierte sich noch das Standortdenken, bei dem die Länder zu bloßen „Wirtschaftsstandorten“ verkamen, die in allseitiger Konkurrenz zueinanderstehen.

Und selbstverständlich haben Rechtspopulismus wie Rechtsextremismus in all ihren Spielarten das Konkurrenzprinzip schon immer begeistert aufgenommen und auf vielfältige Art und Weise modifiziert und zugespitzt. Diesem Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsweise verleihen rechte Ideologien einen „höheren,“ zeitlosen Sinn, indem die Konkurrenz als Kampf zu einem ewigen Grundprinzip menschlichen Zusammenlebens imaginiert wird: Die ideologische Spannweite reicht hier von sozialdarwinistischen Vorstellungen, bis zu dem manichäischen Wahnsystem des deutschen Nationalsozialismus, der einen ewigen Konkurrenz- und Überlebenskampf zwischen unterschiedlichen „Rassen,“ und insbesondere den Ariern und Juden halluzinierte.

In der deutschen Öffentlichkeit erfuhr eine biologistisch aufgeladene Zuspitzung des Konkurrenzgedankens spätestens im Gefolge der Sarrazin-Debatte im Sommer 2010 ihren Durchbruch. Sarrazin sah in seinem Machwerk „Deutschland schafft sich ab“ die Ursachen der von ihm postulierten „Verdummung“ in einem Mangel an Selektion im wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsdeutschland, sowie im Zuzug von Ausländern aus Regionen mit einer minderwertigen

genetischen Disposition. Hierdurch hätten sich vor allem die „Dummen“ besonders stark vermehrt. Nicht der Abbau des Sozialstaats habe laut Sarrazin zum Aufkommen einer „Unterschicht“ und zu den sozialen Erosionsprozessen in der BRD beigetragen, sondern gerade die Errichtung eines Sozialstaats und die damit einhergehende Zurückdrängung des Konkurrenzprinzips. Sarrazin spricht in diesem Zusammenhang offen von fehlender „darwinscher, natürlicher Zuchtwahl im Sinne von 'survival of the fittest'.“

Von dieser Reanimierung des Sozialdarwinismus im Hinblick auf die bundesrepublikanischen Prekarisierungsschübe - die maßgeblich durch die Agenda 2010 initiiert wurden - war es nur noch ein kleiner Schritt, um auch der Eurokrise eine korrespondierende sozialdarwinistische Interpretation zu verpassen. Der zuerst nach innen fokussierte ideologische Blick, der überall nur „natürliche Zuchtwahl“ walten sehen will, wurde folglich nach außen gerichtet. Nun wurden rassisch oder kulturell bedingte Mängel und Unzulänglichkeiten in der Bevölkerung Südeuropas halluziniert, um den Krisenverlauf zu rationalisieren und die harsche deutsche Sparpolitik in Europa zu legitimieren. Die Südeuropäer galten plötzlich aufgrund ihrer genetischen Veranlagung oder ihrer kulturellen Prägung als faul, verschwendungssüchtig und korrupt.

Gerade in der Eurokrise trat der Kult des Konkurrenzprinzips als Gemeinsamkeit sowohl neoliberaler wie rechtspopulistischer Krisenideologie klar zum Vorschein. Den Opfern der kapitalistischen Krisen kann vermittels dieser Konkurrenzideologie die Schuld für die krisenbedingten Verwerfungen in die Schuhe geschoben werden. Es findet eine Personifizierung der Krisenursachen statt. Das Scheitern in der Konkurrenz ist laut dem Neoliberalismus nicht Ausdruck zunehmender Widersprüche und Krisen im Kapitalismus, sondern der Minderwertigkeit der betroffenen Personen: Du bist schuld, wenn du scheiterst – dies ist das Mantra des Neoliberalismus. Die neue Rechte hat diese Ideologie konsequent zugespitzt und buchstäblich erweitert: Die (rassische oder kulturelle) Minderwertigkeit wird nicht nur beim individuellem Scheitern konstatiert, sondern auch beim scheinbaren „kollektiven Scheitern“ einer Nation im Standortwettbewerb.

## Totalitärer Ökonomismus

Eine weitere Kontinuitätslinie, die zwischen Neoliberalismus und dem heutigen Rechtspopulismus besteht, stellt die zentrale Rolle ökonomischer Begriffe und Kategorien in der Programmatik und Rhetorik der Neuen Rechten dar. Darin spiegelt sich die nahezu totale Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die betriebswirtschaftliche Logik, die vom Neoliberalismus nicht nur durch die landläufigen Privatisierungskampagnen, sondern auch durch die Zurichtung vieler dezidiert nichtökonomischer Sphären - Bildung, Forschung, Kultur, etc. - entlang von Wirtschaftsinteressen forciert wurde. Hier ist eindeutig ein Wandel rechter Ideologie zu konstatieren, der diesen Prozess der Landnahme der Ökonomie bejaht und ideologisch überhöht. Die rechtsextreme Vorstellung einer rassistisch reinen „Volksgemeinschaft,“ wie sie der Nationalsozialismus propagierte, weicht nun der Wahrnehmung der Nation als Leistungsgemeinschaft, in der prinzipiell alle Leistungswilligen willkommen seien – bei gleichzeitigem Ausschluss der ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Seine zugespitzte Artikulierung fand dieser totalitäre Ökonomismus in der besagten, aus den Reihen der AfD erhobenen Forderung nach einer Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose.

Diese Wandlung der Exklusionsmuster geht aber offensichtlich nicht mit einem Rückgang der rassistischen und xenophoben Ressentiments einher. Es findet hingegen eine Neuformierung von Kulturalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt, die gerade ökonomisch vermittelt wird. Die kulturelle oder rassistische Hierarchisierung von Nationen und Minderheiten wird bei diesen ökonomisch grundierten Ressentiments gerade aus ihrer wirtschaftlichen Stellung in der Weltwirtschaft oder in der betreffenden Volkswirtschaft abgeleitet. Wirtschaftlicher Erfolg deutet auf überlegene Gene oder eine überlegene Kultur hin, während Verarmung und Marginalisierung im Umkehrschluss auf genetische oder kulturelle Mängel zurückgeführt werden. Die Gesellschaftssphäre der Ökonomie wandelt sich in dieser Ideologie zur „zweiten Natur“ menschlicher Existenz, zu einem Wirtschaftsdschungel, der durch seine Selektionsmechanismen die „natürliche Zuchtwahl“ zwischen den einzelnen Konkurrenzsubjekten wie auch den „Wirtschaftsstandorten“ vornimmt – und so eine Hierarchie von rassistisch oder kulturell überlegenen oder minderwertigen Menschengruppen definiert.

Dieses Andocken des Rechtspopulismus an den neoliberalen Standortdiskurs - bei dem das Standortdenken mit kulturalistischen oder rassistischen Ressentiments angereichert wird - äußert sich aber auch in einer verstärkten Hetze gegen alle Menschen im Inn- und Ausland, die als „unnütze“ Kostenfaktoren wahrgenommen werden. Hier werden wiederum die in der Mitte herrschenden ideologischen Anschauungen ins Extrem getrieben. Der moderne Rechtspopulist agiert wie ein Neoliberaler auf Aufputzmitteln, der die hinlänglich bekannte neoliberale Polemik gegen die „Loser“ und die „Unterschicht“ abermals um eine rassistische Komponente erweitert. Der Übergang von neoliberaler zu rechtspopulistischer Hetze gegen die wirtschaftlich „Überflüssigen“ kann in Deutschland anhand der öffentlichen Auseinandersetzungen bei der Durchsetzung der Agenda 2010 und während der Sarrazin-Debatte nachvollzogen werden. Während die Legitimierung etwa der Hartz-IV-Arbeitsgesetze mit einer allgemeinen Polemik gegen „Sozialschmarotzer“ und „Leistungsverweigerer“ einherging, griff Sarrazin bereits auf rassistische und sozialdarwinistische Argumentationsmuster zurück, bei denen die Feindbilder des Sozialschmarotzers und des Ausländers verschmolzen, um das durch die Agendapolitik verursachte Elend zu rationalisieren.

### **TINA – There is no Alternative**

Die dritte große Parallele zwischen Neoliberalismus und neuen Rechtspopulismus formulierte schon Margaret Thatcher bei der neoliberalen Transformation Großbritanniens in den 80ern: „There is no Alternative.“ Es gebe keine Alternative zu dem Sozialkahltschlag und den Privatisierungen, die Gesellschaft habe sich dem „Notwendigen“ zu fügen und das Beste daraus zu machen. Dieses Mantra von der Alternativlosigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Verfassung und der neoliberalen Politik – oftmals auch als „TINA-Prinzip“ bezeichnet – gehört seitdem zu dem Standardrepertoire neoliberaler Argumentationsmuster. Im deutschsprachigen Raum brachte dieser Diskurs das Wortungetüm des (ökonomischen) „Sachzwangs“ hervor, dem die (neoliberale) Politik bestmöglich folgen müsse. Mit dieser blinden Unterordnung und Unterwerfung unter die Grundprinzipien einer krisengeschüttelten Ökonomie werden aber autoritäre Tendenzen entscheidend gestärkt und die Demokratie ausgehöhlt. Wenn es keine Alternative mehr gibt, wenn wir nichts mehr zu Wählen haben, wozu sollen dann überhaupt noch Wahlen abgehalten

werden? Schließlich bildet die schiere Existenz von Alternativen die logische Voraussetzung einer Wahl – ohne Wahlmöglichkeiten in essenziellen Wirtschaftsfragen verkommt aber jeder Urnengang zu einem bloßen Wettstreit um die bestmögliche Realisierung von „Sachzwängen“. Eigentlich ist auch dieser Diskurs nichts Neues: die von der Aufklärung geprägten sozialen Bewegungen im 19. Jhd. unterschieden zwischen dem „Reich der Notwendigkeit“ und dem „Reich der Freiheit“.

Nirgends wurde die Ohnmacht des Parlamentarismus stärker sichtbar als in der gegenwärtigen Eurokrise. Das TINA-Prinzip wurde von der deutschen Krisenpolitik auf die Spitze getrieben, indem Berlin im Rahmen seines europaweit verordneten Spardiktats die Südeuropäer in Wirtschaftsdepression und Massenverarmung trieb. Eine offensichtlich gescheiterte Austeritätspolitik und die damit einhergehenden Verelendungsschübe im Süden der Eurozone wurden von der Bundesregierung als alternativlos dargestellt. Insbesondere in Griechenland führte dies dazu, dass die Wähler bei den Parlamentswahlen 2012 nur zwischen unterschiedlichen Wegen in den volkswirtschaftlichen Ruin wählen konnten. Auf dieser Bankrotterklärung der etablierten Politik konnten gerade die Rechtsextremisten der „Goldenen Morgenröte“ aufbauen und ihre Wahlerfolge erringen, die mit einer dezidiert antidemokratischen Rhetorik operieren, wie der Parteiführer Nikos Michaloliakos in einer öffentlichen Rede klar machte:

*„Wenn wir stark werden, werden wir ohne Gnade sein. Wenn es notwendig ist, werden wir unsere Hände schmutzig machen. Wenn es notwendig ist, werden wir keine Demokraten sein.“*

Die Gnadenlosigkeit der griechischen Neonazis spiegelt dabei selbstverständlich nur das gnadenlose und famos scheiternde neoliberale Austeritätsregime, dem das geschundene Mittelmeerland unterworfen wurde. Neben den ideologischen Kontinuitätslinien befördert somit auch die konkrete, neoliberale politische Praxis das Aufkommen rechtsextremer Bewegungen. Die Neonazis verinnerlichen den ungeheuren Druck, den die Politik (der Troika) auf nahezu alle Sphären der griechischen Gesellschaft ausübt, um ihn dann vermittelt der besagten Personifizierung von Krisenursachen auf äußere Feindbilder zu projizieren: auf Ausländer, Migranten, Juden, Obdachlose oder Roma.

Der Rechtsextremismus akzeptiert implizit die postulierte Alternativlosigkeit der Krisenpolitik und geht dazu über, die Krisenfolgen auf „äußere“ Bevölkerungsgruppen abzuwälzen, die zu Krisenverursachern gestempelt werden. Damit wird letztendlich die zunehmende Krisenkonkurrenz exekutiert, die nun entlang ethnischer oder religiöser Trennlinien geführt wird. Die von der Rechten in all ihren Schattierungen propagierte Diskriminierung von Minderheiten weist immer einen materiellen Kern auf, sie geht mit der Verweigerung von Lebenschancen und Entfaltungsmöglichkeiten einher, die nur der Mehrheitsbevölkerung vorbehalten bleiben sollen. Knallharte Sparpolitik führt somit in Krisenzeiten zu einer Stärkung rechtsextremer Bewegungen, da hierdurch autoritäre Tendenzen forciert, und die Ausgrenzung von Minderheiten in der Krisenkonkurrenz befördert wird – ein Blick auf die Austeritätspolitik in der Endphase der Weimarer Republik, die den Aufstieg der NSDAP begleitete, müsste da eigentlich genügen.

**Robert Misik**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 16. Mai 2013



## **Das ideologische Mantra "Wettbewerbsfähigkeit"**

### **Warum Merkels Pakt zur Zerstörung Europas verhindert werden muss**

Als vor rund eineinhalb Jahren der EU-Fiskalpakt geschnürt wurde, war das ja praktisch so: Deutschland, das mächtigste Land Europas, hat allen anderen Euro-Zonenländern das deutsche Modell der "Schuldenbremse" aufgezwungen, trotz aller Warnungen, dass damit auch nachhaltige öffentliche Investitionen erschwert würden und antizyklische Wirtschaftspolitik gleichsam verboten würde. Kurzum: Dass die Dummheit Gesetz würde. Aber aus Angst vor den Märkten, die ja bekanntlich immens nervös und stets schlecht gelaunt sind, musste alles ganz schnell gehen. So haben auch sozialdemokratische Regierungschefs, die es eigentlich besser wissen sollten, zugestimmt, und daheim haben sie sich diese Zustimmung von ihren Parlamentariern absegnen lassen. Die Zustimmung wird in der Regel in solchen Fällen mit drei Erpressungslogiken erzwungen: Erstens, müsse man auf die "politische Mitte", den "Mainstream" schießen, und diese Mitte sei für vernünftige Wirtschaftspolitik nicht zu gewinnen; zweitens habe man nun eben schon zugestimmt, und eine Ablehnung käme einer Desavouierung des eigenen Regierungschefs gleich; und drittens, würden "die Märkte" bestimmt ganz arg böse, wenn man eine Zustimmung verweigern würde.

Demnächst könnten wir ein Da-Capo dieses üblen Schauspieles erleben: Beim EU-Gipfel im Juni soll eine Vertragsvereinbarung über einen "Konvergenz- und Wettbewerbspakt" unterzeichnet werden, der wiederum von der deutschen Regierung vorangetrieben wird. Dessen Geist wird vom Mantra der „Wettbewerbsfähigkeit“ geprägt sein.

Um kurz und salopp zu schildern, worum es geht: Wenn heute ein Land wie Griechenland oder Zypern in Refinanzierungsprobleme gerät, schlüpft es unter den EU-Rettungsschirm, und im Austausch dafür reitet die Troika ein (die "Destroika" aus Vertretern von EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und dem Weltwährungsfond IWF) und oktroyiert neoliberale "Reformen"; und zwar nicht nur Sparmaßnahmen, die direkt auf die Reduktion der Staatsdefizite

abzielen, sondern auch auf "Reformen", die damit nichts zu tun haben: Arbeitsmarktderegulierungen, Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen zur Stärkung der "Wettbewerbsfähigkeit" der betroffenen Länder (siehe den Beitrag von Thorsten Schulten in dieser Ausgabe).

### **(Des-)Troika für alle!**

Das Traurige aus Sicht der neoliberalen und konservativen Scharfmacher: Das können sie bisher eben nur mit Ländern machen, die Hilfskredite aus den Rettungsschirmen in Anspruch nehmen. Allen anderen kann man leider nichts befehlen.

Das soll sich mit dem "Konvergenz- und Wettbewerbspakt" ändern. Der Pakt wird de facto heißen: (Des-)Troika für alle.

Das vertrackte ist daran: Grundsätzlich ist so ein Pakt sinnvoll. Denn die Währungsunion funktioniert ja auch deshalb so schlecht, weil hier ökonomisch sehr verschiedene Länder, die auch noch eine unterschiedliche Wirtschaftspolitik verfolgen, eine gemeinsame Währung haben. Makroökonomische Ungleichgewichte können über die Währungspolitik nicht mehr korrigiert werden. Deshalb muss verhindert werden, dass sich die Mitglieder der Währungsunion, also die einzelnen nationalen Volkswirtschaften zu stark auseinander entwickeln. Aus diesem Grund haben auch progressive Kräfte und Regierungen seit jeher eine "europäische Wirtschaftsregierung" gefordert.

### **Kostensenkungs-Spirale nach unten**

Ein Pakt für "Konvergenz- und Wettbewerbsfähigkeit", der die Handschrift der deutschen schwarz-gelben Regierung trägt, wird aber die Betonung auf Wettbewerbsfähigkeit legen und von dem sozial-ökonomischen Zerrbild ausgehen, dass wir in Europa alle gegeneinander konkurrieren und stabiles Wachstum nur erreicht werden kann, wenn alle immer wettbewerbsfähiger werden. Wie absurd das ist, sieht man im Grunde auf den ersten Blick: Deutschland wurde "wettbewerbsfähiger", weil es die Lohnkosten in den vergangenen Jahren gedrückt hat (das heißt: Niedriglohnssektoren eingeführt, nur sehr geringe Lohnerhöhungen für Normalverdiener realisiert

und den Arbeitsmarkt dereguliert hat etc.), was die relative Wettbewerbsposition der anderen verschlechtert hat. Wenn die nun versuchen, ähnlich "wettbewerbsfähig" wie die Deutschen zu werden, oder sogar noch "wettbewerbsfähiger", dann müssen die Deutschen wieder reagieren - man kann dieses Spiel ewig weiter spielen. Am Ende würden wir alle in Niedriglohnsektoren arbeiten, dafür aber wunderbar wettbewerbsfähig sein, mit dem unbequemen Nachteil, dass es in Europa niemanden mehr gibt, der/die unsere schönen Güter, die wir in unserer großartigen Wettbewerbsfähigkeit herstellen, noch kaufen kann. Und das, obwohl für alle europäischen Volkswirtschaften zusammen der europäische Markt den gemeinsamen Absatzmarkt darstellt, es also überhaupt keinen Grund gibt, sich gegenseitig nieder zu konkurrieren. Griechenland in einen Wettbewerb mit Deutschland zu hetzen ist etwa genauso intelligent, wie Neukölln in einen Kostenreduktions-Wettbewerb mit dem Wedding zu hetzen. Würde man in Europa Wirtschafts- und Produktivitätswachstum und Lohnzuwächse gemeinsam in Einklang bringen, so dass eben alle drei Faktoren wachsen, wäre das für eine gesunde ökonomische Entwicklung viel sinnvoller.

Es ist aber eine unbegründete Hoffnung, dass entsprechende vernünftige Elemente in dem "Konvergenz- und Wettbewerbsfähigkeitspakt" überwiegen werden. Dafür werden Angela Merkel und ihre Verbündeten schon sorgen. Merkel hat das zuletzt in Davos in unverfrorener Offenheit bereits angekündigt:

"Wir wollen in Europa - und darüber sind wir uns in der Europäischen Union auch einig - die Wirtschafts- und Währungsunion zu einer Stabilitätsunion fortentwickeln. Das ist das Gegenteil von einer kurzfristigen Notoperation. Es ist vielmehr ein dauerhaft angelegter Weg - ein Weg, dessen Leitplanken Strukturreformen für mehr Wettbewerbsfähigkeit auf der einen Seite und Konsolidierung der Staatsfinanzen auf der anderen Seite sind. Ich will hier noch einmal betonen, dass für mich beides sehr eng zusammen hängt. Konsolidierung und Wachstum sind im Grunde zwei Seiten ein- und derselben Medaille, wenn es darum geht, Vertrauen zurück zu gewinnen."

Wie sich die EU-Kommission den Fahrplan vorstellt, haben die Kolleginnen und Kollegen vom stets gut informierten "Transeurope"-Portal so zusammengefasst:

"Phase II (2013-2014: - Die Kommission soll im Laufe des Jahres 2013 einen Vorschlag erarbeiten, wie eine engere *ex ante* Koordinierung von wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen

"Reformen" der Mitgliedstaaten aussehen kann.

- Alle Länder, die den Euro nutzen, sollen Verträge mit der EU-Kommission über "Strukturanpassungsmaßnahmen" abschließen.

Phase III (nach den Europa-Parlamentswahlen 2014): - Die "ökonomische Souveränität der Mitgliedstaaten soll progressiv auf der EU-Ebene gepoolt werden", was eine Änderung der EU-Verträge impliziert.

- Ein Eurozonen-Budget soll eingerichtet werden.

Eine "Konferenz von Repräsentanten der relevanten Ausschüsse des Europa-Parlaments und Repräsentanten der relevanten Ausschüsse der nationalen Parlamente" soll die demokratische Legitimität dieser neuen Struktur sichern."

Die Politik, die Merkel und Co. den "Krisenländern" aufgezwungen haben, hat dort zu einer sozialen Katastrophe geführt, in der Eurozone als ganzes zu einer Rezession und jetzt soll sie auch noch auf alle Länder der Eurozone erweitert werden. Unter diesen Vorzeichen wird der "Pakt für Wettbewerbsfähigkeit" zu einem Pakt der Zerstörung der Europäischen Union. Deshalb sollte er verhindert werden. Die deutschen Sozialdemokraten sollten ebenso jede Zustimmung unterlassen, wie die Sozialdemokraten in der Regierung, wie etwa die österreichischen, die durch ein Veto des Regierungschefs den Pakt scheitern lassen können.

### **Konkurrenz und Konkurrenz-Ideologie**

Wenn man über den aktuellen Anlass ein wenig hinaus denkt, muss man auch die Frage stellen, warum sich überhaupt dieses schiefe Bild derart durchsetzen konnte, welches einzelne Regionen und Länder eines gemeinsamen Wirtschaftsraums als "Konkurrenten", statt als Partner begreift. Warum ist dieses Mantra des "Wettbewerbs" und der "Wettbewerbsfähigkeit" derart dominant, dass sich selbst jene, die es besser wissen sollten, oft nicht mit *Verve* dagegen zu argumentieren trauen?

Womöglich stößt uns das auf ein viel verstörenderes Problem: Nämlich, dass die Wettbewerbsideologie längst zur Dummheit unseres Zeitalters schlechthin geworden ist.

Denn dass wir alle stets im Wettbewerb miteinander stehen - und dass das letztendlich sogar gut ist -, das hat man in unsere Köpfe hineingehämmert hat und in diesen verharret es wie ein Glaubensbekenntnis.

Wettbewerb ist gut, hören wir jetzt schon seit Jahrzehnten, weil wir dann alle besser werden (im Wettbewerb mit anderen verbessern wir unsere Fähigkeiten, wir werden produktiver usw.), der Wettbewerb führt dazu, dass wir schönere Produkte produzieren werden und billigere obendrein. Und mehr noch: Wettbewerb macht ja auch Spaß. Jeder ist immerzu versucht, besser als der oder die andere zu sein - wie lustig das ist, sieht man ja schon bei den Kindern auf dem Fußballplatz. Verrührt wird das dann gerne auch noch mit einem Pennäler-Darwinismus auf Gymnasiastenniveau.

Wohlgemerkt, nicht alles von all dem ist falsch: Aber die Wettbewerbsideologie hat es geschafft, die Vorstellung zu etablieren, dass verallgemeinerter Wettbewerb die eigentliche *Conditio Humaine* ist. Dabei ist es natürlich eher so, dass es durchaus nützlich ist, einige Zonen unseres gesellschaftlichen Lebens nach Wettbewerbsbedingungen zu organisieren - aber eben nur Zonen. Organisieren wir aber alles nach Wettbewerbsbedingungen, dann sind gesellschaftliche Pathologien die Folge - dann werden wir alle zusammen unter unseren Möglichkeiten bleiben.

## **Warum wir die wirtschaftliche Entwicklung nicht Konkurrenz-Märkten überlassen dürfen**

Ökonomisch gesprochen: Wenn wir die Güterproduktion nach Marktgesichtspunkten organisieren, werden wir bessere und billigere Produkte bekommen. Wenn wir aber alle Aspekte des ökonomischen Lebens, etwa auch die "Arbeitsmärkte" (die im eigentlichen Sinn ja gar keine Märkte sind) oder die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, (Konkurrenz-)Marktkräften aussetzen, dann werden wir Niedriglohnsektoren etablieren, Nachfrage- und damit Wachstumspotenzial verspielen, und die Wohlstandsproduktion wird unter ihren Möglichkeiten bleiben.

Sehr vielen Menschen wird dann die Möglichkeit vorenthalten, ihre Talente zu entwickeln, sehr viele Menschen werden sich dann ungerecht behandelt fühlen, und das wiederum wird ihre Motivation beschränken und damit auch das Produktivitätswachstum hemmen. Kurzum: Dass

Menschen dann, wenn sie im Wettbewerb zueinander stehen, bessere Ergebnisse erzielen werden, ist ein ideologisches Postulat, das durch die Empirie nicht gedeckt ist und im Grunde ja auch dem gesunden Menschenverstand widerspricht.

### **Kooperation, nicht Konkurrenz ist die *Conditio Humaine***

Denn welchen Nutzen habe ich davon, einer Oma über die Straße zu helfen? Welchen Nutzen haben Menschen davon, sich in der freiwilligen Feuerwehr zu engagieren? Gut, möglicherweise haben sie einen Nutzen davon: Beispielsweise steigt ihr Ansehen, sie haben also einen Zuwachs an Sozialprestige. Das heißt aber: Menschen haben einen Nutzen davon, wenn sie sich gerade nicht konkurrierend, sondern kooperativ verhalten. Und das wissen wir letztendlich doch aus unserem Alltag: Menschen konkurrieren bei manchen Gelegenheiten gegeneinander. Aber bei anderen kooperieren sie auch. Sie haben auch Empathie, sorgen sich um andere und helfen einander. Oft sogar zur selben Zeit und am selben Ort: Kollegen am Arbeitsplatz konkurrieren oft gegeneinander (um den prestigereicheren Job, um höhere Gehälter, um den gehobenen Posten usw...), aber sie verhalten sich auch kollegial und solidarisch. Einerseits, weil es ihren Werten entspricht, andererseits, weil sie einen wachen Instinkt dafür haben, dass sich derjenige, der sich zu konkurrierend verhält, aus der Gemeinschaft ausschließt und damit gerade die Möglichkeit verspielt, seine Ziele zu erreichen. Im Klartext gesprochen: Wer nur dauernd konkurriert, wird andere gegen sich aufbringen, und justament deshalb unter seinen Möglichkeiten bleiben.

All das wissen wir, instinktiv. All das wissen wir, und dennoch setzte sich das Mantra der Wettbewerbsideologie durch - gegen alle Evidenzen. Die Wettbewerbsideologie hat dazu geführt, dass wir auf der Makroebene verallgemeinerte Konkurrenz als nützlich ansehen, obwohl wir alle auf der Mikroebene genau wissen, dass höchstens Psychopathen ihre Handlungen von Wettbewerbsmotiven steuern lassen.

Wir wissen, dass wir bessere Ergebnisse erzielen, wenn wir etwa unsere Ausbildungssysteme kooperativ organisieren; wenn Schüler nicht lernen, um gegen andere zu gewinnen, sondern weil ihnen Lernen Spaß macht. Und dennoch organisieren wir unsere Ausbildungssysteme mehr und mehr nach Wettbewerbsgesichtspunkten. Etwa, indem wir Anreizsysteme entwickeln, die die

Schulen dazu bringen, gegeneinander zu konkurrieren - mit fragwürdigen Evaluierungsverfahren, die in aller Regel das Falsche messen und letztlich nur zu schlechteren Schulen und frustrierten Lehrern führen. Noch viel schlimmer ist das an den Universitäten.

### **Die Konkurrenz-Ideologie ist das größte Übel unserer Zeit**

Kurzum: Es gibt Bereiche im Leben, wo wir alle bessere Ergebnisse erzielen, wenn Wettbewerb eine Rolle spielt. Aber zu behaupten, dass generell bessere Ergebnisse erzielt werden, wenn wir generell alles vom Konkurrenzgeist vergiften lassen - das ist eben pure Ideologie. Und diese Ideologie ist die Dummheit unseres Zeitalters.

Die Konkurrenz erzeugt Übel aller Art. Die Konkurrenz bringt Kampfesstimmung in die Welt. Konkurrenz, die die Zäune jener Felder überschreitet, auf denen sie nützlich ist, gebiert mörderischen Wahnsinn. Die Konkurrenzideologie ist das große Übel unserer Zeit, gerade deshalb, weil sie so allgemein als nützlich akzeptiert ist.

Und deshalb ist das Ziel der kompetitiven Steigerung von "Wettbewerbsfähigkeit" so hegemonial geworden, obwohl es, in europäische "Pakte für Wettbewerbsfähigkeit" übersetzt, nichts anderes zur Folge hat als die Zerstörung Europas selbst.

**Dr. Thorsten Schulten**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 12. Mai 2013



## **Die Troika und der Flächentarifvertrag: Wie durch europäischen Druck nationale Tarifvertragssysteme zerstört werden**

Der Flächentarifvertrag gilt zu Recht als eine der wesentlichen institutionellen Besonderheiten des europäischen Sozialmodells. In keiner anderen Weltregion existieren vergleichbar stark ausgebildete Tarifvertragssysteme mit überbetrieblichen Tarifvereinbarungen auf sektoraler oder sogar nationaler Ebene. So bildet der Flächentarifvertrag auch die Grundlage dafür, dass in Europa immer noch eine deutliche Mehrheit der Beschäftigten durch tarifvertragliche Regelungen geschützt wird. In allen Ländern und Regionen mit vorwiegend betrieblichen Tarifverhandlungen ist hingegen stets nur eine Minderheit der Beschäftigten an einen Tarifvertrag gebunden.

Obwohl es seit nun mehr als zwei Jahrzehnten auch in Europa Tendenzen zu einer stärkeren Dezentralisierung der Tarifpolitik gibt, sind in den meisten europäischen Ländern die Flächentarifvertragssysteme in ihrem Kern erstaunlich stabil geblieben. Innerhalb Westeuropas hat lediglich Großbritannien schon in den 1980er Jahren unter Margaret Thatcher einen grundlegenden Systemwechsel vom Flächentarif hin zu einem betriebsbezogenen Tarifvertragssystem vollzogen. 1990 kamen noch eine Reihe von osteuropäischen Ländern hinzu, in denen es nicht gelungen ist, überbetriebliche Flächentarifvertragsstrukturen aufzubauen. Davon abgesehen blieb der Flächentarif jedoch die strukturbildende Tarifvertragsform in Europa.

Vor dem Hintergrund der tiefgreifenden ökonomischen Krise vollzieht sich derzeit jedoch in immer mehr europäischen Ländern ein grundlegender Umbau der nationalen Tarifvertragssysteme, der auf eine radikale Dezentralisierung der Tarifpolitik hinausläuft. In kürzester Zeit werden hierbei durch mehr oder weniger offene Eingriffe in die Tarifautonomie historisch gewachsene Flächentarifvertragsstrukturen zerstört. Als treibende Kraft hinter dieser Entwicklung hat sich fast überall die so genannte Troika aus Europäischer Kommission, Europäischer Zentralbank (EZB) und Internationalem Währungsfond (IWF) erweisen, die die Zahlung von Krediten oder den Aufkauf

von Staatsanleihen an die Durchführung von umfangreichen „strukturellen Reformen“ – insbesondere auf dem Arbeitsmarkt – knüpft.

### **Das europäische Krisenmanagement und die Bedeutung der Tarifpolitik**

Das derzeit vorherrschende europäische Krisenmanagement begreift die aktuelle Krise vor allem als Verschuldungs- und Wettbewerbskrise. Dementsprechend werden vor allem zwei Therapien zur Bekämpfung der Krise formuliert: Zum einen sollen durch eine harte Spar- und Austeritätspolitik die öffentlichen Haushalte konsolidiert werden. Zum anderen soll mit Hilfe von grundlegenden Strukturreformen die nationale Wettbewerbsfähigkeit verbessert werden.

Mit dem auf Initiative von Angela Merkel und Nicholas Sarkozy im Jahr 2011 verabschiedeten Euro-Plus-Pakt wird explizit festgehalten, dass für beide Krisentherapien der Lohn- und Tarifpolitik ein zentraler Stellenwert zukommt. Bei der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte geht es demnach vor allem um Lohnstopps und Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, wie sie mittlerweile in einer Mehrzahl der europäischen Länder vollzogen wurden. Bei der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit wird einerseits ebenfalls eine kurzfristige Reduzierung der Lohn- und Lohnstückkosten propagiert. Darüber hinaus sollen die nationalen Tarifvertragssysteme so reformiert werden, dass sie den Unternehmen flexible Anpassungen an veränderte ökonomische Rahmenbedingungen ermöglichen.

Wie ein solches „wettbewerbsfreundliches“ Tarifvertragssystem aussehen soll, wurde unlängst in dankenswerter Offenheit in einem Bericht der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission (DG ECFIN) formuliert. Unter der Überschrift „beschäftigungsfreundliche Reformen“ wurden hierbei im Hinblick auf die Tarifpolitik u.a. folgende Maßnahmen aufgelistet (Europäische Kommission 2012, S. 104):

- Allgemeine Dezentralisierung des Tarifvertragssystems
- Einführung/Ausdehnung von Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen von Flächentarifverträgen
- Begrenzung/Abschaffung des „Günstigkeitsprinzips“
- Beschränkung/Reduzierung von Allgemeinverbindlicherklärungen

Außerdem wird wörtlich auch noch die

- „*Reduzierung der Tarifbindung*“ sowie die
- „*allgemeine Reduzierung der Lohnsetzungsmacht der Gewerkschaften*“

als „beschäftigungsfreundliche Reform“ bezeichnet. Damit tritt die gesamte Tragweite und politische Stoßrichtung dieses Maßnahmenkatalogs offen zutage.

Die Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen (DG ECFIN) in Brüssel formuliert die Strategie einer radikalen Dezentralisierung der Tarifpolitik, die nicht nur auf eine weitgehende Aushöhlung oder sogar offene Abschaffung von Flächentarifverträgen zielt, sondern ganz bewusst darauf angelegt ist, das Tarifvertragssystem und die Rolle der Gewerkschaften insgesamt zu schwächen. Auch wenn innerhalb der Europäischen Kommission diese Position keineswegs einhellig geteilt und mittlerweile insbesondere von Seiten der Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales (DG EMPL) offen kritisiert wird, ist es innerhalb der Troika jedoch gerade die DG ECFIN, die zusammen mit der EZB und dem IWF die Vorgaben für die nationalen „Reformprogramme“ formuliert.

Die Strategie einer radikalen Dezentralisierung stützt sich auf eine krude Version der neoklassischen Arbeitsmarkttheorie, demzufolge Tarifverträge per se unter Generalverdacht stehen das freie Marktgleichgewicht zu behindern und damit Arbeitslosigkeit zu produzieren. Die Vertreter dieser Sichtweise lassen sich auch dadurch nicht erschüttern, dass die internationale empirische Arbeitsmarktforschung überwiegend zu dem Ergebnis kommt, dass es keinen direkten Zusammenhang zwischen der Beschaffenheit des nationalen Tarifvertragssystems und der Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft gibt. Dezentrale Tarifvertragssysteme zeichnen sich vor allem dadurch aus, dass sie tendenziell eine pro-zyklische Lohnentwicklung befördern und zudem eine hohe Lohnungleichheit zwischen den verschiedenen Beschäftigtengruppen produzieren. Flächentarifvertragssysteme unterstützen stattdessen eher eine solidarische Lohnpolitik und schaffen erst die institutionellen Voraussetzungen, um überhaupt die Lohnentwicklung im Hinblick auf gesamtwirtschaftliche Ziele hin beeinflussen zu können. Dessen ungeachtet sieht die Troika in der Strategie der radikalen Dezentralisierung offensichtlich die Blaupause für den Umbau der Tarifvertragssysteme in Europa.

## Der Umbau der Tarifvertragssysteme in den europäischen Krisenstaaten

Seit jeher müssen Länder, die vom IWF Kredite erhalten, sich im Gegenzug in so genannten „Memoranden“ zu umfangreichen politischen Reformen verpflichten, deren Einhaltung wiederum vom IWF überprüft wird. Im Zuge der Eurokrise ist dieses Verfahren auch für Kredite aus dem europäischen Rettungsfond übernommen worden, wobei anstelle des IWF nun die Troika als „Wächter“ in Erscheinung tritt. Die ersten Länder, die seit 2008 entsprechende Memoranden mit dem IWF unterzeichneten, waren die osteuropäischen Staaten Lettland, Rumänien und Ungarn. Danach folgten unter Troika-Ägide Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Einen Sonderfall bildet schließlich Italien, das zwar keine internationalen Kredite erhält und dementsprechend auch keinem Memorandum verpflichtet ist, wo jedoch die EZB den Kauf von italienischen Staatsanleihen von weitreichenden Strukturreformen abhängig machte.

In allen Memoranden spielen Strukturreformen auf dem Arbeitsmarkt eine zentrale Rolle. Hierzu gehören neben Maßnahmen zum Abbau des Kündigungsschutzes und der Ausdehnung prekärer Beschäftigung (Etablierung eines Niedriglohnssektors) vor allem Vorgaben zum Umbau der nationalen Tarifvertragssysteme (vgl. ausführlich: Busch u. a. 2012, Hermann/Hinrichs 2012, ITUC 2013, Schulten/Müller 2013).

Die von der Troika verfolgte Strategie einer radikalen Dezentralisierung der Tarifpolitik umfasst vor allem vier Ansatzpunkte, die je nach Land in unterschiedlichem Maße Bedeutung erlangen. Den **ersten** Ansatzpunkt bildet die Beendigung oder Abschaffung von Tarifverträgen auf nationaler Ebene. So wurden z.B. in Griechenland und Rumänien bis zur Krise nationale Rahmentarifvereinbarungen getroffen, in denen u. a. der nationale Mindestlohn festgelegt wurde. Mittlerweile haben die nationalen Regierungen auf Druck der Troika in beiden Ländern die Mindestlohnverhandlungen suspendiert und im Falle Griechenlands sogar eine Kürzung des Mindestlohns um mehr als 20% durchgesetzt, was von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) als offener Verstoß gegen die Tarifautonomie gewertet wurde. Zu einer Beendigung nationaler Tarifverhandlungen kam es auch in Irland, da unter Krisenbedingungen die Arbeitgeber davon ausgingen, im Rahmen dezentraler Tarifverhandlungen leichter Lohnkürzungen durchsetzen zu können.

Der **zweite** Ansatzpunkt, der in fast allen Ländern verfolgt wurde, lag in der Erweiterung betrieblicher Abweichungsmöglichkeiten von sektoralen Flächentarifverträgen. In einigen Ländern, wie z.B. Italien und Spanien hatten sich die Gewerkschaften dabei zunächst mit den Arbeitgebern noch auf tarifliche Öffnungsklauseln verständigt, die ähnlich wie in Deutschland die Konditionen betrieblicher Abweichungen festlegten. In beiden Ländern haben sich die Regierungen jedoch über diese Vereinbarungen hinweggesetzt und auf gesetzlichem Wege die Dezentralisierung radikalisiert, indem das Günstigkeitsprinzip abgeschafft und damit de facto der uneingeschränkte Vorrang betrieblicher Vereinbarungen festgeschrieben wurde.

Der **dritte** Ansatzpunkt lag in der Einführung deutlich strikterer Regelungen und Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen. In vielen europäischen Ländern bildet eine breite Anwendung der AVE ein zentrales Instrument für die Stabilität des Tarifvertragssystems und die Absicherung einer hohen Tarifbindung. Dies galt bis vor kurzem z.B. für Portugal, wo traditionell alle wichtigen Branchentarifverträge quasi automatisch allgemeinverbindlich erklärt wurden. Auf Druck der Troika wurden nun – ähnlich wie in Deutschland – hohe Hürden für eine AVE eingeführt, so dass in Zukunft nur noch wenige Tarifverträge allgemeinverbindlich erklärt werden dürften.

Der **vierte** Ansatzpunkt liegt schließlich darin, das gewerkschaftliche Verhandlungsmonopol aufzulösen und auch nicht-gewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen das Recht zu betrieblichen Tarifvereinbarungen einzuräumen. Gerade die Klein- und Mittelbetriebe stellt die Dezentralisierung der Tarifverhandlungen vor das Problem, dass oft gar kein gewerkschaftlicher Verhandlungspartner auf betrieblicher Ebene vorhanden ist. Um in diesem Fall trotzdem betriebliche Abweichungen von sektoralen Tarifverträgen vereinbaren zu können, wurde nun in einigen Ländern wie z.B. Griechenland, Spanien oder Portugal auch nichtgewerkschaftlichen Arbeitnehmergruppen ein Verhandlungsrecht eingeräumt.

### Übersicht: Veränderungen in den nationalen Tarifvertragssystemen unter dem Druck der Troika

Beendigung/Abschaffung nationaler Tarifverhandlungen	Griechenland, Irland, Rumänien
Gesetzliche Öffnungsklauseln für betriebliche Abweichungen von sektoralen Tarifverträgen	Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
Priorität für betrieblicher Tarifverträge; Abschaffung des Günstigkeitsprinzips	Griechenland, Italien, Spanien
Striktere Regeln für die Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen	Griechenland, Portugal, Rumänien
Reduzierung der Nachwirkung von Tarifverträgen	Griechenland, Spanien
Betriebliche Tarifverträge auch durch nichtgewerkschaftliche Arbeitnehmer-Gruppen	Griechenland, Portugal, Spanien, Rumänien, Ungarn

Quelle: *Schulten/Müller (2013)*

Die Folgen der durch die Troika propagierten Strategie der radikalen Dezentralisierung sind bereits heute unübersehbar. Ehemals starke Flächentarifvertragssysteme werden systematisch ausgehöhlt und zerstört. Mehr noch: Der Tarifvertrag selbst – als Instrument einer kollektiven Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen – verliert deutlich an Bedeutung. So hat sich z.B. in Spanien die Anzahl der im Jahr 2012 gültigen Tarifverträge in nur zwei Jahren gegenüber dem Jahr 2010 fast halbiert. In vielen Ländern mündet der Umbau der Tarifvertragssysteme in einen dramatischen Rückgang der Tarifbindung. Schließlich kommt es auch zu einem massiven Machtverlust der Gewerkschaften, die vor dem Hintergrund des krisenbedingten Anstiegs der Massenarbeitslosigkeit nicht mehr in der Lage sind, erhebliche Kürzungen der (Real-)Löhne zu verhindern.

## Troika für alle?

Einiges deutet darauf hin, dass sich in absehbarer Zeit die mit der Troika gemachten Erfahrungen auf die EU insgesamt übertragen könnten. Obwohl der EU-Vertrag Kompetenzen im Bereich der Lohn- und Tarifpolitik explizit ausschließt, ist letztere heute ein fester Bestandteil der bislang etablierten Verfahren für eine engere europäische Koordinierung der Wirtschaftspolitik. So enthalten z.B. die im Rahmen des Europäischen Semesters formulierten Empfehlungen für die meisten EU-Staaten auch Forderungen zur Reform der Tarifpolitik. Empfehlungen für eine stärkere Dezentralisierung beschränken sich dabei keineswegs nur auf die aktuellen Krisenstaaten, sondern betreffen z.B. auch Länder wie Belgien und Frankreich.

Mit der Einführung des neuen Verfahrens zur Bekämpfung ökonomischer Ungleichgewichte in der EU könnte eine dauerhafte Nichtbeachtung der EU-Empfehlungen perspektivisch sogar mit Sanktionen belegt werden, z.B. wenn die von der EU vorgegebene Marge zur Erhöhung der Lohnstückkosten überschritten wird. Schließlich gehen die jüngsten Vorschläge zur Weiterentwicklung der Europäischen Wirtschaftsunion dahin, dass die EU nach dem Vorbild der Troika-Memoranden mit allen Nationalstaaten verbindliche Verträge über durchzuführende Strukturreformen abschließt (Oberndorfer 2013). Auf diese Weise könnten über kurz oder lang auch die heute noch relativ gefestigten Flächentarifvertragssysteme in West- und Nordeuropa ins Schussfeld gelangen.

---

### Literatur

Busch, Klaus/ Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl/Schulten, Thorsten (2012): Eurokrise, Austeritätspolitik und das Europäische Sozialmodell. Wie die Krisenpolitik in Südeuropa die soziale Dimension der EU bedroht, Friedrich Ebert Stiftung, Berlin, <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/09444.pdf>

Europäische Kommission (2012): Labour Market Developments in Europe 2012, European Economy Nr. 5/2012, [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2012/pdf/ee-2012-5\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2012/pdf/ee-2012-5_en.pdf)

Hermann, Christoph/Hinrichs, Karl (2012): Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick, Studie der Arbeiterkammer Wien, [http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d184/Forba-Studie\\_Finanzkrise\\_2012.pdf](http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d184/Forba-Studie_Finanzkrise_2012.pdf).

International Trade Union Confederation (ITUC) (2013): Frontlines Report April 2013, [http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc\\_frontlines\\_report\\_april\\_2013\\_web.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_frontlines_report_april_2013_web.pdf)

Oberndorfer, Lukas (2013): Pakt(e) für Wettbewerbsfähigkeit als nächste Etappe in der Entdemokratisierung der Wirtschaftspolitik?, in: Arbeiterkammer Wien Infobrief EU & International Nr. 1, S. 19-26, [http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d189/EU\\_infobrief\\_1\\_2013.pdf](http://www.arbeiterkammer.at/bilder/d189/EU_infobrief_1_2013.pdf)

Schulten, Thorsten/Müller, Torsten (2013): A new European Interventionism? The impact of the New European Economic Governance on Wages and Collective Bargaining, in: Natali, David/Vanhercke, Bart (Hrsg.), Social Developments in the EU 2012, European Trade Union Institute and the European Social Observatory, Brussels 2013.

**Bernadette Ségol**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 6. März 2012.



## **Die Euro-Krise und die Reaktion der europäischen Gewerkschaften**

Europaweit besteht gegenwärtig die einmütige Reaktion der Politik auf die Krise in Austerität und Haushaltsdisziplin. Die Kürzung von Löhnen und Sozialleistungen, die Angriffe auf das Tarifverhandlungssystem und die Stärkung ultra-flexibler Beschäftigungsverhältnisse untermauern das vorherrschende Paradigma. Der Berlin-Brüssel-Konsens präsentiert sich als der einzige Weg in die Zukunft. Dieser Lösungsansatz funktioniert nicht und wird auch zukünftig nicht funktionieren. Er unterdrückt Wachstum und blockiert damit den Weg zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir können die desaströsen sozialen Folgen und das Erstarken des Nationalismus in vielen europäischen Ländern beobachten. Dadurch werden unsere grundlegenden und auf Solidarität basierenden Werte in Frage gestellt. Das dürfen wir nicht länger ignorieren.

### **Wir müssen das Geschehen verändern**

Zunehmend werden offizielle Stimmen laut, die sich gegen die Austeritätspolitik aussprechen, allerdings hauptsächlich aus Ländern und Organisationen außerhalb Europas. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) sagen beide, dass Austerität ohne Wachstum eine gefährliche Sackgasse ist. Die geschäftsführende Direktorin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, hat die Besorgnis von Seiten des IWF zum Ausdruck gebracht. Und selbst Ratingagenturen – als eigennützige Oligopole – haben in diesen Chor mit eingestimmt.

Die Botschaft dringt allerdings nicht zu den Finanzministern durch. Im Europäischen Rat gibt es zwar Lippenbekenntnisse dahingehend, dass Wachstum und Beschäftigung gefördert werden müssen, konkrete Vorschläge, die dem gegenwärtigen Desaster angemessen wären, fehlen jedoch, ganz im Gegensatz zur Detailliertheit der vorliegenden Fiskalpläne. Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) befürwortet solide Budgets. Der Fiskalpakt benötigt aber einen ausgleichenden Sozialkontrakt.

## **Noch mehr Sparmaßnahmen als einzige Antwort auf die Austerität**

Europa befindet sich in einer Rezession. Die letzten Zahlen von Eurostat zur Beschäftigung in der Eurozone zeigen, dass die Arbeitslosigkeit eine neue Rekordhöhe erreicht hat. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote in der Eurozone beträgt 10,4%, das heißt, 16,469 Millionen Menschen sind ohne Arbeit. Das ist die höchste Arbeitslosenquote seit Juni 1998. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in bestimmten Regionen besonders hoch; sie betrifft nahezu die Hälfte aller jungen Menschen in Spanien. Die Armut nimmt weiter zu und mittlerweile sind 8% der Erwerbspersonen in Europa von extremer Armut betroffen.

In dieser katastrophalen Situation besteht die einzige Antwort der führenden Politiker in Europa darin, die Daumenschrauben weiter anzuziehen. Auf dem EU-Gipfel am 30. Januar wurde ein neuer Fiskalpakt vereinbart, der gestützt auf Sanktionen eine strenge Haushaltsdisziplin festschreibt. Der EGB ist gegen diesen Vertrag, der keine Antwort auf die wachsenden Probleme des Beschäftigungsmangels und der Arbeitsplatzunsicherheit darstellt. Der Vertrag geht auf diese Herausforderungen lediglich in buchhalterischer Form ein, aber ohne irgendeine politische Vision. Natürlich ist uns klar, dass wir zurück zu einem nachhaltigen Haushaltsgleichgewicht kommen müssen. Wir würden uns aber selbst betrügen, wenn wir glaubten, die Haushalte kämen so ins Gleichgewicht und das Vertrauen zurück.

Darüber hinaus war der Aushandlungsprozess nicht demokratisch. Das Europäische Parlament konnte keine aktive Rolle spielen. Die europäischen Gewerkschaften treten für ein soziales und demokratisches Europa ein, nicht für das haushälterische, finanzorientierte und technokratische Europa, das uns präsentiert wird.

Die Rezession wird die bereits schlechte soziale Situation weiter verschlimmern. Die Ungleichheit nimmt zu. Es entstehen soziale Bewegungen, um gegen Ungerechtigkeit und Unsicherheit zu protestieren. Soziale Gerechtigkeit muss sowohl auf nationaler wie auch europäischer Ebene die höchste Priorität auf der politischen Agenda erhalten. Wenn die führenden Politiker in Europa diese Priorität negieren und allein auf Austeritätsmaßnahmen setzen, insbesondere in Ländern, die bereits in Schwierigkeiten sind, dann dürfen wir nicht überrascht sein, wenn die Armut zunimmt und die Ungleichheit zu sozialer und politischer Instabilität führt.

## Ein europäisches Modell ökonomischer Steuerung mit neoliberaler Form

Der bestehende Rahmen der ökonomischen Steuerung in Europa besteht aus dem "Europäischen Semester", dem Euro-Plus-Pakt und dem „Sixpack“. Zu einem großen Teil dank dem Einsatz der europäischen Gewerkschaften und ihrer Mitglieder enthält das im letzten Jahr implementierte „Sixpack“ eine Klausel, die vorschreibt, dass die nationalen Tarifverhandlungssysteme in vollem Umfang respektiert werden müssen. Ein ähnlicher Gedanke taucht beiläufig im „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ (Fiskalpakt) auf, dass dies ausreichend ist, muss jetzt aber bezweifelt werden.

Die Realität ist, dass die ‚Troika‘ – bestehend aus EU, Europäischer Zentralbank (EZB) und IWF – Griechenland, Irland und Portugal ihre Vorstellungen einer wirtschaftspolitischen Steuerung als Bedingung für die Hilfsmaßnahmen aufgezwungen hat. Diese Art wirtschaftspolitischer Steuerung beruht im Wesentlichen auf Angriffen auf die tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsbeziehungen und Löhne, einer Verminderung von Pensionsleistungen, der Erhöhung der Arbeitsmarktflexibilität, der Schwächung sozialer Schutzmechanismen und des Streikrechts sowie der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen. Darüber hinaus war zu beobachten, wie die EZB in inakzeptabler Art und Weise in die Regierung Italiens eingegriffen hat, indem sie die Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen, eine Veränderung von Lohnsetzungsmechanismen, die Dezentralisierung des Tarifverhandlungssystems, Veränderungen der Einstellungs- und Entlassungsregelungen und eine Heraufsetzung des Rentenalters forderte.

Diese Diktate werden für gewöhnlich in geheimen Schreiben festgehalten, verfasst in mysteriösen Hinterzimmern. Auf der Strecke bleibt die Demokratie. Die Krise wird außerdem als Vorwand genutzt, uns einzureden, dass eine Kürzung der Löhne und Gehälter die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Wirtschaft ankurbeln, also zu einer win-win-Situation führen würde. Der EGB ist hingegen der Ansicht, dass die Löhne eher ein Motor als ein Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum sind. Wenn die Regeln der ökonomischen Steuerung auf Löhne und Arbeitsbedingungen als Variablen einer kompetitiven Anpassung abzielen, dann konkurrieren die Länder hinsichtlich der Löhne, der Arbeitsbedingungen und, weiter gefasst, der sozialen Leistungen. Und wiederum tragen die Lohnabhängigen die Last.

## **Angriff auf das europäische Sozialmodell**

Das europäische Sozialmodell sichert die soziale Kohäsion. Es wurde als Teil des sozialen Bewusstseins, welches sich in den westeuropäischen Nationen nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs herausbildete, entwickelt und umfasst die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen, soziale Sicherung und das Kollektivverhandlungswesen. Nun nutzen jedoch die neoliberalen Kräfte die Krise, um dieses Sozialmodell in Frage zu stellen. Nach deren Ansicht behindern angemessene Sozialtransfers und Löhne die wirtschaftliche Genesung. Scheinbar ist ihnen das Prinzip eines auf Kohäsion und Solidarität basierenden Modells ein Dorn im Auge. Einige neoliberale Akteure, insbesondere in den mittel- und osteuropäischen Ländern, vertreten einen brutalen Sozialdarwinismus und übersehen dabei geflissentlich, dass die skandinavischen Länder, die in einen starken Wohlfahrtsstaat investiert haben, ebenfalls zu den wettbewerbsfähigsten Ländern gehören.

Das Untergraben der sozialen Kohäsion gefährdet auch die politische Stabilität. Soziale Exklusion und Unsicherheit bereiten den Weg für populistische Kräfte, die nationalistische Selbstgenügsamkeit als Allheilmittel propagieren. Das Erstarken der extremen Rechten in Europa sollte uns ein Grund zur Besorgnis sein. Die politischen Führer Europas und alle Verfechter der Deregulierung müssen dieses grassierende Phänomen mit einkalkulieren.

## **Es gibt Alternativen**

Europa braucht eine Wirtschaftsunion mit einer ausgeprägten sozialen Dimension. Was wir brauchen ist ein ernst zu nehmender Plan der Krisenüberwindung, der für Beschäftigung und anhaltendes Wachstum steht. Wir wollen, dass Europa einen Sozialkontrakt unterschreibt, nicht lediglich einen Fiskalpakt.

- Europa braucht Investitionen für eine nachhaltige, ökologische Wirtschaft. Dies sollte Investitionen in die Transport- und Energiesektoren einschließen.
- Europa braucht eine Industriepolitik, die in innovative und zukunftsweisende Sektoren investiert.
- Die EZB muss ein klareres Mandat erhalten. Ihre Ziele sollten die Sicherung der

Preisstabilität, die Förderung der Beschäftigung und die Angleichung der finanziellen Bedingungen der Mitgliedsstaaten sein. Anstatt nur die Möglichkeit zu haben, sollte die EZB verpflichtet sein, bezüglich der Staatsschulden als Kreditgeber und Käufer der letzten Instanz zu fungieren.

- Die Schulden sollten teilweise in Form von Eurobonds gepoolt werden.
- Es sollte eine Lohnsicherungsklausel geben, durch die die Autonomie der Sozialpartner in Bezug auf Kollektivverhandlungen umfassend anerkannt wird und die verhindert, dass im Zusammenhang mit dem Fiskalpakt in die Lohnfindung, Tarifverhandlungssysteme, Arbeitskämpfe oder die gewerkschaftliche Organisation eingegriffen wird.
- Wir brauchen Regelungen, die das Wachstum sichern: die Ausnahme öffentlicher Investitionen, die das Wachstumspotential erhöhen, von der Verpflichtung zu einem ausgeglichenen Haushalt; Sicherung der öffentlichen Einnahmen durch eine Finanztransaktionssteuer und die Verpflichtung zur Bekämpfung von Steuerflucht, Steuerhinterziehung und Steuerwettbewerb; sowie eine strukturelle Rolle für den Europäischen Sozialdialog, um eine blinde Implementierung rigider ökonomischer Regelungen, die schädlich für die Wirtschaft sein können, zu verhindern.
- Den EU-Verträgen muss ein Soziales Fortschrittsprotokoll hinzugefügt werden, das die Beachtung der sozialen Grundrechte gewährleistet.

Der EGB fordert einen ‚Sozialkontrakt‘ für Europa. Ein solcher Vertrag sollte Investitionen, die eine nachhaltige Wirtschaft, gute Arbeitsplätze und soziale Gerechtigkeit fördern, Priorität einräumen und der Bekämpfung der Ungleichheit dienen. Angesichts des vorherrschenden, alles niederwalzenden, ökonomischen Kurses, setzt sich die europäische Gewerkschaftsbewegung gegen schädliche Politiken zur Wehr und bildet Koalitionen, um gemeinsam bessere Lösungen zu finden. Überall in Europa fordern die Gewerkschaften eine Priorität für Beschäftigung und soziale Gerechtigkeit.

**Robert Misik**

Artikel erschienen in der Gegenblende am 22. Januar 2013



## Wie Europa aus der Krise kommt

Angela Merkel wählte für ihre diesjährige Neujahrsansprache eine besondere Kunstform: die heldenhafte Einstimmung auf schwere Zeiten. Das wirtschaftliche Umfeld werde "nächstes Jahr nicht einfacher, sondern schwieriger. ... Die Krise ist noch längst nicht überwunden." Davor schon hatte sie nach dem EU-Gipfel Mitte September gesagt: "Wir müssen auch im nächsten Jahr...eher mit sehr kleinen Wachstumsraten, in einigen Ländern sogar mit negativem Wachstum rechnen. Wir müssen weiter mit sehr, sehr hoher Arbeitslosigkeit rechnen."

Die pathetische Ankündigung schwerer Zeiten ist eine altgediente rhetorische Figur, deren klassische Version die legendäre "Blood, Sweat & Tears"-Rede von Winston Churchill bildet ("Ich habe Euch nichts zu versprechen außer Blut, Schweiß und Tränen"). Churchill stand in einem Krieg, der seinem Land aufgezwungen wurde, der ihm und den britischen Bürgern als gerechte Sache erschien, die Opfer rechtfertigte. Frau Merkel dagegen spricht von einem "wirtschaftlichen Umfeld", das auch "nächstes Jahr nicht einfacher, sondern schwieriger" wird - als wäre das eine objektive, irgendwie unabwendbare Sache, und als hätte sie damit überhaupt nichts zu tun.

Dabei ist natürlich der verallgemeinerte Austeritätskurs im Zusammenspiel mit *Bail-Out*-Programmen, die Banken und vermögende Eliten schonen und den einfachen Bürgern die Zeche zahlen lassen, die entscheidende Ursache dafür, dass es 2013 in Europa weiter bergab gehen wird. Die schweren Zeiten, vor denen Merkel warnt, sind vor allem deshalb schwere Zeiten, weil Europa unter dem Diktat deutscher Konservativer die falsche Politik macht. Kurzum: Merkel warnt vor den schweren Zeiten, die sie selbst herbeiführt.

### Mehr als 6 Jahre Rezession

Die Eurozone als ganzes befindet sich längst schon wieder in einer Rezession. Die Wirtschaftsleistung von Euro-Europa schrumpft. Die angeschlagenen Euro-Länder, vor allem im Süden, befinden sich teilweise im sechsten Jahr ununterbrochener Rezession (mit allem menschlichen Leid und

Elend, das damit verbunden ist), und auch die starken Euro-Länder können im kommenden Jahr froh sein, wenn sie mit Wachstumsraten von +/- 0 Prozent davon kommen. Europa schlittert in eine Rezession, die man mit gutem Recht die "Merkel-Rezession" nennen kann.

Paradoxerweise ist diese „Austeritäts“- Politik, insbesondere in den nördlichen EU-Staaten nicht einmal sonderlich unpopulär, was damit zusammen hängt, dass die Bürgerinnen und Bürger nicht recht sehen, was anders gemacht werden könnte. Sie haben ohnehin den Eindruck, dass hunderte Milliarden in die Hand genommen werden, um den Ländern des Südens zu helfen (das, was der amerikanische Nationalökonom James K. Galbraith unlängst "strafende Hilfe" genannt hat), und dass weitere finanzielle Ressourcen für konjunkturstabilisierende Stimulusprogramme einfach nicht vorhanden sind - es sei denn, man wolle weiter am Rad der schuldenfinanzierten Staatsausgaben drehen. Aber dafür gibt es erstens keine Mehrheiten. Und in vielen europäischen Ländern auch keinen realistischen Spielraum.

### **Alternativen**

Wer also den Austeritätsgläubigen den Wind aus den Segeln nehmen will, braucht realistische Pläne. Der griechische Ökonom Yanis Varoufakis und der britische Volkswirt (und ehemalige Labour-Politiker) Stuart Holland haben schon vor etwas mehr als eineinhalb Jahren einen "Bescheidenen Vorschlag zur Lösung der Euro-Krise" vorgelegt ("A Modest Proposal for Overcoming the Euro Crisis"), den sie seither mehrmals aktualisiert und verbessert haben. "Bescheiden" ist dieser Vorschlag, weil er im Kontext der vorhandenen EU-Institutionen und Regularien denkt, und keine weitreichenden EU-Vertragsänderungen voraussetzt, die zwar möglicherweise wünschenswert sind, aber realistischerweise auf kurze und mittlere Sicht nicht kommen werden. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist der Umstand, dass die gegenwärtigen *Bail-Out*-Politiken von ESM und EZB die Krise kaum entspannen (weder reduziert sich die Staatsschuld signifikant, noch kommt die Wirtschaft in Schwung), dafür aber im alleinigen Interesse der Banken-Shareholder und Investoren sind. Nicht die "fleißigen Deutschen" zahlen für "faule Südländer", sondern gierige und korrupte Finanzeliten halten sich da wie dort, in Deutschland wie in Griechenland, schadlos, während die normalen Bürger die Zeche zahlen dürfen.

Wie sieht nun der Alternativplan der beiden Ökonomen aus? Shareholder der Banken sollen an den Krisenkosten beteiligt werden. Ein Teil der nationalen Staatsschulden sollen in EZB-Bonds umgewandelt werden, also *de facto* von der Zentralbank übernommen werden, aber auf Basis eines komplexen Mechanismus, sodass fiskalische Unverantwortlichkeit nicht belohnt wird. Mit diesen EZB-Bonds sollen überschüssige Spareinlagen angezogen werden, was zu einem liquiden Markt und niedrigen Zinsen führt. Über den Schuldentransfer hinaus könnten mit solchen EZB-Bonds wichtige Infrastrukturmaßnahmen finanziert werden. Eine starke Rolle in diesem Plan kommt der Europäischen Investmentbank (EIB) zu, die schon seit fünfzig Jahren solche Bonds herausgibt und deren Bilanzsumme heute bereits beim doppelten der Weltbank liegt. Die EIB könnte, gerade in Zeiten des beklagten "Anlagenotstands" (Investoren finden kaum eine Möglichkeit, ihr Geld sicher und zu vernünftigen Zinsen anzulegen), überschüssige Spareinlagen in Investitionen umwandeln, und damit ein "European Economic Recovery Programme" im Stile des Roosevelt'schen New Deal etablieren: Nützliche Investitionen, von Solarstrom bis effiziente Energiesysteme könnten ebenso finanziert werden wie eine Hochgeschwindigkeits-Zugtrasse, die Griechenland und den Balkan mit Nordeuropa verbindet.

Solche Investitionen würden sich langfristig sogar von selbst finanzieren (über die künftigen Erlöse), sie würden allen nützen, und gerade in den Krisenstaaten der Peripherie die dringend benötigten Arbeitsplätze schaffen. All das wäre eigentlich leicht möglich, so müsste die EIB nur ein paar Halbsätze in ihren Richtlinien ändern. Beispielsweise müsste die heute noch zwingend vorgeschriebene Co-Finanzierung durch die nationalen Regierungen gestrichen werden (dasselbe gilt übrigens für viele Förderprogramme der EU-Kommission), da den klammen Nationalstaaten einfach das Geld für ihren Anteil fehlt. Schon heute kann Griechenland einen Großteil seiner Gelder aus dem EU-Strukturfonds nicht abrufen, sie verfallen also nutzlos, da das Geld für die Co-Finanzierung nicht da ist. Das dritte Standbein im Plan der beiden Ökonomen ist eine direkte Bankenkonsolidierung durch EZB und ESM, also nicht mehr über den Umweg durch die Nationalstaaten, wozu auch eine gesamteuropäische Bankenaufsicht gehört, die über die im Herbst beschlossenen Pläne hinaus gehen muss.

Der Charme dieses Plans liegt darin, dass er alle drei miteinander verbundenen Krisen im Auge hat, unter denen die Mitgliedsstaaten gerade leiden: die Schuldenkrise der öffentlichen Haushalte, die

Bankenkrise und die Krise mangelnder Investitionstätigkeit, und dass brachliegende Spareinlagen für Investitionen mobilisiert werden, ohne dass damit weitere Haushaltsdefizite in Kauf genommen werden müssten.

### **Der „Marshall“-Plan für Europa**

In eine ganz ähnliche Richtung geht der Vorschlag für einen "Marshallplan für Europa", den der Deutsche Gewerkschaftsbund Anfang September vorgelegt hat - ein penibel durchkalkulierter Plan, der sich "als ein auf 10 Jahre (von 2013 bis 2022) angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm für alle 27 EU-Länder" versteht. Jährlich soll der Plan 260 Milliarden Euro mobilisieren, was knapp 2 Prozent des europäischen BIP entspricht. Anders als im Plan der beiden oben genannten Ökonomen sollen die Investitionen nicht über eine bestehende Institution wie die EIB aufgebracht werden, sondern über einen "Europäischen Zukunftsfonds". Die Idee ist aber eine sehr ähnliche: "In Westeuropa stehen 27.000 Milliarden Euro an Geldvermögen einer schrumpfenden Zahl von sicheren und rentablen Anlagemöglichkeiten gegenüber: Diese Situation birgt die große Chance, das vorhandene Kapital Europa für die Investitionen in seine Zukunft umzulenken."

Der Fonds soll 10jährige "New Deal Anleihen" ausgeben, deren Zinsverpflichtungen aus den Einnahmen durch eine Finanztransaktionsteuer finanziert werden sollen. Die notwendige Eigenkapitalausstattung des Fonds soll durch eine einmalige Vermögensabgabe gestemmt werden. Der Fonds würde als solventer Schuldner gelten, was die Zinsen für die Anleihen niedrig hält. Auf diese Weise würden innerhalb von 10 Jahren rund 2.500 Milliarden Euro in den ökosozialen Umbau unserer Industrie, in nachhaltige Stromerzeugung, effiziente Energiesysteme, neue Verkehrsinfrastruktur etc. gelenkt, was sowohl in den krisengebeutelten Ländern wie auch den starken Euro-Volkswirtschaften neue Arbeitsplätze schafft und unsere Gesellschaften moderner und lebenswerter macht.

Im Unterschied zum 3-Punkte-Plan von Varoufakis und Holland ist der Marshallplan des DGB freilich "nur" ein Programm zur Lösung der Unter-Investitions-Krise und hat die Banken- und Staatsschuldenkrise nicht speziell im Auge - wobei diese drei Krisen natürlich miteinander verbunden sind, weshalb eine prosperierende Realwirtschaft auch die Schuldenkrisen der Finanzinstitutionen

und der öffentlichen Haushalte entspannen würde.

Franklin D. Roosevelt, der legendäre progressive Anführer des amerikanischen New Deal, hat einmal gesagt: "Es steht für mich außer Frage, dass das Land für mindestens eine Generation ziemlich radikal werden muss. Die Geschichte lehrt, dass Nationen, in denen das gelegentlich passiert, Revolutionen erspart bleiben." Nun hat das Wort "radikal" heute keinen so guten Klang. Aber in unsere zeitgenössische Sprache übersetzt: Es gibt Situationen, da hilft das tägliche Klein-Klein nicht mehr weiter. Es verschärft die Krise oft noch, oder kauft nur Zeit. In solchen Situationen braucht es ambitionierte Pläne, die den gordischen Knoten durchschlagen. Pläne wie die, die hier gerade vorgeschlagen wurden, gehen jedenfalls in die richtige Richtung.

Vasco Pedrina

Artikel erschienen in der Gegenblende am 09. Juni 2013.



## Gewerkschaftliche Strategien für ein „anderes Europa“

Wieso war die Gewerkschaftsbewegung - trotz so massiver Angriffe auf die Lebensbedingungen der Menschen in Europa, vor allem in den sog. „Defizitländern“ Südeuropas - bisher nicht in der Lage, gegenzusteuern? Welche Hindernisse gilt es zu überwinden, um endlich einem „sozialen Europa“ zum Durchbruch zu verhelfen?

Die eine Herausforderung ist inhaltlicher Natur, denn wir brauchen eine wirtschaftliche, soziale und letztendlich politische Alternative, auf die wir uns als Gewerkschaften transnational wirklich einigen können und die überzeugend wirkt.

Die andere Herausforderung betrifft die nötige Änderung der sozialen und politischen Kräfteverhältnisse, damit ein solches Programm auch durchgesetzt werden kann. Gehen wir nun diesen zwei Fragen nach.

### Das alternative Programm der Gewerkschaften

In Bezug auf die inhaltlichen Herausforderungen haben wir seit Ausbruch der Finanzkrise einen hindernisreichen Weg durchlaufen. Und wir sind immer noch nicht über den Berg. Bis heute konnten wir keine echte gemeinsame Mindestlohn-Politik, keine wirklich verstärkte Koordination der Tarifpolitik sowie keinen wirksamen gemeinsamen Kampf gegen Lohndumping und den Abbau der Arbeitnehmerrechte (auch als Antwort auf den „Euro-Plus-Pakt“ und das „Six-Pack“) in Europa zustande bringen, auch wenn die Bereitschaft dazu in Teilen unserer Bewegung steigt.

Die Einigung im Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) für eine Empfehlung an die Adresse der Mitgliederverbände, sich in ihrem Land dafür einzusetzen, dass auf nationaler Ebene über Tarifverträge oder per Gesetz ein effektiver Mindestlohn festgelegt wird, der mindestens 50% des Durchschnittseinkommen oder 60% des Medianeinkommens entspricht, ist ein erster guter Schritt. Der Wille nach einer stärkeren Koordination der Tarifpolitik - zumindest entlang der europäischen

Branchenverbände – ist es auch, wenn Taten folgen. Beim Kampf gegen Lohndumping und den Abbau der Arbeitnehmerrechte ist man inhaltlich inzwischen weitgehend einig; was aber noch fehlt ist eine Einigung auf die Instrumente, die eingesetzt werden sollen, um wirksam operieren zu können.<sup>1</sup>

Wo wir wahrscheinlich am meisten Fortschritte in Richtung einer programmatischen Einigung gemacht haben, ist in der Wirtschafts- und Fiskalpolitik, d.h. in der Suche nach einer Alternative zum Fiskalpakt und seinen verheerenden Folgen. Auf jeden Fall kann man aus dem „Sozialpakt für Europa“ des EGB, dem „Marshallplan für Europa“ des DGB, aber auch aus den wirtschaftspolitischen Vorschlägen der IG Metall und der italienischen CGIL oder der spanischen Gewerkschaftsbünde UGT/CCOO die Kernelemente herauschälen, die für eine solide Basis eines gemeinsamen und alternativen Programms nötig sind.<sup>2</sup> Als Grundlage dient dabei die Erkenntnis, dass eine einheitliche Währung mit einer antizyklischen „economic governance“ verbunden mit einer gemeinsamen „sozialen“ Steuerpolitik, benötigt wird.

Allerdings leiden die Gewerkschaften (und auch manche linke politische Kräfte) der sogenannten „Überschussländer“ zu oft unter der Tatsache, dass ihre Basis gar nicht positiv auf die vorgeschlagenen Maßnahmen reagiert, die in Richtung einer teilweisen Vergemeinschaftung der Schulden (z.B. Euro-Bonds). Symptomatisch ist hierfür der Widerstand der Nordischen Gewerkschaften gegen Euro-Bonds und die Zurückhaltung deutscher Gewerkschaften in solchen Fragen

### **Der Trend zum „nationalen Rückzug“ der Gewerkschaften**

Weitaus größer sind die Hindernisse auf dem Weg zur Stärkung der sozialen Kräfteverhältnisse. Die Euro-Krise hat den Trend zum „nationalen Rückzug“ auch bei den Gewerkschaften verstärkt. Einerseits haben die zum Teil massiven Angriffe gegen die Arbeitnehmerrechte, wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern – nicht nur im Süden und Osten - diesen Trend verstärkt. Auf der anderen Seite untergraben die stark ungleichen Entwicklungen zwischen den sogenannten

---

1 Ausführlichere Präsentation in CLR-News 1/2013 V. Pedrina: «Europäische Gewerkschaftsbewegung: zwischen nationalem Rückzug und europäischer Gegenoffensive»; [www.clr-news.org](http://www.clr-news.org)

2 «Ein Sozialpakt für Europa», EGB 6/2012 ([www.etuc.org](http://www.etuc.org)); «Marshall-Plan für Europa», DGB 12/2012 ([www.dgb.de](http://www.dgb.de))

Überschussländern und den Defizitländern mit ihren politischen Erschütterungen die Basis der Solidarität. Hinzu kommen die Unterschiede in den Forderungen als auch bezüglich der Gewerkschaftskultur- und tradition. Die große Kluft in den Rhythmen der Mobilisierung in den letzten Jahren gegen die verheerende neoliberale EU-Politik ist leider ein klarer Ausdruck davon. Vereinfacht gesagt: einerseits haben wir seit 2010 große Demonstrationen und Streiks in den Südländern und in einigen Mittel- und Osteuropäischen Ländern erlebt, andererseits herrschte aber Arbeitsfrieden und soziale Passivität, mit mangelnder Solidarität seitens der Arbeitnehmenden und ihrer Gewerkschaften in den meisten Mittel- und Nordeuropäischen Ländern.

### **Widerstand gegen die Austeritätspläne: eine kurze Zwischenbilanz**

Die bisherige Erfahrung in den Mobilisierungen und Streiks in den EU-Ländern zeigt Folgendes:

- Grossdemonstrationen und Generalstreiks in einzelnen Ländern bewirken wenig. Der soziale Aderlass geht weiter!
- Wenn es der europäischen Gewerkschaftsbewegung mindestens ansatzweise gelingt, die Widerstandskämpfe zwischen den Ländern zu koordinieren, werden diese von der europäischen Öffentlichkeit auch deutlich mehr wahrgenommen und bleiben nicht ohne Wirkung. Diese Feststellung lässt sich anhand der 6 bisherigen europäischen Aktionstage des EGB seit Ausbruch der Euro-Krise gut illustrieren. Mit dem europäischen Aktionstag vom 14.11.2012 „Für Beschäftigung und Solidarität. Nein zur Austerität!“ ist es dem EGB gelungen in der Mobilisierung endlich einen quantitativen und qualitativen Schritt nach vorne zu machen. Zum ersten Mal fanden synchronisierte Generalstreiks in Portugal, Spanien, Italien und Griechenland statt. Grosse Demonstrationen wurden in Frankreich, Belgien (mit einem Streik der Eisenbahner) und in einigen Mittel- und Osteuropäischen Ländern organisiert.
- Auch bei diesem erfolgreichen Aktionstag war die Übungslage im Vorfeld so, dass die Gewerkschaften des Südens – vor allem die spanischen und griechischen - monatelang auf eine koordinierte Mobilisierung gedrängt haben. Erst auf der Oktober-Sitzung des Vorstandes hat das EGB-Sekretariat und einige gewichtige nationale Bünde ihren Widerstand dagegen aufgegeben. Es blieb nicht viel mehr als 1 Monat für die Vorbereitung. D.h. aber auch, dass es

unter den heutigen schwierigen Bedingungen möglich wäre, die Mobilisierung in Mittel- und Nord-Europa auf ein anderes Niveau zu bringen, wenn die Gewerkschaften dieser Länder bereit sind, sich 3 bis 6 Monate vorher inhaltlich und organisatorisch auf ein gemeinsames Ziel zu einigen und wenn sie sich bemühen würden eine konkrete Verbindung zwischen dem jeweiligen europäischen Ziel und den nationalen unmittelbaren Anliegen der ArbeitnehmerInnen zu schaffen.

- Die Schwächen des europäischen Aktionstages vom 14.11.2012, vor allem die weiterhin bestehende Kluft zwischen dem Ausmaß der Streiks im Süden und der relativen gewerkschaftlichen Passivität in Mittel- und Nord-Europa, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass es sich um einen ersten großen Sprung in Richtung einer europäischen, gewerkschaftlichen Gegenoffensive handelt, welche die sozialen Kräfteverhältnisse maßgebend verändern kann. Es ist bemerkenswert, dass dieser Wechsel als solcher in den eigenen Reihen, wie auch in der Öffentlichkeit und auf der politischen Ebene wahrgenommen wurde. Barroso hat es gegenüber dem EGB so zum Ausdruck gebracht: „Es gibt Sorgen innerhalb des EU-Ministerrates und der EU-Kommission zur sozialen Entwicklung, die als politisch explosiv eingeschätzt wird.“ Ein Grund mehr den sozialen Druck von unten zu verstärken. In diesem Sinn ist die Überwindung des gewerkschaftlichen Grabens zwischen Süd, Mittel- bzw. Nord-Europa in einer Logik der Solidarität zweifellos die Hauptaufgabe, derer sich alle GewerkschafterInnen guten Willens stellen müssen.

### **Auf den Weg zur Überwindung des Nord/Süd-Gefälles in den Mobilisierungen**

Wenn man diese Aufgabe ernsthaft anpacken will, stellen sich unangenehme Fragen sowohl für die Gewerkschaften der „Überschussländer“ wie auch der „Defizitländer“, die in unserer Bewegung meistens lieber verdrängt werden:

- Die Gewerkschaftsapparate aus den Überschussländern berufen sich oft auf eine unwillige Basis, die in der Tat dank der starken Exporttätigkeit immer noch von einer relativ günstigen Wirtschaftslage profitiert. Hier fällt im besten Falle eine resignative Haltung (nach dem Motto: „Unsere Basis will nicht“) auf; und im schlimmsten Fall sogar eine nicht offen dekla-

rierte Unterstützung für die offizielle Politik der eigenen Regierung. Mit einer solchen Haltung bleibt natürlich als Ausweg nur abzuwarten bis die Krise im Süden ihre negative Auswirkung auf die Exporte in Mittel- und Nord-Europa und somit auch auf die Situation der Arbeitnehmenden entfaltet. Aufgrund der Länge dieser Krise und ihres Ausmaßes ändert sich in der Tat die Lage langsam auch für die Gewerkschaftsbasis in Mittel- und Nordeuropa, was allmählich ein gewisses Umdenken bewirkt. Aber unsere eigene Geschichte zeigt, dass der Überzeugungswille und die Überzeugungskraft der Gewerkschaftsführungen, ihre Fähigkeit Perspektiven zu liefern und die eigene Basis für diese zu gewinnen, doch von großer Bedeutung sind.

- Die Gewerkschaftsapparate aus manchen Defizitländern haben Mühe, Fragen offen anzugehen, die den Willen der Solidarität in den Ländern, die Transferleistungen liefern und damit auch Opfer bringen, untergraben. Die rechtspopulistischen Sprüche gegen die „faulen Griechen“ sollten nicht dazu führen, reale Probleme der „Governance“, der effizienten Erbringung von staatlichen Leistungen und der Korruption in manchen „Defizitländer“ zu verdrängen. Anstelle Augen und Ohren zu verschließen, sollten die Gewerkschaften und die Linke diese offensiv angehen. Leider tun sie es eben nicht so konsequent, weil sie ebenso in den Systemen z.T. in irgendwelcher Art verfangen sind. Damit auch das gesagt wird: ganz unabhängig und sauber sind diesbezüglich übrigens auch die Gewerkschaften Mittel- und Nord-Europa's nicht! Nur schon die Bereitschaft darüber offen zu reden und einen Austausch in Gang zu setzen, würde Positives auslösen.

### **Für eine Europäisierung der sozialen Kämpfe ...**

Wie weiter? Am 23.4.2013 hat der EGB-Vorstand seine Position zur sozialen Dimension der EU im Hinblick auf die bevorstehende „Road Map“ verabschiedet.<sup>3</sup> Der EGB bekräftigt darin seine Linie

- gegen die Austerität – für die Forderung nach einer Investitionspolitik und einer anderen Steuerpolitik, nach Stärkung der Binnenmärkte und Stützung der Löhne

---

<sup>3</sup> ETUC-Position on the social dimension of the European Union; 23/4/2013 ([www.etuc.org](http://www.etuc.org))

- gegen die „Strukturenreformen“ auf dem Arbeitsmarkt als wichtigste Medizin gegen die Krise
- und gegen die Angriffe auf die Tarifautonomie in den einzelnen Ländern, gegen die Verletzungen der Gewerkschaftsrechte zu kämpfen.

Eine „Road Map zur sozialen Dimension“ macht in der Tat nur Sinn, wenn die EU-Behörden bereit sind, in diesen Fragen eine Wende einzuleiten. Der DGB-Vorschlag des „Marshall-Plans“ wurde vom EGB insofern aufgenommen, als unter „Schwerpunkte“ zu lesen ist: „ein großes Investitionsprogramm – ein neues „europäisches Wiederaufbauprogramm – in der Höhe von 1 bis 2% des europäischen BIP ist unabdingbar, um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen und die Arbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen.“ Damit vor allem diese Forderung mit der nötigen Kraft gestützt wird, braucht es jetzt in den verschiedenen Ländern eine breite Diskussion in den eigenen Reihen. Ein solcher Plan ist die Voraussetzung, um wieder an ein soziales Europa denken zu können. Er ist auch die Voraussetzung, um in den nötigen europäischen Mobilisierungen überhaupt einen weiteren Schritt nach vorne zu kommen. Im Hinblick auf die Juni-Sitzung des EU-Ministerrates zur „Road Map“ plant der EGB einen weiteren europäischen Aktionstag – ähnlich wie jener vom 14.11.2012 – mit dezentralen, aber koordinierten Mobilisierungen.

### **... und des gewerkschaftspolitischen Handelns**

Die Inanspruchnahme des neuen Instruments der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) ist eine ergänzende Möglichkeit die Europäisierung unserer sozialen Kämpfe voranzutreiben. Die Europäische Föderation des öffentlichen Personals (EPSU) hat eine EBI gegen die Privatisierung des Wassers gestartet. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hatte auf dem EGB-Kongress 2011 vorgeschlagen, eine EBI zu einem noch zentraleren Thema für das soziale Europa zu lancieren: den Kampf gegen Lohndumping, als einem der wichtigen Hebel für eine Gegenoffensive der gesamten Gewerkschaftsbewegung.<sup>4</sup> Eine solche EBI hätte zum Ziel gehabt, darauf zu drängen, dass bei den nötigen gesetzgeberischen Maßnahmen zwei eng miteinander verbundene Grundsätze verankert werden:

---

<sup>4</sup> Paul Rechsteiner: «Verteidigung der Arbeitnehmerrechte in Europa. Für eine gewerkschaftliche Offensive», Widerspruch (CH), Heft 57-2009 + Heft 6-2011

- der Vorrang der sozialen Grundrechte vor den Marktfreiheiten
- das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“

Der Kongress hat entschieden, einem Gegenvorschlag des DGB und der französischen Gewerkschaften den Vorzug zu geben, der den EGB beauftragte, eine Kampagne *de facto* ohne EBI in die Wege zu leiten, die heute immer noch Mühe hat richtig vom Fleck zu kommen.

Die gegen die Idee einer gewerkschaftlichen EBI vorgebrachten Bedenken nehmen die negativen Erfahrungen als Vorwand, welche mit der Petition zum *Service Public 2009* gemacht wurden (mit der damit verbundenen Angst, nicht die benötigte Zahl von einer Million Unterschriften sammeln zu können). Ferner spielten juristische Vorbehalte betreffend die Tragweite eines solchen Instruments und schließlich der Mangel an diesbezüglichen gewerkschaftlichen Traditionen in zahlreichen Ländern eine Rolle. Was vollkommen unterschätzt wird, ist das Potenzial einer EBI sowohl als Hebel für eine dezentralisierte Sensibilisierungsarbeit am Arbeitsplatz und auf der Strasse als auch für eine breite gewerkschaftspolitische Aktion, die in ganz Europa politischen Druck ausübt für ein gemeinsames gewerkschaftliches Ziel. Absolut zentral für den Erfolg eines solchen Unterfangens ist aber eine Vorlaufzeit einzuräumen, um die nötige Überzeugungsarbeit in den eigenen Reihen wirksam und breit leisten zu können.

Dass das Thema EBI aktuell bleibt, beweist die Tatsache, dass der eine oder andere Bund, aber auch die eine oder andere Europäische Branchenföderation immer wieder in ihren Reihen darüber diskutiert. Überlegenswert wäre auch eine EBI zum „Marshall-Plan“ oder auch „Recovery-Plan“. Eine solche EBI würde ganz bestimmt ein sehr guter Hebel sein für eine breit in die Gesellschaft getragene Sensibilisierungskampagne zum Thema.

„Last but not least“: Bei der Europäisierung unserer sozialen Kämpfe und unserer politischen Aktionen dürfen wir nicht aus den Augen verlieren, dass trotz allem „Optimismus des Willens“ - gewerkschaftliche Stärke allein für den angestrebten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kurswechsel nicht genügen wird. Aus diesem Grund müssen wir noch mehr soziale und politische Allianzen schmieden. Politische Veränderungen in wichtigen Ländern wie Deutschland, kombiniert mit weiteren Schritten in unseren gewerkschaftlichen Kämpfen, könnten die Tür endlich öffnen für einen neuen „Sozialpakt für Europa“.

## IG Metall Themenheft:

### Das soziale Europa... damit unser Europa eine Zukunft bekommt

Dieses Heft ist online zu finden unter: [www.igmetall-bezirk-mitte.de](http://www.igmetall-bezirk-mitte.de)



#### Bestellwege:

Für Verwaltungsstellen, Bildungszentren und Bezirke der IG Metall:

Im IG Metall-Intranet den Shop öffnen und die Produktnummer 27807-46054 eingeben.

Für Betriebsräte und Vertrauensleute der IG Metall:

Im IG Metall-Extranet den Shop öffnen und die Produktnummer 27807-46054 eingeben.

Alle anderen wenden sich an:

[Sarah.Schaefer@igmetall.de](mailto:Sarah.Schaefer@igmetall.de)